

# Frei und solidarisch

Christen in Verantwortung für Europa

**17. Internationaler  
Kongress Renovabis**

28. – 30. August 2013 in Freising

Internationale Kongresse Renovabis  
17/2013

17. Internationaler Kongress Renovabis  
2013

# Frei und solidarisch

Christen in Verantwortung für Europa

Veranstalter und Herausgeber:  
Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken  
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Redaktion: Christof Dahm (verantwortlich), Bianca Münch und Thomas Hartl (Mitarbeit),  
Thomas Schumann (Bildredaktion und Gestaltung)  
Fotos: Burkhard Haneke, Simon Korbella, Daniela Schulz,  
Oleksandr Petrynko, Thomas Schumann

© Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken  
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,  
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Die hier abgedruckten Beiträge sind autorisiert. Sie stimmen nicht unbedingt und in jedem  
Fall mit der Meinung des Veranstalters und der Teilnehmer des Kongresses überein.

Umschlag: Thomas Schumann, Renovabis, Freising  
Herstellung: Vollnhals Fotosatz, Neustadt a. d. Donau

# INHALT

Vorwort .....	9
---------------	---

## I. EINFÜHRUNG UND GRUSSWORTE

<i>Pater Stefan Dartmann SJ, Freising</i> Begrüßung der Kongressteilnehmer und Einführung .....	13
Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 17. Internationalen Kongresses Renovabis .....	21

## II. REFERATE UND PODIEN

<i>Reinhard Kardinal Marx, München</i> Verantwortliche Freiheit – Perspektiven für Europa .....	57
<i>Gräfin Róża Thun MdEP, Brüssel/Warschau</i> Freiheit – Wunsch und Wirklichkeit nach 25 Jahren .....	73
<i>Markus Meckel, Berlin</i> Die siegreiche Revolution von 1989 – ein Rückblick .....	81
Diskussion zu den Referaten von Kardinal Marx, Gräfin Thun und Herrn Meckel .....	88
Moderation: <i>Dr. Stefan Vesper, Bonn</i>	

Gespräch: Ein Gedankenaustausch zwischen den Generationen: Streiflichter auf den „Ostblock“ – Eckpunkte der „Wende“ – Bilanz des Aufbruchs .....	108
--	-----

Teilnehmer:

- *Dr. Klára Csiszár, Wien*
- *Prof. Dr. Myroslav Marynovych, Lviv*
- *Erzbischof em. Henryk Muszyński, Gniezno*
- *Benjamin Wolf, Dresden*
- Moderation: *Sebastian Kraft, München*

<i>Dr. Gerhard Albert, Freising</i> Einführung in den zweiten Kongresstag .....	137
--	-----

<i>Prof. Dr. Jan Kusber, Mainz</i> Gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit der „Wende“: Eine vorläufige Analyse .....	139
--	-----

<i>Prof. Dr. Jan Sokol, Prag</i> Erfahrungen aus Tschechien .....	159
--	-----

<i>Prof. Dr. Radu Preda, Cluj-Napoca</i> Erfahrungen aus Rumänien .....	166
--	-----

Diskussion zu den Referaten von Professor Kusber, Professor Sokol und Professor Preda .....	174
--	-----

- Moderation: *Prälat Dr. Peter Klasvogt, Dortmund*
- Anwältin des Publikums: *Claudia Gawrich, Freising*

<i>Dr. Gerhard Albert, Freising</i> Einführung in den dritten Kongresstag .....	183
--	-----

<i>Bernd Posselt MdEP, Straßburg/München</i> Gerechtigkeit und Freiheit als Grundlagen für einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag .....	185
--	-----

Podiumsdiskussion:

Gerechtigkeit und Freiheit als Grundlagen für einen  
neuen europäischen Gesellschaftsvertrag

– *Schwester Daiva Kuzmickaitė MVS, Kaunas*

– *Stefan Lunte, Brüssel*

– *Bernd Posselt MdEP, Straßburg/München*

– *Andrij Waskowycz, Kiew*

Moderation: *Prof. Dr. Andrea Gawrich, Gießen*

Anwalt des Publikums: *Thomas Müller-Boehr, Freising* ..... 195

*Dr. Oleksandr Petrynko, Eichstätt*

Entstehung und Bedeutung der Ikonostase ..... 226

### III. BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

*Arbeitskreis 1*

socioMovens – Giving Europe a Soul / Europa eine Seele geben.

Entwicklung und Bedeutung eines Alumni-Netzwerks ..... 239

*Arbeitskreis 2*

„Heilung der Erinnerungen“: Zur Notwendigkeit eines

ehrlichen Umgangs mit der Vergangenheit ..... 244

*Arbeitskreis 3*

Interreligiöser und interethnischer Dialog für Solidarität und

Frieden in Bosnien und Herzegowina – Zur Spiritualität einer

transformativen Demokratie in Südosteuropa ..... 249

*Arbeitskreis 4*

Hauskrankenpflege in Osteuropa ..... 252

### *Arbeitskreis 5*

Erinnerung – Freiheit – Verantwortung. Der Umgang der orthodoxen Kirchen mit den gesellschaftlichen Umbrüchen seit der „Wende“ .....	254
--	-----

### *Arbeitskreis 6*

Neumärtyrer der Russischen Orthodoxen Kirche: Ihre Bedeutung für ein ökumenisches Miteinander .....	256
--	-----

### *Arbeitskreis 7*

Jugend in Mittel- und Osteuropa: Ihre Situation ein Vierteljahrhundert nach der „Wende“ .....	258
--	-----

### *Arbeitskreis 8*

Freiheit und Solidarität. Anfragen an die Europäische Union aus christlicher Perspektive .....	261
--	-----

## IV. SCHLUSSWORT

<i>Pater Stefan Dartmann SJ, Freising</i> .....	265
Liste der Teilnehmer .....	270

# Vorwort

Im Zusammenhang mit den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa, die mit der Jahreszahl 1989 nur annähernd umschrieben werden kann, wurden häufig die Worte des Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ zitiert. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sollte, zusätzlich markiert durch den Beginn des 21. Jahrhunderts, eine neue Weltordnung unter liberalen und demokratischen Vorzeichen anbrechen. Ein Vierteljahrhundert später ist deutlich, was vielen kritischen Analysten von Anfang an klar war: Die Geschichte hat niemals ein Ende, und selbst der Ost-West-Konflikt wirkt bis heute nach. Ungelöste Probleme des vergangenen Jahrhunderts brechen mit Vehemenz auf, selbst die Vision der europäischen Einigung wird infrage gestellt.

Vor diesem Hintergrund stand der Kongress des Jahres 2013 bereits im Vorgriff auf das Jubiläumsjahr 2014. Die entscheidenden Daten waren hier „25 Jahre ‚Wende‘“, „75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs“ und „100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs.“ Neben die Erinnerung an die tragischen Ereignisse, die Europa im 20. Jahrhundert geprägt haben, trat in den Beiträgen die Mahnung, trotz aller gegenwärtigen Krisen die positiven Elemente der Veränderungen seit 1989 nicht zu vergessen und die Zukunft Europas aus christlichem Geist heraus zu gestalten. Schon der Titel „Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa“ war und ist Beschreibung und Aufforderung zugleich: Nur wenn die Christen aktiv in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik mitwirken, kann der Einigungsprozess Europas erfolgreich im christlichen Sinne weitergeführt werden.

Der vorliegende Dokumentationsband enthält die für die Drucklegung überarbeiteten und ergänzten Beiträge des Kongresses. Er bietet auch eine über die eigentliche Kongressthematik hinausgehende schriftliche

Fassung des Vortrags von Erzpriester Dr. Oleksandr Petrynko, den er anlässlich der Einweihung der Renovabis-Ikonostase am 29. August 2013 in Freising gehalten hat.

Allen, die an der Vorbereitung und Gestaltung des Kongresses sowie an der Entstehung der Dokumentation mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Freising, im Mai 2015

*Christof Dahm, Redaktion*

# **Einführung und Grußworte**



Pater Stefan Dartmann SJ, Freising

## Begrüßung der Kongressteilnehmer und Einführung

Eminenz, Exzellenzen, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Renovabis Kongresses!

Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, hat Sie zum 17. Internationalen Kongress, den wir im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz durchführen, hierher nach Freising eingeladen. Ich begrüße Sie in meiner Rolle als Hauptgeschäftsführer, mein Name ist Stefan Dartmann. Schön, dass Sie hierher gefunden haben! Normalerweise treffen wir uns in der Aula des Domgymnasiums, doch diese ist leider wegen Bauarbeiten zurzeit nicht nutzbar. Wir führen daher die Plenarveranstaltungen im Asamsaal durch, der Aula des ehemaligen Fürstbischöflichen Gymnasiums, und die Fresken, die Sie hier oben sehen, stammen aus dem Jahre 1711, sind also 300 Jahre alt und wurden von Georg Asam geschaffen, dem Vater der berühmten Gebrüder Cosmas Damian und Egid Quirin Asam, die auch den Dom in Freising ausgestaltet haben.



Zu diesem Kongress sind 350 Teilnehmer aus 30 Ländern angemeldet. Vielleicht haben noch nicht alle hierher gefunden, aber viele werden noch kommen, auch noch einige Tagesgäste, und wir freuen uns natürlich sehr über diesen regen Zuspruch, den das Thema und der Kongress damit gefunden haben. Das Thema kennen Sie: „Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa“. Es ist ganz bewusst so offen formuliert, „in Verantwortung für Europa“, um das gesamte

Europa von Anfang an in den Blick zu nehmen. Die inhaltliche Hinführung wird Kardinal Reinhard Marx übernehmen, deswegen möchte ich an dieser Stelle nur erwähnen, dass wir im Jahre 2014, wie Sie alle wissen, an 25 Jahre des gesellschaftlichen und politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa erinnern und natürlich besonders die Rolle der Kirchen in den Blick nehmen wollen – im Spannungsfeld von Solidarität und Freiheit, in den Prozessen von System und Transformation, wie wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben. Die Verantwortung der Christen für Europa angesichts dieser Herausforderungen ist groß, und wir wollen versuchen, sie aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten.

Sicher wird in diesen Tagen auch mehrmals daran erinnert werden, dass es jetzt fast genau auf den Monat 10 Jahre her ist, dass Papst Johannes Paul II. den Text „Ecclesia in Europa“ an alle Gläubigen in Europa geschrieben hat; das Thema war damals Jesus Christus, der in seiner Kirche lebt: Er ist die Quelle der Hoffnung für Europa.<sup>1</sup> Davon sind wir überzeugt und deswegen haben wir auch dieses Thema gewählt. Ich würde mich freuen, wenn unser Kongress durch Reflexion, Begegnung und Austausch dazu beiträgt, uns gegenseitig in dieser Hoffnung auf eine gute Zukunft für Europa und in unserem persönlichen Engagement für dieses Europa zu stärken.

Einige Worte zum Ablauf möchte ich voranschicken. Heute gibt es Referate zur tieferen Einführung in die Kongressthematik, vor allem unter dem Aspekt des Rückblicks auf 25 Jahre „Wende“. Später soll es zu einem Gedankenaustausch zwischen verschiedenen Generationen kommen, und am späten Abend, um 21.15 Uhr, laden wir Sie dann noch ein zu einer Andacht in die Stadtpfarrkirche St. Georg. Morgen am Donnerstag sind Referate in Form einer wissenschaftlichen Analyse vorgesehen, die sich mit der Situation in einzelnen Ländern befassen werden. Am Nachmittag finden dann Arbeitskreise statt, wo wir versu-

---

1 Nachsynodales Apostolisches Schreiben „Ecclesia in Europa“ von Papst Johannes Paul II. (28. Juni 2003); Text in deutscher Sprache einsehbar unter [https://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost\\_exhortations/documents/hf\\_jp-ii\\_exh\\_20030628\\_ecclesia-in-europa.html](https://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_20030628_ecclesia-in-europa.html).

chen, die verschiedenen Themenaspekte zu vertiefen; am Abend folgt eine Vesper im byzantinischen Ritus in der Johanniskirche auf dem Domberg. Am Freitag, dem letzten Tag, steht dann die europäische Perspektive aus christlicher Sicht im Mittelpunkt.

Begrüßen kann ich viele Gäste unter uns, Repräsentanten der Kirchen, Geistliche und Laien, Politiker, Politikerinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Experten aller Art, Vertreter zahlreicher Organisationen und Einrichtungen, alle sind sie der Kongresseinladung gefolgt – das freut uns, und ich sage Ihnen allen: Herzlich willkommen!

Wir haben viele geistliche Würdenträger und Vertreter der katholischen Kirche unter uns, sowohl der römisch- als auch der griechisch-katholischen Kirchen. Insbesondere möchte ich den Ortsordinarius und Vorsitzenden der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, begrüßen. Er wird den Kongress offiziell eröffnen. Viele seiner Mitbrüder im Bischofsamt aus Mittel- und Osteuropa sind hierhin gekommen. Sie sind so zahlreich, dass ich sie nicht alle hier nennen kann. Besonders begrüßen möchte ich jedoch, weil er der einzige Bischof aus den USA ist, Bischof Blase Cupich. Er ist Vorsitzender der bischöflichen Unterkommission für Mittel- und Osteuropa in der Konferenz der katholischen Bischöfe der USA.

Aus Rom begrüßen wir als Vertreter der Kongregation für die Ostkirchen deren Sekretär, meinen Mitbruder Erzbischof Cyril Vasil SJ, und vom Päpstlichen Rat *Justitia et Pax* Dr. Livia Stoppa.

Zahlreiche Mitglieder der Ordensgemeinschaften sind unter uns. Ich begrüße stellvertretend für alle diese Kongress-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer Schwester Ivanka Mihaljević vom Vorstand der UCESM.

Ich begrüße alle Mitglieder der geistlichen Bewegungen und Gemeinschaften, die den Weg hierhin gefunden haben, auch die Vertreter der katholischen Organisationen, mit denen *Renovabis* zusammenarbeitet. Stellvertretend nenne ich für das Zentralkomitee der deutschen Katho-

liken Generalsekretär Dr. Stefan Vesper. Dem Zentralkomitee sind wir neben der Bischofskonferenz auf besondere Weise verpflichtet, beide sind gewissermaßen unsere Eltern und Gründer.

Ich grüße die Caritas-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, außerdem die Vertreter und Vertreterinnen der Ackermann-Gemeinde. Von Kirche in Not ist zu unserer großen Freude Präsident Johannes Freiherr Heermann von Zuydtwyck unter uns, von der Stiftung Communicantes Dr. Frans Hoppenbrouwers.

Ich freue mich, dass viele Mitglieder der Gremien von Renovabis zu uns gefunden haben sowie unsere Ansprechpartner bzw. die Weltkirchereferenten in den deutschen Diözesen.

Meine beiden Vorgänger als Geschäftsführer, Pater Eugen Hillengass SJ und Pater Dietger Demuth CSsR, sind ebenfalls beide anwesend – auch euch ein herzliches Willkommen.

Ein solcher Kongress ist konfessionsübergreifend, denn die Ökumene spielt eine wichtige Rolle bei Renovabis. Wir freuen uns über alle Angehörigen der orthodoxen Kirchen, mit denen Renovabis auf vielfältige Weise zusammenarbeitet und die den Weg hierher auf sich genommen haben. Besonders möchte ich ein Mitglied der Armenisch-Apostolischen Kirche begrüßen, den ehrwürdigen Vater Bischof Mushegh Babayan aus Edchmiadzin. Herzlich willkommen sind auch alle Gäste aus der evangelischen Kirche.

Aus der Politik haben wir eine ganze Reihe von positiven Rückmeldungen bekommen; einige Parlamentarier sind auch hier unter uns. Besonders möchte ich begrüßen die Mitglieder des Europäischen Parlaments, Gräfin Róza Thun und Herrn Bernd Posselt, der am Freitag zu uns stoßen wird. Dr. Florian Herrmann, Mitglied des bayerischen Landtags, ist ebenfalls zu uns gekommen. Als Repräsentant der Stadt Freising begrüße ich den Stadtrat Dr. Hubert Hierl.

Eine besondere Freude ist es, dass Herr Markus Meckel zu uns gekommen ist, der 1990 Außenminister der DDR war, anschließend Mitglied des Deutschen Bundestages. Prof. Dr. Jan Sokol aus Tschechien war schon in der Zeit vor der Wende in verschiedenen Bürgerbewegungen aktiv, unter anderem war er auch Berater von Václav Havel. Er ist ebenfalls gekommen. Ich begrüße außerdem die Vertreter des Generalkonsulats der Republik Polen in München, Konsul Dr. Aleksander und Frau Rita Korybut Woroniecki.

Weiterhin begrüße ich alle Referentinnen und Referenten, die Mitwirkenden an Podiumsgesprächen und Arbeitskreisen, die Moderatoren, Ihnen allen schon jetzt ein herzliches Dankeschön, dass Sie diese Aufgabe übernehmen.

Herzlich willkommen sind auch die Vertreter der Presse und der Medien, die bereits bei der Pressekonferenz dabei waren oder noch zu uns stoßen werden. Wir hoffen, dass Sie Impulse und Ergebnisse unserer Zusammenkunft auch über diese Kongressteilnahme hinaus in eine breite Öffentlichkeit vermitteln werden können.

Wir haben zahlreiche Grußbotschaften erhalten, die draußen im Foyer an den Wänden aushängen und auf die ich Sie gerne aufmerksam machen möchte. Zu finden sind unter anderem Grußbotschaften:

- des Großerzbischofs Svyatoslav Shevchuk, Oberhaupt der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche,
- des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit, Kurt Kardinal Koch,
- des Apostolischen Nuntius in Deutschland, Jean Claude Périsset,
- des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch,
- des Vorsitzenden der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Ludwig Schick,
- des Vorsitzenden der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und des Aktionsausschusses von Renovabis, Bischof Gerhard Feige,

- des Vorsitzenden des Trägerkreises von Renovabis, Erzbischof Joachim Kardinal Meisner,
- des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück,
- des Leiters des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion,
- des Patriarchalexarchen von ganz Weißrussland, Metropolit Filaret von Minsk und Slutsk,
- des Vorsitzenden der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, Metropolit Augoustinus,
- des Leiters der Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Martin Schindehütte.

Aus der Politik haben uns neben anderen folgende Grußbotschaften erreicht:

- des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Baroso,
- der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel,
- und des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert.

Jetzt möchte ich Sie dazu einladen, dass wir uns auf den Kongress mit einem Gebet einstimmen, und darf Sie bitten, sich zu erheben:

Komm Heiliger Geist, komm in unsere Mitte.  
 Sei Du bei uns.  
 Lehre uns, was wir tun sollen.  
 Weise uns, wohin wir gehen sollen.  
 Zeige uns, was wir wirken müssen,  
 damit wir durch Deine Hilfe Gott in allem wohl gefallen.  
 Ehre sei dem Vater und dem Sohn und dem Heiligen Geist.  
 Wie am Anfang, so auch jetzt und alle Zeit und  
 in Ewigkeit,  
 Amen.

Wir hören nun das Grußwort des Heiligen Vaters, das uns von Erzbischof Cyril Vasil SJ überbracht wird.<sup>2</sup> Es folgt ein kurzer Film, der anlässlich des 20-jährigen Bestehens von Renovabis produziert worden ist, und danach gebe ich das Wort und die Leitung an Dr. Stefan Vesper ab, der die Moderation des heutigen Nachmittags übernehmen wird.

---

<sup>2</sup> Der Text ist abgedruckt unten auf S. 30.



*Bei der Pressekonferenz  
vor dem Kongress:  
Reinhard Kardinal Marx,  
Pater Stefan Dartmann SJ*

**Grußworte an die  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
des 17. Internationalen  
Kongresses Renovabis**



# Grußworte von kirchlichen Würdenträgern



## **Grußwort des Vorsitzenden der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland**

„Frei und solidarisch“. Das klingt sehr schön. Wer wollte dagegen etwas einwenden? So sollte Europa sein. Im Verhältnis der Einzelnen, der gesellschaftlichen Gruppen, der Gesellschaften, der Staaten und der Nationen zueinander.

Dennoch vollzieht sich vor unseren Augen Entsolidarisierung in einem Ausmaß, wie wir sie vielleicht nicht für möglich gehalten haben.

### – Entsolidarisierung nach außen

Das neue Europa, auf das wir so stolz waren, scheint zu zerfallen. Nord und Süd, die reichen Länder Nord- und Mitteleuropas auf der einen und die verarmenden Mittelmeeranrainer Griechenland, Italien, Spanien und Portugal auf der anderen Seite. Das bittere Gefühl, deklassiert, abhängig und bevormundet zu sein, verursacht starke antieuropäische Ressentiments breiter Schichten der Völker dieser Staaten. In den Transformationsstaaten reichen die alten Eliten und die neuen Nationalisten einander die Hand und behandeln den Staat wie eine Beute.

Dazu kommt noch eine tiefe Krise im transatlantischen Verhältnis, die bereits zu einer realen Bedrohung der „atlantischen Zivilisation“ geworden ist.

### – Entsolidarisierung nach innen

Zugleich sind wir Zeugen einer beispiellosen Entsolidarisierung nach innen. Das traditionelle Familienbild ist in Auflösung begriffen. Ein Furor der Gleichheit und der Gleichmacherei diktiert die Gleichheit des Ungleichen. Der Jakobinerruf „Ehe für alle!“ kaschiert nur dürftig, worauf er unausgesprochen abzielt: die Zerstörung des Instituts der Ehe als der Grundlage unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung.

Es scheint, als wolle sich bei dem Wettlauf in diese schöne neue Welt kein europäisches Land den Rang ablaufen lassen.

Unter diesen Voraussetzungen bedeutet „frei sein“ erst recht das, was es immer schon bedeutet hat: Gegen den Strom schwimmen.

Die gegen Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts scheinbar vom Himmel gefallene Freiheit erweist sich jetzt als der Anfang einer Entwicklung, die nicht nur den Ost-Westkonflikt, sondern auch für unerschütterlich gehaltene Prinzipien einer gesellschaftlichen Ordnung, die wir mit „Europa“ identifiziert hatten, wenn nicht hinwegschwemmen, so doch im Kern bedrohen.

– „Frei und solidarisch“ ...

Die Freiheit, die zurecht an erster Stelle steht, weil sie Solidarität – das Evangelium sagt „Liebe“/Agape – erst möglich macht, ist in Wahrheit dasjenige menschliche Gut, das von allen menschlichen Gütern das bedrohteste ist; dasjenige Gute, das mit dem Einsatz aller Kräfte des Herzens, des Geistes und des Leibes errungen werden muss. Europa ist die leidenschaftliche Jagd nach Freiheit, geistiger, seelischer und politischer Freiheit der Person und der Polis – nach Freiheit und Gerechtigkeit.

Die Erlösung durch Jesus Christus ist diejenige Freiheitsgeschichte, die mit der Befreiung Israels aus dem Sklavenhaus Ägypten beginnt und im Sieg über die Sünde und den Tod durch das Kreuz und die Auferstehung des Menschensohnes kulminiert. Die Aneignung dieser Freiheit im Heiligen Geist ist der Kern unserer Existenz als Christen. Das Maß der so errungenen Freiheit ist auch das Maß unserer Liebe zu Gott und zu den Menschen – somit auch unserer Fähigkeit, auf der Basis gemeinsamer Verantwortung aller solidarisch miteinander zu leben.

Diese und ähnliche „Zeichen der Zeit“ hat Seine Allheiligkeit der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. in aller Welt beobachtet und darum das Jahr 2013 zum Jahr der Solidarität aller Menschen proklamiert. Seine Weihnachtsbotschaft des vergangenen Jahres beschließt er mit

den Worten: „Wir bitten und beten inständig und aus ganzem Herzen, das bevorstehende Jahr sei für alle ein Jahr der Solidarität aller Menschen, der Freiheit, der Versöhnung, des Wohlgefallens, des Friedens und der Freude. Das in der Höhle geborene vorewige Wort des Vaters, das Engel und Menschen miteinander vereint und den Frieden auf die Erde gebracht hat, schenke allen Geduld, Hoffnung und Kraft und segne die Welt durch die göttlichen Gaben seiner Liebe.“

*Metropolit Augoustinos von Deutschland und  
Exarch von Zentraleuropa*

## **Grußwort des Vorsitzenden des Renovabis-Aktionsausschusses**

Herzlich grüße ich alle, die am 17. Internationalen Kongress Renovabis teilnehmen!

Das Thema, das Renovabis in diesem Jahr aufgreift, bewegt auch mich als „Ostdeutschen“ in besonderer Weise. Denn 25 Jahre nach der gesellschaftlich-politischen „Wende“ in Mittel- und Osteuropa zeigt sich in der Tat, dass die errungene Freiheit für viele Menschen hierzulande „grauer als der Traum von ihr“ erscheint. Vieles ist komplizierter geworden. Grundlegende Probleme wie die relativ hohe Arbeitslosigkeit und die Benachteiligung der Familien belasten zusätzlich. Ein Mangel an sozialer Gerechtigkeit ist zu beklagen. Trotz mancher Hilfen sehen sich Mitbürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt und vom öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Noch nicht jedem und jeder ist wirklich bewusst, dass Demokratie ein kostbares, aber auch gefährdetes Gut ist. Um diese Staatsform mit Leben zu erfüllen und notfalls auch zu verteidigen, bedarf es engagierter Bürgerinnen und Bürger. Es gilt, sich auf Werte zu besinnen, die lebensnotwendig zur Freiheit dazu gehören.

Hier sind gerade auch wir Christen gefragt. Wir stehen dafür ein, dass es letzte, unverrückbare Normen gibt. Sie sind für uns in Gott begründet. Der Glaube an ihn engt nicht ein, er weitet. Er eröffnet einen Horizont, in dem Freiheit gelingen kann. Immer neu verweist unsere jüdisch-christliche Tradition darauf, dass der Mensch umso freier wird, je mehr er sich an Gott bindet und seine Nächsten achtet. Und er kann umso mehr seine Nächsten achten, je fester er in Gott verankert ist.

Daraus ergeben sich Haltungen und Werte, in der sich die Spannung zwischen Freiheit und Solidarität immer neu austarieren lässt. Dazu gehören die unbedingte Achtung vor der Würde jedes Menschen vom Embryo bis zum Sterbenden, Wahrheit und Gerechtigkeit, Verantwor-

tung und Solidarität, der Schutz der Familie und die Besinnung auf das Gemeinwohl, ja auch Barmherzigkeit und Liebe.

Dies in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs um Europa einzubringen, ist und bleibt unsere ureigene Aufgabe als Christen. Sie ist vielleicht das aktuellste, was überhaupt eingebracht werden kann. Auf jeden Fall ist sie aber das, was unabdingbar ist für eine Zukunft in Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Begegnungen und viele Erfahrungen, die Ihr Leben und Handeln als Einzelne und als Gruppen und Organisationen inspirieren.

*Dr. Gerhard Feige  
Bischof von Magdeburg*

## Grußbotschaft des Heiligen Vaters<sup>1</sup>

Der Heilige Vater Papst Franziskus hat sich sehr gefreut, vom 17. Internationalen Kongress Renovabis zu erfahren, und sendet seine herzlichsten Grüße. In diesem Jahr besteht Renovabis zwanzig Jahre als Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Der Heilige Vater drückt seine tiefe Wertschätzung für die Großzügigkeit der deutschen Katholiken aus, und dafür, dass sie sich spirituell und materiell um die Linderung der Not in diesem Teil der Welt kümmern. Er ermutigt alle diejenigen, die sich für Renovabis engagieren, sich besonders auch derjenigen anzunehmen, die in der Gesellschaft am Rande stehen und besonders der Hilfe bedürfen.

Darüber hinaus übersendet er allen, die am Kongress teilnehmen, seinen Segen. Möge allen Teilnehmern Friede beschieden sein und das Wohlgefallen von Jesus Christus, unserem Retter, auf ihnen ruhen.

*Tarcisio Kardinal Bertone,  
Staatssekretär Seiner Heiligkeit*

---

<sup>1</sup> Die Botschaft wurde in englischer Sprache von Erzbischof Cyril Vasil SJ vorgetragen (vgl. oben S. 19).

## **Grußwort des Leiters des Außenamtes des Moskauer Patriarchats**

Dear participants and guests of the Congress,

I cordially greet you on the occasion of the 17th International Congress of the Renovabis Foundation, dedicated to the subject „Free and Solidary. Christians in Responsibility for Europe.“ It is a really pressing topic for the European continent, especially in the current crisis situation.

People in Europe today tend to regard freedom just as absence of external restrictions, forgetting about the positive content of this key notion. A person can only reach true, not illusive, freedom in realizing his or her creative potential by fulfilling God's commandments and loving his or her neighbours.

Creative freedom is impossible without responsibility, solidarity and mutual help. Christian solidarity is a feeling that we share as common fate with people around us. The strongest guarantee of human solidarity is the awareness of such fellowship „where there is neither Greek nor Jew, circumcision nor uncircumcision, Barbarian, Scythian, bond nor free: but Christ is all, and in all“ (Kol 3,11).

Christians bear special responsibility for the preservation of Christian freedom in Europe and for preaching fraternal love. Prosperity and the wholesome spiritual image of the entire European civilization depend on how efficient and convincing this witness will be.

The Renovabis Foundation as a solidarity initiative with the people of Central and Eastern Europe is a remarkable example of active Christian participation in the life of European society and care for the needs of Christian brothers. Thanks to the Renovabis' support, the Russian Orthodox Church has carried out many important projects, first of all,

in the sphere of theological education. We appreciate your cooperation and hope for its fruitful development.

I wish God's blessing and productive work to all the participants of the conference.

*Hilarion Alfejew*  
*Metropolit von Wolokolamsk*

## **Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen**

Hochwürdiger Pater Dartmann,

in meinen Gruß an Sie persönlich schließe ich gerne auch meine herzlichen Grüße an alle Teilnehmer am 17. Internationalen Kongress von Renovabis ein.

Das gewählte Thema „Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa“ ist ohne Zweifel sehr aktuell, besonders in der heutigen Krise nicht nur auf der finanziellen und ökonomischen, sondern besonders auch auf der ethischen und geistlichen Ebene. Das „Jahr des Glaubens“, das wir feiern, lädt uns dazu ein, unseren Glauben zu vertiefen, um immer mehr mit Christus verbunden zu sein und in dieser Verbundenheit frei und solidarisch mit allen anderen Menschen zu werden. Dies sind wichtige Aspekte der Neuevangelisierung, zu der sowohl die letzte Bischofssynode als auch Papst Franziskus immer neu aufgerufen haben. Je intensiver wir eine persönliche Beziehung zu Christus pflegen, umso leichter finden wir auch Wege zur Begegnung mit Christen anderer Konfessionen und können sie näher kennen lernen. Freiheit in Christus und Solidarität mit den Anderen sind eine gute Basis für den ökumenischen Dialog auf dem Weg zur vollen sichtbaren Einheit der Christen, nach der wir alle uns sehnen.

Voller Dankbarkeit erwähne ich bei dieser Gelegenheit auch die Hilfe, die Renovabis seit seiner Gründung dem Heiligen Vater und unserem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen gewährt. Auf diesem Weg werden die Projekte und Aktivitäten, die unser Rat im Komitee für die kulturelle Zusammenarbeit zugunsten der orthodoxen und der orientalisches-orthodoxen Kirchen koordiniert, erst möglich gemacht.

Ich hoffe und wünsche mir, dass der 17. Internationale Kongress Renovabis neue Orientierungen für die Realisierung und Durchführung wichtiger Projekte geben wird, die für die Katholiken und die anderen Christen auf unserem Kontinent hilfreich sein werden und sie einander näher bringen können.

Gerne versichere ich Ihnen allen mein begleitendes Gebet und verbleibe mit herzlichen Grüßen und guten Segenswünschen.

*Kurt Kardinal Koch*

## Grußwort des Erzbischofs von Köln

Liebe Kongressteilnehmer,

in der Politik markieren die Begriffe „Freiheit“ auf der einen Seite und „Solidarität“ auf der anderen oft zwei geradezu diametral entgegengesetzte Ideale. Der auf Freiheit pochende Liberalismus will die privaten Kräfte in Politik, Gesellschaft und Ökonomie am liebsten von jedem staatlichen Einfluss freihalten; „Solidarität“ dagegen wurde zur Parole von Sozialisten und Kommunisten, die eine straffe Lenkung und Planung durch die Staatsgewalt favorisieren. Dass die Attribute „frei“ und „solidarisch“ nun im Titel des diesjährigen Kongresses *Renovabis* gemeinsam und friedlich nebeneinander stehen, wirkt insofern auf den ersten Blick etwas gezwungen oder gar gekünstelt.

In christlicher Perspektive dagegen besteht dieser Gegensatz allenfalls als fruchtbare Spannung. Man darf ja nicht vergessen, dass der Begriff „Solidarität“ in der katholischen Soziallehre einen festen Platz als grundlegendes Prinzip einnimmt. Die geforderte Freiheit ihrerseits ist für einen Christen nie eine ungezügelte – und vor allem viel weniger eine „Freiheit von“ als eine „Freiheit für“ und „Freiheit zu“. Wer den lateinischen Vulgata-Text der Bibel aufschlägt, wird in diesem Sinne etwa einen Vers aus dem Buch der Sprichwörter lesen: „*Qui coacervat divitias suas usuris et fenore, liberali in pauperes congregat eas* – Wer sein Vermögen durch Zins und Aufschlag vermehrt, sammelt für den, der Erbarmen hat mit den Armen“ (Spr 28,8). Der „liberalis“ ist hier der Freie als Freigebiger: eben als derjenige, der nicht das freie Spiel des Marktes rücksichtslos zu seinen Gunsten ausnutzt, sondern „Erbarmen hat mit den Armen“ – wie es einem wahrhaft Freien ansteht. Der liberale „Turbokapitalismus“ rückt so in weite Ferne.

Kirchliche Sozialwissenschaftler wie Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Heinrich Pesch, Gustav Gundlach oder Oskar von Nell-Breuning haben einst eine Synthese der Vorteile von freiem Liberalismus und solidarischem Sozialdenken betrieben. Das Ziel ihres Bestrebens ist

durch die Wende in Europa ein ganzes Stück näher gerückt – und zugleich neuen Gefahren ausgesetzt. Das gibt uns den Mut und den Antrieb, unsere christliche Verantwortung für Europa wahrzunehmen. Weiterhin – und verstärkt – wollen wir eine Freiheit fördern und fordern, die echtes solidarisches Handeln überhaupt erst ermöglicht, und eine Solidarität, die zur verantworteten Freiheit aller Menschen in Europa und der Welt beiträgt. Dazu übermittle ich dem Kongress meine bischöflichen Segenswünsche.

*Joachim Kardinal Meisner*

## Grußwort des Erzbischofs von Bamberg

Liebe Teilnehmer am 17. Internationalen Kongress Renovabis 2013, verehrte Freunde und Förderer von Renovabis, liebe Mitbrüder und Gäste, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Fall der Berliner Mauer 1989 beendete den „Kalten Krieg“ im geteilten Europa und besiegelte die „Wende“ in Deutschland. Seither ringen die Menschen in den Staaten des ehemaligen so genannten Ostblocks um Freiheit, Orientierung und den Aufbau von demokratischen und sozialen Strukturen in ihren Ländern. Nach fast 25 Jahren ist es angezeigt, den Blick auf das zu richten, was damals begann, und auf das, was sich seither politisch und gesellschaftlich, religiös und kirchlich getan hat.

Wenige Jahre nach der „Wende“ wurde im Jahr 1993 Renovabis als „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ von der Deutschen Bischofskonferenz zusammen mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegründet. Seitdem haben die Katholiken Deutschlands durch Renovabis den Menschen in 29 Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit rund 560 Millionen Euro geholfen. Diese Hilfe war „notwendig“, sie hat Not gewendet, sie war Hilfe zur Selbsthilfe und hat das kirchliche Leben in diesen Ländern aufgebaut.

Freiheit und Solidarität sind wichtige Eckpfeiler der Christlichen Soziallehre, sie bedingen sich gegenseitig: Erst durch Solidarität untereinander ist Freiheit möglich. In der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et Spes“ heißt es: „Die menschliche Freiheit ist oft eingeschränkt, wenn der Mensch in äußerster Armut lebt, wie sie umgekehrt verkommt, wenn der Mensch es sich im Leben zu bequem macht und sich in einer „einsamen Selbstherrlichkeit“ verschanzt“ (GS 31). Auf der Basis von Freiheit ist echte Solidarität füreinander möglich, die Gerechtigkeit und Friede für alle Menschen erreichen kann.

Das Motto, „Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa“ benennt zwei unabdingbare Grundpfeiler für eine gute Zukunft aller Menschen in Europa, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen. Freiheit und Solidarität dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Der 17. Internationale Kongress Renovabis will dazu einen Beitrag leisten. Ich grüße die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die vom 28. bis 30. August in Freising zusammenkommen. Ich wünsche ihnen Gottes Segen beim Nachdenken, Diskutieren und Entscheiden darüber, wie wir als Christen auf dem Fundament des Evangeliums Jesu Christi und seiner Kirche für Freiheit und Solidarität eintreten und sie fordern können.

*Dr. Ludwig Schick*

## **Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz**

Vom 28. bis 30. August 2013 führt die Aktion Renovabis ihren 17. Internationalen Kongress durch. Der Renovabis-Kongress hat sich in den zurückliegenden Jahren den Ruf eines unverzichtbaren Forums der Begegnung und des kirchlichen Austausches zwischen Ost und West erworben. Dieser Ruf ist Anerkennung und Anspruch zugleich. Zuversichtlich gehe ich davon aus, dass der Kongress auch in diesem Jahr dieser Herausforderung gerecht wird. Herzlich grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und übermittle Ihnen meine herzlich empfundenen Segenswünsche.

Die Aktion Renovabis stellt sich seit nunmehr 20 Jahren der Aufgabe, Partnerschaft in tätiger Hilfe zu leben und einen „Austausch der Gaben“ zu praktizieren. Dieses Selbstverständnis wies von vornherein über die bloße kirchliche Strukturhilfe – so bedeutsam diese auch ist – hinaus. Gewiss, es ist unverzichtbar, dass Kirchen und Gemeindezentren gebaut werden können. Es ist notwendig, dass Priester und andere pastoral Tätige über Fahrzeuge für ihren Dienst verfügen. Aber es ging und es geht bei Renovabis doch immer um mehr. Nicht nur in Steine sollte investiert werden, sondern auch, ja vor allem auch in Menschen, damit diese als lebendige Zeugen des Evangeliums im Osten Europas wirken können.

Von Beginn an ist Renovabis als ein Werk der Partnerschaft in Erscheinung getreten, ja, man kann sagen, dass der Gedanke des gleichberechtigten Zueinanders und Miteinanders zwischen der Kirche in Deutschland und den Kirchen im Osten Europas in die DNA von Renovabis eingeschrieben ist. Dies ist alles andere als selbstverständlich. Denn nur allzu leicht gerät Hilfe, so gut gemeint sie auch sein mag, zum Diktat der Helfenden. Zwischen dem, der Hilfe braucht, und dem, der Hilfe geben kann, weil er über Kompetenzen und Geld verfügt, besteht ja – oft uneingestanden, aber deshalb nicht weniger wirksam – zunächst einmal ein asymmetrisches Verhältnis. Es bedarf großer Klugheit, kritischer

Selbstreflexion und darüber hinaus eines hohen Aufwandes an Dialog zwischen den Beteiligten, um dieses Ungleichgewicht in den Beziehungen zu beherrschen und Partnerschaft – also ein Verhältnis auf Augenhöhe – zu erreichen. Renovabis hat sich stets darum bemüht, und gerade der Kongress zeigt Jahr für Jahr, dass der Austausch zwischen den Kirchen in Ost und West nicht dem Modell der Einbahnstraße folgt. Das gemeinsame Beten, Hören, Denken, Diskutieren und Feiern bereichert uns alle. Im gemeinsamen Tun erkennen und erleben wir neue Aspekte unseres Glaubens und unserer Kirche-Seins. So entsteht Gemeinschaft und gewinnt an Tiefe.

Der diesjährige Kongress ist unter das Thema „Frei und solidarisch – Christen in Verantwortung für Europa“ gestellt. Im westlichen Europa scheinen Freiheit und Solidarität durch inflationären Gebrauch fast entwertete Begriffe zu sein. Im Osten hingegen dürfte die Erfahrung der Unfreiheit, die die Menschen bis 1989 gemacht haben, auch heute noch ein lebendigeres Verständnis von Freiheit ermöglichen. Andererseits haben die früheren Machthaber den Begriff der Solidarität in einer Weise überbeansprucht und auch verzerrt, dass viele ihm immer noch mit Misstrauen begegnen. Der Renovabis-Kongress wird also sehr präzise darüber nachzudenken haben, was Freiheit und Solidarität für Christen bedeuten und wie diese Werte in den Gesellschaften in Ost und West gestärkt werden können.

Der Titel des Kongresses deutet an, dass Freiheit und Solidarität letztlich nur dann recht verstanden und im Leben der Einzelnen wie der Gesellschaft angemessen vollzogen werden können, wenn sie mit dem Gedanken der Verantwortung verbunden sind. Freiheit ist die Abwesenheit von Zwang, führt aber nur dort nicht zu Egoismus und Beliebigkeit, wo sie sich als Verantwortung für mich selbst wie für andere vollzieht. Solidarität meint ein Füreinander-Einstehen, das aber in Kollektivismus mündet, sobald es nicht aus frei übernommener Verantwortung erwächst. Europa, so scheint mir, kämpft mit diesen Deformationen von Freiheit und Solidarität. Gerade deshalb ist das Zeugnis von Christen, die nicht aus sich selbst heraus, sondern angetrieben vom Geiste Jesu

Christi frei und solidarisch sind, von so großer Bedeutung für unsere Gesellschaften in Europa.

Sie, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Kongresses Renovabis, werden über diese Fragen intensiv nachdenken und Impulse in unsere Kirche und darüber hinaus geben. Vertreter aus den Kirchen in Ost und West, Repräsentanten aus Politik und Öffentlichkeit sind im gemeinsamen Tun daran beteiligt. So wünsche ich der Veranstaltung reichen Ertrag und den Segen Gottes.

*Dr. Robert Zollitsch*  
*Erzbischof von Freiburg*



*Gräfin Róza Thun und der  
Präsident von KIRCHE IN NOT,  
Johannes Freiherr Heereman*



# Grußworte aus Politik und Gesellschaft



*Gawrich trifft Gawrich: Professor  
Dr. Andrea Gawrich (links) mit ihrer  
Schwester Claudia*

## **Grußwort des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Teilnehmende am 17. Internationalen Kongress  
von Renovabis,

mit dem diesjährigen Thema des Kongresses wirft Renovabis einen Blick voraus auf die gesellschaftlich-politische Wende in Mittel- und Osteuropa, die sich 2014 zum 25. Mal jährt.

Im Umbruchjahr 1989 brach sich der Freiheitswille, der Ruf nach Souveränität der Völker der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie in Ostdeutschland Bahn. Wenngleich die jeweiligen Hintergründe oder der Verlauf der Umsturzbewegungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich waren, so war doch allen ein erodierendes politisches System, eine nicht mehr existenzfähige Wirtschaft und eine sich mehr und mehr organisierende Zivilgesellschaft gemein. Wegmarken hin zu 1989 waren dabei sicherlich u. a. bereits der 17. Juni 1953 in der DDR, der Aufstand in Ungarn 1956, der Prager Frühling 1968 oder die Gründung der Gewerkschaft Solidarność 1981 in Polen. Dem Erringen der Freiheit schloss sich ein langwieriger, schmerzhafter Transformationsprozess an. Dass nicht alle von dieser neu errungenen und so vielversprechenden Freiheit profitiert haben und es vielen Menschen heute im Vergleich sogar schlechter als zuvor geht, wird hier in diesen drei Tagen des Kongress Gegenstand der Diskussionen sein.

Es gilt heute, einerseits dankbar zu sein und unsere gemeinsame Freude über den Wandel von 1989 zu teilen. Zugleich müssen wir andererseits rückblickend kritisch hinterfragen, wie und wofür wir die gewonnene Freiheit genutzt haben bzw. wie verantwortlich wir sie heute nutzen, wie wir Solidarität heute verstehen und ob wir unseren eigenen Ansprüchen und dem Erbe von 1989 gerecht werden. Ich möchte nur kurz zwei Beispiele nennen, wo unsere christliche Verantwortung für Europa und unser gesellschaftspolitisches Engagement auf nationaler und europäi-

scher Ebene gefordert sind: Demokratie und Rechtsstaat – Meinungs- und Pressefreiheit, Minderheitenschutz, Toleranz in unseren pluralen Gesellschaften – sind hohe Güter, die nicht mit ihrem Erringen ein für alle Mal gesichert sind. Vielmehr sind wir alle, auch wir Christen, in ganz Europa aufgefordert, beständig über sie zu wachen und entschieden Entwicklungen entgegen zu treten, die den demokratischen Rechtsstaat gefährden.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise und die andauernde europäische Staatsschuldenkrise haben uns drastisch vor Augen geführt, dass wir uns in Wirtschaft und Finanzen zu viele Freiheiten herausgenommen haben, die nun schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Verwerfungen und Zwänge zur Folge haben. Wir werden diese Krise, die auch und vor allem eine Vertrauenskrise Europas ist, nur gemeinsam in Solidarität miteinander bewältigen. Solidarität aber bedeutet im Verständnis der christlichen Sozialethik neben der gegenseitigen Unterstützung in Notsituationen auch notwendigerweise die Übernahme von Eigenverantwortung. Niemals darf das Gemeinwohl aus dem Blick verloren werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die bevorstehenden drei Tage ertrag- und erfahrungsreiche Diskussionen auf der Suche nach Lösungsansätzen. Ich bin sicher, dass der Reichtum der europäischen Vielfalt, die hier auf dem Freisinger Domberg vertreten ist, fruchtbare und gangbare Wege aufzeigen wird.

*Alois Glück*

## **Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg**

Es ist schon viele Jahre her, als Papst Johannes Paul II. das Bild von den „beiden Lungenflügeln Europas“ prägte. Inzwischen gehören die kommunistischen Regime der Vergangenheit an – zu Fall gebracht von Bürgerinnen und Bürgern, sich berufend auf westliche Werte und universale Menschenrechte, in einer weitgehend friedlichen Revolution. Fast ein Vierteljahrhundert ist das her.

Was ist aus den Träumen und Plänen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa von damals geworden? Eine wichtige Frage, die zu stellen es an der Zeit ist und auf die der 17. Internationale Kongress Renovabis 2013 Antworten zu geben versucht. Von dieser Zwischenbilanz ausgehend richtet sich der Blick dann weiter auf die aktuellen Herausforderungen Europas im Zeichen wirtschaftlicher Krisen und sozialer Verwerfungen. Denken wir nur daran, dass zurzeit rund 5,5 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit sind. Was heißt das für die Zukunft des alten Kontinents?

So erlebt das Europa dieser Tage nicht nur eine Schulden- und Finanzkrise, sondern eine nicht weniger schlimme Vertrauenskrise. Und so können die Antworten darauf auch nicht rein wirtschaftlicher und politischer Natur sein. Sondern Europa hat sich als Wertegemeinschaft im Spannungsfeld von Freiheit, Verantwortung und Solidarität zu bewähren.

Das manchmal wie gelähmt wirkende Europa dieser Tage braucht dazu geistige und moralische Impulse. In dem Zusammenhang zu erinnern und anzuknüpfen an einen Diskurs zwischen Ost und West, der, nochmals Bezug nehmend auf das von Papst Johannes Paul II. geprägte Bild, ja nicht erst heute beginnt, sondern eine 2000jährige Geschichte hat, ist alles andere als überflüssig. Hier sind Fragen berührt, die die Tiefenarchitektur Europas betreffen.

In diesem Sinne danke ich Renovabis ganz herzlich für das im Zeichen von Dialog und Solidarität seit 1993 Geleistete. Mit Hilfe dieser kirchlichen Aktion für Menschen in Mittel- und Osteuropa sind wichtige Brücken gebaut worden, die helfen, heutige und künftige Herausforderungen zu bestehen.

So wünsche ich dem 17. Internationalen Kongress Renovabis einen guten Verlauf und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern anregende Tage in Freising.

*Winfried Kretschmann*

## **Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages**

„Dank seiner Verbindung mit der Liebe stellt sich das Licht des Glaubens in den konkreten Dienst der Gerechtigkeit, des Rechts und des Friedens“, heißt es im vierten und letzten Kapitel von „Lumen fidei“, der ersten Enzyklika von Papst Franziskus, veröffentlicht vor wenigen Wochen. Für die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa ist dieser Satz seit ihrer Gründung vor zwanzig Jahren Programm: als gelebte Einheit von Glaube und Verantwortung für das Zusammenwachsen Europas. Der diesjährige Internationale Renovabis-Kongress zieht eine Bilanz der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen: Wir brauchen ein Europa, das die europäische Idee nicht auf ökonomische Fragen verkürzt, ein Europa, das eindeutig und unerschütterlich für die eigenen Werte eintritt. Und diese sind im christlichen Werte- und Menschenbild fest verankert.

Ohne die Überwindung der Spaltung Europas wäre die Einheit unseres Landes nicht möglich gewesen. Umgekehrt war die deutsche Einheit Voraussetzung für die Zusammenführung Europas, und dieser Prozess muss fortgeführt und vertieft werden. Dass Christen aus Deutschland dabei Verantwortung übernehmen und sich leidenschaftlich engagieren, halte ich geradezu für unverzichtbar. In diesem Sinne wünsche ich Renovabis auch weiterhin von Herzen viel Erfolg. Den Teilnehmern des 17. Internationalen Renovabis-Kongresses wünsche ich anregende Diskussionen, neue Einsichten und eine große Resonanz.

*Prof. Dr. Norbert Lammert*

## **Grußwort der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland**

Der Fall des Eisernen Vorhangs ist ein wunderbarer Beleg für die Kraft der Freiheit. Selten hat sie sich so eindrucksvoll und spürbar Bahn gebrochen. Dabei spielten die Kirchen eine wichtige Rolle. Nach dem politischen Umbruch traten in Mittel- und Osteuropa jedoch auch die Wunden zutage, die jahrzehntelange Unterdrückung und Misswirtschaft verursacht hatten. Und wieder standen die Kirchen bereit, um nun den Menschen zu helfen, mit den Härten des neuen Alltags zurechtzukommen. Dafür ist Renovabis ein hervorragendes Beispiel.

Seit nunmehr 20 Jahren unterstützt die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken in Ländern des ehemaligen Ostblocks den Aufbau gerechter und menschenwürdiger Strukturen. Ihr Engagement reicht von pastoraler Begleitung über karitative Projekte bis hin zu wertvollen Bildungsinitiativen. Besonderes Augenmerk legt sie darauf, Kinder und Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl zu stärken sowie gesellschaftliche Randgruppen zu integrieren. Ein solcher Einsatz zum Wohl eines guten und friedlichen Zusammenlebens in Europa verdient hohe Anerkennung und Respekt.

Mit dem Motto „frei und solidarisch“ nimmt der diesjährige Kongress zwei Begriffe auf, zwischen denen insbesondere diejenigen, die im Transformationsprozess an ihre eigenen Grenzen gelangen, ein Spannungsfeld wahrnehmen. Beide Pole sollten aber im Einklang stehen und als Leitplanken im alltäglichen Miteinander dienen. Letztlich führt dies zu der grundlegenden Frage, was Freiheit bedeutet und welchen Wert sie für uns hat. Auf sie zu setzen, das heißt, den Einzelnen und seine unantastbare Würde in den Mittelpunkt zu rücken. Freiheit kann deshalb auch weder beliebig noch bindungslos sein. Zu ihr gehört untrennbar Verantwortung. Gerade die Kirchen sind auf einzigartige Weise in der Lage, den Gehalt solcher universalen Werte und Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens freizulegen.

Ein gemeinsames Verständnis von menschlicher Würde, von Freiheit und Verantwortung, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Wohlstand und Sicherheit, von Toleranz und Teilhabe ist unverzichtbar für unser geeintes Europa der Vielfalt. Die gefestigte Zusammenarbeit von mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten lässt die Erfahrung der Blockkonfrontation in weite Ferne rücken, obwohl die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa noch nicht einmal zweieinhalb Jahrzehnte zurückliegen. Längst sind die Vorzüge der Europäischen Union selbstverständlicher Alltag. Wir Europäer können über Ländergrenzen hinweg frei reisen, studieren, arbeiten, Kontakte knüpfen, uns austauschen und Freundschaften schließen. All dies ist Ausdruck neu gewonnener Freiheit.

Dieses große Geschenk sollten wir uns immer wieder vor Augen führen. Dazu bietet gewiss auch der 17. Internationale Kongress Renovabis Gelegenheit. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern übermittle ich meine herzlichen Grüße. Ich danke für das große Engagement und wünsche weiterhin viel Kraft und Gottes Segen.

*Dr. Angela Merkel*

## **Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten**

Das Motto des Kongresses – „Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa“ – stellt eine Vielzahl von Bezügen her.

So erinnert es an die Unterdrückung im vormaligen sowjetischen Machtbereich, der Diktatur und Imperium zugleich war: Die nicht-russischen Völker waren seit 1945 einer rigorosen Fremdherrschaft unterworfen, während die Russen schon seit der Oktoberrevolution von 1917 unter der Diktatur des Proletariats lebten.

Diese Unterdrückung ist ein dunkles Kapitel der Geschichte. Alexander Solschenizyn hat es beschrieben. Auch Begriffe wie „Freiheit“ und „Solidarität“ wurden in dieser Zeit von den Machthabern oft verwendet – aber immer missbraucht.

Doch diese Unterdrückung ist heute nicht nur ein dunkles, sondern vor allem ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Darüber können sich die Völker nur freuen! Gewiss sind nach 1989 nicht sämtliche Hoffnungen in Erfüllung gegangen. Aber der Archipel Gulag ist geschlossen, und das ist ein großes Glück.

Aus christlicher Sicht ist Freiheit „die Freiheit des Christenmenschen“: Luther dachte dabei weniger an die Aufhebung des politischen Gehorsams, als an das Recht, glauben zu dürfen. Besser noch als die Menschen damals wissen wir heute, dass auch diese Freiheit eine politische Qualität hat, da sie den Einzelnen vor dem Allmachtsanspruch der Ideologie bewahrt.

Deshalb bildet die *libertas christiana* auch die Grundlage für das soziale Miteinander in Freiheit und Solidarität!

*Horst Seehofer*

## Grußwort des Sächsischen Ministerpräsidenten

Zum diesjährigen Internationalen Renovabis-Kongress in Freising grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz herzlich. Sachsen und insbesondere Dresden und Leipzig waren ein Zentrum der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland. Die Ereignisse 1989 in ganz Mittel- und Osteuropa haben die Welt verändert. Der Kalte Krieg fand ein Ende, der Eiserne Vorhang hob sich und die Fesseln der Freiheit waren gelöst – weil die Menschen in der Unterdrückung zusammengehalten und Solidarität geübt haben.

Seither hat sich sehr vieles zum Guten verändert. Aber nach wie vor ist auch Solidarität von Nöten. Bei uns hier in Deutschland, wie andernorts. Denn die errungene Freiheit ist auch anstrengend, weil sie uns Eigenverantwortung abverlangt. Das verunsichert viele. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen, die neu gewonnene Freiheit einem Sicherheitsbedürfnis zu opfern.

Es ist gut, dass sich der Renovabis-Kongress 2013 mit der Frage nach dem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Solidarität befasst. Den Kirchen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie sind nach wie vor Orte gelebter Solidarität. Die Debatte über eine „Entweltlichung der Kirche“ ist stark theologisch geprägt. Ich wünsche mir eine Debatte über die negativen Auswirkungen von jahrzehntelanger „Entkirchlichung der Gesellschaft“. Diesen erzwungenen Rückzug spüren wir noch immer, und die Folgen treffen uns alle und zwar völlig unabhängig von Glauben und Religionszugehörigkeit.

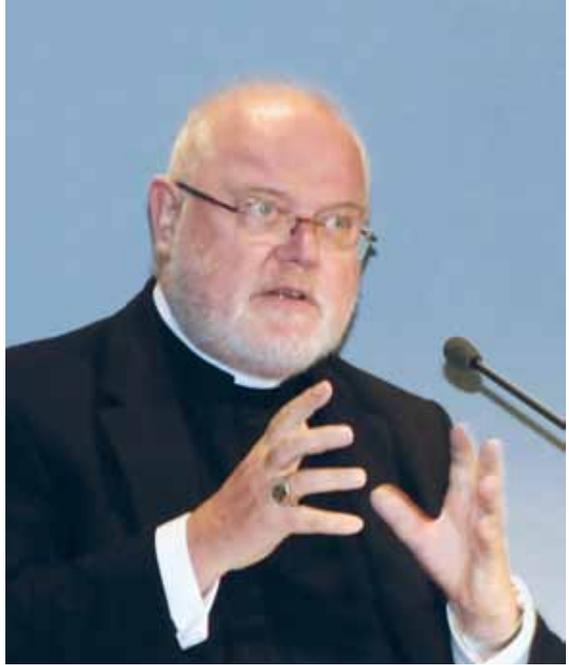
Für uns Christen gilt es – ähnlich wie in der Friedlichen Revolution –, Verantwortung zu übernehmen, damit christliche Werte wie Solidarität in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin Gestaltungskraft haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen eine anregende und ertragreiche Tagung.

*Stanislaw Tillich*

*Am Mikrofon während der Diskussion:  
Dr. Gerhard Albert*



## **II. Referate und Podien**



Reinhard Kardinal Marx, München

## Verantwortliche Freiheit – Perspektiven für Europa<sup>1</sup>

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Brüder und Schwestern, die Sie sich zu diesem wichtigen Kongress versammelt haben, der seit 17 Jahren eine gute Tradition hat und der der Kirche in Deutschland und Ihnen allen eine gute Gelegenheit bietet, die Kirchen Osteuropas besser kennenzulernen und sich mit den osteuropäischen Brüdern und Schwestern jedweden christlichen Glaubens, ob katholisch, orthodox oder evangelisch, zu treffen: Ich freue mich, Sie als Ortsbischof sehr herzlich zu begrüßen. Es ist für uns, das Erzbistum München und Freising, eine Freude, dass Renovabis in der alten Bischofsstadt Freising ansässig ist, die im 8. Jahrhundert durch den Heiligen Bonifatius gegründet wurde, der an das Wirken des Bischofs Korbinian anknüpfte. Seit 1817 befindet sich zwar der Sitz des Erzbistums in der Landeshauptstadt München, aber es heißt bewusst „Erzbistum München *und* Freising“, und deswegen bin ich immer wieder sehr gerne auch hier in Freising.

In wenigen Sätzen möchte ich in das Thema „20 Jahre Renovabis“ einführen, aber auch einen kurzen Rückblick auf das geben, was 1989 passiert ist, und auf die Herausforderung für uns Christen mit Blick auf Europa eingehen.

### I.

Ich beginne mit einer kleinen Betrachtung, die dem heutigen Tag geschuldet ist. Wir feiern heute, am 28. August, das Fest des heiligen Augustinus, der zwar nicht von den Päpsten als einer der Väter und Pat-

---

<sup>1</sup> Für die Drucklegung wurde der frei gehaltene Vortrag sprachlich etwas bearbeitet. Der Stil der freien Rede wurde dabei bewusst beibehalten.

rone Europas ausgerufen wurde, aber es faktisch ist. Kaum ein Denker hat die Theologie und Philosophie Europas so inspiriert wie er. Aus diesem Grund möchte ich an seinem Festtag drei kleine Punkte zur Anfangsbetrachtung erwähnen, die für unser Thema von Bedeutung sind und die eng mit dem Denken und Wirken des heiligen Augustinus zusammenhängen:

Den *ersten Punkt* bezeichne ich als das Konzept der Innerlichkeit; in unserer modernen Welt würden wir sagen, das Konzept der Subjektivität. Auch Historiker, die nicht unbedingt aus dem kirchlichen Bereich kommen, erkennen im Christentum der ersten Jahrhunderte einen energischen Schub hin zur Innerlichkeit, zur Subjektivität, hin zum Entdecken der einzelnen Seele. Im berühmten „Soliloquium“ des Augustinus wird die Frage „Was ist das Wichtigste?“ beantwortet mit: „Gott und die Seele.“ Und der Fragende setzt nach: „Ist das wirklich das Wichtigste?“ „Ja, das ist das Wichtigste.“ „Ist es wirklich so?“ „Ja, Gott und die Seele, das genügt.“ Dies ist natürlich eine radikale Position, und wir können sie nicht alleine stehen lassen, denn seine Schriften zeigen auch noch etwas anderes. Aber in seiner Zuspitzung macht Augustinus deutlich, dass es darauf ankommt, was der Einzelne als Person und Mensch lebt. Wir könnten auch sagen, dass die *Würde des einzelnen Menschen absolut kostbar ist*. Das ist eine Entwicklung, die natürlich – ich muss das hier nicht weiter ausführen – zur europäischen Geistesgeschichte gehört und an die große biblische Tradition anknüpft, dass jeder Mensch ein Bild des lebendigen Gottes ist und ihm wahrhaftig in analoger Weise ähnlich ist. Gelegentlich zitiere ich den deutschen Rechtsphilosophen und Staatsrechtler Paul Kirchhoff, der gesagt hat, dass diese Sätze auf den ersten Seiten der Heiligen Schrift, die die Gottebenbildlichkeit des Menschen und die Erschaffung des Menschen als Mann und Frau thematisieren, das Revolutionärste sind, was jemals auf dieser Welt verkündet wurde, und dass genau das wahrscheinlich bis heute selbst von uns noch nicht erfolgreich und wirklich konsequent gelebt und verkündet wird, so wie es dort gemeint ist. Dies hängt mit besagtem Konzept der Subjektivität, der Innerlichkeit, der Würde jedes einzelnen Menschen zusammen, und mit der kostbaren Seele, in der Gott wohnt. Augustinus ist ja der Meinung und macht die persönliche Erfahrung,

dass Gott in ihm zu ihm spricht. Dies gilt aber nicht nur für ihn und ist somit exklusiv, sondern es ist für alle ein Weg.

*Zweitens:* Augustinus entwarf ein besonderes Konzept von Kirche und Staat. Zu fragen ist hierbei, wie dieses Konzept aussieht, wie sich der Staat nach einer Zeit des Eskapismus und des Totalitarismus selbst sieht, wie man einen demokratischen Staat verstehen kann und welches die Aufgaben des Staates sind. Auch hier hat die lange abendländische Tradition des geistigen Sich-Auseinandersetzens mit der Frage, was eigentlich die Grenzen des Staates sind, ihre Wurzeln bei Augustinus. In seinem großen Werk „De civitate dei“ geht es um eine politische Theorie, nämlich darum, deutlich zu machen, dass die historisch gewordenen Staaten nicht sakralisiert werden dürfen, keine endgültige Form haben und dass das Reich Gottes nicht identisch ist mit irgendeiner historischen Gestalt, auch nicht mit der Gestalt der Kirche, sondern dass das Reich Gottes über diese Gestalt hinausgeht. Es gibt also eine Spannung, die zwischen dem bleibt, was durch die Geschichte hindurch das Reich Gottes ist, und dem, was die äußeren Gestalten sind, die sich in staatlicher Form darstellen. Es geht bei den berühmten Äußerungen Jesu im 22. Kapitel des Matthäus-Evangeliums um eine radikale Entsakralisierung der Macht und des Staates, und dieser Impuls des Augustinus setzt sich fort in den Auseinandersetzungen besonders im lateinischen Bereich Europas; die Geschichte des orthodoxen Bereiches mögen diejenigen erzählen, die diesbezüglich kompetenter sind. Im lateinischen Bereich Europas ist der Dualismus zwischen Staat und Kirche in besonderer Weise in der Auseinandersetzung zwischen Papst und Kirche zum Ausdruck gekommen, wobei die Päpste oft überzogen haben, als sie meinten, der Staat sei ein Teil ihrer Kompetenz. Umgekehrt meinte der Staat, überziehen zu können, und tut dies manchmal bis heute in einigen Gegenden, indem er glaubt, die Kirche sei Teil seiner Kompetenz. Die Zielrichtung jedoch, also die Spitze, wurde in dem deutlich, was die Historiker – und nicht nur die Kirchenhistoriker – gelegentlich die päpstliche Revolution nennen, dass also der Staat eine Grenze bekommt. Manche behaupten sogar, es sei ein wesentliches Element der Freiheitsgeschichte, dass dem Staat, wie es in keiner Kultur zuvor der Fall war, gesagt wurde: „Hier gibt es eine Grenze für dich! Der Bereich

des Gewissens, der Religion und des Glaubens ist nicht deine Kompetenz!“ Und natürlich hat die Kirche in konsequenter Weise dann oft auch diese Freiheitsbotschaft nach innen vermittelt und weitergetragen. Aber es war ein Element, das eben in besonderer Weise dazu geführt hat, dass dem Staat Grenzen gesetzt werden. Die Freiheitsgeschichte Europas ist also im Wesentlichen auch eine Geschichte, die dem Staat, seiner überbordenden Macht und seiner Zuständigkeit, die auch die Kirche einzuschränken droht, Grenzen setzt. Das ist ein wesentliches Element der Geschichte Europas, das mit Augustinus zusammenhängt.

Der *dritte* Punkt mit Blick auf Augustinus ist das *Reich Gottes*. Ein Zitat von Augustinus lautet: „Non est in annis sed in animis“. Das Reich ist nicht eine geschichtliche Gestalt, sondern es unterscheidet sich durch zwei Arten der Liebe vom Reich der Welt, wie Augustinus sagt – nicht äußere Macht, sondern die verschiedenen Formen der Liebe kennzeichnen die Grenzen zwischen dem Reich Gottes und dem Reich der Welt, wie es in „De civitate dei“ heißt. Das Reich der Welt ist gekennzeichnet durch die Liebe zu sich selbst und durch die Liebe zum Nächsten und somit zu Gott. Dies zieht sich durch die Geschichte hindurch. Die Kirche soll durch die geschichtlichen Katastrophen hindurch Veränderungen dulden, die immer wieder auftreten werden. Angesichts des Zusammenbruchs des Römischen Reiches, was Augustinus als Zeitgenosse erlebt hat, und durch alle folgenden Wechselfälle hindurch soll die Kirche Sakrament, also Werkzeug des Reiches Gottes sein. Sie ist aber nicht das Reich Gottes selber, sondern Hinweis, Werkzeug, Zeichen für das Reich Gottes und Zeichen für die wahre Freiheit. Die Kirche ist ein Volk aus vielen Völkern und sammelt die gesamte Menschheit, um die Menschen zu befähigen, diese Gabe des Reiches Gottes, nämlich die wahre Freiheit, zu empfangen.

Soweit eine kleine Betrachtung ausgehend von Augustinus. Sie können sich fragen, ob das nicht weit hergeholt ist. Aber ich glaube, es wird deutlich, dass es um wesentliche Punkte auch für die aktuelle Auseinandersetzung über Freiheit und Solidarität in Europa geht und dass diese geistigen Linien, die von Augustinus kommen, nicht überholt sind.

## II.

Ich möchte nun den Blick auf die gegenwärtige Situation in Europa richten. Sie wissen, dass Europa nicht identisch ist mit der Europäischen Union; das muss ich ständig wiederholen. Aber man sollte doch sagen, dass die Europäische Union so etwas wie das Kraftzentrum der zukünftigen europäischen Entwicklung ist. Daran habe ich keinen Zweifel. Also werden auch jene Länder, die zwar zu Europa, aber nicht zur Europäischen Union gehören, doch in gewisser Weise vom Tempo und von der Agenda dessen, was in der Europäischen Union geschieht, diskutiert und gelebt wird, ganz intensiv betroffen sein und ihren Blick darauf richten, davon etwas hören wollen und sich daran orientieren oder aber davon absetzen. Es ist sehr wichtig, immer wieder auf die Situation der Europäischen Union zu schauen, für die ich ja auch in der COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union, in besonderer Weise Verantwortung empfinde, um den europäischen Prozess im Blick auf die Europäische Union kirchlich zu begleiten.

Ich muss die Geschichte hier nicht aufrufen, obwohl es immer wieder wichtig ist. Wir haben es im Film, der eben vorgeführt wurde<sup>2</sup>, gesehen: Immer wieder brauchen wir die Erinnerung und sagen „Ja, genau so ist es gewesen“, „Wo bin ich damals gewesen, als die Mauer gefallen ist?“, „Was habe ich erlebt in diesen 20 oder 25 Jahren?“, „Welche Hoffnungen habe ich damals gehabt, welche Enttäuschungen erlebt?“, „Welche großartigen Perspektiven haben sich entwickelt!“ Die geschichtliche Perspektive ist also schon wichtig. Der 50. Todestag von Robert Schuman, einem der Gründerväter Europas nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, an den wir uns in wenigen Tagen erinnern, sollte unseren Blick noch einmal weiten und deutlich machen, woher wir kommen. Natürlich muss man die europäische Spaltung bis 1989 berücksichtigen, aber dennoch gibt es die große Vision, dass Europa sich nach den größten Katastrophen und Zivilisationsbrüchen, die jemals auf der Erde geschehen sind, aufmacht und nach diesen schrecklichen Geschehnissen

---

2 Hinweis auf den zur Eröffnung des Kongresses gezeigten Kurzfilm mit Bildern vom Fall der Berliner Mauer und Aussagen von Zeitzeugen.

ein neuer Anfang passiert, zwar verwurzelt in der Geschichte Europas, aber auch getragen von der christlichen Tradition. Diese große Idee ist immer wieder von Christinnen und Christen, also auch von Katholikinnen und Katholiken, weitergegeben worden. Ich unterstreiche hier an dieser Stelle ganz deutlich, dass es verheerend und sogar ein Verrat wäre, wenn die Christen, die Kirchen, die verantwortlichen Bischöfe und die aktiven Laienbrüder und -schwestern, dieses große Projekt Europa nicht weiter unterstützen, kritisch begleiten und voranbringen würden. Es gehört zu den großen Aufträgen, wie es auch Papst Johannes Paul II. in „Ecclesia in Europa“ formuliert hat.

Wir haben in dieser schwierigen Situation eine Verpflichtung, die wir Christen auf die unterschiedlichste Weise in der Geschichte bereits mehrfach erfahren mussten: Wir dürfen nicht resignativ und teilnahmslos am Wegesrand stehen, sondern müssen das große Projekt Europa immer wieder von neuem mit Zukunftsideen, Diskussionen und unserer aktiven Mitgliedschaft unterstützen. Wenn wir auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte schauen, dann dürfen wir keinesfalls diese positiven Entwicklungen vergessen.

Zum Thema „Krise“ möchte ich anmerken: Diesbezüglich würde ich nicht ausweichen, obwohl es vielleicht nicht unbedingt auf Antrieb als eine theologische Frage erscheint, aber es ist in der Tat eine Frage, die sich durchaus aus der Perspektive der Soziallehre und -ethik der Kirche ergibt. 1989 fand eben nicht nur ein Schritt in die Freiheit statt, der durchaus auch eine Revolution war – leider ist es seither auch zu einer Verschärfung des Kapitalismus gekommen. Wir drücken dies heute gelegentlich mit dem Begriff des Finanzkapitalismus aus, und tatsächlich gab es seit den 1970er und 1980er Jahren durchaus eine Bewegung hin zu einer Radikalisierung des Kapitalismus und zu einem Finanzkapitalismus, bei dem die Kapitalrendite das eigentlich Bewegende war und das eigentliche Movers der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Deregulierung, Privatisierung, Freisetzung der Regeln und Ausweitung des Marktes auf alle Bereiche, Ökonomisierung und Ausweitung des marktwirtschaftlichen Geschehens auf beinahe den gesamten Bereich des öffentlichen und globalen Miteinanders haben zu einem Irrweg ge-

führt. Ich erinnere wieder an Papst Johannes Paul II., der 1992 in seiner Enzyklika „Centesimus annus“ sinngemäß die Frage stellte: „Ist nach 1989 nun der Kapitalismus der Sieger?“ Im Anschluss sagt er dann, dass man die Frage so einfach nicht stellen könne. Wenn der Kapitalismus nicht die Probleme der Gerechtigkeit und Solidarität besser löst, wenn sich im Gegenteil eine radikale kapitalistische Ideologie ausbreitet, dann kommen die alten Ideologien wieder zum Vorschein. Stimmt das denn? Haben sich in den 1990er Jahren die Vermutung und das ängstliche Fragen Papst Johannes Pauls II. erfüllt und hat sich eine radikale kapitalistische Ideologie breit gemacht? Ja, genauso ist es gewesen.

### III.

Natürlich ist es ein vielschichtiges Unterfangen und es ist wohl auch etwas pauschal, wenn man sagt, dass selbst im Vertrag von Lissabon 2007, dem EU-Grundlagenvertrag, ein wenig der Geist von „Wettbewerb, Wettbewerb, Profit, Profit“ atmet. Profit und Gewinn haben ihren berechtigten Platz, sicherlich aber bilden sie nicht die Philosophie des gesamten Lebens innerhalb einer Gesellschaft ab. Die Erfahrungen der Finanzkrise, die ja immer noch nicht beendet ist, werfen neue Fragen und Diskussionen auf. Auch hier ist die katholische Kirche in besonderer Weise gefordert. Deswegen haben wir als COMECE, als Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union, einen Text zur europäischen Sozialen Marktwirtschaft veröffentlicht<sup>3</sup>, und wollen damit auffordern, über den Kapitalismus hinaus zu denken.

Wir alle *müssen* über den Kapitalismus hinaus denken, denn Soziale Marktwirtschaft ist nicht dasselbe wie Kapitalismus. Deswegen ist es wichtig, uns als Kirche aus dem Geist der Soziallehre der Kirche am Zukunftsbild Europas zu beteiligen. Es geht nicht nur um Wettbewerb, sondern auch um dessen Rahmen und um die Ziele der Gesellschaft

---

3 „Eine europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ (Erklärung der COMECE vom 12. Januar 2012); der Text kann in Deutsch, Englisch und Französisch abgerufen werden unter <http://www.comece.org/site/de/publikationen/pubcomece>.

und darum, wie wir leben wollen. Dazu sind zwar Wettbewerb, Kultur, Bildung und vieles mehr notwendig, aber eben nicht nur ökonomischer Wettbewerb. Der Euro, der Europa zusammenführen soll, ist eine Währung, und Währung kommt von Wahrheit. Wahrheit ist gegründet auf Werten, und es geht nicht nur um ökonomische Fragen, denn der Euro ist nicht nur ein ökonomisches Problem, er ist zunächst ein Problem der Solidarität, ein Problem des Wertes, in der Gemeinschaft zusammenzustehen. Man kann keine gemeinsame Währung ohne diesen Willen haben. Wie man dies im Einzelnen dann politisch löst, ist nicht Aufgabe des Bischofs und soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden; doch ohne glaubwürdig vermittelte Solidarität kann keine gemeinsame Währung bestehen. Insofern ist eben die Währung nicht nur ein finanztechnisches, sondern auch ein politisches Problem, vor dem wir stehen. Natürlich sind nicht alle Länder, gerade auch in Osteuropa, am Euro beteiligt, aber die Euro-Zone innerhalb der Europäischen Union gibt doch in gewisser Weise den Weg vor und strahlt aus auf alle anderen Bereiche.

Es geht also darum, welches Bild und welche Vorstellungen von Europa wir haben wollen, und ich glaube, dies ist die Richtung, in der wir die Diskussion gemeinsam führen müssen. Wir haben keine einfachen Schablonen-Antworten, wie beispielsweise „Staatengemeinschaft“ oder „politische Union“. Es geht immer darum, was wir konkret wollen. Was ist im Grunde unsere Vision und Vorstellung von Europa, wenn wir als Kirchen, als Brüder und Schwestern vom Evangelium sprechen? Die Botschaft des Evangeliums müssen wir in die notwendige, derzeit stattfindende Diskussion über die Zukunft Europas einbringen.

Ich weiß, dass die Situation in den Kirchen der jeweiligen Länder sehr unterschiedlich ist. Umso mehr freue ich mich, dass dieser Kongress die Gelegenheit bietet, verschiedene Erfahrungen aus unterschiedlichen Ländern einzubringen und diese Erfahrungen mitzuteilen und auszutauschen. Ich weiß auch, dass manche Kirchenvertreter mit Skepsis auf Europa schauen und diesen Kontinent als eine Quelle der Unmoral und Bedrohung ansehen, ihn mit Brüssel und mit Bürokratie gleichsetzen, was natürlich auch eine sehr einseitige Sicht ist. Noch einmal: Europa kritisch anzuschauen, ist eine politische Frage und zugleich eine politi-

sche Auseinandersetzung, die aber auch in den Ländern geführt werden muss. Skepsis ist sicher berechtigt, aber es wäre wichtig, dass gerade wir als Kirche hier den Geist von „Ecclesia in Europa“ ohne Naivität, aber mit großem Engagement aufnehmen. Dieses Dokument möchte ich allen noch einmal wärmstens ans Herz legen. Es gehört zu den stärksten Dokumenten Johannes Paul II., die in kirchlicher Verantwortung über Europa geschrieben worden sind. Johannes Paul II. schrieb darin in seiner einfachen und schlichten, aber doch sehr tiefgründigen Art: „Europa heißt für mich Öffnung – ‚apertura‘“. Dies meinte er umfassend, und es steckt unglaublich viel positive Energie in diesem einfachen, schlichten Satz.

#### IV.

Nun möchte ich auf die Aufgaben der Christen und insbesondere der Kirchen zu sprechen kommen. Wie stellt sich unsere Aufgabe bis in unsere Pfarreien und in Bereiche der Zivilgesellschaft hinein dar und wie funktioniert eine Bürgergesellschaft? Denn eine moderne Demokratie lebt eben auch von vielfältigen Organismen, Institutionen, Gemeinschaften, von der öffentlichen Meinung, von Rede und Gegenrede und von der individuellen Haltung jeder und jedes Einzelnen und auch von dem, was Bischöfe als Leiter und verantwortliche Führer der Kirche in den Gesellschaften zu sagen haben.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, wie wichtig es ist, dass wir im Blick auf Europa die moderne Welt auch innerlich annehmen. Damit meine ich auch das Negative, das es ja immer schon gegeben hat. Wie jeder weiß, war die Vergangenheit nicht nur gut. Es gibt immer nur die Welt, in die wir im Jetzt hineingestellt sind, und diese Welt können wir nur dann verändern, wenn wir sie annehmen, verstehen und begreifen und wenn wir auch das Großartige sehen, das in ihr passiert. Nicht indem wir uns hinstellen und alles besser wissen, sondern indem wir versuchen, auch die Anfragen und Sorgen der Menschen zu verstehen, können wir evangelisieren und das Evangelium einbringen, das wiederum an die reale Situation anknüpfen kann und soll und in diese hinein-

geht. Dazu gehört das Annehmen auch der modernen Welt mit all ihrer Freiheit, ihrem Pluralismus, mit ihrer beängstigenden Vielfalt. So stellen sich die Fragen „Wollen wir in einer Welt leben, die weniger Freiheitsmöglichkeiten hat?“; „Wo wollen wir die Freiheitsmöglichkeiten beschneiden?“

Es geht also zunächst einmal darum, auch glaubwürdig deutlich zu machen, dass der Weg in die Freiheit ein Weg ist, der dem Evangelium mehr entspricht als die anderen Wege. Der Weg in die Freiheit ist nicht zunächst ein Weg, den wir misstrauisch beäugen, sondern ein Weg, den wir positiv mit Begeisterung annehmen. In seinem Brief an die Galater sagt Paulus eben nicht, dass wir *von* der Freiheit, sondern *zur* Freiheit befreit sind. Freiheit dürfen wir uns nicht wegnehmen lassen! Freiheit ist ein Wort des Evangeliums, ein Wort der Verkündigung des heiligen Paulus, das wir nicht unter Generalverdacht stellen dürfen. Es hat mich als Bischof von Trier sehr begeistert, als das letzte Buch „Erinnerung und Identität“ von Johannes Paul II. wenige Monate vor seinem Tod erschien. Dort gibt es auch einen kleinen Abschnitt über die Katholische Soziallehre, wo er sich fragt: „Was ist eigentlich der rote Faden der Soziallehre der Kirche? Was ist eigentlich das, was die Soziallehre besonders ausmacht?“ Überraschenderweise und entgegen meinen Erwartungen benannte er in diesem Buch die Freiheit als den zentralen „roten Faden“ der Soziallehre und nicht die anderen Prinzipien, die wir kennen, wie Solidarität oder Subsidiarität. Die Freiheit ist der Kern der Würde und der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Diese Situation muss man also annehmen, obwohl sie eben auch mit Vielfalt und mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Natürlich müssen wir Freiheit und Solidarität zusammenbringen. Freiheit, Solidarität und Subsidiarität sind verbunden. Es gibt keine Freiheit, die beziehungslos ist. Es gibt keine Freiheit ohne Liebe. Es gibt keine Freiheit ohne Opfer. Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität. Johannes Paul II. beendete seine Ansprache am Brandenburger Tor 1998 mit folgenden Worten „Die Freiheit hat einen Namen: Jesus Christus“. Diese Freiheit ist also gebunden in der Liebe und vollendet sich, indem ich sage: „Ich liebe dich.“ Da die Liebe Bindung und Solidarität ist, ge-

hört dazu auch, dass wir sowohl nach innen als auch nach außen ein Gemeinwesen ermöglichen und die Gerechtigkeits- und Solidaritätsfrage nicht nur Karitativ im Sinne von Bedürftigkeitserwägungen lösen, sondern einen Sozialstaat aufbauen, in dem jeder eine Chance bekommt. Soziale Marktwirtschaft heißt für mich, etwa im Vergleich mit Aufrufen von früher, nicht einfach nur „Wohlstand für alle“. Diesen Terminus kann man heute nur noch schwer benutzen, weil er in den 1960er Jahren eine ganz andere Bedeutung hatte. Wenn wir jedoch wiederholt sagen „Chancen für alle“ oder „Jeder soll eine Chance bekommen“, dann ist das der Kern des Sozialstaates, der Subsidiarität und der Solidarität. Dies gilt insbesondere für die Kranken, Schwachen, Armen und Alten, für die, die nicht im Arbeitsprozess stehen, und für viele andere. In diesen Bereichen ist es wichtig, den Sozialstaat aufzubauen.

Richtet man den Blick nach außen, so dürfen wir nicht vergessen, dass wir Christen Universalisten sein sollten. Vor allem die katholische Kirche müsste wissen, dass Nationalismus und Christentum nicht vereinbar sind und dem Evangelium widersprechen, denn sie ist eine Kirche, die Weltkirche heißt. Auch in diesem Bereich sind in der Vergangenheit Fehler passiert. Patriotismus darf nicht so formuliert werden, dass man sagt „wir und die anderen“. Bei Jesus gibt es weder „wir“ noch „die anderen“, sondern alle Getauften sind eingeladen, wenn sie sich auf den Weg des Evangeliums begeben, wenn sie von Jesus hören wollen und in die Gemeinschaft der Kirche gerufen werden. Genau das gilt eben für alle und bedeutet auch, über das Eigene auf andere Völker hinauszuschauen, bis hin zur Frage, ob wir wirklich interessiert sind an anderen, ob wir wirklich deren Sprachen lernen, ob wir wirklich versuchen, die anderen Völker und Kulturen in Europa kennen zu lernen, ihre Nöte und Sorgen zu sehen. Andernfalls werden wir nicht zu einem wirklich solidarischen Europa finden.

Wir Christen, aber auch ganz allgemein die Kirche und ihre Bischöfe, müssen den Willen haben, positiv am Projekt Europa mitzuarbeiten. Vielleicht hilft uns dabei ein Blick in die Sozialzyklika „Caritas in veritate“ Benedikt XVI. Wir könnten einbringen, was es bedeutet, über den Kapitalismus hinaus zu denken und nicht dort stehen zu bleiben.

Scheinbar sind wir noch nicht so weit, eine neue Fortschrittsidee und ein neues Konzept von Wachstum miteinander zu erarbeiten. Was macht aber nun eigentlich ein Gemeinwesen aus, das mit dieser neuen Fortschrittsidee gekennzeichnet ist, wie es eben „Caritas in veritate“ auszudrücken versucht? Es ist die Rede von einer *neuen humanistischen Synthese*, und es gibt Diskussionen über Wachstumskritik und über das, was man etwas schillernd die Glücksforschung nennt, also Diskussionen darüber, was eine wirklich lebenswerte Zukunft bedeutet, nicht nur im kirchlichen Bereich. Es ist nicht so, als wären wir hierbei alleine, eher hinken wir zum Teil sogar hinter den öffentlichen Debatten her. Wir müssen uns daher mit unseren Gesprächsbeiträgen einklinken und ein Leitbild der verantwortlichen Freiheit vorgeben. Heute gibt es in der Tat Diskussionen über das, was nicht weiterführt. Vor einigen Monaten ist das in Amerika heftig diskutierte Buch von Michael Sandel „Was man für Geld nicht kaufen kann“<sup>4</sup> in deutscher Übersetzung erschienen. Amerikanische Soziologen nahmen es als interessanten Gedankenanstoß wahr, der auch in ihrem Land diskussionswürdig sei. Das Buch beschreibt, dass eine Gesellschaft weniger auf materiellen als vielmehr auf immateriellen Grundlagen aufgebaut sein sollte – hierfür sollten wir vom Geist des Evangeliums her eigentlich die Experten sein.

Das Leitbild ist also die verantwortliche Freiheit, d. h. es geht nicht darum, gegen die Freiheit zu sein oder die mit ihr verbundenen Gefahren zu betonen, sondern darum, die mit ihr verbundenen positiven Herausforderungen zu sehen, zu verkünden und sie mit der Verpflichtung zu Verantwortung und Solidarität zu verbinden. Andernfalls wird Freiheit zur Beliebigkeit und ist keine Freiheit mehr, sondern geht ins Leere.

## V.

Es bleiben zwei „Achillesfersen“ der modernen Welt, die uns natürlich immer wieder zu schaffen machen. Die eine meint das, was Papst Bene-

---

4 „Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes. Berlin 2012. (Originalfassung: What Money Can't Buy: The Moral Limits of Markets. Farrar 2012).

dikt XVI. im Deutschen Bundestag 2011 ausführlich dargestellt hat: die *Frage von Mehrheit und Wahrheit*. Diesbezüglich sind wir als Kirche natürlich schnell dabei, uns auf das Naturrecht zu beziehen, weil wir am besten wissen, was dies ist. Was also die Wahrheit ist, das wissen wir, aber wir müssen sie auch allen verständlich machen, und die anderen müssen es unserer Ansicht nach glauben. Deswegen ist Naturrecht eben nicht nur, dass jemand wie die Kirche, also wie wir, sagt, „wir wissen es“; sondern Naturrecht ist das, was alle einsehen sollten. Wir brauchen also den Weg der Vernunft. Mehrheit und Wahrheit – das ist eine kritische Achillesferse der modernen Welt. Wir müssen in unseren Gesellschaften den Sinn dafür wecken, dass nicht alles dem demokratischen Mehrheitsverfahren unterliegt. Aber bitte vergessen Sie nicht, wenn Sie die großartige Rede von Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag vom 22. September 2011<sup>5</sup> lesen – es steht auch darin, dass in der Regel die Mehrheitsentscheidung reicht!

Wir sollten also aus der Rede keine grundsätzliche Kritik an der Demokratie ablesen; das hat Benedikt XVI. nicht gemeint. Er hat nur auf die Achillesferse in der modernen Welt der Demokratie, auch in Europa, hingewiesen, wonach es bestimmte Punkte gibt, die einer Mehrheitsentscheidung entzogen sein müssen. Dies kennen wir ja auch im Staatsrecht, etwa im deutschen Recht, dass die Grundrechte nicht vom Parlament abgeschafft werden können. Es ist nicht so, als sei das ganz unvernünftig. Es gibt diese zwei Ebenen: Das, was man gesetzlich mit Mehrheit regeln kann, und das, was man nicht regeln kann, was, wie es im deutschen Staatsrecht dann heißt, einen Ewigkeitwert hat.

Die zweite Achillesferse besteht in der *Entscheidungsfreiheit*. Die Freiheit kommt dann zum Ziel, wenn sie sich für das Gute entschieden hat, wie es Johannes Paul II. formulierte. Was passiert aber, wenn sich die Menschen nicht für das Gute entscheiden? Das ist eine Frage, die wir

---

<sup>5</sup> Die Ansprache ist veröffentlicht in: Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.), Apostolische Reise Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. nach Berlin, Erfurt und Freiburg 22.-25. September 2011. Predigten, Ansprachen und Grußworte. (Reihe Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 189). Bonn 2011.

nicht beantworten können. Das heißt aber nicht, dass uns die Freiheit weggenommen wird, sondern es bedeutet, dass wir – auch als Kirche – alles tun müssen, um den Menschen zu zeigen, dass die Entscheidung für das Gute nicht nur der richtige Weg ist, sondern der Weg, der ins größere Leben und ins größere Glück führt und nicht nur bedroht wird durch Strafen – vielmehr ist es der Weg in die Fülle des Lebens. Deswegen ist es eine besondere Aufgabe, in Europa, in unseren einzelnen Ländern auch kirchlich Stellung zu beziehen, und zwar mit Argumenten, und die Fähigkeit zum Kompromiss in einer pluralen Gesellschaft nicht zu schnell zu missachten.

Die Fähigkeit zum Kompromiss gehört zum politischen Geschehen dazu. Anders sieht es im Blick auf die Fragen aus, die einer Mehrheitsentscheidung entzogen sein müssen, etwa wenn es um Leben und Tod geht oder um Fragen, die die Würde des Menschen insgesamt betreffen. Darüber wird man streiten und darüber *müssen* wir streiten, etwa im Blick auf Ehe und Familie. Das wird eine heftige und auch wichtige Auseinandersetzung, aber auch sie sollte argumentativ mit den Mitteln der Vernunft geführt werden, damit wir deutlich machen, dass die Positionen, die wir in diesem Bereich vertreten, nicht typisch katholisch oder nicht typisch orthodox sind. Vielmehr sind sie jedem vernünftigen Menschen einsichtig, wenn er denn an die unverletzliche Würde des Menschen wirklich glaubt. Diese Diskussionsbereitschaft müssen wir auch gegenüber denen, die anderer Meinung sind, aufbringen.

Wie können wir nun dazu beitragen, dass Menschen sich in Freiheit für das Gute entscheiden? Dies gelingt nur durch Erziehung, Bildung und Beispiele, anders nicht. Ich möchte es einmal so sagen: Zu den Hauptaufgaben der Kirche der Zukunft, bei uns, in Osteuropa, in ganz Europa, wird es gehören, die Menschen zu befähigen, verantwortlich mit der Freiheit umzugehen. Unsere Verhältnisse werden nicht übersichtlicher werden. Wir werden keine geschlossenen Kulturen haben. Wir werden in Pluralität leben müssen, wenn wir Freiheit wollen, müssen aber dann die Menschen dazu befähigen, sich in unübersichtlichen Verhältnissen und komplexen Situationen verantwortlich für das Gute zu entscheiden. Das ist eine Aufgabe der Erziehung und der Bildung im

Geiste des Evangeliums. Es gehört zu den ganz wichtigen Herausforderungen, damit wir vorbereitet sind für die Diskussionen im Miteinander der offenen Gesellschaft, denn sonst verleiten wir unsere Gläubigen dazu, sich aus dem öffentlichen Geschehen zurückzuziehen, weil es ihnen zu kompliziert ist, Kompromisse zu schließen und mit anderen, die ganz andere Positionen vertreten, zusammenzuarbeiten. Aber das kann nicht der Weg sein.

Verantwortliche Freiheit lernen ist für mich das Leitbild auch von Erziehung und Bildung, auch dessen, was wir in der Katholischen Soziallehre als Konzept für eine Gesellschaft weiterzugeben haben. Das ist es, was die Kirche verkünden sollte! Wir sind Kämpfer für eine verantwortliche Freiheit, und in unseren Bildungseinrichtungen und Initiativen wollen wir mithelfen, dass Freiheit verantwortlich gelebt werden kann.

Wie sieht nun die Zukunft Europas aus? Ich bin unverbesserlich zuversichtlich, weil ich an die geistigen Ressourcen Europas glaube, auch gerade im Blick auf die Kirche. Immer wieder zitiere ich das Wort von Jean-Marie Kardinal Lustiger, der wenige Kilometer von hier in Augsburg bei einer Preisverleihung gesagt hat: „Das Christentum in Europa steckt noch in den Kinderschuhen, seine große Zeit liegt noch vor uns.“ Aber die meisten bei uns haben den Eindruck, die große Zeit des Christentums liege *hinter* uns und wir müssten nun im Häuserkampf wie eine Bastion die letzten Verteidigungsmarken verteidigen. Aber das ist nicht meine Vision – meine Vision ist eine andere. Es ist noch nicht ausgereizt, noch nicht zu Ende gedacht, was das Evangelium zu sagen hat, sowohl für die Gesellschaft als auch für unser Leben. Und ein Element ist es, die verantwortliche Freiheit zu verkünden und zu leben.

Ich glaube, dass gerade die Christen eine wichtige Bedeutung in Europa haben. Wenn Europa Zukunft haben will, dann nicht nur, um den Wohlstand zu verteidigen; wenn das das einzige Ziel wäre, die einzige Zukunftsidee Europas, dann hätte Europa meiner Ansicht nach jede Zukunftsorientierung verloren. Nein, es muss um mehr gehen. Es muss natürlich auch um wirtschaftliche Fragen gehen, aber damit die wirt-

schaftlichen Fragen eine richtige Bahn finden, brauchen wir eine Zukunftsidee von Europa. Und genau da sollten wir als Christen nicht dabei sein, da sollten wir nicht mitmischen, mit unseren Ideen abseits stehen? Woher sollen denn diese Ideen kommen, wenn nicht aus dem großen Geist des Evangeliums? Das Evangelium ist die wichtigste Aufklärung, die Europa jemals vernommen hat. Und dieses Evangelium ist für Europa noch lange nicht ausgereizt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Kongress, den ich hiermit eröffne, viele fruchtbare Diskussionen.

## Freiheit – Wunsch und Wirklichkeit nach 25 Jahren

Nach dem Vortrag von Kardinal Marx sollten wir eigentlich in einer längeren Pause Zeit zum Nachdenken haben, um später weiter zu diskutieren. Es gab darin so viel Stoff zum Überlegen, Nachdenken, vielleicht auch Streiten, dass ich mich ein wenig geniere, hier vor Ihnen zu stehen. Wenn ich nun über 25 Jahre Freiheit und entsprechend über Wunsch und Wirklichkeit sprechen soll, dann muss ich selbstverständlich aus der polnischen Perspektive sprechen; schließlich bin ich Polin, lebe dort und habe an der friedlichen Revolution teilgenommen.



### Was hat sich verändert?

Wir haben vor 25 Jahren die Freiheit, über die wir heute sprechen, erkämpft und sie am Runden Tisch ausgehandelt. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen Polen kennen, in Polen waren oder dort immer wieder hinfahren. Sie haben dann vielleicht mit eigenen Augen gesehen, was sich in diesem Land seither alles verändert hat. Es ist ein Land, in dem die Menschen mit Zuversicht leben, ein Land, in dem die Menschen mit viel Engagement und Fleiß ihre Zukunft und die ihres Landes gestaltet und sogar Einfluss auf die Europäische Union genommen haben. Bedenkt man die viele harte Arbeit, so hat Polen eine Erfolgsgeschichte erlebt und ist, was sowohl die Politik als auch die Wirtschaft, das Sozialleben und die Kultur anbetrifft, im Laufe der vergangenen 25 Jahre ein anderes Land

geworden. Wenn man heute durch das Land und vor allem die Städte fährt, dann sieht man, wie sich die Menschen verändert haben, dass sie zusammen sind, dass sie draußen sind, dass sie sich organisieren und dass sie zusammen feiern. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einer tschechischen Dissidentin kurz nach der Wende, in dem ich sie fragte, was für sie das Wesentlichste nach dem Erlangen der Freiheit in der damaligen Tschechoslowakei sei. Sie sagte: „Die Gesichter. Die Leute sehen heute anders als früher aus.“ Ich glaube, dies ist tatsächlich etwas, was man sofort merkt, wenn man sie anschaut. Zwar lernen wir auch zu feiern, aber natürlich sehe und höre ich immer wieder, wie wir in Polen mit dem größten Vergnügen jammern. Früher hat mich das in Deutschland sehr schockiert, denn dieses Land ist so gut organisiert, so reich und das Leben auf einem unglaublich hohen Niveau – trotzdem haben die Deutschen immer gejammert; heute tun auch wir in Polen das.

Im Juli und August verbringe ich regelmäßig etwas Zeit hier in Bayern und kann daher Bayern und Polen ein wenig vergleichen. Mir wurde deutlich, dass wir in Polen aufgeholt haben. So wie die Bayern mussten wir für unsere Fortschritte, Erfolge und für unsere Mitgliedschaft in der EU weder unsere Traditionen noch unsere Identität aufgeben. Häufig habe ich den Eindruck, dass wir selbst in Polen das noch nicht richtig begriffen haben. In Bayern gibt es das Lied, „Bayern, des samma mia – Bayern und des bayerische Bier“; vielleicht sollte man es ins Polnische übersetzen und auf Polen anwenden. Meine Kinder brachten im Sommer mehrere Flaschen polnisches Bier nach Bayern mit, obwohl dies völlig abwegig und ein wenig extravagant klingt. Es gibt in Polen viele kleine Produzenten, und den Bayern hat es sehr gut geschmeckt. Also kommt nun auch noch das polnische Bier nach Bayern; so etwas hätte es vor 25 Jahren nicht gegeben. Damals sagte mein Mann, der in München studiert hat und nun in Warschau wohnt, zu mir: „Erinnerst du dich an die bunten Werbungen in den Paketen, die du aus dem Westen bekommen und dann auf die Scheiben geklebt hast?“ Tatsächlich klebten solche Aufkleber an meinen Fensterscheiben, weil draußen alles grau war. Die Freiheit hat also die Farben zurückgebracht, auch im wortwörtlichsten Sinne, und sie sind ein sichtbarer Ausdruck von Freude und Zuversicht.

Sehr schnell gab es nicht nur Schwierigkeiten zu diskutieren und zu überwinden, sondern es boten sich auch neue Möglichkeiten, die man nutzen konnte. Natürlich können oder wollen nicht alle diese Möglichkeiten nutzen, dennoch sind sie da, und die breite Mehrheit nutzt sie. Ich könnte Ihnen ungefähr zwei Millionen Erfolgsgeschichten erzählen von kleineren und mittleren Unternehmen, von Leuten, die mit dem Handel mit Altkleidern angefangen haben, die aus dem Westen kamen. Leute, die sich ein bisschen mit Stoffen auskannten, haben zerfallene, ehemals kommunistische und dann abgewickelte Betriebe wiederbelebt und produzieren heute sehr moderne Textilien, die sie hauptsächlich nach Deutschland verkaufen.

Die wiedererrungene Freiheit hat diesen Erfolg möglich gemacht. Zuversicht und Vertrauen in uns selbst, das war das Wesentlichste. „Wir schaffen es!“ – Dieser Gedanke, dieses Gefühl hat sich ausgebreitet, wenngleich es nicht für alle Gruppen und Bürger typisch und charakteristisch ist. Es ist dennoch sehr verbreitet. Ebenso spielten ausländische Investitionen eine große Rolle. Klugerweise suchte unser damaliger Privatisierungsminister Janusz Lewandowski nach strategischen Investoren für sanierungsbedürftige Staatsbetriebe. Diese brachten auch Know-how nach Polen, es etablierten sich westliche Managementmethoden, und heute treffen wir viele polnische Manager in der ganzen Welt. Dank solcher Leute, die heute in der EU höchste Stellen besetzen und sehr große Verantwortung tragen, scheint sich unsere Demokratie auf allen Niveaus zu stabilisieren. Bis zur Regierung Buzek, die viele Reformen eingeführt hat und nicht wiedergewählt wurde, hatten wir ständig Neuwahlen. Nun haben wir zum ersten Mal eine Regierung, nämlich die von Donald Tusk, die zum zweiten Mal gewählt wurde. Zum ersten Mal ist ein solches Phänomen in den so genannten neuen Mitgliedsländern zu beobachten.

## **Polen als Partner in der Europäischen Union**

Dank dieser politischen Entwicklung sind wir auch ein wichtiger und zuverlässiger Partner in der Europäischen Union geworden, und ich habe auch den Eindruck, dass wir ein Partner sind, der wieder mehr

Freude und Zuversicht in die Europäische Union einbringt, was dieser sicherlich gut tut. Ich mache im EU-Parlament häufig die Erfahrung, dass Kolleginnen und Kollegen aus den alten Mitgliedsländern Angst vor Veränderungen und neuen Gesetzen haben, die Europa stärker integrieren, auch weil sie seit 60 Jahren mit ihren alten Gesetzen leben und diese einigermaßen funktionieren. Doch die Welt verändert sich, und Europa sollte sich stärker integrieren. Es war unsere freie Entscheidung, und wir sind offener gegenüber Veränderungen geworden; deshalb hoffe ich, dass wir diesen Gedanken und diese Offenheit mit einbringen, damit dies zu neuen Lösungen in der EU führt. Riesige Herausforderungen liegen vor uns und wir begegnen ihnen gemeinsam; es ist auch wichtig, dass Deutschland sie nicht mehr alleine meistern muss.

Für Polen ist es typisch, dass sich immer mehr Leute in lokalen Initiativen und in Nicht-Regierungs-Organisationen engagieren, und unsere staatlichen und örtlichen Verwaltungen lernen immer besser, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Schon allein dadurch gelingen viele Neuerungen im Bereich der Sozialarbeit oder der politischen Arbeit mit den Bürgern. Engagierte Leute in den NGOs, aber auch in den Verwaltungen, arbeiten immer mehr mit Partnern in anderen europäischen Ländern zusammen. Dieser Austausch, das Entdecken westeuropäischer Lösungen für ähnliche Probleme und voneinander zu lernen – das ist sehr wichtig. Dadurch entstehen nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa regelrechte Innovationsschübe, und je reger der Austausch ist, desto innovativer werden wir. Beispielsweise nimmt die Zahl der Bürgerbüros für Gemeindeverwaltungen, die für viele Bürger äußerst nützlich sind, in ganz Europa zu. Es gibt kaum eine Universität in Polen, die nicht zahlreiche Partnerschaften, insbesondere Forschungsprojekte, mit anderen Universitäten in ganz Europa hat. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Erasmus-Programm, durch das Millionen von Studenten die Möglichkeit haben, ein oder zwei Semester an einer europäischen Partneruniversität zu studieren und ihren Horizont zu erweitern. Meines Wissens nehmen polnische Studenten dieses Angebot am häufigsten in Anspruch.

Wir brauchen in Europa Innovation und den entsprechenden Mut dazu, um unsere Zukunft zu sichern, und wir müssen uns immer bewusst ma-

chen, dass Neuerungen fast immer dann entstehen, wenn Menschen mit verschiedenem Wissen und Können aufeinander treffen, vorausgesetzt sie erhalten Unterstützung von Menschen und Institutionen mit Kapital, Managementfähigkeiten oder juristischem Wissen. Die Programme der Europäischen Union unterstützen dies. Ich betone, dass der Erfolg Polens auch dadurch zu erklären ist, dass diese Programme in Polen sehr intensiv genutzt werden. Diesen Austausch verbinde ich auch mit unserem Kongress hier in Freising. Die Zivilisation und das Denken machen nur dann Fortschritte, wenn sich verschiedene Leute mit den unterschiedlichsten Hintergründen in Frieden treffen. Diesen Fortschritt der Zivilisation sieht man allerorts in Europa. Das Wesentlichste für Polen aber war der EU-Beitritt im Jahr 2004, der sich im nächsten Jahr zum zehnten Mal jährt. Er war eine freie Entscheidung der polnischen Bevölkerung im Rahmen eines Referendums und wird heute als wichtigste Frucht der Freiheit eingeschätzt, die Polen vor 25 Jahren wiedererlangt hatte. Vielen ist damals die Entscheidung schwer gefallen, beispielsweise gerade den Bauern, weil sie fürchteten, ihre polnische Identität zu verlieren – oder die Deutschen kämen, um ihr Land zu kaufen. Es gab viele bange Fragen, und ich fuhr damals vor dem Referendum mit unserem alten VW-Bus quer durchs Land, um mit den Menschen darüber zu diskutieren. Auch in kirchlichen Kreisen gab es viele Befürchtungen: Papst Johannes Paul II. half damals durch klärende und ermutigende Worte vielen Zweiflern. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ohne seine Worte, damals vor zehn Jahren, heute hier stehen würde.

## **Anmerkungen zur Rolle der katholischen Kirche in Polen**

Heutige Umfragen zeigen interessanterweise, dass die Unterstützung und Akzeptanz unserer Mitgliedschaft innerhalb der europäischen Strukturen nach dem Beitritt deutlich gewachsen ist. Wir wurden ständig gewarnt, die Bürger seien nach einem Beitritt meistens so enttäuscht, sodass sie die Mitgliedschaft im Nachhinein nicht mehr unterstützen oder sogar dagegen seien. In Polen jedoch ist die Unterstützung bzw. Akzeptanz gegenüber der Europäischen Gemeinschaft sehr deutlich gewachsen. Leider gilt dies nicht für alle, und insbesondere nicht für

konservative und anti-europäisch eingestellte Katholiken, die beispielsweise „Radio Maryja“ oder ähnlichen Gruppierungen nahe stehen; für sie hat dieser Prozess nicht stattgefunden. Wir alle wissen, dass Gott den Menschen die Freiheit geschenkt hat und damit in jedem Einzelfall ein ziemliches Risiko auf sich genommen hat. Ich frage mich deshalb oft, ob Gott nicht risikofreudiger ist als viele unserer zaghaften oder restriktiven kirchlichen Hierarchen, von denen viele überall Gefahren sehen und uns am liebsten bremsen. Ich würde auch wagen zu sagen, dass Gott risikofreudiger ist als jene Politiker, die die Ängste und Unsicherheiten der vielen Menschen missbrauchen, um ihre eigene Position zu stärken. Ob Gott mit dem, was wir in Polen mit unserer wiedererlangten Freiheit gemacht haben, zufrieden ist, darüber können wir natürlich spekulieren. Aber sicher ist, dass die meisten mutigen Entscheidungen, nicht nur die von weitsichtigen Politikern, sondern auch die von kleinen und großen Unternehmen oder engagierten Bürgern, Früchte getragen haben. Das kann man im ganzen Land sehen und das sollte meines Erachtens Gott doch generell gefallen. Wenn so viele Priester in ihren Predigten uns warnen, bremsen und uns vor allem an das Befolgen von Vorschriften erinnern, dann sehe ich die Gefahr, dass wir in unserer Kirche auseinanderdriften anstatt durch Zusammenarbeit und Austausch zusammenzuwachsen.

Ich kann mich gut erinnern, als meine damals achtjährige Tochter Sophie nach dem Verlesen eines Hirtenbriefes beim Verlassen der Kirche zu mir sagte: „Ich habe das Gefühl, dass dieser Bischof Demokratie nicht sehr gerne hat.“ Leider konnte ich ihr nur Recht geben. Und ich frage mich, ob der Austausch und die Zusammenarbeit in unserer Kirche schlechter als in anderen Bereichen in Europa funktionieren, obwohl wir uns doch eigentlich so gut ergänzen. Einerseits erlebt man die Stärken der Kirche in Polen, mit ihrer lebendigen religiösen Praxis und ihren immer noch zahlreichen Berufungen. Auf der anderen Seite haben wir die Kirchen weiter im Westen Europas, mit ihren starken Theologien, ihrer Ausstrahlung auf Staat und Gesellschaft, obwohl man sagen muss, dass der wohl vorhandene christliche Ursprung bei vielen Errungenschaften gar nicht mehr erkennbar ist.

Sind wir nicht gemeinsam stärker und besser gerüstet für die Herausforderungen der Zukunft? Ich weiß, dass es sehr wohl einen Austausch gibt, aber sollten wir nicht beispielsweise systematisch ein Erasmus-Programm in die Priesterausbildung einführen? Dies ist sozusagen mein Projektvorschlag für Renovabis; und es müssten hierfür doch Mittel in Ihrem Budget zur Verfügung stehen. Wir könnten uns viel besser gegenseitig stark machen, indem unsere Priester mehr voneinander lernen, um besser gerüstet zu sein, uns zu ermutigen und zu helfen, von unserer Freiheit den bestmöglichen Gebrauch zu machen. Jedes Mal, wenn ich in Polen die Kirche besuche, denke ich daran, dass das Evangelium eine Heilsbotschaft ist, eine Frohe Botschaft und keineswegs ein Gesetzbuch. In ihm können wir hilfreiche Leitlinien und Hilfen für unser privates, berufliches und öffentliches Leben finden. Gut ausgebildete Priester können uns durch gute Predigten, Gespräche und durch die Seelsorge dabei helfen.

Unweit von Freising habe ich einen polnischen Priester getroffen, mit dem ich eine längere Unterhaltung führte. Er lehrte in einem polnischen Seminar, war Professor und hat in Bayern einen Priester vertreten, der auf Urlaub war. Ich fragte ihn, ob er bei der Beichte die Menschen fragt, ob diese ehrlich ihre Steuern zahlen, ob sie an Wahlen teilnehmen und sich auf diese vorbereiten, ob sie die ihnen unterstellten Mitarbeiter so behandeln, dass es ihrer Karriere diene usw. Er war sehr erstaunt, dass ich überhaupt solche Fragen stellte, und erwiderte, es läge nicht in seiner Kompetenz, denn es handle sich hierbei nicht um typische Beichtthemen. Ein anderer Priester äußerte, die katholische Soziallehre habe keine große praktische Bedeutung, sie sei dafür viel zu kompliziert – diese Haltung empfinde ich als dramatisch. Natürlich ist die Trennung der staatlichen und kirchlichen Sphären wichtig, aber meine Beispiele sollen auch die Gefahr solcher Einstellungen aufzeigen. Viele, die sich als gute Katholiken ausweisen, befolgen in ihrem Privatleben buchstabengetreu die Regeln der Kirche, aber im öffentlichen Leben und in ihrem Berufsleben halten sie alles für erlaubt, was ihren Zielen nützt. Ihrer Meinung nach betreffen das öffentliche und das Berufsleben nicht die religiöse Sphäre, in welcher die Kirche ihre

Kompetenzen sieht, und zu der auch das Privatleben gehört. Solche sogenannten „guten Katholiken“ nutzen ihre Freiheit falsch und leben eine Art von Doppelmoral. Sie gefährden mit ihrem Zynismus im öffentlichen und Berufsleben sogar die freiheitliche Ordnung und werden zu idealen Parteigängern machthungriger Populisten. Hier liegt eine große Gefahr für die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung in Polen und in anderen Ländern und für das Wohl der Menschen, die dort leben. Vielleicht gilt das vor allem für die Länder des ehemaligen kommunistischen Blocks.

Zum Schluss möchte ich noch etwas sagen, was mir sehr am sehr Herzen liegt: Ich sehe in der Priesterausbildung eine große Herausforderung für den neuen Papst, für unsere katholischen Organisationen und für uns alle. Hier könnte die Integration eines Erasmus-Programms in die Priesterausbildung helfen. Wir könnten gemeinsam Impulse und Anstöße geben für die Priesterausbildung, die Ausbildung von Führungskräften verschiedenster katholischer Organisationen in verschiedenen Ländern, die solche Organisationen erst auf die Beine stellen. Vielleicht würde es den Priestern helfen, uns bessere Orientierungen und Ermutigungen zu geben, damit wir die Möglichkeiten der Freiheit, die wir Europäer heute genießen dürfen, konstruktiv und gottgefällig für uns alle nutzen. Schon jetzt vielen Dank für ein solches Engagement!

Markus Meckel, Berlin

## Die siegreiche Revolution von 1989 – ein Rückblick

Ganz herzlichen Dank für die Einladung, an diesem Kongress teilzunehmen! Wir haben bereits so viel Gesprächsstoff, dass man wirklich überlegen muss, ob man dem noch etwas hinzufügen soll.

Mein Thema ist nun also ein Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren. Was ich Ihnen erzählen werde, unterscheidet sich sehr von dem, was Sie woanders hören oder lesen. Das ist auch kein Wunder. Wir müssen nämlich feststellen, dass wir noch weit davon entfernt sind, auch nur annähernd ein gemeinsames Verständnis von dem zu haben, was vor knapp 25 Jahren passiert ist. Dies gilt schon dann, wenn wir Deutschland alleine betrachten. Ich sage oft, dass wir Deutschen das Volk in Europa sind, das sich selbst am wenigsten kennt. Wenn ich nun hier im tiefen Bayern über den Osten Deutschlands spreche, ist das vermutlich erst einmal sehr weit weg. Die Debatte über die Deutsche Einheit ist hier vielleicht so nah wie die damalige über die Pflegeversicherung: Das geht lange hin und her, ist irgendwann beschlossen und dann geht das Leben weiter und im Wesentlichen bleibt alles beim Alten. 1990 herrschte meines Erachtens das große Missverständnis im Westen, dass man glaubte, wenn sich im Osten zwar alles ändert, so bliebe aber doch im Westen alles beim Alten. Plötzlich merkte man jedoch, dass die Welt eine andere geworden ist und wir in Ost und West gemeinsam vor neuen Herausforderungen stehen.



Doch nicht nur wir Deutschen haben einen durchaus verschiedenen Blick auf die Zeit vor 25 Jahren. Das gilt auch für die verschiedenen Länder in Mitteleuropa. Polen reklamiert für sich – mit einigem Recht, muss man sagen – dass dort die Veränderungen begonnen haben. So brachte die polnische Botschaft in Berlin im Jahr 2009 an ihrem Gebäude Unter den Linden ein riesiges Plakat an, auf dem Dominosteine zu sehen waren: Polen – Ungarn – DDR – ČSSR etc. In Ungarn sieht man es etwas anders. Dort wird insbesondere an die Entscheidung der reformkommunistischen Regierung erinnert, die Grenzanlagen zu Österreich abzubauen und DDR-Bürger, die über die Grenze wollen, nicht mehr an die DDR auszuliefern. Damit zog Ungarn ja gewissermaßen den ersten Stein aus der Mauer. Beides war für uns in der DDR ja von ungeheurer Bedeutung.

Für die Amerikaner ist es im Rückblick ganz einfach. Dort heißt es heute meist: We won the cold war!

Das heißt, jeder hat durchaus sehr unterschiedliche Erfahrungen und Bilder im Kopf und es ist wichtig, dass wir sie uns erzählen und so auch die Perspektiven der anderen und die inneren Zusammenhänge kennenlernen.

Vielleicht kommen wir in diesem Zuhören dann doch auch zu gemeinsamen Erkenntnissen. Für mich wäre es z. B. wichtig, dass wir uns darauf einigen können, dass die Friedliche Revolution von 1989 die erste siegreiche deutsche Revolution ist.

Nun weiß ich nicht, ob man in Bayern über eine Revolution froh oder stolz sein kann, aber vielleicht ja doch, hat es sich doch um eine Freiheitsrevolution gehandelt.

## **Freiheit und Einheit**

1992 erklärte Oskar Lafontaine als Bundesratspräsident während einer Rede im Deutschen Bundestag, dass er sich freue, dass 1990 17 Millio-

nen Ostdeutsche durch die Einheit frei geworden seien. Dies erschütterte mich, war das in meinen Augen doch eine völlige Verkennung der Tatsachen. Es war doch genau anders herum: Die Einheit wurde möglich, weil wir im Osten die Freiheit erkämpft haben. Wir haben die Freiheit nicht durch die Einheit geschenkt bekommen! Durch den Sieg von Freiheit und Demokratie wurde das Tor zur Einheit aufgestoßen. Natürlich waren damals auch die internationalen Rahmenbedingungen wichtig. Dazu gehörte auch die Politik der Nato und der EU, die im Osten eine große Anziehungskraft hatte. Und dazu gehörte natürlich auch die völlig marode Wirtschaft im gesamten Ostblock, nicht zuletzt auch in der Sowjetunion. Und trotzdem gilt: All das wäre so nicht geschehen, wenn nicht Menschen im Osten für Werte wie Freiheit und Demokratie eingestanden wären, und dies nicht nur am Ende des Prozesses, sondern auch über die vorangehenden Jahrzehnte hinweg und häufig unter großem Risiko und vielen Opfern.

Freiheit und Demokratie haben gesiegt, weil Menschen in Ost und West dafür eingetreten sind. Die erkämpfte Freiheit in Ostmitteleuropa hat die Grundlage dafür geschaffen, dass Europa zusammenwachsen konnte. Insofern ist dies unsere gemeinsame Geschichte und wir können gemeinsam froh darüber sein.

Inzwischen nun hat sich Europa grundsätzlich gewandelt. Die neuen Demokratien in Ostmitteleuropa sind Mitglieder von EU und Nato. Und es ist ein riesiger Erfolg, dass dieser Erweiterungsprozess verbunden war mit einer weitgehenden Vertiefung der Integration. Im Lissaboner Vertrag sind unsere gemeinsamen Werte verbindlich zusammengefasst, für die wir lange gestritten haben. Und heute geht es darum, dass wir diese Werte gemeinsam nach innen wie nach außen mit Leben erfüllen.

So ist die Europäische Union ein Zukunftswerk, das nun unsere gemeinsame Verantwortung beschreibt.

## **Eine mitteleuropäische Revolution**

Mir ist wichtig, dass wir uns in Deutschland, aber eben auch in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und in der Slowakei deutlich machen, dass die Ereignisse in unseren Ländern vor 25 Jahren zusammenhängen. Es war eine mitteleuropäische Revolution! Und der Mauerfall am 9. November 1989 wurde zu ihrem Symbol, so wie der Sturm auf die Bastille zum Symbol der Französischen Revolution geworden ist.

Natürlich tun sich die Polen schwer damit, dass nicht der Runde Tisch zu diesem Symbol wurde. Das ist auch verständlich, denn dieser war ja der Modus des friedlichen und verhandelten Systemwechsels! Doch zum Symbol wurde der Mauerfall – das waren eben die Bilder, die jeder weltweit vor Augen hat.

Deshalb sollten wir diesen Tag auch gemeinsam feiern! Bei jeder Feier des Mauerfalls gehören Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken gewissermaßen als geborene Gäste mit dazu. Leider ist das in Deutschland oft noch nicht wirklich verstanden worden. Wir sollten den 25. Jahrestag des Mauerfalls im nächsten Jahr wirklich als mitteleuropäisches Datum feiern, als völkerverbindendes Fest in der Mitte Europas.

## **Freiheit und Kirche**

Heute vor 50 Jahren, am 28. August 1963, hielt Martin Luther King seine große Rede, aus der uns die Worte „I have a dream ...“ geläufig sind. Ich möchte heute an ihn erinnern, weil er für mich eine große Rolle spielte. Als elfjähriger Junge habe ich ihn, als er auf Einladung Willy Brandts Berlin besuchte und auch nach Ostberlin kam, in der Marienkirche predigen hören. Ich erinnere mich daran, von ihm ging eine ungeheure Ausstrahlung aus. Seine Botschaft der Gewaltlosigkeit hat uns sehr geprägt. Von hier lässt sich eine klare Traditionslinie zur Friedlichen Revolution ziehen.

In der DDR hat das Verhältnis von Opposition und Kirche eine immense Rolle gespielt. Oft heißt es ja, die Kirche sei das Dach der Opposition gewesen, doch halte ich diese Formulierung für problematisch, da sie nicht im Blick hat, dass die Kirche selbst in vielen Bereichen ein Ort der Freiheit, Ort eines freien Diskurses war, den es sonst in der Gesellschaft nicht gab. Und so waren es eben auch viele engagierte Christen, die in der Opposition aktiv waren. Das wurde nicht von außen an die Kirche herangetragen. Natürlich gab es auch viele Konflikte in der Kirche über die Frage, wieweit die Fragen der Gesellschaft zum Thema gemacht werden sollten.

Obwohl die Christen in der DDR eine Minderheit waren, konnte die Kirche durch diesen offenen Diskurs und die Öffnung der Kirche auch für Andersdenkende eine für die gesamte Gesellschaft zentrale Rolle spielen. Wohl nur in Polen kann man von einer vergleichbaren Rolle der Kirche reden, wobei es dort eben die katholische war.

Wenn wir die europäischen Werte betrachten, kann man als Theologe heute diese alle sehr gut theologisch begründen. Und es ist gut, dass die großen Kirchen sich zu diesen Werten bekennen und für sie eintreten. Wir wissen ja, dass diese in unserer Geschichte nicht zuletzt auch gegen die Kirchen durchgesetzt werden mussten.

Aber auch heute sind wir leider nicht so gut, wie wir sein wollen. Provokativ könnte man sogar sagen: Wir sind als Kirchen schon ganz gut, wenn wir den Integrationsprozess Europas nicht stören! Wie stark sind wir als Kirchen in Europa noch von Konfessionalismus und dem engen Bezug zu Nationen und ethnischer Zugehörigkeit bestimmt. Oft sind wir mehr Teil des Problems als der Lösung. Umso mehr können wir froh sein, wenn wir als Kirchen gemeinsam für Versöhnung eintreten, historische Spannungen aufarbeiten und zur Verständigung beitragen können.

## Erinnerung und Europa

Ich glaube, dass es wichtig für Europa ist, sich zu verdeutlichen: Es gab eine europäische Freiheitsgeschichte im Osten Europas, jenseits des Eisernen Vorhangs. Sie ist aber bis heute noch zu wenig bekannt. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, die inneren Zusammenhänge des Einsatzes für Freiheit und Demokratie im ehemaligen Ostblock besser kennenzulernen und zu erforschen. Wir kennen bis heute nur die großen Aufstände von 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn, den Prager Frühling 1968 und später Solidarność. Doch gibt es viel mehr. In allen kommunistischen Ländern hat es über die Jahrzehnte Widerstand und Opposition gegeben. Immer wieder traten Menschen für die Werte ein, die wir heute im Lissaboner Vertrag verankert haben. Durch den Sieg dieser Werte sind die neuen Mitgliedsstaaten eben auch „geborene“ Mitglieder der Europäischen Union.

Wichtig ist mir nun, dass durch den Artikel 49 des Lissaboner Vertrages jedem europäischen Staat das Recht zugesprochen wird, wenn er die Kriterien erfüllt und es möchte, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU zu stellen. Insofern haben alle Länder der Östlichen Partnerschaft<sup>1</sup> eine „europäische Perspektive“: Wir brauchen sie ihnen nicht extra zuzuerkennen. Ich halte das für eine zentrale Botschaft für die Menschen in diesen Ländern. Das gilt sogar für Belarus, wo natürlich der gegenwärtige Präsident Lukaschenko gar kein Interesse daran hat, aber doch viele der Bürger des Landes. Leider wird dies weder von Deutschland noch von Frankreich heute klar gesagt. Ich halte das für einen Fehler!

Natürlich bleibt klar, dass auch dann, wenn man in diesen Ländern diesen Weg gehen will, dies ein sehr langer Weg ist.

---

<sup>1</sup> Diese Ländergruppe umfasst Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Republik Moldau, die Ukraine und Weißrussland.

## Das Jahr 2014

Bisher wurde insbesondere der 25. Jahrestag der Freiheitsrevolution angesprochen. Aber 2014 ist auch in anderer Hinsicht ein besonderes Jahr europäischer Erinnerung. 100 Jahre sind seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vergangen, wir erinnern an diesen furchtbaren Zusammenbruch der kulturellen Werte, die durch massenhafte Gewalt hinweggefegt schienen. Von dieser Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts lassen sich Linien ziehen zu den großen totalitären Diktaturen, gleichzeitig stand für Europa auch die Demokratiefrage auf der Tagesordnung. Die Nationalstaatsgründungen 1918/1919 begannen als Demokratien, denken wir an Polen und die baltischen Staaten, doch fiel Europa – nicht zuletzt durch uns Deutsche – dann in die Nacht des Nationalismus und der Gewalt.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde – gewissermaßen als Gestalt gewordene Lehre aus den Schrecken der ersten Hälfte – die Europäische Union gegründet. Sicherheit und Wohlstand sollten hier durch Integration und nicht mehr gegeneinander durch Dominanz erlangt werden.

Dies ist nun unsere gemeinsame Zukunft. Davon, dass wir diesen Weg auch künftig gemeinsam gestalten, hängt für uns alle viel ab.

Wenn es gelänge, dass die Kirchen im nächsten Jahr ein gemeinsames europäisches Wort erarbeiten, das diesen großen Bogen spannt und Europa eine Perspektive gibt, hätten wir als eine Art Selbstvergewisserung viel geleistet für Europa, im Erkennen, was war, aber gleichzeitig in der gemeinsamen europäischen Verantwortung für diese Welt.

## **Diskussion zu den Referaten von Kardinal Marx, Gräfin Thun und Herrn Meckel:**

*Dr. Stefan Vesper:*

Nochmals herzlichen Dank an die Referenten und nun die Bitte an Sie alle, sich mit Fragen oder Ergänzungen zu melden.

*Prälat Dr. Marian Subocz:*

Mein Name ist Dr. Marian Subocz, ich bin Direktor der Caritas Polen. Ich möchte Ihnen, Gräfin Thun, dafür danken, dass Sie sowohl über positive als auch über negative Seiten der Kirche gesprochen haben, denn ich meine, es ist ganz normal, dass man beide Seiten sieht. Ich möchte nur dazu ergänzen, dass es in den Priesterseminaren sogenannte Ratio-Studia gibt und es dort Pflicht ist, die katholische Soziallehre zu dozieren. Leider gibt es aber immer noch Nachwirkungen aus kommunistischer Zeit im Lehrplan. Andererseits konnte ich als Regens des Priesterseminars den jetzigen Kardinal Reinhard Marx, der damals bereits einer der wichtigsten Experten für die Soziallehre in Deutschland war, zu einer Vorlesung im Priesterseminar über die katholische Soziallehre einladen, was wirklich noch nicht selbstverständlich war. Weiterhin erinnere ich daran, dass es bei Renovabis das Programm „Hallo Nachbar“ gibt, dessen Ziel es ist, Priester aus Mittel- und Osteuropa, also auch polnische Priester, zur Aushilfe nach Deutschland einzuladen, und auch umgekehrt, also deutsche Geistliche in die Nachbarländer zum Erfahrungsaustausch zu vermitteln. Normalerweise sind dies Priester, die in Rom studiert haben.

Als Caritas-Direktor habe ich Kontakt zu Caritas-Direktoren in Europa und in der ganzen Welt, zudem habe ich auch in der COMECE mitgearbeitet. Von daher glaube ich, dass wir bereits ein wenig über die katholische Soziallehre informiert sind, wenn auch nicht so viel wie in Deutschland. Fast jedes Priesterseminar in Polen hat einen Austausch mit Seminaristen aus Westeuropa, und so treffen sie sich auch regelmä-

big in meinem Priesterseminar. Selbst in der kommunistischen Zeit gab es immer zwei Seminaristen aus Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien, die die jeweiligen Fremdsprachen unterrichteten und über die Lage der Kirche in diesen Ländern sprachen. Es wäre auch interessant, diese Möglichkeit für Priester dem Sekretariat der Polnischen Bischofskonferenz zu unterbreiten.

Klar ist auch, dass sich in Polen viel verändert hat. Wir sind für die Europäische Union, dennoch muss ich sagen, dass es auch Schwierigkeiten gibt und Nachteile damit verbunden sind, beispielsweise die Emigration junger Menschen in die reichen EU-Länder. Sie bedeutet einen demographischen Zusammenbruch für Polen: Zwei Millionen junge Menschen sind bereits ausgewandert und die Zahl der EU-Waisen steigt an, das heißt, die Eltern arbeiten in Westeuropa und lassen ihre Kinder zuhause zurück. Zudem herrscht in manchen Gebieten ein Mangel an Fachleuten, weil vor allem gut ausgebildete und spezialisierte Arbeitskräfte im Ausland arbeiten. Ein starker Druck liberaler Kräfte auf christliche Ideen, ein großer Druck zur Verwirklichung von Gender-Ideologien und der Anstieg der Arbeitslosigkeit sind nur einige weitere Probleme, die ich mir notiert habe. Natürlich hat Gräfin Thun die guten Seiten gezeigt, aber man sollte auch die Schattenseiten ansprechen.

*Dr. Stefan Vesper:*

Es gibt also auch Probleme, die neu entstanden sind. Hierzu bitte ich jetzt schon einmal Frau Gräfin Thun, Stellung zu nehmen.

*Dr. Gerhard Albert:*

Nur um die Reihe der Beispiele von guten Formen des Austauschs noch zu ergänzen: Ich weise hin auf den morgigen Arbeitskreis „socioMovens – Giving Europe a Soul / Europa eine Seele geben“: Entwicklung und Bedeutung eines Alumni-Netzwerks“ hin, der von Prälat Dr. Peter Klasvogt und von Herrn Robert Kläsener, beide von der Kommende Dortmund, gestaltet wird. Prälat Klasvogt hat in Zusammenarbeit mit Reno-

vabis, dem Päpstlichen Rat Justitia et Pax und mit der COMECE seit 2007 ein Austauschprogramm aufgelegt, das so genannte „Summer-School-Programm“, an dem inzwischen schon 150 Seminaristen und Priesteramtskandidaten aus 15 mittel- und osteuropäischen Ländern teilgenommen haben. Ziel des Programms ist u. a. die theoretische und praktische Einführung in die katholische Soziallehre. Dies findet nun eine Fortsetzung, insofern Alumni, die aus diesem Programm hervorgegangen sind, ihre Erfahrungen mit eigenen Projekten in den jeweiligen Herkunftsländern und in ihren Ortskirchen fortsetzen; das geschieht also ganz im Sinne des Erasmus-Programms, auf das Gräfin Thun hingewiesen hat.

Was 1914 und 2014 anbetrifft, möchte ich kurz noch auf das europäische Gedächtnis zurückkommen, das Herr Meckel dankenswerterweise angesprochen hat und das hier tatsächlich vor einer ganz großen Herausforderung steht. Mein Sohn hat mich vor einigen Jahren einmal darauf angesprochen und gesagt: „Der Erste Weltkrieg, der ist jetzt nun wirklich Geschichte!“ Dies drückt in etwa die Stimmung aus, wie sie bei uns verbreitet ist. Dabei ist es noch verzeihlich, wenn junge Menschen dies so sehen, bei den älteren sicher weniger. Wir werden erleben, wie plötzlich Deutungsweisen, Erzählungen, Erinnerungen oder solche, die sich dafür ausgeben, aus der Geschichte wieder heraufsteigen werden, die uns das Fürchten lehren können. Die reine Nationalisierung des Gedächtnisses ist bisher kaum überwunden, und was man auch von großen europäischen Nationen hört, die sich auf dieses Gedächtnis vorbereiten, lässt nicht erhoffen, dass das wirklich in einem gemeinsamen europäischen Bogen geschieht. In dieser wirklich europäischen Urkatastrophe sehe ich in der Tat eine ganz große Herausforderung für die Kirchen auf europäischer Ebene. Weihbischof Pero Sudar zeigte mir einst in Sarajevo die Stelle, an der das Attentat – also der Auslöser des Ersten Weltkriegs – verübt worden ist. Als ich diesen Ort damals zum ersten Mal sah, sagte ich mir: „Hier hat also die europäische Urkatastrophe begonnen.“ Weihbischof Sudar sagte damals zu Recht, dass natürlich alles eine längere Vorgeschichte hatte und nicht vom Himmel gefallen ist. Diese gemeinsame europäische Betroffenheit sollten wir in irgendeiner Weise wieder herstellen, um weiter denken zu können, sonst über-

kommt uns das nächste Jahr sehr überraschend. Und hier sind wirklich alle Europäer betroffen!

*P. Ihor Kolisnyk CSsR:*

Mein Name ist Ihor Kolisnyk, ich bin Redemptorist aus der Ukraine. Mir stellt sich bei Veranstaltungen wie diesem Kongress immer die Frage, ob wir nicht stets hinterher laufen. 25 Jahre sind eine lange Zeit, aber ich glaube, dass Europa sich sehr stark verändert hat, und dies bereits seit 1968. Für mich war es eine Entdeckung, als in den siebziger und achtziger Jahren in Frankreich die so genannte „Neue Rechte“ entstanden ist. Eine weitere große Erkenntnis, für die ich dem deutschen Volk sehr dankbar bin, war für mich die Elmauer Rede von Peter Sloterdijk, die für die Menschen Regeln zur Lösung gesellschaftlicher Probleme in Ost- und Zentraleuropa und im ganzen Abendland beinhaltete.<sup>1</sup>

Die gesellschaftlichen Probleme innerhalb der Europäischen Union sind wesentlich größer, als es von außen erscheint, etwa aus Sicht der Ukraine, die kein Mitgliedsland ist und in der viele Menschen mit der Europäischen Union lediglich Wohlstand verbinden – diejenigen, die innerhalb der EU leben, wissen, dass es in Europa keineswegs nur Wohlstand gibt, sondern dass es, um Deutschland als ein Beispiel zu nennen, Hartz IV-Empfänger, Probleme mit der Krankenkassenfinanzierung und andere Schwierigkeiten gibt. Im Bereich der medizinischen Versorgung und anhand entsprechender Vorschläge für die nächste Legislaturperiode sieht man bereits, dass sich eine Zweiklassengesellschaft abzeichnet.

Man muss leider feststellen, dass in Europa insgesamt die Gesellschaften gespalten sind, in jedem Land natürlich auf je eigene Weise. Man kann Nationalismen oder Nationalbewusstsein nicht überwinden, weil

---

1 Anspielung auf die Rede des Philosophen und Kulturwissenschaftlers Peter Sloterdijk auf Schloss Elmau am 17. Juli 1999 zum Thema „Regeln für den Menschenpark“; in der er sich kritisch mit den Folgen der Biotechnologie für die Gesellschaft auseinandersetzte; vgl. auch ders.: Regeln für den Menschenpark. Ein Antwortschreiben zu Heideggers Brief über den Humanismus. Frankfurt 1999. – Sloterdijks Rede löste in Deutschland eine heftige Debatte aus.

es sich hierbei um ein kollektives Gedächtnis handelt. Vieles, was die Deutschen empfinden, kann ich nachvollziehen, aber nur weil ich dort einige Zeit gelebt habe. In gewisser Weise bin ich ein Tiroler, weil ich dort sieben Jahre gelebt habe, aber beispielsweise kein Tiroler versteht, was in der Ukraine vor sich geht, wenn er dort nicht eine gewisse Zeit verbracht hat. Meine Frage an alle Referenten lautet nun: Liegt es daran, weil Sie alle am aktiven politischen und auch gesellschaftlichen Leben teilnehmen, dass Sie die Probleme, die für die Menschen wirklich wichtig sind, nicht ansprechen? Die Zukunft Europas könnte eine Vision für die ganze Welt sein, aber wenn man diese Vision außerhalb Europas nicht vermitteln kann und für die Menschen, die aus Afrika oder Osteuropa kommen, Europa keine Werte-, sondern nur eine Währungsunion bildet, dann ist dies für mich ein Zeichen, dass hier in Europa etwas schief läuft.

*Dr. Stefan Vesper:*

Die Frage ist also klar: Sprechen wir als Kirchen, als engagierte Katholiken und auch als evangelische und orthodoxe Christen die wahren Probleme Europas an? Hierzu gebe ich das Wort an Róza Thun mit der Bitte um eine knappe Reaktion bezüglich der innerpolnischen Diskussion.

*Gräfin Róza Thun:*

Wenn ich im Ausland über Polen spreche, gibt es immer Rückfragen wie die heutigen, wofür ich sehr dankbar bin. Freiheit heißt, dass man sich aussuchen kann, was man machen will, wo man leben will usw. – das wollte ich betonen. Darin unterscheidet sich eben die heutige Freiheit von der damaligen innerhalb des Ostblocks und hinter dem Eisernen Vorhang. Es mag schwierig für uns sein, dass so viele Leute ausgereist sind, aber ich glaube letztlich, dass wir hier in Europa eine Familie sind, und Migrationen hat es schließlich immer gegeben. Diese Migrationen gehen in verschiedene Richtungen, und für die Entwicklung der Zivilisation ist es wichtig, dass die Menschen auch im Ausland arbeiten können. Wenn sie ihre Kinder zurücklassen, dann heißt dies, dass irgendet-

was mit der Erziehung, Schule, Familie oder der Pfarrei nicht geklappt hat, aber das ist ein anderes Thema. Auch Markus Meckel hat eben die europäische Binnenmigration angesprochen. Was mich anbetrifft, so habe ich keine Angst davor. Wir haben in Europa insgesamt eine dramatisch rückläufige demographische Entwicklung. Dies sind gemeinsame und nicht lediglich nationale Themen und Herausforderungen, für die wir gemeinsam Lösungen suchen sollten.

Ich erkenne übrigens an Ihrer lebhaften Reaktion, dass ich mit meinem Vorschlag des Priesteraustauschs nach dem Modell des Erasmus-Programms ein wichtiges Thema berührt habe. Dies ist phantastisch, weil es bereits sichtbare und gute Ergebnisse gibt. Ich träume von einem System, von dem viel mehr Priester profitieren können, und vielleicht können wir gemeinsam dazu, solch ein System zu entwickeln.

Kurz noch zu den wichtigen Themen, die wir vielleicht kaum oder gar nicht ansprechen werden. Am 4. September 2013 jährt sich der 50. Todestag des von mir hochgeschätzten französischen Staatsmanns Robert Schuman. Ich wünschte mir, dass er endlich selig- oder heiliggesprochen wird, damit wir sehen, dass auch Politik heilig sein kann und dazu da ist, den Menschen zu dienen. Politik an sich ist weder schmutzig noch heilig, sie ist genauso, wie wir sie machen, und Robert Schuman ist aus seiner gesamten Lebensführung heraus ein perfektes Beispiel dafür. Er ist ein Mann, der eine große Vision und den Mut hatte, diejenigen Länder zu vereinigen, die sich noch kurz zuvor im Zweiten Weltkrieg bekämpft hatten. Schuman war ein Visionär, der durchaus in der praktischen Politik verwurzelt war – man denke an seine Schöpfung der Montanunion 1951, die am Beginn des europäischen Einigungsprozesses stand. Adenauer, Schuman, De Gasperi waren drei überzeugte Katholiken, die unser Schicksal zum Besseren gewendet haben: An ihnen bewundere ich diese mutige große Vision. Hätte es damals ein Referendum gegeben, so gäbe es heute keine Europäische Union, dessen bin ich mir sicher. Gott sei Dank konnten die Verantwortlichen damals den Beschluss zur Umsetzung dieser großen Vision und die entsprechenden praktischen Maßnahmen schneller fassen. Heute beispielsweise interessiert es viele, wie hoch ihre Telefonkosten sind bzw. inwieweit es mir

als Mitglied des Ausschusses „Binnenmarkt“ des Europäischen Parlaments gelungen ist, ihre Roaming-Gebühren zu senken. Schumans große Idee müssen wir auf die Nöte der Menschen von heute übersetzen und auf das, was sie heute für notwendig halten: Das sind eben Arbeitsplätze, das Erasmus-Programm, aber auch Telefongebühren und vieles mehr. Mein großer Vorwurf an die europäischen Institutionen besteht jedoch vor allem darin, dass sie es nicht schaffen zu kommunizieren, dass sie sich mit Banalitäten befassen, anstatt ständig an der Umsetzung von Schumans Vision weiter zu arbeiten. Dass Microsoft uns nicht monopolistisch dominiert, sondern stattdessen auf den Märkten Konkurrenz herrscht, haben wir nur den europäischen Institutionen zu verdanken. Nur wissen das viel zu wenige Bürger der EU! Ich gebe ehrlich zu, dass ich mich im Brüsseler Alltag mit ganz prosaischen Sachen befasse. Wichtig ist und bleibt es, die große Idee von Schuman mit konkreten Lösungen auszufüllen. Die auf Schuman zurückgehende Vision muss dabei immer das Ziel bleiben.

*Dr. Stefan Vesper:*

Vielen Dank, das kann ich nur unterstreichen. Herr Kardinal Marx: Sie haben eben mit großer Überzeugungskraft und wohlthuend für Europa geworben, und wir wissen, wie sehr Sie dahinter stehen. Was können Sie selbst als Kardinal, der Sie sicherlich auch Europa-Skeptiker unter den Bischöfen kennen, was kann die COMECE und was können unsere Bischofskonferenzen gegen anti-europäische Gedanken im Episkopat tun?

*Reinhard Kardinal Marx:*

Es sind keine anti-europäischen Gedanken, sondern es sind Fragen, die durchaus berechtigt sind, und es geht um die Erfahrung vor Ort. Wir in der COMECE versuchen natürlich, wie ich es bereits in meinem Statement gesagt habe, das aufzugreifen, was Papst Johannes Paul II. sagte: Er sprach nicht im Plural von den Kirchen in Europa, sondern von der Ecclesia in Europa. Dass beides zusammen kommt, ist unsere Perspektive, die wir vor Ort in unseren jeweiligen Nationen haben, aber wir sind vielleicht noch nicht so weit, um dann doch ein Bewusstsein zu erlan-

gen, dass wir die katholische Kirche bzw. Kirche in Europa und nicht einzelne Kirchen sind. Dies ist ein Weg, den man meines Erachtens immer wieder in die Diskussion einbringen muss.

Wie es bereits Gräfin Thun gesagt hatte, ist es nicht nur für Bischöfe oder Priester, sondern für die gesamte Öffentlichkeit sehr schwer, die Funktionsweise der Europäischen Union zu verstehen. Wir haben rechtlich gesehen noch kein europäisches Staatsvolk. Solche Begegnungen wie die heutige sind wichtig, um von der Emotion her deutlich zu machen, dass wir in einem Boot sitzen. Die gemeinsame Währung reicht dazu noch nicht. Sondern es geht darum zu sagen, dass wir miteinander verbunden sind, statt auseinanderzugehen.

Viele Dinge, die wir in unseren Ländern beklagen, kommen nicht aus der Europäischen Union, sondern ganz allgemein aus einer Kultur der Freiheit, in der sich Menschen etwa auch gegen die Kirche äußern. Dies hat nichts mit Europa zu tun, sondern es ist eine Kultur der Freiheit und der Auseinandersetzung über das, was eine Gesellschaft will, und man muss das immer wieder in den einzelnen Ländern klären; dazu gehören sicherlich auch Fragen wie „Was soll Europa entscheiden?“ oder „Was soll in Europa für alle entschieden werden?“ Das ist natürlich insbesondere dann der Fall, wenn es um Arbeit, um Wirtschaft, um Folgen für den Umweltschutz und viele andere sensible Bereiche geht. Unser Problem in Europa ist meines Erachtens, dass dies eine schwierig zu vermittelnde Diskussion ist und dass wir sehr schwer – und anders als Akteure in einem nationalen Kontext – die Folgen dessen, was Politik entscheidet, abschätzen können. Hierüber diskutieren wir derzeit in der COMECE, und ich hoffe, dass die Bischöfe in unserer Kommission dies dann in ihren jeweiligen Konferenzen weitergeben. Auch in der Deutschen Bischofskonferenz ist es nicht immer ganz einfach, das Thema „Europa“ auf die Agenda und in die Diskussion zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Beispiel nennen, um den Europäischen Verfassungsvertrag wieder einigermaßen in gute Bahnen zu lenken. Derzeit verweisen wir in der Präambel eben nur auf die geistigen und geistlichen Wurzeln Europas. Wir bedauern aber, dass der Gottes-

bezug fehlt. Deshalb ist Europa aber noch nicht am Ende, denn es gibt viele Verfassungen ohne Gottesbezug. Ich muss zugeben, dass es manchmal in der Tat mühsam ist, dies zu diskutieren und nicht sofort einen Sturm der Entrüstung auszulösen, dass damit das ganze Projekt Europa gefährdet wäre, weil in der Präambel eben diese Formulierung fehlt. Wir versuchen dennoch, sachlich darüber zu sprechen.

Revolutionen beginnen mit der Vertreibung der Angst, darauf wurde ja eben schon hingewiesen, und darauf muss man rekurren. Wenn Angst virulent wird, ist sie immer wieder auch ein Hindernis zur Verkündigung des Evangeliums, und dazu gehört eben auch die Frage der Migration und der Identität und die Angst, die eigene Identität als Kirche, als Gemeinschaft und als Nation zu verlieren. Dort muss man genau hinsehen, denn Angst kann nicht weiterführen, im Gegenteil, sie führt zur Abschottung, die wiederum keine Identität beinhaltet. Es gibt keine feste Identität, sondern nur eine offene Identität. Ich würde heute manche Positionen, die ich vor 30 Jahren vertreten habe, nicht mehr vertreten, und andere, die ich schon als Kommunionkind vertreten habe, vertrete ich noch heute. Auch dies ist ein Wagnis. Ein Christ sollte keine Angst haben, sich weiterzuentwickeln, voranzuschreiten, neue Fragen zuzulassen und Identität nicht als etwas Abgeschlossenes zu sehen. Unser Leit- und Vorbild sollte also gewissermaßen eine „ländliche“ Art des katholischen Lebens sein – so ist es aber für die meisten Menschen nicht. Deswegen brauchen wir Mut, in die Zukunft zu schauen, und keine rückwärtsgewandte Vorstellung, um etwas zu bewahren, was früher einmal war, denn dies können wir nicht.

Was den Wohlstand und das Materielle anbetrifft, so haben wir in Europa davon natürlich mehr als der Rest der Welt. Ich bin Gräfin Thun dankbar dafür, dass sie dies erwähnt hat, denn die materielle Grundlage ist etwas sehr Wichtiges für die meisten Menschen. Und katholisch zu sein heißt auch, ein bisschen aristotelisch zu sein: Zunächst einmal kommt die Grundlage, auf der ich aufbaue, also zuerst die Natur und dann die Übernatur. Deswegen ist es durchaus wichtig, diese Dinge zu klären und die materiellen Grundlagen als notwendige Voraussetzungen für das Leben zu sehen. Wie sollen Familien entstehen, wenn die

Menschen keine Arbeit finden, von der sie leben können? Das sind etwa Grundvoraussetzungen, und Europa hat zunächst einmal die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen. Sie, liebe Gräfin Thun, haben dennoch Recht, dass Europa mehr sein muss, wie es auch schon den Gründungsvätern vorschwebte. Auf jeden Fall ist das nicht gegen die Wirtschaft gerichtet, und vielleicht habe ich es in Bezug auf die Wirtschafts- und Kapitalismuskritik etwas zu stark ausgedrückt. Das Ökonomische ist ein ganz wichtiges Feld und ein Kulturbereich. Und Ökonomie gut zu gestalten, ist eine kulturelle Aufgabe, bei der es nicht nur um die Produktion von Geld, sondern beispielsweise auch um sinnvolle Arbeit, Mitbestimmung, die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen und um ein Denken für den Anderen geht. Es handelt sich um einen ganz wichtigen Kulturbereich, der aus einer bestimmten christlichen Überzeugung und aus einem klaren Menschenbild heraus gestaltet werden und von uns vorangebracht werden muss.

Europa ist nicht perfekt, und in Deutschland gibt es viele Probleme; beispielsweise wurde Hartz IV genannt. Jedenfalls sollten wir die ungelösten Probleme im ökonomischen Bereich relativieren im Blick auf das, was insgesamt in der Welt an Problemen existiert. Meines Erachtens können wir diese Probleme nur in der Gemeinsamkeit Europas lösen. Die meisten wirtschaftlichen Beziehungen bestehen innerhalb Europas; deswegen glaube ich, sollte man die größere Idee Europas nicht gegen die wirtschaftliche Entwicklung stellen, denn beides gehört zusammen.

*Norbert Laubstein:*

Mein Name ist Norbert Laubstein, ich lebe in Berlin. Als ehemaliger DDR-Bürger hatte ich das große Glück, zusammen mit meiner Frau in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion für die katholische Kirche zu arbeiten und viele positive Erfahrungen gemacht zu haben. Mit all diesen Erlebnissen möchte ich allen Anwesenden Hoffnung machen, auch Frau Thun, keine Angst zu haben. Damals hatte ich das große Glück, russlanddeutsche Priester im Priesterseminar von Riga zu betreuen, und heute sind viele polnische Priester und Ordensschwestern

in den ehemals sowjetischen Ländern tätig. Wenn wir uns weiterhin als katholische Christen einbringen – jeder für sich und nach dem, was er kann –, dann bin ich für die Zukunft optimistisch. Ich möchte also alle ermuntern: Macht eure Arbeit in euren Ländern, und es wird eine Zukunft geben für die Kirche! Was Deutschland anbetrifft, habe ich allerdings wenig Hoffnung.

*Dr. Stefan Vesper:*

Doch, es gibt auch in Deutschland eine Zukunft, das würde ich schon sagen. Danke auf jeden Fall für Ihr Zeugnis! Ich will an dieser Stelle stellvertretend an die vielen Solidaritätsgruppen erinnern, die für Renovabis arbeiten. Durch Renovabis werden Tausende von Projekten finanziert. Das gleiche gilt für die anderen Werke in Deutschland wie Misereor, Missio, Adveniat usw. Die Katholiken in Deutschland tun also sehr viel, jeder auf seine Weise, jeder mit seinem Beitrag, jeder an seinem Ort.

*Dr. Hans-Heiner Boelte:*

Mein Name ist Hans-Heiner Boelte. Ich komme aus Grünwald bei München und war bereits vor 20 Jahren dabei, als Renovabis gegründet wurde. Ich erinnere mich, dass damals der Gedanke nicht so sehr war, die Priesterausbildung zu fördern, sondern die Zusammenarbeit der Laien im Blick auf Politik und Gesellschaft in Europa zu stärken. Es war die Entscheidung der Bischofskonferenz, andere Dinge stärker in den Blick zu nehmen. Heute, also 20 Jahre später, denken wir aus guten Gründen daran, dass wir mit Robert Schuman jemanden haben, der als katholischer Laie die Entwicklung Europas entscheidend geprägt hat. Jeder Christ, egal ob Priester oder Laie, sollte seinen Teil dazu beitragen, damit Europa vorankommt. Hiermit bitte ich die Bischofskonferenz darum, dass sie Renovabis ermutigt, die Zusammenarbeit der Laien in Europa untereinander und miteinander erheblich zu stärken. Dies könnte auch die weitere Dimension mit Blick auf den zukünftigen Frieden stützen.

*Dr. Stefan Vesper:*

Vielen Dank! Direkt darauf meldet sich eine Dame aus der Slowakei, die sich in der europäischen Laienbewegung engagiert.

*Katarína Hulmanová:*

Ich bin Katarína Hulmanová aus der Slowakei und engagiere mich dort in der europäischen Laienbewegung. Meine Frage: Sind wir nach 25 Jahren freier und solidarischer als vorher?

*Andrij Waskowycz:*

Mein Name ist Andrij Waskowycz, ich bin Präsident der griechisch-katholischen Caritas Ukraine. Ich möchte kurz die Frage der Freiheit in Europa ansprechen. Wir beobachten rückwärtige Tendenzen in der Ukraine und sehen, dass die Ukraine in eine Richtung des Totalitarismus geht. Hier greift dann die Frage der Solidarität und der gemeinsamen europäischen Verantwortung für die Freiheit aller Völker in Europa. Herr Meckel hat dies in Bezug auf Weißrussland angesprochen; ich möchte es auf die Ukraine erweitern. Wir müssen diesen Ländern, die heute noch nicht in der Europäischen Union sind, eine Perspektive anbieten und gemeinsam günstige Bedingungen schaffen, damit die Ukrainer und Weißrussen eine echte Perspektive in Bezug auf einen künftigen Beitritt zur EU haben. Hauptziel ist es nicht, dass sie Mitglieder der EU werden, sondern zunächst, dass sie die EU-Standards akzeptieren. Dieser äußerst wichtige Punkt verbindet uns mit der Aufgabe der Kirchen, denn die Standards sind teilweise in der katholischen Soziallehre formuliert. Es ist ganz wichtig, dass wir die Möglichkeiten und die entsprechenden Experten haben, die Soziallehre in unsere Gesellschaften hineinzutragen. Man muss bedenken, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dort ein ideologisches Vakuum entstanden ist, das mit neuen Ideen gefüllt werden muss. Das ist die große Aufgabe, die wir in Europa auch in Bezug auf Länder haben, die derzeit noch nicht Mitglieder der EU sind.

Meinen zweiten Kommentar richte ich an meinen Kollegen Prälat Subocz, der sagte, dass wir auch viele negative Erscheinungen haben, die mit der EU-Mitgliedschaft einhergehen; er ging beispielsweise auf die Problematik der Eurowaisen und der durch Migration auseinandergerissenen Familien ein. In einem Land wie der Ukraine, wo es etwa 5–7 Millionen Arbeitsmigranten gibt, existieren diese Probleme auch. Wie eine Gesellschaft mit sozialen Problemen umgeht, ist nicht eine Frage der Mitgliedschaft in der EU, sondern hängt vielmehr damit zusammen, auf welchen Werten diese Gesellschaft aufgebaut ist.

*Dr. Stefan Vesper:*

Herr Meckel, Frau Hulmanová fragt: „Sind wir nach 25 Jahren freier und solidarischer als vorher?“ Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne an einen Satz aus dem Film, den wir zu Beginn des Kongresses gesehen haben, erinnern und der mich sehr angesprochen hat: Jemand sagte darin: „Wir müssen nach 25 Jahren von vorne anfangen.“ Haben wir wirklich dieses Gefühl, oder wie würden Sie es beschreiben?

*Markus Meckel:*

Ich glaube nicht, dass man von vorne anfangen kann, weil wir alle unsere Geschichte haben, die wir mit uns tragen. Wir müssen nur neue Perspektiven entwickeln und uns unter diesen Bedingungen, so wie es Kardinal Marx sagte, in der Welt hier und heute dieser Realität stellen und dann versuchen, unseren Weg für diese Welt zu gehen.

Wenn ich das Stichwort „frei oder solidarisch“ aufnehme, dann möchte ich zunächst noch einmal auf die Frage der „Kirche in Europa“ zurückkommen: Wie es bereits heute gesagt wurde, empfinde ich den Text von Papst Johannes Paul II. mit der klaren Botschaft der Öffnung als sehr wichtig. Wir sind in Europa viel zu oft von Angst bestimmt. Das betrifft die Fragen der Migration genauso wie die EU-Erweiterung. Wie ich vorhin schon sagte, sollten wir uns offen dazu bekennen, dass unsere östlichen Nachbarn – und hier denke ich nicht zuletzt an die Ukraine – zu Europa gehören und dass sie in der EU ihren Ort haben, wenn sie es

wollen und die Kriterien erfüllen. Natürlich geht die Ukraine gegenwärtig unter Präsident Janukowitsch einen ganz anderen Weg, aber es ist nichtsdestotrotz eine wichtige Botschaft an die Bevölkerung.

Nun aber zur eigentlichen Frage „frei und solidarisch“: Ich glaube, dass wir in Fragen der sozialen Verantwortung – und gerade auch Renovabis ist in diesem Bereich sehr engagiert – schon viel getan haben, auch gegenwärtig geschieht da viel. Ich denke da z. B. an die Caritas oder das Diakonische Werk. Gleichzeitig frage ich mich, ob wir das hinsichtlich von Freiheit und Demokratie in der gleichen Weise sagen können. Hier habe ich meine Zweifel. Wir haben uns als Kirche, und das gilt für Katholiken genauso wie für Protestanten, nicht gerade mit Ruhm bekleckert, wenn es um die europäischen Traditionen von Freiheit und Menschenrechten geht. Gleichzeitig ist es meines Erachtens richtig, dass die Freiheit im Zentrum der christlichen Botschaft steht und wir den Auftrag haben, für sie einzutreten. Kardinal Marx hat auf den Galaterbrief hingewiesen, Kapitel 5, Vers 1: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit.“ Die Frage ist, ob wir dem schon angemessen gerecht werden. Ich sprach bereits vorhin von der Opposition und der Kirche in der DDR, in Polen und in anderen Ländern. Diese Frage, wie weit wir wirklich für die Freiheit der Menschen auch eintreten und dies mit den Kirchen verbunden ist, bleibt, so glaube ich, für uns weiterhin eine große Herausforderung.

Schließlich möchte ich noch einmal den vorhin erwähnten hundertsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs in Zusammenhang mit der europäischen Geschichte ansprechen. Ich sehe es ähnlich wie Dr. Albert: Wir laufen in gewisser Weise Gefahr, dass der Erste Weltkrieg mit einer Renationalisierung der Erinnerung verbunden wird. Gerade deshalb ist es meines Erachtens so ungeheuer wichtig, dass die Kirchen in Europa, besonders auch die katholische Kirche, die eo ipso international ausgerichtet ist, gemeinsam und ökumenisch das aufgreifen, um dem entgegenzuwirken. Was Erinnerung in Europa insgesamt anbetrifft, muss deutlich sein, dass wir uns nicht nur national unserer Geschichte(n) erinnern wollen. Unser Gedenken muss auf der Basis unserer heutigen Werte geschehen. So wie wir uns als Deutsche erinnern, um unsere Verantwortung und Schuld nicht zu vergessen, wenn

wir auf den Zweiten Weltkrieg blicken, kann ich eben nicht leugnen, dass beispielsweise mein Vater als Offizier der Wehrmacht Teil einer Aggressionsarmee war und ich ihn dennoch geliebt habe. Die Bewertung dieser Geschichte ist jedoch notwendig, und sie muss von unseren heutigen Werten ausgehen. Wenn es gelingt, grenzüberschreitend Leitlinien für die einzelnen Länder und ihre Kirchen zu beschreiben, dann kann dies meines Erachtens eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Das Gedenken an den Ersten Weltkrieg sollte gleichzeitig deutlich machen, dass wir aus der Geschichte gelernt haben. Krieg gilt uns anders als damals nicht mehr als legitimes Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen. Wir leben in einem anderen Europa, das geopolitisch nicht versucht, seine Stärke durch die Schwäche der Nachbarn zu gewinnen. Im Europa der Integration ist vielmehr gerade ein einzelnes Land dann stark, wenn auch der Nachbar stark ist, und deshalb gehören wir zusammen.

*Gräfin Róza Thun;*

Ich möchte gerne die Geschichte vom alten Mann erzählen, die ich einst auf einer Pressekonferenz vortrug. Mein Wahlkreis liegt im zentralen und größtenteils ländlichen Südpolen, das vielerorts ziemlich arm, konservativ und anti-europäisch geprägt ist. Während einer Reise wachte ich eines Morgens im Frühling in einem heruntergekommenen und kalten Hotel auf. Ich trank meinen Kaffee, da ich am Abend zuvor viele Treffen hatte, als mich andere Gäste fragten: „Frau Abgeordnete, können wir uns zu Ihnen setzen?“ Wir sprachen unter anderem über die Krise und ob diese auch Polen betreffen werde. Unter ihnen war ein armer alter Mann, der offensichtlich sein ganzes Leben schwer körperlich gearbeitet hatte, mit schlechten Zähnen und vernarbten Händen, und er sagte: „Ich verstehe, wir stecken in einer tiefen Krise. Wenn das eine Krise ist, dann gebe uns Gott solche Krisen.“ – Ich muss zugeben, dass dies meine Lieblingsgeschichte ist. – Dieser alte Mann, der den Zweiten Weltkrieg und den Kommunismus erlebt hatte, wusste, was es heißt, in wirklichen Krisen zu leben.

Zudem möchte ich kurz auf meine Kritik zurückkommen, die ich vorhin ausgesprochen habe: Wir wissen doch alle, dass wir große Probleme haben, und es muss uns erlaubt sein, diese in der Familie anzusprechen. Wenn wir uns selbst – und dazu gehört, dass wir alle Kirche sind – nicht Sorgen machen, nicht nach den besten Lösungen suchen und nicht offen miteinander diskutieren, sei es bei uns zu Hause oder im Ausland, dann wird es nicht besser. Natürlich gibt es in allen unseren Ländern phantastische Leute, Gruppen und Organisationen. Beispielsweise hätte ich den Kommunismus überhaupt nicht überlebt, wenn wir nicht fabelhafte Seelsorger gehabt hätten. Wir würden heute nicht in der Europäischen Union sein, wenn Primas Muszyński nicht entsprechende Treffen organisiert hätte und überhaupt das Niveau der öffentlichen Debatte in Polen hoch gehalten hätte und vieles mehr, aber trotzdem haben wir ein sehr großes Problem. Wir wissen alle, dass junge Leute immer seltener oder gar nicht mehr in die Kirche gehen; umso wichtiger ist diese hervorragende Arbeit, von der hier die Rede ist, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns sehr viel gegenseitig zu geben haben. Jedoch brauchen wir keine Angst zu haben, die bestehenden Probleme beim Namen zu nennen. Jedenfalls ist unser gemeinsames Potenzial sehr hoch, wir müssen es nur weiterentwickeln.

Kardinal Marx hat vorhin von Ängsten und Identität gesprochen. Ich habe immer das Gefühl, dass die Menschen fürchten, ihre Identität zu verlieren, und dass es hierbei um Gruppierungen und Organisationen geht, deren Identität schwach ist. Unsere Identität ist vielschichtig, und jede Person besteht aus sehr vielen verschiedenen Identitäten, beispielsweise die polnische, katholische, weibliche oder männliche usw. Nationalität ist nur eine davon. In diesem Kontext weise ich auf das Essay „Les Identités meurtrières“ von Amin Maalouf <sup>2</sup> aus dem Jahr 1998 hin. Das Thema ist uns wichtig und teuer, sodass wir es offen miteinander besprechen können und es nicht fürchten sollten. In diesem Gespräch sollte es nicht wie in einem Wettbewerb darum gehen, wessen Kirche oder wessen Mutter Gottes – etwa die vom Hellen Berg in Tschenschow oder die vom Tor der Morgenröte in Vilnius – besser ist.

---

2 In deutscher Sprache unter dem Titel „Mörderische Identitäten“ im Jahr 2000 erschienen.

In Polen würde beispielsweise das Thema „Laien in der Kirche“ eine interessante und lebendige Debatte ergeben, die wir aber derzeit kaum führen. Praktisch sind bei uns in Polen Laien oder Pfarrgemeinderäte in der Kirche weder anwesend noch aktiv. Davon hängt schließlich ab, ob wir frei und solidarisch, stark und mutig genug sind, die Gemeinschaft der Kirche wirklich zu leben. Die Frage, ob wir frei und solidarisch sind, hängt letztlich ganz von uns selbst ab. Wir sind in Bezug auf Freiheit und Solidarität keine Klienten, sondern wir schaffen sie selbst und haben die freie Wahl, dies zu tun. Selbst als ich mich, was häufig vorkam, im Arrest oder in Verhören der Geheimpolizei befand, fühlte ich mich frei. Es geht jedoch darum, dass wir uns wirklich beteiligen und engagieren und die Verantwortung für die weitere Entwicklung mittragen.

*Reinhard Kardinal Marx:*

Die Frage nach der Rolle der Laien führt rasch zu folgenden Fragen: Wie kann es in Deutschland und in seinen Nachbarländern künftig mit dem so genannten politischen Katholizismus weitergehen und wie kann politisches Laienengagement aussehen? Die Antwort darauf ist nicht zuerst Aufgabe der Bischöfe, wobei auch ich nicht beurteilen kann, ob diese in den verschiedenen Ländern immer und überall die richtigen Wege gegangen sind. Jedes osteuropäische Land geht jeweils seinen eigenen Weg, aber ich wage zu sagen, dass es hoffentlich ein Weg innerhalb der Demokratie bleibt, ein Weg des Pluralismus, der vielfältigen Kulturen und Lebensstile, und möglicherweise auch ein säkularer Weg, denn dies wird keinem Land erspart bleiben. Wenn wir eine Freiheitskultur beibehalten, werden Menschen sich auch immer wieder dazu entscheiden, der Kirche nicht oder nicht mehr zu folgen. Es gibt also auch andere Varianten des Lebens, und wir werden uns damit auseinandersetzen müssen. Was dies im Speziellen für das Innenleben der Kirche bedeutet, kann ich nicht voraussagen, aber wahrscheinlich – und darauf sollten sich vor allem viele Teilnehmer dieser Veranstaltung einstellen – werden die Spannungen, auch innerkirchlich, eher zunehmen, und man muss sich ihnen entsprechend stellen. Auseinandersetzungen, wie man sich als Kirche in einer solchen Situation verhält, sind zum Teil bereits im Gange. Man sollte über einen Kongress nachdenken, der the-

matisiert, wie wir uns in einer pluralen und offenen Demokratie als Kirche verhalten, uns organisieren, wo wir streiten und manchmal aushalten müssen, dass wir verloren haben oder uns nicht durchgesetzt haben und trotzdem in diesem Gemeinwesen weiter arbeiten müssen. Dies ist jedoch nicht so einfach, und man muss sich gedanklich auf den Weg machen. Hierzu wäre es meines Erachtens wichtig, dass Renovabis weiterhin Laien und ihr politisches Engagement unterstützt.

Als Renovabis gegründet wurde und als ich noch kein Bischof war, besuchte mich Weihbischof Leo Schwarz in der Kommende Dortmund und sprach genau dieses Thema an: Wie können wir heute Laien befähigen, in der Politik tätig zu werden? Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil haben wir das Problem, dass uns die Vorstellung einer Einheit des Katholischen im Bereich der Politik fehlt. Das Modell einer Partei nur der Katholiken ist überholt, dorthin führt kein Weg mehr. Deswegen empfehle ich den Bischöfen äußerste Zurückhaltung, wenn es darum geht, bestimmte Parteien zu unterstützen, denn dies ist schwierig und kann nicht wirklich gutgehen. Das Konzil sagt, man kann als Katholik Mitglied in unterschiedlichen Parteien sein, falls diese nicht grundsätzlich die Lehre der Kirche bekämpfen.

Wie sieht also das Auftreten der Kirche in einer solchen Gesellschaft aus? Es scheint, als hätte man die Wahl zwischen „Werten“ und „Wohlstand“, letztlich jedoch geht es um beides. Wohlstand ist erwünscht, und meines Erachtens können wir als Kirche nicht gleichzeitig auf dem Stand der Lebensverhältnisse von 1950 stehenbleiben wollen und verlangen, dass es so bleiben oder wieder so werden sollte und zugleich aber den heutigen Wohlstand haben, wie es in verschiedenen Ländern bereits der Fall ist. Man muss sich allerdings fragen, ob der Wohlstand wirklich das Einzige ist, worauf es ankommt. Wie es bereits Gräfin Thun sagte, habe auch ich nicht den Eindruck, dass wir in Deutschland, und im Speziellen in Bayern, in einem Land leben, wo nur der Egoismus herrscht, es überhaupt kein Miteinander zwischen den Menschen, keine Vereine, keine Solidarität und keine gemeinsame Kultur gibt, auf die man stolz ist. Der Kirchenbesuch ist in der Tat zurückgegangen, weil andere Dinge vielleicht wichtiger geworden sind, aber wir haben heute

auch andere Verhältnisse als zu Zeiten, in denen beispielsweise die Menschen 90 Prozent ihres Lebens in nur einem Dorf verbracht haben. Da wir heute in einer völlig anderen Welt leben, würde ich nicht einfach Bilanz ziehen und sagen, dass die Menschen unsolidarischer oder gar schlechter geworden sind. Dies muss man sehr genau betrachten, und deshalb geht es nun in der Tat bei der Entwicklung in Europa darum, was wir eigentlich wollen.

In Italien gibt es gegenwärtig zwischen zwei Philosophen eine interessante Diskussion. Giorgio Agamben, der bekanntlich das „Imperio latino“ zur Diskussion gestellt hat<sup>3</sup>, sagte: „Wir müssen uns jetzt entscheiden: Wollen wir alle wie die Deutschen leben, oder wollen wir nicht doch unseren Lebensstil, unsere Kultur im mediterranen, lateinischen, katholischen Bereich behalten?“ Ich sage dies noch einmal mit meinen Worten: Sollen die Italiener zulassen, dass die deutsche Dampfwalze ihre Kultur, an die sie sich gewöhnt haben und die ihnen lieb und teuer ist, zum Verschwinden bringt? Ich glaube, dies ist eine extreme Position, denn man kann beides miteinander verbinden. Diesbezüglich aber gilt besonders für die Deutschen, die vielen anderen Nationen als zu mächtig erscheinen: Wir dürfen und müssen den Anderen die Angst vor einer deutschen Hegemonie oder einem deutschen Modell nehmen, das Europa in eine Richtung lenkt, die die Völker im Grunde genommen nicht akzeptieren wollen. Der andere italienische Philosoph, Angelo Bolaffi, schrieb das vor wenigen Wochen erschienene Buch „Cuore Tedesco“<sup>4</sup> und preist sozusagen an, Deutschland müsse nun mit seinem Modell der Sozialen Marktwirtschaft und seiner Kultur vorangehen und den Europäern den Weg weisen. Sie sehen also, dass die Diskussion in vollem Gange ist. Wenn wir einen Weg gehen wollen, auf dem jeder eine Chance auf Arbeit und ein bisschen Wohlstand hat, wo jeder sein Leben in Freiheit gestalten kann, dann werden wir zweifelsfrei auch Wett-

---

3 Vgl. zu dieser Diskussion z. B. <http://www.zeit.de/2013/16/europa-krise-giorgio-agamben> (letzter Zugriff: 24.10.2014).

4 In deutscher Sprache unter dem Titel „Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise“ 2014 erschienen. Vgl. auch das Interview mit Angelo Bolaffi unter [http://www.deutschlandradiokultur.de/das-leben-in-rom-wird-langsam-viel-schlechter-als-das-leben.954.de.html?dram:article\\_id=254631](http://www.deutschlandradiokultur.de/das-leben-in-rom-wird-langsam-viel-schlechter-als-das-leben.954.de.html?dram:article_id=254631) (letzter Zugriff: 24.10.2014).

bewerb, Arbeit und ökonomisches Wachstum brauchen. Die Frage ist aber, ob der Preis so sein muss, dass wir unsere Kultur, unsere Religion und unsere Familien aufgeben. Meines Erachtens muss dies nicht der Fall sein. Dies in eine vernünftige Beziehung zu bringen, nenne ich eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Ziel wäre eine Option für Europa, auch, um nicht zurückzubleiben, sondern nach vorne zu gehen, ohne die eigenen Werte und Überzeugungen auf dem Markt des Kapitalismus zu opfern; letzteres sollte und muss nicht unser Weg sein. Meines Erachtens ist dies jedenfalls in Bayern kein Weg, der so gegangen wurde. Ich möchte Ihnen Mut machen, den Weg zu beschreiten und von Bayern zu lernen.

*Dr. Stefan Vesper:*

Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Ich möchte allen Fragestellern, insbesondere aber den dreien, die hier vorne auf dem Podium gesprochen und diskutiert haben, sehr herzlich für ihren Beitrag zur Eröffnung dieses Kongresses danken. Außerdem danke ich den Dolmetscherinnen für die Übersetzung – die Arbeit wird sicher nicht einfach gewesen sein.

# Ein Gedankenaustausch zwischen den Generationen

## Streiflichter auf den „Ostblock“ – Eckpunkte der „Wende“ – Bilanz des Aufbruchs

Mitwirkende: Dr. Klara Csiszár, Wien  
Prof. Dr. Myroslav Marynovych, Lviv  
Erzbischof em. Henryk Muszyński, Gniezno  
Benjamin Wolf, Dresden

Moderation: Sebastian Kraft, München



*Sebastian Kraft:*

Ganz herzlich begrüße ich Sie und freue mich, dass Sie zu unserem Abendgespräch gekommen sind. Mein Name ist Sebastian Kraft, ich komme ursprünglich aus Erlangen. Meinen Zivildienst habe ich in Tschechien geleistet, dabei auch Renovabis kennen gelernt und mich ausführlich mit den Ländern Mittel- und Osteuropas befasst. Insofern habe ich die zweite Hälfte der 25 Jahre, mit denen wir uns hier beschäftigen, intensiv erlebt. Ich freue mich, die-

ses Podium mit vier Gästen zu leiten, bei dem wir uns im Rahmen eines Gesprächs zwischen den Generationen und mit den unterschiedlichen Sichtweisen aus den jeweiligen Ländern austauschen wollen. Die Kernfrage lautet dabei: Wie haben Sie diese 25 Jahre erlebt, was sind die entscheidenden Probleme und Punkte, wo läuft es gut und wo vielleicht nicht so gut?

Lassen Sie mich kurz die Teilnehmenden dieses Podiums vorstellen: *Klára Csiszár* wurde 1981 in der rumänisch-ungarischen Grenzregion in Satu Mare/Rumänien geboren, gehört der ungarischen Minderheit an und hat wie viele aus ihrer Generation einen sehr europäischen Lebenslauf. Im Anschluss an ihr Abitur, das sie in ihrer Heimatstadt absolvierte, studierte sie sowohl in Cluj/Klausenburg als auch in Konstanz. Nach der Promotion ging sie nach Wien, wo sie sich zu einem schönen und zum heutigen Abend passenden Thema habilitierte „Der Dialog zwischen Vergangenheit und Zukunft. Pastoraltheologische Perspektiven der Diözese Satu Mare“. Frau Dr. Csiszár ist nebenbei auch Lehrerin und arbeitete als Jugendreferentin im Ordinariat ihrer Heimatdiözese.

*Erzbischof Henryk Muszyński* wurde 1933 in der Nähe von Danzig geboren und studierte Philosophie und Theologie. 1957 empfing er die Priesterweihe, 1972 promovierte er und spezialisierte sich dann in Lublin, Rom und Jerusalem auf Bibelwissenschaften. Auch er weist also einen sehr internationalen Lebenslauf vor. Erzbischof Muszyński lebte zudem auch ein Jahr in Heidelberg und hat sich viele Verdienste sowohl um die deutsch-polnische Verständigung als auch um den christlich-jüdischen Dialog erworben. 1985 wurde er zum Bischof geweiht und war von 1992 bis zum Rücktritt aus Altersgründen 2010 Erzbischof von Gniezno/Gnesen.

Als Sie Erzbischof wurden, war Benjamin Wolf noch ein kleines Kind. Er wurde 1991 in Sebnitz in der Sächsischen Schweiz an der Grenze zu Tschechien geboren, erwarb 2011 sein Abitur in Pirna und nutzte danach, ähnlich wie viele seiner Generation, die Möglichkeit, bewusst ein Auslandsjahr in Ostmitteleuropa zu machen. Unterstützt von Renovabis und der „Initiative Christen für Europa“ war er in St. Petersburg

in einem Heim für geistig und körperlich Behinderte tätig. Im kommenden Oktober wird er ein Studium der Sprach- und Literaturwissenschaften an der Technischen Universität Dresden aufnehmen.

*Myroslav Marynovych* wurde 1949 in der Nähe von Lviv/Lemberg in der Westukraine in eine sehr religiöse Familie hinein geboren, ist einer der bekanntesten Dissidenten gegen das Sowjetregime gewesen und heute Vizerektor der Ukrainisch-Katholischen Universität in Lemberg. Er hat sich früh stark gemacht gegen die Sowjetunion und den Kommunismus, engagierte sich als Dissident und war Mitgründer der Helsinki-Gruppe. Auf Grund seines Engagements für Freiheit und Menschenrechte verbrachte er insgesamt zehn Jahre im Gulag in verschiedenen Arbeitslagern und fünf Jahre im Exil, bis er dann 1987 in die Ukraine zurückkehrte.

Am Anfang unserer Runde möchte ich Ihnen als kleinen Einstieg einige Zeilen von Václav Havel, einem der Haupt-Protagonisten der „Wende“ in Mittel- und Osteuropa, vorlesen, die dieser im Jahr 2010, also ein Jahr vor seinem Tod, schrieb. 1989 bis 1992 war er der letzte Staatspräsident der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 der erste der Tschechischen Republik. Nach seiner Präsidentschaft gehörte er in Tschechien zu den großen Gesellschaftskritikern, die sich unter anderem sehr intensiv damit beschäftigt haben, wohin sich die Gesellschaft nach der „Wende“ entwickelt hat. Ich zitiere: „Wenn ich früher mit dem Auto von Prag zu unserem Landhaus im Osten Böhmens fuhr, brauchte ich von der Innenstadt bis zu dem Schild, das die Stadtgrenze markierte, ungefähr 15 Minuten. Dann kamen Weiden, Wälder, Felder und Dörfer. Heute dauert die gleiche Strecke 40 Minuten oder länger und ich könnte nicht sagen, ob ich schon aus der Stadt heraus bin oder nicht. Was bis vor kurzem noch klar als Stadt zu erkennen war, verliert seine Grenzen und mit ihnen seine Identität. Drumherum ist ein riesiger, überladener Ring von irgendetwas entstanden, für das ich keinen passenden Begriff finden kann. Es ist weder Stadt, wie ich sie verstehe, noch sind es Vorstädte und schon gar keine Dörfer. Es gibt nur zufällige Ansammlungen von großen, einstöckigen Lagerhallen, Super- und Hypermärkten, Autohäusern und Möbelmärkten, Tankstellen, Imbissen, gigantischen Parkplätzen, vereinzelt Hochhäusern, in denen man Büros mieten kann, dazwischen Eigenheime, mal

dicht gedrängt, dann wieder furchtbar weit auseinander. Mit anderen Worten: Man erlaubt den Städten, ohne jede Kontrolle die sie umgebende Landschaft mit ihrer Natur, den alten Wegen, baumbestandenen Alleen, Dörfern und mäandernden Bächen zu zerstören und an ihrer Stelle gigantische Agglomerationen zu bauen, die ein undefinierbares Leben hervorbringen. Menschliche Gemeinschaften werden zerstört unter dem Banner internationaler Uniformität. Jede Individualität geht verloren. Identität oder Heterogenität sind bedroht. Es ist ein schon früher beschriebenes Phänomen zu beobachten – ungezügelter Konsum erzeugt eine neue Form von Einsamkeit.“ Ich denke, Havel meinte damit zwar Prag, aber es könnte auch jede andere Stadt in den postkommunistischen Staaten gemeint sein.

Herr Erzbischof, Sie haben das Beschriebene ja sehr intensiv erlebt. Von 1992 bis 2010 waren Sie Bischof; diese Zeitspanne umfasst annähernd die gesamte postkommunistische Zeit. Was hat sich Ihrer Meinung nach in der Gesellschaft verändert?

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Es hat sich mehr die Gesellschaft als die Leute im Einzelnen verändert. Meines Erachtens und meinem Erleben nach gab es keine „Wende“ und keinen wirklichen Durchbruch. Ich staune immer wieder, dass man von einer „Wende“ spricht, und ich bin froh darüber, dass man zumindest Anführungsstriche verwendet. Die „Wende“ ist eine kommunistische Erfindung, um zu zeigen, dass es sich nur um eine ganz kleine Änderung handelt, früher war alles gut, und heute geht es einigen vielleicht besser, anderen aber eher schlechter.

Basierend auf meinen Erfahrungen möchte ich zwei Punkte nennen: Meiner Meinung nach geschah die eigentliche Wende am 3. Juni 1979 während der ersten Pilgerfahrt Papst Johannes Pauls II. nach Polen. Eventuell wird mir jetzt ein übertriebener Patriotismus nachgesagt, trotzdem halte ich das für entscheidend! Es war Prälat Dziwisz, der damalige Sekretär des Papstes, der sagte, dass die Erosion des kommunistischen Systems an diesem Datum begonnen hat! Entscheidend war die

Predigt an die „vergessenen Völker Europas“, die ich persönlich miterlebt habe. Mit dieser Predigt zeigte der Papst die christlichen Wurzeln einer Einheit Europas auf, wohingegen wir als junge Priester noch an die Zukunft des Kommunismus glaubten. Einige andere glaubten aber damals daran, dass dies schon der eigentliche Wendepunkt war.

Was passierte damals? Man könnte es symbolisch wie folgt beschreiben: Zahlreiche der Niedergeschlagenen sind von den Knien aufgestanden und haben Mut gefasst. Tausenden und tausende der Menschen, die dies erlebten, wurden von Angst befreit, andere hingegen fürchteten sich weiter. Sie fragten: „Was passiert hier? Der Papst fährt nach Rom, und was geschieht hier mit uns unter der kommunistischen Herrschaft?“ Die meisten Teilnehmer waren aus Polen und dem Westen, aber einige sind auch illegal aus dem Osten zum Papstbesuch nach Polen gekommen waren. Der Papst erblickte ein Poster, auf das tschechische Besucher geschrieben hatten: „Heiliger Vater, gedenke deiner tschechischen Kinder!“ Daraufhin wich der Papst vom vorbereiteten Text ab und sagte: „Wie könnte ich euch vergessen? Ich trage die Erbschaft des heiligen Adalbert in meinem Inneren!“ Das war es, was man heutzutage „Wende“ nennt, das war meines Erachtens der eigentliche Wendepunkt und Anfang eines wahren Durchbruchs.

Ich bin mir dessen bewusst, was der Fall der Mauer für die Deutschen, für die Europäer und für uns alle bedeutet; es war ein sehr wichtiger Moment. Dennoch würde ich diesen Moment nie als Durchbruch bezeichnen, denn man sollte den gesamten Prozess berücksichtigen, der schon 1979 mit der Bildung einer neuen Mentalität und eines neuen Bewusstseins begann. Damals waren Millionen Menschen imstande, sich zu organisieren, und sie haben erfahren, dass der Glaube ein wichtiges Bindeglied ist. Bedenken Sie nur, dass damals normalerweise bereits zehn Menschen eine Genehmigung brauchten, um sich zu treffen – und wir sprechen hier von Millionen. Den Menschen wurde bewusst, dass sie von einer kleinen Gruppe regiert wurden, und langsam bildete sich ein neues Bewusstsein, das reifte und später zur Gründung der „Solidarność“ führte. Diese Entwicklung war selbst in der „illegalen Zeit“ nicht mehr zu stoppen, weil die Leute wussten, dass sie frei waren und in Freiheit leben wollten.

*Sebastian Kraft:*

Wie lange hat Sie dieser Moment dann in Polen noch weiter getragen? Ich frage dies deshalb, weil nach der „Wende“ eine große Euphorie herrschte, auf die dann relativ schnell eine große Ernüchterung folgte, denn viele waren eigentlich unzufrieden mit dem, was sich entwickelt hat. War also die Gesellschaft darauf vorbereitet, oder was ist aus Ihrer Sicht passiert?

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Meinem Empfinden nach war sie völlig unvorbereitet, doch 1983, als die „Solidarność“ noch verboten war, machte Papst Johannes Paul II. während seiner zweiten Pilgerfahrt den Menschen Mut. Lech Wałęsa, der damals inhaftiert war, sagte, dass der Papst die Menschen niemals zu einer Revolution aufforderte, sondern ihnen Mut zum Ausdauern zusprach. Dies hat die Menschen in ihrer Meinung bestärkt, ein gläubiges Volk zu sein und nach dem Evangelium zu leben.

Wenn man heute diese Texte liest, sind sie vergleichbar mit Dynamit. Der Papst sprach über die Freiheit im christlichen Sinne und über die Solidarität als Tugend, und die Leute haben geklatscht, woraufhin er erwiderte: „Lasst mich doch reden, ich bin euer Papst.“ Sie klatschten wieder. Dann sagte er: „Ja, ich rede nicht nur zu euch, sondern auch in eurem Namen.“ Es waren also wieder diese starken Untertexte, die den Menschen Mut gegeben und die Wahrnehmung der Welt verändert haben.

So wie ich es erlebt habe, herrschte am Anfang, selbst bei den Priestern, eher Angst. Aber 1983 und dann wieder bei seiner Pilgerfahrt 1987 hat der Papst die Menschen an ihre christlichen Wurzeln erinnert und auf diese Weise das Schlimmste verhindert, nämlich eine blutige Revolution. Man hoffte aber und pochte darauf, dass diese Werte irgendwie und irgendwann auch in die Tat umgesetzt werden konnten, nämlich als Souveränität und Abkehr von der totalitären Regierung hin zur Demokratie. Es gab dann erste Gespräche mit der kommunistischen Regierung, doch niemand wusste genau, wie es weitergehen würde. Der so genannte „Runde Tisch“, die ersten freien Wahlen und die Bildung einer

neuen Regierung – das waren 1989 die drei entscheidenden Punkte, alles andere folgte nach und nach.

Natürlich gab es auch Probleme und Erwartungen in anderen Ländern. Ich hatte Kontakte zur DDR, und plötzlich wurde mir die Genehmigung zur Einreise in die DDR verweigert. Wir trafen uns mit deutschen Freunden in Berlin zum Beten und haben wahrhaftig keine Politik gemacht – dennoch wurde mir die Einreise verweigert, weil ich aus einem Land kam, in dem die „Solidarność“ rebellierte. Natürlich sprachen wir auch miteinander darüber und tauschten uns dazu aus, was in den jeweiligen Ländern gerade passierte und welche Folgen dies nach sich ziehen könnte. In der Tschechoslowakei, in Ungarn, überall gab es ja dieses Erwachen, jeweils in einer anderen Form. Man kann diese Abfolge von Ereignissen auch mit einem Dominospiel vergleichen, das nun sein Ende in der Ukraine auf dem Kiewer Majdan zu finden scheint. In Wirklichkeit ist dieser Prozess jedoch noch nicht beendet, denn er dauert noch ständig an und wir befinden uns noch inmitten in ihm.

*Sebastian Kraft:*

Nun wollen wir einen Blick nach Rumänien werfen, wo Klara Csiszár als Achtjährige die „Wende“ miterlebte. Frau Csiszár, danach hatten Sie ja eigentlich all das, was sich ein junger Mensch erträumt, und noch bevor es 2007 zum EU-Beitritt Rumäniens kam, gab es bereits eine Vorform von Reise- und Bewegungsfreiheit, sodass sich die Menschen europäisch orientieren konnten. Eigentlich könnte man also sagen, dass für einen jungen Menschen, wie Sie es damals waren, alles gut gelaufen ist. Stimmen Sie dem zu?

*Dr. Klara Csiszár:*

Ja, es schien in der Tat so, als ob Europa wieder mit zwei Lungenflügeln atmen würde, wie es Papst Johannes Paul II. einmal gesagt hat, und ich habe dies bereits als Kind gespürt. Dennoch gab es insofern einen Beigeschmack, als der westliche Lungenflügel etwas intensiver atmete bzw. atmen konnte. Warum war dies so? Ich kann mich – und das ist eine sehr

persönliche Erfahrung – gut daran erinnern, dass wir in unserer Jugendgruppe innerhalb der Pfarrei das besonders gut gespürt haben. Der Westen war immer ein starker Bezugspunkt. So gab uns der Priester beispielsweise am Ende des Religionsunterrichts Bonbons und Schokolade, und wir wussten, dass diese Süßigkeiten aus dem Westen kamen. Es kam also nicht aus unserer Heimat, da die Lunge unseres Landes irgendwie noch anders atmete.

*Sebastian Kraft:*

Was schafft diese Kluft, auf die Sie anspielen? Zahlreiche junge Menschen, von denen viele dann nicht mehr nach Rumänien zurückkehren, entscheiden sich dafür, erst einmal fortzugehen und es andernorts auszuprobieren. Dies macht eine Kluft in der Gesellschaft spürbar und legt die etwas überspitzt formulierte Frage nahe: Bleiben (in solch einer Gesellschaft) dann nur Menschen mittleren Alters und die Alten zurück, da die Jungen ihre Zukunft nicht mehr zu Hause sehen, oder ist die Bindung an die Heimat dann letztlich doch stärker?

*Dr. Klara Csiszár:*

Die Abwanderung der jungen Leute hat bereits kurz nach den Umbrüchen begonnen. Aber schon früher wurden beispielsweise viele Staatsbürger deutscher Herkunft während des Kommunismus sozusagen „verkauft“; dies war Teil der Ceaușescu-Politik. Kurz nach der „Wende“ gab es dann eine erste starke Auswanderungswelle von Jugendlichen. Leider wurde in der Kirche oder im Religionsunterricht nie gesagt: „Bitte bleibt im Lande!“ In der Schule jedoch hörte ich ständig diese Aufforderung. Das Land braucht junge Menschen, und während ich aufwuchs, wurde mir in der Schule vermittelt, im Land zu bleiben bzw. bleiben zu müssen. Ich muss dazu sagen, dass ich damals bereits der deutschen Sprache mächtig war und durchaus die Möglichkeit bestand, mein Studium im Westen fortzusetzen, doch diese ständigen Aufforderungen hielten mich davon ab. Und so bin ich auch zunächst geblieben und bin erst relativ spät nach Konstanz gegangen. Im Westen herrschte immer mehr Offenheit und es war lebendiger, sodass wir uns eher mit den westlichen Ländern auseinandergesetzt haben als mit der Situation zu Hause.

*Sebastian Kraft:*

War das gut oder schlecht?

*Dr. Klara Csiszár:*

Es war schlecht und ist es immer noch, aber damals hat es sich eben so ergeben, und ich habe ehrlich gesagt nicht viel darüber nachgedacht.

*Sebastian Kraft:*

Wahrscheinlich gab die Neugierde auf das Neue, was man bisher nicht kannte, den Ausschlag. Was hat diese Entwicklung Ihrer Meinung nach mit der Gesellschaft gemacht? Letztlich hatte man doch als junger Mensch alle Möglichkeiten, obwohl es eben auch die ältere Generation gab, die noch vom Ceaușescu-Regime und vom Kommunismus geprägt war und diese Möglichkeiten nicht gehabt hatte. Ist eine Gesellschaft in diesem Fall solidarisch? Wie Sie es bereits ansprachen, wurde den jungen Menschen immer wieder vermittelt, dass sie bleiben und entsprechend ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten sollten; gleichzeitig hatte man jedoch auch alle Möglichkeiten offen, also auch die, ins Ausland zu gehen.

*Dr. Klara Csiszár:*

Ich habe während meiner Forschung ziemlich viele Interviews geführt, bei denen die Fragen auch in diese Richtung gingen. Die meisten Erwachsenen sagten, dass ganz zu Beginn eine große Begeisterung in der Gesellschaft herrschte, die dann aber plötzlich in einen schockartigen Zustand der Orientierungslosigkeit überging und der auch existenziell massive Probleme folgten, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit, die bis dahin kein Thema war. Ein weiteres Problem waren bereits Anfang der 1990er Jahre die mit der Auswanderung verbundenen Folgen für die Familien. Dies erleben wir – in einer neuen Welle – auch heute wieder mit den Eurowaisen. Am Anfang herrschte also Begeisterung, gefolgt von einer vor allem existentiell begründeten Angst.

*Sebastian Kraft:*

Dazu als Erläuterung: Eurowaisen sind Kinder, die zurück bleiben, weil ihre Eltern im Westen arbeiten und ihr verdientes Geld entweder regelmäßig oder nur noch zu bestimmten Anlässen, wie z. B. Weihnachten, nach Hause schicken. Die Eltern kehren selbst auch nur noch vorübergehend in ihre Heimat zurück.

Ich würde gerne noch einmal auf die soeben erwähnte Orientierungslosigkeit zurückkommen. Welche Rolle kann diesbezüglich die Kirche allgemein spielen und welche Rolle spielt sie in Rumänien? Vielleicht erläutern Sie dies vor dem Hintergrund, dass Kirche in einer Gesellschaft ja immer auch ein wenig als eine Art Scharnier funktioniert, das diese zusammenhält.

*Dr. Klara Csiszár:*

Ich kann nur über die römisch-katholische Kirche sprechen, und dies auch nur für meine nähere Umgebung. Meine Erfahrungen, die u. a. durch Interviews bestärkt wurden, bestätigen, dass ganz viel gemacht wurde. Ich bewundere bis heute die Menschen, die damals in dieser Orientierungslosigkeit etwas ganz Neues wagten, und es ist kaum vorstellbar, was sie alles geleistet haben. Heute stellt sich heraus – dies bestätigten mir vielfach die Priester –, dass die Kirche damals anfang, ohne sich dessen bewusst zu sein, sich von den Menschen zu distanzieren. Beispielsweise erhielt sie plötzlich Immobilien zurück, die Anfang der 1950er Jahre enteignet worden waren. Zudem ist sehr viel Neues gebaut worden. Vielen Priestern zufolge hat sich die Kirche dadurch immer mehr von den Menschen entfernt, gerade als diese sich in einer existentiellen Orientierungslosigkeit befanden. Genau daran erinnern sich die Menschen heute.

*Sebastian Kraft:*

Danke für die interessanten Einblicke aus Rumänien, die wir später noch einmal vertiefen können. Nun wollen wir einen Blick in die Ukraine werfen, ein Land, das eigentlich sein Ziel noch nicht erreicht hat. Herr Marynovych, wie sehen Sie als Dissident, der viel erlitten hat und durchma-

chen musste, Ihr Land heute? Sind Sie ernüchtert oder der Meinung, dass es doch ein bisschen besser geworden ist ohne das Sowjetregime?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Ich möchte aus der Perspektive eines ehemaligen Dissidenten und Inhaftierten sprechen. 1978 wurde ich verhaftet und hörte die Nachricht von der Wahl des neuen Papstes Johannes Paul II. Im ganzen Arbeitslager herrschte eine Welle der Begeisterung, weil wir ganz eindeutig wussten, dass der polnische Papst das Ende des Kommunismus und des Systems des Bösen bedeuten würde. Und es war dann auch unser größter Traum, dieses System irgendwann zu Fall zu bringen. Wir sahen, dass wir diesem Traum näher gekommen waren, und es war unsere große Hoffnungsquelle, was natürlich verschiedene Facetten und Dimensionen hatte. Wir wollten Freiheit und Gerechtigkeit für alle, vor allem aber auch soziale Werte und Moralvorstellungen wieder etabliert sehen, denn wir lebten bis zu diesem Zeitpunkt in einem Umfeld von Korruption und Lügen. Natürlich haben wir heute einerseits viele Erfolge vorzuweisen, aber in vielerlei Hinsicht sind wir auch gescheitert, und ich weiß offen gestanden nicht, was nun überwiegt. Wir haben einerseits im sozialen Bereich sehr viele Freiheiten errungen, beispielsweise die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit und – für mich wohl als wichtigste – die Religionsfreiheit. Letztere ist wahrscheinlich auch das Größte, was die ukrainische Gesellschaft erreicht hat, wenn man bedenkt, dass es unter verschiedenen Regierungen bis heute Politiker gibt, die das System der Religionsfreiheit kippen wollen. Diese Gefahr existiert immer noch und kann nach wie vor Kraft entfalten.

Die Rede- und die Versammlungsfreiheit hat natürlich unterschiedliche Aspekte. Ich kann heute in der Ukraine frei sprechen und sagen, was ich denke, und auch Dinge veröffentlichen. Die Redefreiheit geht aber nicht einher mit der Möglichkeit, auch gehört zu werden. Man kann zwar frei sprechen, aber es kann sein, dass die Leute einem kein Gehör schenken oder nicht zuhören. Dies sind heute die Optionen, die wir haben, und ich denke, es bedarf einer tieferen Analyse dieses Themas. Beispielsweise bedeutet die Reisefreiheit und -freizügigkeit, dass wir jetzt in andere

Länder reisen können; insbesondere die jungen Menschen haben sich diese Freiheit zunutze gemacht. Aber viele Leute sagen auch, dass es jetzt den Eisernen Vorhang von der anderen Seite her gesehen gibt, nämlich aus sozialen Gründen, vielleicht in gewisser Weise auch aus politischer Sicht betrachtet. Es gibt heute Begrenzungsfaktoren, die uns von anderen Ländern auferlegt werden, das heißt, sie möchten gar nicht, dass so viele Ukrainer ihre Heimat verlassen und in den Westen strömen. Es gibt also unterschiedliche Freiheiten, die wir erreicht haben, aber neue Probleme sind in diesem Zuge auch hinzugekommen.

Was die Gerechtigkeit anbetrifft, so haben wir als Dissidenten natürlich doch noch das Gefühl, dass wir auch ein gewisses Maß an Schuld tragen. Ich möchte dies kurz erläutern: Wir haben in der Ukraine die Rechtsstaatlichkeit eigentlich noch nicht umgesetzt. Deshalb ist die ukrainische Demokratie eigentlich auch eher ein System, das die Demokratie zu imitieren versucht. Wir haben in unserem Land demokratische Strukturen, aber noch nicht den demokratischen Geist. Über welche Art von Schuld spreche ich in diesem Zusammenhang? Zunächst einmal möchte ich sagen, dass wir als Dissidenten nicht die Forderung gestellt haben, dass die damaligen Verfolger von uns auch ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Wir haben gesagt, wir beginnen mit einem sauberen Stück Papier noch einmal von Null und ziehen sozusagen einen Strich unter alles, aber unsere Partner haben ihre ideologische Sichtweise, ihre Slogans und die Nationalflagge geändert, jedoch nicht ihr Naturell. Vieles, beispielsweise die Verletzung von Menschenrechten, wurde hinterher begangen, weil diese unrechtmäßigen Aktivitäten eben nicht in Kategorien wie z.B. des Verbrechens eingeordnet und entsprechend geahndet wurden. Vermutlich ist es die größte Unterlassung der Dissidenten gewesen, dass sie die Aufmerksamkeit der Gesellschaft nicht dafür sensibilisiert haben, dass Verbrechen, die nicht gesühnt werden und denen somit kein Ende bereitet wird, wiederkehren.

*Sebastian Kraft:*

Wir haben bereits heute Nachmittag von Gräfin Thun gehört, dass sich in Polen sehr viele Menschen zu Nichtregierungsorganisationen zusam-

menschließen, sodass sich dort langsam die Zivilgesellschaft entwickelt. Nun ist es so, dass die Ukraine ihre Ziele noch nicht erreicht hat und der dortige demokratische Umbruch noch nicht vollendet ist. Spüren Sie dies auch bei jungen Menschen, mit denen Sie an der Universität zu tun haben, und die sagen, Sie wären auch für sie als ehemaliger Dissident ein Vorbild? Glauben diese jungen Menschen, dass sie jetzt in Polen oder in anderen ehemals kommunistischen Ländern, in denen die „Wende“ noch nicht ganz abgeschlossen ist, das fortführen müssen, was Sie und Ihre Mitstreiter begonnen haben?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Man kann durchaus behaupten, dass unsere jungen Menschen in zwei Gruppen gespalten sind: Eine Gruppe glaubt nicht daran, durch den Vollzug eines Wandels die Gesellschaft verändern zu können; diese Menschen wollen einfach nur das Land verlassen. Der andere Teil möchte wirklich etwas Gutes für das Land bewirken. Was uns nun aber in der Ukraine fehlt, ist die Solidarität. Dies ist ein sehr ukrainisches, aber natürlich auch entscheidendes Problem. Viele Ukrainer zeigten in der Vergangenheit, insbesondere während der Orangen Revolution, durchaus Solidarität, doch diese Art von Ausnahme-Solidarität mit dem Aufstand war nicht die alltägliche Solidarität. Wir müssen jeden Tag für die Demokratie kämpfen. Dies ist die Aufgabe, die wir lernen müssen, denn viele Menschen benehmen sich so, als befänden sie sich noch immer in einem paternalistischen und bevormundenden Staat, in dem die kommunistische Partei an der Macht ist und den Menschen das Glück bringen und bescheren wird, was sie nicht aus eigener Kraft erreichen.

*Sebastian Kraft:*

Welche Rolle spielt die Kirche bzw. welche Rolle kann sie spielen, um die Gesellschaft solidarisch zu machen bzw. zu halten?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

In gewisser Hinsicht gibt es Parallelen und Ähnlichkeiten zwischen dem Leben in einer Pfarrei mit all ihren Aktivitäten und dem Leben in der Gesellschaft. Aber es geht natürlich auch um Verantwortung, weniger für die anderen als vielmehr für sich selbst und vor Gott. Man kann für Fehler, die man begangen hat, nicht die Partei oder den Präsidenten beschuldigen, sondern nur sich selbst. Aus meiner Überzeugung und meinem Verständnis heraus sind deshalb das Christentum und der christliche Glaube die zentrale Antwort für diese Fragen.

*Sebastian Kraft:*

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Erzbischof Muszyński: Die polnisch-ukrainischen Beziehungen waren und sind bekanntlich während des Kommunismus, danach und auch bis heute sehr eng, aber auch nicht unproblematisch. Hat die Kirche Polens die Ukraine im Blick, wo die katholischen Christen sich bei ihren Bemühungen um Wandel auf das Vorbild von Papst Johannes Paul II. berufen? Gibt es diesbezüglich Bemühungen?

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Ja, sicher. Man sollte allerdings bedenken, dass wir fast 50 Jahre unter einem kommunistischen totalitären Regime gelebt haben. Die polnisch-ukrainischen Probleme durften nicht einmal erwähnt werden, man hat sie vertuscht und die Geschichte verfälscht. Man durfte in der Sowjetunion über die Verbündeten nichts Böses sagen. Man muss sich vor Augen halten, dass, seitdem wir frei sind, es von Seiten der Kirchen einen Kampf um die historische Wahrheit gibt, und was die Polen und die Ukrainer anbetrifft, ist es sicherlich weitgehend auch eine tragische Wahrheit. Erst seit ganz kurzer Zeit, als die katholische Kirche des lateinischen Ritus und die griechisch-katholische Kirche miteinander ins Gespräch kamen, ist es ein gemeinsames Thema.

Es gibt unter uns durchaus auch weiter viele ungelöste Probleme. Auch in ein und derselben Kirche gibt es zahlreiche Unterschiede, die

einer objektiven Beurteilung bedürfen. Gott sei Dank hat man auf beiden Seiten große Anstrengungen unternommen, um der objektiven Wahrheit näher zu kommen. Sicherlich, nach Jahren einer fast vollständigen Trennung, ist das nicht einfach. Nicht selten haben sich auf beiden Seiten zwei verschiedene Geschichtsbildungen fest eingewurzelt, die nicht leicht zu überwinden sind, doch heute gibt es zumindest eine Diskussion über die gemeinsame erlebte und erlittene Geschichte unserer beiden Völker.

Die größte Hilfe zur Überwindung der schmerzhaften Vergangenheit ist das gemeinsame christliche Erbe und derselbe christlich Glaube: dass wir alle nämlich in Christus, gleich welcher Kirche wir angehören, bereits von Gott versöhnt wurden. Uns allen als Christen hat Jesus auch den Dienst der Versöhnung anvertraut. Dieser gemeinsame Glaube ist ein großer Vorteil und die größte Gabe, doch zugleich auch eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft. Es ist ein lebendiger Prozess, der reifen muss. Unsere Kirchen haben bereits Dokumente erarbeitet und symbolische Akte zwischen Polen und der Ukraine vorgenommen, doch das allgemeine Bewusstsein der meisten Leute in Polen muss ständig wachsen, denn es gibt immer noch viele Vorbelastungen und Vorurteile.

*Sebastian Kraft:*

Wie sieht es auf der ukrainischen Seite damit aus? Hätten Sie sich diesbezüglich mehr Solidarität gewünscht oder war dies in der Ukraine aufgrund der schwierigen Aufarbeitung der Geschichte einfach noch nicht möglich?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Natürlich brauchen wir die Solidarität und möchten auch gemeinsam in Solidarität leben. Welche Rolle die Kirchen im Falle des Schweigens von Politikern übernehmen können, zeigt sich gerade auch in diesem Jahr ganz klar und deutlich. Für mich war es unglaublich, dass im Rahmen der polnisch-ukrainischen Beziehungen dieses Jahr die Kirchen sozusagen die Politiker waren oder zumindest politisch agiert haben,

nämlich indem sie die schwierigen Fragen der Geschichte angesprochen haben. Wichtig ist aber auch die Perspektive, die wir einnehmen. Natürlich haben verschiedene Nationen aufgrund ihrer Andersartigkeit unterschiedliche Perspektiven auf geschichtliche Ereignisse. Alle sind wir jedoch Kinder Gottes und somit gleich, in dem wir uns ihm zuwenden. So gesehen müssen wir natürlich auch alle unser Versagen erkennen, wobei es keine Nation gibt, die nicht irgendwann einmal versagt hätte. Wir müssen also ihn entscheiden lassen, wer mehr oder weniger Schuld trägt.

*Sebastian Kraft:*

Dass wir alle Kinder Gottes sind, ist nun auch ein guter Übergang zu Ben Wolf, meinem nächsten Gesprächspartner. Ben, du bist kurz nach dem Abitur nach Russland gegangen, musstest dort erst die Sprache lernen und dich in eine fremde Gesellschaft einleben. Vor allem lerntest du aber auch kennen, welchen Stellenwert behinderte Menschen dort haben. Was hat dich bei deinen ersten Begegnungen in Russland am meisten beeindruckt?

*Benjamin Wolf:*

Ich glaube, der erste Satz, den ich auf Russisch gelernt habe, lautete übersetzt „Alles wird gut.“ Das ist natürlich eine Aussage, über die man streiten kann, und der Satz hat mich auch oft zur Verzweiflung gebracht, wenn meine Arbeitskollegen sich so geäußert haben. Ich habe mich immer wieder über die Bedingungen in dem Heim aufgeregt, in dem ich tätig war, oder über die Ignoranz der Menschen auf der Straße, denn die Behinderten in Russland werden oft noch in Heime weggesperrt und nicht als gleichberechtigt verstanden. Einmal hörte ich einen Priester predigen, dass behinderte Menschen von Gott gehasst würden. In meinen Augen kann man dem ja nur widersprechen, weil sie eben auch Menschen wie wir sind. Was mich aber wirklich beeindruckt hat, war die Tatsache, wie beharrlich meine Mitarbeiter, die teilweise seit Jahrzehnten und bis heute noch in diesen Einrichtungen arbeiten und versuchen, die Gesellschaft zu verändern, immer noch weiter machen und nie auf-

geben. Aber ein Bewusstsein muss sich in Russland überhaupt erst noch entwickeln. Dies braucht wahrscheinlich Jahrzehnte, was mir persönlich zu lange dauert, weil ich ein sehr ungeduldiger Mensch bin, und betrifft eben auch die Demokratie. Ich muss es leider etwas drastisch ausdrücken, aber die Behauptung, in Russland herrsche eine Demokratie, wäre in meinen Augen schlichtweg eine Lüge. Ich hatte das Glück, an dem Wochenende, an dem Putin entschieden hat, wieder Präsident zu werden, in Moskau zu sein, und sah, wie am Roten Platz viel Militär aufgefahren wurde. Dies zu sehen, war ehrlich gesagt erschreckend. Dort wurde mir auch der Unterschied zwischen Russland und Deutschland bewusst und ich bin dankbar dafür, wie gut es mir hier in Deutschland geht. Aber gleichzeitig, als ich wieder zurückkam, wurde ich auch sehr wütend, weil es den meisten hier überhaupt nicht bewusst ist, wie gut es ihnen geht. Wir haben so viele Möglichkeiten und machen eigentlich viel zu wenig, um etwas wie Inklusion von Behinderten oder ein besseres Bildungssystem zu erreichen, und trotz all unseres Geldes steckt noch so vieles in den Kinderschuhen. Dies ist ein großer Kontrast.

*Sebastian Kraft:*

Du bist nach der „Wende“ im Gebiet der ehemaligen DDR groß geworden, hast dieses Land nicht mehr selbst erfahren und somit schon immer in einer freien Gesellschaft gelebt. In Deutschland ging dies alles schneller als in Russland, wo alles anders gewesen ist. Wie gingst du als junger Mensch damit um, wie saugtest du diese Erfahrungen auf und wie war dein Blick von außen auf die russische Gesellschaft?

*Benjamin Wolf:*

Durch meine Arbeit hat es sich glücklicherweise so ergeben, dass ich vorrangig mit politischen Aktivisten zu tun hatte. Dies schärfte natürlich mein Bewusstsein und bewegte mich vor allem zu einem ganz anderen und kritischen Umgang mit der russischen Geschichte, vor allem auch mit der Sowjetunion. Was aber die älteren Generationen angeht, herrscht dort meines Erachtens schon ein gewisser Geschichtsrevisionsismus, insofern als vieles verdrängt oder schön geredet wird. Ich will

das nicht pauschalisieren, das wäre gelogen, und es wird sicherlich auch andere Menschen geben, aber ich habe eben auch ältere Menschen kennengelernt, die gesagt haben, Stalin wäre gut gewesen, und bei denen bis heute noch ein Stalin-Porträt in der Wohnung hängt. Es waren sehr nette Menschen, aber trotzdem würde ich als junger Mensch offen sagen, dass er nun einmal ein Verbrecher gewesen ist.

*Sebastian Kraft:*

Sind die russischen Jugendlichen in deinem Alter eher an Materialismus und Wohlstand interessiert, der ja im Postkommunismus auch in Russland Einzug gehalten hat, oder sind den jungen Menschen geordnete demokratische Verhältnisse wichtiger?

*Benjamin Wolf:*

Die Menschen, die ich kennengelernt habe und die ich sehr schätze, sind alle sehr idealistische Postmaterialisten. Sie glauben auf jeden Fall daran, dass sie eines Tages eine Demokratie haben werden, und dafür kämpfen sie auch jeden Tag und werden deswegen teilweise leider auch unterdrückt. Ich glaube aber, dass ihnen der Materialismus nicht so wichtig ist, weil sie intelligent genug sind, um zu uns zu blicken und zu sehen, dass es nicht funktioniert. Meines Erachtens ist ihnen am wichtigsten, dass die Gesellschaft an sich ein neues Bewusstsein bekommt, was schließlich auch bei uns von großer Bedeutung ist, da es auch hier in Deutschland durchaus gravierende Mängel gibt.

*Sebastian Kraft:*

Welche Rolle spielt die Kirche, insbesondere in Bezug auf die Solidarität der Familien, in Russland, wo die Familienbande doch eigentlich enger sind als hier? Generell hat die Kirche im Leben vieler Russen noch einen größeren Stellenwert, teilweise mehr als bei uns. Hält dies die Gesellschaft dann auch zusammen?

*Benjamin Wolf:*

Aus meiner persönlichen Sicht heraus ist dies schwierig zu beantworten. In unserem Heim gab es auch einen orthodoxen Priester, einen gütigen Mann, der sehr gut mit den behinderten Menschen umgehen konnte und sie auch als Kinder Gottes bezeichnete. Andererseits darf man aber auch nicht vergessen, dass die orthodoxe Kirche bis heute Putin unterstützt. Insofern glaube ich, dass dies ein zweischneidiges Schwert ist. Viele Menschen glauben an Gott, was natürlich gut und richtig ist, und sie versuchen auch, ein Leben zu führen, was in dieser Hinsicht dem Ideal entspricht. Aber das tun sie nur in ihrem persönlichen Bereich. Was das gesellschaftliche Leben angeht, kann ich das so nicht behaupten.

*Sebastian Kraft:*

Nun würde ich gerne einige Publikumsmeldungen, das heißt Fragen oder Anregungen, sammeln und wieder zurück aufs Podium geben. Die Dame dort hinten hat, wenn ich sie richtig verstanden habe, nach der Sicht von Herrn Wolf auf Deutschland gefragt. Es ist sehr einfach über ein Land zu reden, in dem man nur ein Jahr war, aber es wäre viel spannender, seine Sicht auf Deutschland zu hören.

*Benjamin Wolf:*

In der Tat war ich nur ein Jahr in Russland, was mich natürlich nicht zu einem Fachmann macht; es ist also wirklich nur mein persönlicher Eindruck. Es ist schwierig, meine Sicht auf Deutschland darzulegen, dennoch möchte ich es versuchen: Seit ich aus Russland zurückgekommen bin und bis heute bin ich sehr zornig, denn ich empfinde es oft als störend, wie auch hier noch immer mit behinderten Menschen umgegangen wird. Auch heute in Deutschland arbeite ich weiterhin mit behinderten Menschen und möchte dies auch weiterhin tun, jedoch spüre ich, dass das Bewusstsein für ihre besondere Situation innerhalb der Gesellschaft überhaupt noch nicht da ist. So gibt es bei uns beispielsweise immer noch sehr viele obdachlose Menschen und wir haben in Deutschland eine Palette von Problemen, die wir eigentlich

gar nicht haben müssten, was mich sehr zornig macht. Eigentlich müssten wir etwas dagegen tun, aber Demokratie heißt nicht nur, dass man alle vier Jahre seine Stimme abgibt, sondern bedeutet auch, Verantwortung innerhalb der Gesellschaft zu übernehmen. Das fehlt mir insofern, weil ich denke, dass sich viele Menschen noch nicht engagieren oder bei vielen Dingen wegsehen, obwohl sie eigentlich ihre Stimme erheben müssten.

Ich habe Freunde in Russland, in Griechenland und in Spanien, die ich über das Auslandsjahr kennengelernt habe. Dies allein verpflichtet mich schon und ich habe das Bedürfnis, diesen Menschen zu helfen und auch meine Stimme für sie zu erheben, jedoch passiert dies nicht. Niemand geht auf die Straße, wenn irgendwo ein neuer Krieg innerhalb Europas, beispielsweise im Kosovo, ausbricht, und ich sehe nirgendwo Friedensbewegungen auf den Straßen, auf denen Menschen ihren Willen oder ihre Meinung kundtun.

*Sebastian Kraft:*

Gibt es Dinge, die du in Russland erlebt hast, die dort besser oder solidarischer liefen und von denen du sagen würdest, dass sie für Deutschland vorbildhaft wären?

*Benjamin Wolf:*

Ja, das russische Sprichwort „Alles wird besser“.

*Sebastian Kraft:*

Man hat fast den Eindruck – und damit greife ich eine weitere Wortmeldung auf –, dass es überall das gleiche Problem gibt: Es fehlt an persönlicher Verantwortung für sich selbst und für die unmittelbare Umgebung. Herr Professor Marynovych, Sie haben dankenswerterweise darüber nachgedacht, wie man dies ändern könnte. Gibt es Ansätze für eine Art Patentrezept, wie man einen Menschen dazu bewegen könnte, nicht nur an sich selbst zu denken?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Wahrscheinlich ist das nicht nur in der Ukraine eines der Hauptthemen. Es hängt stark zusammen mit dem Hauptgebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Wenn man seinen Nachbarn liebt, dann ist es unmöglich, keine Verantwortung zu übernehmen oder diese Verantwortung nicht zumindest zu spüren; insbesondere gilt dies auch für die postsowjetische Zeit. Trotz der sehr langen Geschichte des Christentums brauchen wir ganz dringend eine neue Evangelisierung. Das heißt, wir müssen wieder viel tiefer in die christliche Logik eintauchen, um in der Lage zu sein, unsere Probleme auf christliche Art und Weise anzugehen und zu lösen. Meine Antwort wäre also: „Liebe deinen Nächsten und du wirst auch Verantwortung übernehmen.“

*Sebastian Kraft:*

Frau Dr. Csiszár: Fehlt in Rumänien die persönliche Verantwortung und, falls ja, gibt es ein Rezept, sie zu fördern?

*Dr. Klara Csiszár:*

Es ist schwer pauschal zu sagen, dass es in Rumänien an persönlicher Verantwortung fehlt, denn man muss dies viel differenzierter betrachten. Meines Erachtens könnte es in der Kirche und in der Pastoral hilfreich sein, wenn man den Menschen Fragen stellt und sie damit zur persönlichen Verantwortung motiviert. Um in der Pastoral wieder erfolgreich im wirklichen Leben der Menschen anzukommen, braucht man nicht nur formale Fragen, wie beispielsweise „Wie geht es dir?“ Vielmehr gehört natürlich auch dazu, dass man zumindest eine aufrichtige Antwort erhält. Hier geht es wieder um die Frage des Vertrauens als einer weiteren Zutat zu dem vorhin erwähnten Rezept. Wenn man von Menschen persönliche Verantwortung verlangt, kann man nicht ausschließen, dass Fehler passieren. Hierzu möchte ich mich Papst Franziskus anschließen, der sinngemäß von einer Fehlerfreundlichen Kirche sprach. Ich glaube, die Kirche könnte stärker persönliche Initiativen fördern, aber zu dieser „Zutat“ gehören eben auch noch weitere, wie beispielsweise das Fördern von Fragen, Vertrauen und Initiativen.

*Sebastian Kraft:*

Herr Erzbischof, muss auch die Kirche in Polen mehr persönliche Verantwortung bei den einzelnen Gläubigen fördern?

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Ja, ohne Zweifel, denn das ist für mich eine sehr fundamentale Katechismus-Frage „Liebe den Nächsten wie dich selbst“. Um an den heiligen Augustinus anzuknüpfen: Es gibt zwei Arten von Liebe: Selbstliebe und Liebe zum anderen. Dies ist vergleichbar mit zwei Reichen: Ein Reich ist von Egoismus beherrscht, und ein anderes ist von Liebe zu Gott und den Mitmenschen getragen. Einerseits herrscht also Willkür, Eigenwille und Selbstliebe bis zur Verachtung Gottes und andererseits gilt als Maßstab wahre Liebe bis zur Selbsthingabe und Selbstverleugnung. Die wahre Liebe hat ohne Zweifel immer auch eine soziale Dimension.

Jede wahre Liebe bedeutet auch Verantwortung, für mich ist Verantwortung sozusagen zweiter Name der Freiheit. Johannes Paul II. pflegte oft zu sagen: „Gabe ist sogleich Aufgabe“ – dieses war das Lieblingswort des Heiligen Vaters. Im christlichen Sinne ist ja die Freiheit immer auch eine Gabe: Wir wurden durch Christus von der schlimmsten Form der Sklaverei, das heißt der Sünde, befreit, um andere Menschen mit dieser Gabe zu bereichern.

Um über Verantwortung im öffentlichen Leben zu sprechen, muss man sich vor allem vor Verallgemeinerungen hüten. Den Gläubigen und auch allen anderen Mitmenschen das Bewusstsein einer Verantwortung im öffentlichen Leben in freien und demokratischen Gemeinschaften beizubringen, ist sicherlich eine wichtige Aufgabe der Kirche. Das traurige Erbe der kommunistischen Gesellschaft ist die Trennung von Pflicht und Verantwortung. Im totalitären System galt nicht die Verantwortung, sondern Gehorsam gegenüber der führenden Partei. Dieses Prinzip bestimmte fast das ganze öffentliche Leben und wurde für viele auch zum Maßstab von Gut und Böse. Von jemandem, der keine persönliche Verantwortung kennt, kann man auch keine soziale Verantwor-

tung erwarten. Um das traurige kommunistische Erbe zu überwinden, ist eine ungeheure Anstrengung der gesamten Gesellschaft notwendig. Im christlichen Sinn ist Freiheit die wichtigste Gabe, die jeder Mensch erhalten hat. Diese große Gabe ist auch Aufgabe zugleich. Nur wer bereit ist, das Erhaltene mit anderen zu teilen, kann ein ruhiges Gewissen haben. Die wahre Liebe, deren Quell Gott selbst ist, ist immer für andere bestimmt; wenn man sie für sich selbst behält, ist das eine gestohlene Liebe. Persönliches Selbstbewusstsein ist immer von entscheidender Bedeutung und offensichtlich das Wichtigste, denn wenn es fehlt, lässt sich keine Verantwortung für die anderen aufbauen.

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Ich überlege immer noch, was eigentlich die Quelle oder Ursache mangelnder Verantwortung ist und was in diesem Zusammenhang wichtig wäre. Wir haben eigentlich ein verzerrtes Verständnis im Blick auf unsere Sicherheit. Viele Menschen in der Ukraine denken wie folgt: „Ich bin nicht in der Lage, die ganze Welt zu retten. Ich kann mich nicht um die ganze Welt kümmern, nicht einmal um mein Land. Was ich aber in der Lage sein will zu tun, ist, dass ich mich wenigstens um meine Familie und um mich selbst kümmern kann.“ Dies war eigentlich auch der Trick dieses Systems des Bösen in sowjetischen Zeiten. Man kann sich diesem System des Bösen nicht entziehen, und wenn man sich nicht aktiv gegen dieses System stellt, dann wird das Böse irgendwie einen selbst finden, egal wo man ist. Das heißt, man muss für die Freiheit und das Gute kämpfen und aufstehen. Mangelndes Verantwortungsbewusstsein erwächst aus falschen Vorstellungen von Sicherheit, Verantwortung und Verantwortlichkeit für mich selbst.

*Benjamin Wolf:*

Das europäische Freiwilligenjahr ist meines Erachtens wichtig und sinnvoll und eine sehr gute Methode, um dem entgegen zu wirken, da man dabei eine andere Kultur kennenlernt. Wenn ich meine Generation mit der meiner Eltern vergleiche, so stelle ich fest, dass sie eine sehr viel kleinere Welt hatten, in der sie nicht einfach überall hingehen konnten.

Sobald man aber eine andere Kultur kennengelernt und zu Menschen in dem anderen Land Verbindungen geknüpft hat, kommt man beispielsweise nach einem Jahr als ganz anderer Mensch zurück und hat (auch) einen ganz anderen Blick dafür. Wenn man diesen Freiwilligendienst nicht nur für einige wenige Jugendliche möglich machen würde, sondern für alle, die dieses Jahr machen wollen, wäre dies ein riesiger Fortschritt, nicht nur für uns, sondern für ganz Europa, insofern als wir wirklich einmal ein europäisches Gefühl entwickeln würden, nicht nur als Einzelperson, sondern als Gesellschaft, und nicht nur die junge Generation, sondern alle Menschen.

*Sebastian Kraft:*

Dies passt hervorragend zum Vortrag von Gräfin Thun, die heute gesagt hat, dass es Sinn hätte, das Erasmus-Jahr verpflichtend für jeden Priester einzuführen. Wenn ich mich an meinen Freiwilligendienst 2003 in Tschechien erinnere, so muss ich daran denken, was meine Kommilitonen oder Mit-Abiturienten darüber dachten. Sie wunderten sich, warum ich 13 und nicht 23 Jahre nach den Veränderungen gerade nach Tschechien und nicht nach England, Spanien oder Frankreich gehe. Ben, wie ging es dir damit? War dies vor nun zehn Jahren bereits ein normaler Schritt, sich nach Osten zu orientieren, gerade wenn man so nah an der Grenze wohnt, oder hat man dich auch komisch angeschaut?

*Benjamin Wolf:*

Ich denke, ungefähr 70 bis 80 Prozent meiner Mitschüler haben wirklich gesagt, dass ich schon immer ein wenig verrückt war. Im Ernst: Ich denke schon, dass sich die Einstellung generell langsam ändert; es braucht eben auch seine Zeit. Es sind zum Beispiel bereits kleine Schritte, dass immer mehr Menschen beispielsweise in Kroatien, Rumänien oder in Ungarn Urlaub machen. Als wir aber damals nach Russland gingen, wurden wir von den Leuten schon sehr komisch angeschaut.

*Sebastian Kraft:*

Vielleicht ändert sich das in ungefähr zehn Jahren, wenn dann hier wiederum Menschen sitzen, die gerade aus Russland zurückgekommen sein werden und sagen, dass dies das Normalste der Welt sei.

Der Herr dort hinten – leider hat er seinen Namen nicht genannt – hat, wenn ich seine Wortmeldung kurz zusammenfassen darf, eine Lanze für die junge Generation gebrochen. Es geht darum, sie ernst zu nehmen, also den jungen Menschen etwas zuzutrauen und nicht nur über sie zu reden, sondern sie selbst über sich sprechen zu lassen. Und es ist ja tatsächlich so – ich denke, da können Sie alle mir hier zustimmen –, dass die Lösungen und Antworten, die sie für sich selbst entwickelt und gefunden haben, immer viel besser sind als diejenigen, die Erwachsene ihnen vorgegeben haben. Das Wichtigste ist für sie, einfach nur jemanden zu haben, der ihnen zuhört. Wir haben nun eine Pastoraltheologin am Tisch, für die dieses Thema eigentlich wie geschaffen sein müsste. Muss die Kirche also jungen Menschen mehr Raum geben, um sich zu entfalten?

*Dr. Klara Csiszár:*

Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Kirche dies tun muss. Sie muss jedoch auch im Anschluss daran diese jungen Menschen, die in Workshops oder durch verschiedene soziale Projekte gefördert worden sind, als erwachsene Christen, die wirklich denken und Initiativen entwickeln, ernst nehmen.

*Sebastian Kraft:*

Herr Marynovych, ist dies auch das, was Sie sich als Dissident im Bezug auf eine unvollendete Revolution wünschen, wo der Anschlag gemacht wurde, die Fortschritte aber letztendlich noch nicht so weit sind wie in Polen, Tschechien und in all den anderen Ländern, die vor 25 Jahren demokratisch wurden? Setzen auch Sie auf die jungen Menschen in Ihrer Kirche und wünschen Sie sich, dass die Kirche in diesem Bereich politisch aktiver wird, um eben auch die demokratischen Ziele voranzutreiben und die jungen Menschen zu politisieren?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Vielleicht eher verantwortlicher als politischer. Wir müssen uns den berühmten Satz von Augustinus vor Augen halten: „Mit euch bin ich Christ, für euch bin ich Bischof.“ Dies ist eine meiner Lieblingsaussagen, denn es bedeutet, dass die Kirche jetzt sowohl teilhaben lassen als auch ihre Erfahrung teilen muss. Dies gilt insbesondere für die spirituelle Erfahrung, die sie mit allen Menschen teilt, also auch mit den jungen, und zwar nicht nur lehrend, wie das vorher bereits anklang, sondern indem sie sie teilhaben lässt. Wir alle müssen hier Zeugnis ablegen und nicht etwas aufoktroyieren, wir müssen Zeugen sein, bezeugen und mit ihnen teilen. Dies muss die Hauptbotschaft an die jungen Menschen von heute sein.

Ich bin mir selbstverständlich im Klaren darüber, dass diese Umwandlung und Revolution in der Ukraine sicherlich noch nicht abgeschlossen ist. Die Ukraine durchlebt gegenwärtig eine sehr schwierige Phase, aber ich glaube nach wie vor an dieses Land und werde es auf keinen Fall verlassen.

*Sebastian Kraft:*

Auch hier passt wieder der russische Spruch, den Ben Wolf vorhin zitierte: „Alles wird gut“. Wie ist die polnische Sichtweise, Herr Erzbischof?

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Sehr oft hat man gesagt „excepta Polonia“, also „mit Ausnahme von Polen“. Und in der Tat ist die Sache in Polen eine andere als in anderen Ländern, denn es herrscht ein Massenglaube oder Massenkatholizismus, und unser Hauptproblem liegt darin, dass wir es schaffen müssen, diesen Massenglauben zu einem persönlichen Vertrauen in Jesus Christus und zu einem ganz persönlichen Anliegen zu formen. Ich würde noch einen Schritt weitergehen: Nicht nur die Kirche, sondern auch Jesus Christus zwang niemandem etwas auf, sondern machte Vorschläge. Es ist allgemein bekannt, dass man nicht geben kann, was man selbst nicht hat. Wenn man also den Glauben selbst nicht lebt, kann man ihn

den Anderen nicht lehren. Die Hauptsache ist also, das Evangelium ins alltägliche Leben zu integrieren und die entsprechende persönliche Begeisterung herüberzubringen, denn nur derjenige, der brennt, kann den Anderen Feuer bringen.

Ich kann wohl kaum im Namen der Jugend sprechen, aber ich kann hier bezeugen, dass es in meiner Diözese einmal im Jahr ein Treffen gibt, zu dem 70.000 bis 100.000 junge Menschen freiwillig aus ganz Polen kommen. Dies funktioniert, weil man in irgendeiner Form auf die Erwartungen dieser jungen Leute Antworten gibt und sie anspricht. Es werden Probleme behandelt, und sie können selbst die Themen und Methoden vorgeben, indem sie vorab ihre Erwartungen äußern. So verkünden und geben wir auf einmalige Weise das Evangelium weiter. Man muss natürlich betonen, dass es nicht nur der Verdienst der Bischöfe oder Priester, sondern einer Gemeinschaft ist. Wichtig dabei ist, dass Bekehrung immer ein persönlicher Prozess sein muss und Erneuerung immer aus persönlichen Gründen bzw. in kleinen Gruppen stattfindet, denn ich bin der Meinung, dass man Massen nicht erneuern kann.

*Sebastian Kraft:*

Sie sagten, „Nur derjenige, der brennt, kann den Anderen Feuer bringen.“ Diesen Satz möchte ich gerne für eine Schlussrunde aufgreifen. Sie alle brennen für Ihr Land und für Ihre Ziele, und sind überzeugte Christen. Ich bitte Sie nun, ein Gedankenspiel mit mir zu machen und sich vorzustellen, wir säßen alle in 25 Jahren wieder beisammen, das heißt also 50 Jahre nach der „Wende“, und ich frage Sie bezogen auf Ihr Heimatland: Was hat sich in den letzten 25 Jahren in Ihrem jeweiligen Land geändert? Selbstverständlich wissen Sie noch nicht, was innerhalb der nächsten 25 Jahre passieren wird, aber gerade deshalb bitte ich Sie, sich nun ein wenig Gedanken darüber zu machen und vielleicht in diesem Abschlussstatement auch Ihre persönlichen Wünsche einzubauen.

*Dr. Klara Csiszár:*

Ich weiß es in der Tat nicht, aber ich wünsche mir eine Stärkung der Zivilgesellschaft, denn nur so funktioniert Demokratie. Zudem wünsche ich mir, dass die Kirche sich auf den Weg macht, die Menschen dabei zu fördern, eine starke Zivilgesellschaft zu bilden, um so natürlich auch ein starkes Volk Gottes zu werden. Die nötigen Ressourcen sind in Rumänien auf jeden Fall vorhanden.

*Erzbischof em. Henryk Muszyński:*

Eines ist sicher, in 25 Jahren wird es mich nicht mehr geben. Aber wie sich die polnische Gesellschaft verändern wird, hängt hauptsächlich davon ab, wie unsere Familien aussehen werden. Denn das Fundament ist immer die Familie und das, was in den Familien außer dem Leben selbst an Werten weitergegeben wird. Ich hoffe zudem, dass die Menschen auch in Polen allmählich eine demokratischere Mentalität bilden werden. Man sollte bedenken, dass wir Jahrhunderte lang um unsere Freiheit kämpfen mussten, und einige haben sich leider so festgelegt, dass sie nur zurückschießen können, also nicht im Stande sind, klare Vorstellungen von einer freien Gesellschaft zu haben und demnach eine solche auch zu errichten. Vor allem hoffe ich, dass es kleine, wahre christliche Gruppen geben wird, die durch das authentische Zeugnis eines christlichen Lebens auch andere Mitmenschen zu Jesus und zur Kirche ziehen werden, denn das wahre, gelebte Evangelium hat seine Anziehungskraft immer noch nicht verloren. Bis zum Jüngsten Gericht stehen wir immer wieder vor der gleichen Alternative, uns zu entscheiden: das Leben nach den Grundgesetzen der Bibel oder nach eigenen, menschlichen Maßstäben zu gestalten.

*Sebastian Kraft:*

Ben Wolf: 25 Jahre, um Chancen zu gestalten. Auf was würdest du gerne zurückblicken, das du mitgestaltet hast?

*Benjamin Wolf:*

Die Liste ist lang, sodass ich nur einige nennen möchte: 100 Prozent alternative Energien in Deutschland bzw. in ganz Europa, 99,9 Prozent Wahlbeteiligung in Deutschland bzw. in ganz Europa und eine effektive Demokratie überall in Europa. Am Allerwichtigsten aber ist es, wenn wir unabhängig von Glaubensüberzeugung oder nationaler Herkunft begreifen, dass wir einfach nur Menschen sind und uns das vereint. Auch sollten wir endlich begreifen, dass Gewalt nichts nützt.

*Sebastian Kraft:*

Herr Professor Marynovych, Sie haben das Schlusswort. Ich weiß, dass Sie sich wünschen, dass in 25 Jahren die Ukraine ein freies und demokratisches Land sein wird. Glauben Sie auch daran, dass diese Entwicklung so kommen kann?

*Prof. Dr. Myroslav Marynovych:*

Ja und nein, aber was vielleicht noch wichtiger wäre für mich: so zu leben, dass es gewissen Standards entspricht. Meine Frage lautet nämlich immer: Was war denn im Jahre 1989 am Wichtigsten? Es waren die Werte. Wir alle waren so begeistert, weil wir plötzlich die Werte und die Welt der Werte gesehen haben. Europa war für uns der große Raum der Werte, und wenn wir heute die Zeitung aufschlagen, dann sprechen wir alle über Sicherheit, Energieprobleme und über vieles mehr. Ohne Werte kann es aber keine Sicherheit geben. Ich hoffe, dass wir neue Politiker haben werden, die die Gesellschaft führen und entsprechende Wertvorstellungen wieder in sie hineintragen werden.

*Sebastian Kraft:*

Ein wunderschönes Plädoyer für die europäische Integration. Ich danke Ihnen ganz herzlich hier auf dem Podium für die angeregte Diskussion und natürlich auch Ihnen im Publikum für Ihr Mittun.

## Einführung in den zweiten Kongresstag

Gestern haben wir unseren Kongress mit den Bildern von 1989 eröffnet, die sich tief ins kollektive Gedächtnis eingepägt haben. Dem anschließenden großen Einführungsreferat von Kardinal Marx verdankt unser Kongress gleich von Anfang an einen Impuls, der uns, so bin ich sicher, bis zu dessen Ende begleiten wird. Die Frage kann nicht sein, ob wir das heutige Projekt Europa als Christen begleiten oder nicht. Es geht vielmehr darum, welches Bild von Europa wir uns zum Leitbild nehmen: ein Europa der verantworteten Freiheit, in dem dann auch – nach Augustinus und Johannes Paul II. – die Zivilisation der Liebe wachsen kann. Erziehung, Bildung und vor allem das von jedem einzelnen gelebte glaubwürdige Beispiel sind die einzigen Wege, um eine Kultur der verantworteten Freiheit zu entwickeln und weiterzugeben.

Markus Meckel hat die Ereignisse von damals zu Recht auf die Menschen und ihre Freiheitssehnsucht bezogen und manche Kausalitäten wieder in die rechte Ordnung gebracht. Auch hat er den Christen Mut gemacht, weiter Teil der Freiheitsgeschichte des Kontinents zu bleiben. Einprägsam hat Róza Thun am Beispiel Polens den Bogen von der Zeit vor einem Vierteljahrhundert zu Polen und Mittel- und Osteuropa von heute gespannt. Nicht die Abgrenzung, sondern der lebendige Austausch, die gegenseitige Bereicherung, die durch die europäische Integration gewährleistet ist, hat die staunenswerte Entwicklung ihres Heimatlandes ermöglicht, das heute selbst eine Stütze der EU geworden ist. Dass wir noch mehr Orte der Begegnung, des Gesprächs und auch des Streites „in der Familie“ brauchen, gerade unter Katholiken und Christen, hat sie mit Leidenschaft vorgetragen. Renovabis schätzt sich glücklich, mit seinem Kongress schon seit vielen Jahren einen solchen Ort bieten zu können.

In der Diskussion wurde freilich immer wieder auch gefragt, wie das Ideal der verantworteten Freiheit denjenigen vermittelt werden kann, die noch abseits stehen, die skeptisch sind, die wohl auch zu den Verlierern der europäischen Integration und ihrer Erscheinungsformen gehören. Nachdrücklich war dort gleichfalls die Anfrage, wie Europa zu seinen Werten, gerade dem der Solidarität, stehen kann, wenn notleidende Menschen von außen an seine Türen klopfen. Wie unterschiedlich die Erfahrungen mit dem Weg in die Freiheit sind, zeigte auch das gestrige Abendgespräch zwischen den Generationen.

Der zweite Kongresstag ist bei Renovabis üblicherweise der analytischen Vertiefung des Befundes und der Konkretisierung der Thematik anhand von Beispielen aus bestimmten Ländern und Situationen gewidmet. In diesem Sinne werden wir das Referat von Jan Kusber über gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit der „Wende“ sowie Erfahrungsberichte von Jan Sokol aus Tschechien und Radu Preda aus Rumänien hören. Die Moderation des heutigen Vormittags übernimmt Prälat Dr. Peter Klasvogt, Direktor der Katholischen Akademie Schwerte und Direktor des Sozialinstituts Kommende Dortmund; er ist mit seinen Mitarbeitern stark in Mittel- und Osteuropa engagiert und wird auch einen Arbeitskreis heute Nachmittag gestalten.

## Gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit der „Wende“

### Eine vorläufige Analyse<sup>1</sup>

Der Zusammenbruch des Kommunismus im östlichen Europa wurde allerorten – darüber haben wir ja gestern bereits gesprochen – mit großen Erwartungen verbunden. Es waren Erwartungen auf individuelle Freiheit – des Wortes und der Schrift, der Bewegung, der beruflichen Orientierung, aber auch der Freiheit von Gruppen, sich in ihren lebensweltlichen und politischen Orientierungen organisieren und artikulieren zu können. Und es ging ganz allgemein um Hoffnungen auf ein besseres Leben, was immer auch mehr Wohlstand meinte. Die Wendejahre 1989 bis 1991 sind nun mehr als zwei Jahrzehnte her. Für die Geschichtswissenschaft, für die ich hier nur sprechen kann, ist dies kein großer Zeitraum, und bei dieser sehr gegenwärtigen Zeitgeschichte stellt sich für einen Historiker wie mich die Frage, ob er sich an eine Einordnung überhaupt herantrauen oder ob er das Feld nicht Politikwissenschaftlern, Soziologen oder auch Theologen überlassen sollte.

Aber natürlich habe auch ich zu den Entwicklungen seit den Wendejahren eine Haltung entwickelt. Ich begann mein Studium der Osteuropäi-



---

1 Der Moderator des Vormittags, Prälat Dr. Peter Klasvogt, schilderte eingangs den Werdegang von Professor Kusber: Er wurde 1966 in Husum geboren, studierte Osteuropäische Geschichte, Slawische Philologie, Neue und Mittlere Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel (Promotion 1995, Habilitation 2001) und ist seit 2003 als Professor für Osteuropäische Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz tätig.

schen Geschichte und der Slawistik im Grunde wegen einer sehr positiven Reiseerfahrung 1983, einer kirchlich organisierten Reise ins damalige Leningrad, und studierte in Zeiten, in denen wir Studenten zunächst mit Michail Gorbatschows politikleitenden Schlagworten „Glasnost“ und „Perestrojka“ nicht die Hoffnungen auf ein Ende des Sozialismus bzw. Kommunismus, sondern die Hoffnung auf einen Sozialismus mit verbrieften individuellen Freiheiten verbanden, dann aber in der Begegnung mit polnischen Kommilitonen bei einem Studiengang in Posen erfuhren, dass dies für die allermeisten Menschen im östlichen Europa eigentlich keine Option mehr war.

Will man dies der heutigen Studierendengeneration – und die Studierenden, die jetzt anfangen, sind vielleicht Jahrgang 1993/94 – nahebringen, gerät man schnell in die Rolle des Zeitzeugen. Eigene Erinnerungen werden mit dem Ende des Kommunismus in dieser Generation nicht mehr verbunden. Es wird spannend sein zu beobachten, inwieweit aus der erlebten Geschichte eine Geschichte des Individuums, auch der Gruppen, bis hin zur Ethnie wird, die über das kommunikative Gedächtnis ins kulturelle Gedächtnis aufgenommen werden wird. Nicht jeder Ort, jede Person, jedes Ereignis wird zu einem so genannten historischen Erinnerungsort werden. Was werden künftige Generationen beispielsweise über die Danziger Leninwerft oder den leeren Sockel auf dem Lubjanka-Platz in Moskau sagen? Werden sie mit den Ereignissen Wegmarken im Leben ihrer Eltern oder aber in der Geschichte ihrer Länder verbinden? Für mich als Historiker ist diese Beobachtung an eigener Person jedoch Grund genug, die vergangenen zwei Jahrzehnte in Osteuropa kritisch einzuordnen, denn die Historisierung der Umbruchs- und Transformationszeit hat auch in der Geschichtswissenschaft begonnen.

Dass sich die Landkarte Europas in seinem östlichen Teil seit den Wendejahren grundlegend verändert hat, verrät schon der erste flüchtige Blick auf die Karte. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihre Menschen haben unterschiedliche Wege eingeschlagen. Aus den tragischen Kriegen im zerfallenen Jugoslawien sind eine Reihe neuer Staaten hervorgegangen, über deren Stabilität und Grenzen heute zwar

nicht mehr mit Waffen, aber doch politisch gestritten wird. Geopolitisch brachte das Ende des Kommunismus allgemein das Ende der bipolaren Welt, und der Auflösung des Warschauer Paktes folgte die Ausdehnung der NATO nach Mittelosteuropa. In drei Wellen wurde eine Vielzahl von Staaten aufgenommen, 1999 Polen, Tschechien und Ungarn, 2004 die drei baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, die Slowakei und 2009 schließlich Kroatien und Albanien. Damit umfasst die NATO 28 Staaten, genügt damit dem Sicherheitsbedürfnis ihrer Mitglieder, hat aber auch ihre Mission im Kalten Krieg verloren und eine neue noch nicht gefunden.

Die Europäische Union hat ebenfalls – und das zeigt die Karte deutlich – eine Ausdehnung nach Osten und Südosten erfahren. Anders als beim Beitritt zur NATO mussten die Beitritt wünschenden Länder schon im Vorfeld ihrer Aufnahme das Recht und das wirtschaftliche System den teils wertegeleiteten Vorgaben der EU, die sich aus den Römischen Verträgen, aber auch aus den Verträgen von Lissabon und Maastricht ergaben, als Zielvorgabe anerkennen. Stärker noch als die NATO kennt die Europäische Union in sich unterschiedliche Ebenen der Integration, etwa den Raum des Euro oder den Schengen-Raum, die jeweils anders gelagerte Debatten und Diskussionen in den jeweiligen Ländern auslösen. Es ist – dies zeigen die Debatten um eine europäische Verfassung, aber auch das Reden von der „Krake Brüssel“ – umstritten, welches Maß an Integration jeweils gewünscht ist, welche Werte in Europa gelten sollen und welche nicht. Und schließlich lautet die für die mittel- und osteuropäischen Staaten ganz entscheidende Frage, wo die Europäische Union im Osten enden soll und wird.



Die Entwicklung in Europa und der Welt hat also nach dem Ende des Kommunismus eine Dynamik erfahren, die Politik und Wissenschaft kaum für möglich gehalten haben, die aber das Individuum in seiner Lebenswelt und in seinem Alltag mehr oder weniger merkbar erfahren hat. In vielen Ländern existiert mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus in Teilen der Gesellschaften aber auch eine nostalgische Verklärung der Zeit vor 1989. Es gibt das ernstzunehmende Gefühl, dass mit dem Fortfall dieses unfreiheitlichen Systems auch ein Stück Sicherheit und Planbarkeit des eigenen Lebens verloren gegangen ist. Diese und andere Befunde für die mittel- und osteuropäischen Staaten im Detail nachzuvollziehen, ist im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich. Ich möchte daher die gesamteuropäische Perspektive verlassen und anhand dreier Fallbeispiele die Veränderungen seit 1989/1991 nachvollziehen und ihre Dynamik verdeutlichen. Diese Fallbeispiele werden Russland, Lettland und Polen sein, weil sie meiner eigenen Expertise am ehesten entsprechen.

In seinem berühmt gewordenen Buch „Das Ende der Geschichte“ (1992)<sup>2</sup> beschrieb Francis Fukuyama den Verlauf der geschichtlichen Evolution als eine gesetzmäßige und teleologische Verkettung von Ereignissen. Fukuyama versuchte damals zu erklären, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Fall der Berliner Mauer (1989) zu einer Schlussphase der politischen Systementwicklung geführt haben. Totalitäre Systeme, wie z. B. der Kommunismus und der Faschismus stellten, so seine Sicht 1992, keine politischen Alternativen mehr dar. Vielmehr sei, das war seine Perspektive vor über 20 Jahren, der Weg frei für eine liberale Demokratie. Totalitäre Systeme seien nach der „Wende“ zum Scheitern verurteilt, weil sie dem Grundgedanken des Liberalismus widersprächen. Diese bestünden für ihn in Grundrechten als Abwehrrechten des Bürgers gegen den Staat, als Schutz- und Teilhaberechte, im Rechtsstaatsprinzip, aber auch in der freien Marktwirtschaft. Totalitäre Herrschaftsformen seien auch deshalb gescheitert, weil sie diesen Bedürfnissen des Menschen nicht Rechnung getragen hatten. Fukuyama ging entgegen dem *catching title* seines Buches eigentlich nicht vom

---

2 Originaltitel: The End of History and the Last Man.

„Ende der Geschichte“; wohl aber vom Siegeszug der liberalen Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform aus.

Dies möchte ich im Folgenden beispielhaft überprüfen und die liberale Demokratie nicht als Idealform und teleologischen Fluchtpunkt setzen, sondern als Maßstab für die Einordnung. Sie impliziert nach den genannten Kriterien Freiheit und Solidarität, über die wir gestern bereits viel gesprochen haben und über die als Daseins- und Möglichkeitsformen auf diesem Kongress diskutiert wird, im besten Falle gleichermaßen.

## Falldiskussion I: Russland

Ich beginne mit Russland, und zwar aus zwei Gründen. *Zum Ersten* gilt Russland den Ländern westlich seiner Grenzen als Folie für die Vergeewisserung der eigenen Geschichte. In vielen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas hat sich eine Lesart der Geschichte der Sowjetunion durchgesetzt, wonach man nicht von den Sowjets besetzt gewesen sei, sondern – und dies ist ein deutlicher Unterschied – von den Russen. Diese Perspektive prägt beispielweise den Blick in den baltischen Staaten, in denen die Zugehörigkeit zur Sowjetunion als eine der Okkupation und der versuchten Russifizierung wahrgenommen wird. In der Ukraine sind die Millionen Toten der Kollektivierung der Landwirtschaft im Stalinismus Anfang der 1930er Jahre die Geschichte eines Genozids, des Holodomor, geworden. Neben diesen Konflikten über die verflochtene Geschichte existiert *zum Zweiten* eine Wahrnehmung Russlands als ein die eigene politische und ökonomische Sicherheit bedrohender Nachbar. Immer, wenn in der Ukraine eine verstärkte Tendenz zur Hinwendung zur Europäischen Union erkennbar ist – jüngst das Assoziierungsabkommen mit der EU –, dann reagiert Russland mit Importverboten oder spielt die „Rohstoffkarte“.<sup>3</sup> Auf die spätestens seit 2004 auch for-

---

3 In den Wochen und Monaten nach diesem Vortrag im August 2013, besonders zwischen November 2013 und Februar 2014, kam es in der Ukraine zu erheblichen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen und im Anschluss daran zu einem bis heute andauernden militärischen Konflikt im Osten des Landes, bei dem Russland eine wesentliche Rolle spielt (Anmerkung d. Redaktion).

mal vollzogene Integration der baltischen Staaten in die Europäische Union folgte das Konzept der „Russischen Welt“ („Russkij Mir“), die alle Russen in Europa unter einen ideellen, geistigen, vom Moskauer Patriarchat in einer *Symphonia* mit der Regierung betriebenen Schirm nimmt. Der ökonomischen Expansion in die ehemaligen Sowjetrepubliken folgt die ideelle über eine (auch finanziell) massive auswärtige Kulturpolitik.

Dabei hat auch das Russland des Jahres 2013 immer noch mit den Folgen der Transformation zu kämpfen. 1991 kam es zum Zusammenbruch der Sowjetunion, obwohl sie weder von außen angegriffen noch besiegt worden war. Sie stürzte scheinbar von selbst zusammen. Bis heute verstehen viele Menschen nicht, wie dies möglich war, und mit diesem Unverständnis spielt die derzeitige politische Elite, die die in der Bevölkerung verbreitete Auffassung von einem „Komplott des Westens“ nachhaltig fördert. In Russland wird die Sowjetunion kurz vor ihrem Ende oft mit einem sinkenden Schiff verglichen, von dem ein jeder sich nach Kräften zu retten suchte. Das gesamte Leben auf diesem Schiff wurde vom totalitären Regime bestimmt. Für manche war das sehr bequem, weil sie sich um ihr eigenes Leben nicht zu sorgen brauchten; andere wiederum empfanden dies als starke Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit. Als die bisherige Sowjetunion zusammenbrach, waren die Menschen darauf nicht vorbereitet. Manche konnten ihr Leben rasch neu ordnen, andere hatten größere Schwierigkeiten, und für einige war das Geschehen so traumatisch, dass sie sich den neuen Gegebenheiten nie anpassen konnten.

Wirtschaftliche, politische und individuelle Unsicherheiten – symbolhaft sei hier der Rubelcrash 1998 in Moskau genannt, den ich selbst vor Ort mit erlebt habe – sowie das Fehlen einer Rechtsordnung, die auch Rechtspraxis ist, stehen seit dem Fall der UdSSR im Gegensatz zu scheinbarer Klarheit und Kohärenz des alten Sowjetsystems. Diese Unsicherheiten entsprechen den wechselnden und recht schillernden Identifikationsangeboten des Staates. Der Regierung ist es nie gelungen, dem Volk ein neues, klares Modell anzubieten. Boris Jelzin schrieb in seiner Präsidentschaft sogar ein Preisausschreiben unter dem Titel

„Eine Idee für Russland“ aus. Zu diesem Zeitpunkt lag das Land nach einer schockartigen Transformation, die der damalige Premierminister Jegor Gaidar mit seinen „Harvard-Boys“ durchführen ließ, ökonomisch am Boden. Die Gesellschaft litt unter der Oligarchisierung von Ökonomie und politischer Willensbildung. Selbst die Zentren der großen Metropolen Moskau und St. Petersburg – das habe ich von Kollegen in dieser Zeit immer wieder gehört – galten als unsichere Orte. Der auf Boris Jelzin folgende Wladimir Putin wies die Oligarchen in die Schranken, sicherte die Sozial- und Rentensysteme mit Hilfe des Rohstoffsektors, flüchtete sich aber insbesondere in jüngster Zeit auch in einen zunehmenden Autoritarismus und ausgrenzenden Nationalismus. Hinzu kommt der Verlust der territorialen Größe und der Machtposition auf der internationalen Bühne. All dies hat zu einer gewissen nostalgischen Sehnsucht nach dem „Russischen Imperium“ oder „Russländischen Imperium“ geführt.

„Das Imperium existiert in Wirklichkeit gar nicht, es existiert nur in unseren Köpfen“, so die russische Schriftstellerin Olga Slawnikowa im Jahre 2009. Das mag stimmen – doch über das Imperium wird allerorten geredet. Imperialistische Vorstellungen finden über den Diskurs von Regierungsmitgliedern und Vertretern des Kulturbetriebes Eingang in die Köpfe der Menschen. Was dabei dieses „Imperium“ sein soll, ist zwar nicht klar und wird dann unterschiedlich interpretiert, entscheidend ist aber, dass mit diesem Begriff ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer großen, starken und von allen international geschätzten Gemeinschaft verbunden ist. Sie impliziert eine Nostalgie, die je nach sozialer Stellung und Lebensstandard des Einzelnen auf vielfältige Weise zum Ausdruck kommt. Sie äußert sich heute in aggressiven Reden zahlreicher Menschen auf der Straße, die am meisten unter dem Zusammenbruch des Sowjetsystems litten und nach der Einleitung der Perestrojka auf ihre bisherigen „Privilegien“ im Rahmen der „Gleichheit“ aller Sowjetbürger verzichten mussten. Für sie geht der Machtverlust der Regierung auf internationaler Ebene mit einer neuen, unsicheren Stellung in der Gesellschaft einher.

Der erwähnte russische Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Jegor Gaidar meinte 2012 nicht unzutreffend: „Das post-imperiale Syndrom lässt sich sehr wirksam ausnutzen, um sich politische Unterstützung zu sichern. Die Vorstellung vom Imperium als einem starken und dominanten Staat verkauft sich genauso gut wie Coca-Cola oder Pampers.“ Der Erfolg Wladimir Putins ist auch diesem post-imperialen Syndrom geschuldet, das er in der Bevölkerung eifrig förderte. So formulierte er angesichts der Aktionen der russischen Armee während des sogenannten „Fünf-Tage-Krieges“ gegen Georgien 2008, Russland sei endlich wieder aufgestanden – ein Ausspruch, der in der Bevölkerung sofort zum geflügelten Wort wurde. Der derzeit in Russland stark angefeindete Direktor des unabhängigen LEVADA-Zentrums, Lew Gudkow, meinte, dass die Gesellschaft nach den Krieg gegen Georgien gespürt habe, wie sich alles geordnet habe, wie man wieder wer geworden sei. Während dieses Krieges habe das russische Volk zu einer Regierung zurückgefunden, die alte Sowjetmethoden angewendet und dadurch eine Position der Stärke erlangt habe.

Neben jenen, die fordern, Russland müsse „wieder aufstehen“, gibt es eine gemäßigte Richtung in der Bevölkerung, die die territorialen Verluste nach 1989/91 bedauert. Das russische Imperium unterschied sich geografisch von anderen Großmächten dadurch, dass es keine „externen“ Kolonien besaß. Sein ausgedehntes Territorium war der Bevölkerung vertraut. Da es unmöglich war, ins Ausland zu reisen, reisten die Menschen innerhalb des Landes und verbrachten beispielsweise ihre Sommerferien in Tiflis und Riga oder auf der Krim-Halbinsel. Für Kinder gab es Ferien in den sogenannte „Pionierlagern“ am Schwarzen Meer. In den Familien wird heute mitunter erstaunt gefragt: „Liegt Jalta jetzt in der Ukraine?“ Früher gehörte die Stadt zum „gewohnten Territorium“ der UdSSR, heute liegen diese und viele andere beliebte Orte auf ausländischem Gebiet.

„Ich kann mich immer noch nicht an die neue Geografie gewöhnen. Ich bin in der UdSSR groß geworden, und seit meiner Kindheit bin ich an die riesige Fläche meines Landes gewöhnt. Damals trugen die 15 Sowjetrepubliken den Namen „die 15 Schwestern“, und es gab andere nette

Bezeichnungen, die unseren Alltag prägen“, beschrieb die russische Schriftstellerin Marina Kulakowa dieses Gefühl. „Born in the USSR“ bedeutet, in einem Land geboren zu sein, das es heute nicht mehr gibt. Nach dem Zerfall des Sowjetimperiums haben die Menschen ihre Erinnerungen zunächst in die hinterste Ecke ihres Gedächtnisses verbannt, denn sie standen noch stark unter dem Eindruck des totalitären Regimes. Im Laufe der Zeit – bis an unsere Gegenwart heran – hat das Blatt sich gewendet. Heute bemühen sich jene, die ihre Jugend in der UdSSR verlebten, ihre Erinnerungen positiv in ihr Alltagsleben zu integrieren.

Zugleich brechen sich auch jene Stimmen Bahn, die betonen, dass das Land insgesamt auf mittlere Sicht in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht nicht auf Weltniveau konkurrenzfähig sei und dringend radikaler Reformen bedürfe. Ohne Zweifel war diese Einsicht auch durch die Finanzkrise von 2009 und den Einbruch des Ölpreises erzwungen worden. Beides machte die einseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaft und des Staatshaushaltes von der Energiewirtschaft offensichtlich. Selbst die Energiewirtschaft benötigt zur eigenen Modernisierung und Erschließung neuer Kapazitäten dringend ausländisches Kapital, das z. Zt. nur wenig ins Land fließt. Die Modernisierungsfrage von Staat und Ökonomie wirkte offenbar deshalb so elektrisierend auf Teile der Öffentlichkeit, weil viele Liberale in Russland, aber auch Beobachter im Westen durch sie das langjährige, nun aber brüchig werdende Bündnis mit Putin legitimiert sahen: Nach diesem Modell bilden „Stabilität“ um jeden Preis sowie ein längerfristiges Wirtschaftswachstum, das zur Folge hat, dass die Mittelschicht wächst und über höhere Einkommen verfügt, die Grundlagen für eine langfristige organische Entstehung und Durchsetzung von Demokratie. Spätestens die letzten Wahlen haben gezeigt, dass diese Modernisierungsthese einer evolutionären Entwicklung hin zur Demokratie so nicht funktionieren wird; die Proteste im Umfeld der Wahlen von 2012 zeigen dies deutlich.

Aber auch jene Ökonomen und Liberale, die den Kurs Putins massiv kritisieren, die vorerst nur gerechte Wahlen fordern, aber nun für eine Fortentwicklung der Zivilgesellschaft eintreten, scheinen die Rede von Imperium und Stärke der russischen Nation – dazu gehört auch das

Wiedererstarben der orthodoxen Kirche im alltäglichen Leben vieler Menschen, aber auch als politischer Faktor – als etwas zu empfinden, das das Land zusammenhält. Wie lange diese Strategien und diffusen Identifikationsangebote reichen, ist ungewiss; derzeit bringen sie jedenfalls die Einschränkung individueller Freiheiten, einen übermächtigen Staat und die Diffamierung von Individuen und Gruppen. Von einem Sieg einer „liberalen Demokratie“ nach den Kriterien Francis Fukuyamas kann summa summarum also keine Rede sein. Der russische Staat erschwert es seinen Bürgern, nachhaltig freiheitlich und solidarisch zu leben.

## **Falldiskussion II: Lettland**

Lettland ist, wie auch Litauen und Estland, in unserem Zusammenhang deshalb ein interessantes Beispiel, weil es aus dem Verbund der Sowjetunion nicht nur den Weg in die Unabhängigkeit gegangen ist, sondern seit 2004 Mitglied von NATO und Europäischer Union ist. Wie Estland, aber im Unterschied zu Litauen, verfügt es über eine starke Minderheit ethnischer Russen, die in der Hauptstadt Riga sogar die Mehrheit der Bevölkerung bildet. Als Lettland am 4. Mai 1990 seine Unabhängigkeit für wieder hergestellt erklärte, stimmte diesem Schritt auch eine Mehrheit der russischen Bevölkerung im Lande zu. Dieser Vorgang, dem die so genannte „Singende Revolution“, ein beeindruckendes Zeugnis gesellschaftlicher Selbstorganisation, vorausgegangen war, wurde damals auch durch die noch existente Sowjetunion am 21. August 1991 anerkannt, was die Unabhängigkeit für Lettland, Litauen und Estland bedeutete. Wenn Sie übrigens in den baltischen Staaten fragen: „Wann beginnt die Wende?“, dann wird die „Singende Revolution“ genannt – wir haben uns ja über die unterschiedlichen Anfangspunkte der „Wende“ bereits gestern unterhalten.

Zu Beginn der Transformationsphase galt Lettland politisch und wirtschaftlich als instabil. Dem Land stellte sich die Aufgabe, die nationale Identität Lettlands mit der Identität der ethnischen Letten und der Identität der nicht-lettischen Ethnien, vor allem also der Russen, in ir-

gendeiner Form in Einklang zu bringen, was durch eine umstrittene Minderheitenpolitik versucht wurde. Zugleich mussten das politische und das wirtschaftliche System vom Kommunismus zu westlicher Demokratie und Marktwirtschaft transformiert werden. Das gelang erfolgreich: Im Laufe der 1990er Jahre erlebte die Wirtschaft einen Aufschwung, der freilich ambivalent war. Man richtete seine Ökonomie auf West- und Nordeuropa aus, traditionelle Märkte im Osten brachen weg. Russland förderte wiederum eine ambivalente Politik, die einerseits auf die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Verbindungen und Abhängigkeiten setzte, andererseits aber auf starken politischen Druck, um eine Westintegration Lettlands, aber auch der anderen baltischen Staaten zu verhindern. Die lettische Mehrheit führte eben diesen Kurs der Westintegration jedoch konsequent voran. In einem Gespräch 2004 sagte mir die stellvertretende Kultusministerin, dass die Integration in NATO und EU die einzigen Möglichkeiten wären, Sicherheit für dieses kleine baltische Land zu erlangen – und so war dann die Mehrheit bei den Referenden entsprechend groß.

Heute, nach dieser Absicherung in den beiden supranationalen Organisationen, wird ein etwas entspannterer Umgang zwischen Letten und Russen in Lettland gepflegt. Die Zweisprachigkeit des Großteils von Letten und Russen wird vor allem in Riga wieder offener praktiziert. Russisches wirtschaftliches Engagement wird kritisch beobachtet, aber nicht mehr verhindert. Schon ist die Rede von Lettland als dem nächsten Steuerparadies russischer Oligarchen. Und in der Tat: Blickt man auf den Badeort Jurmala unweit Rigas, dann scheint es, als machten wie vor 1991 die Russen dort wieder Urlaub. Der Unterschied ist der, dass sie dort jetzt in eigenen Sommerhäusern leben, die sie gekauft haben. Ähnliches lässt sich ebenso auf der litauischen Seite der Kurischen Nehrung beobachten. Diese Entwicklung lässt sich auch oder gerade wegen der Eurokrise beobachten, die Lettland als kleine Volkswirtschaft innerhalb der EU härter getroffen hat als andere Staaten Mittel- und Osteuropas. Beginnend mit der Krise der Parex-Bank 2008 geriet der baltische Staat in den Strudel der Wirtschaftskrise, dem die lettischen Regierungen mit drastischen Sparmaßnahmen begegneten. Sozialleistungen wurden gekürzt, der öffent-

liche Sektor zurückgefahren, Krankenhäuser geschlossen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst, etwa auch an den Schulen und Universitäten, wurden bis um die Hälfte gekürzt. Menschen, die den beginnenden Wohlstand in Form einer eigenen Immobilie oder eines eigenen Autos zu genießen begonnen hatten, verloren diese und empfinden ihre soziale Lage nun als prekär. Dies zeitigt eine Konsequenz, die man sicher nicht nur als Ergebnis der Transformation betrachten kann, sondern auch der Globalisierung der wirtschaftlichen Verflechtungen und der in hohem Maße möglichen Mobilität innerhalb des Schengen-Raumes. Sie gilt mutatis mutandis auch für andere Staaten Mittel- und Osteuropas: Mit der Transformation – und auch das haben wir gestern angesprochen – begann auch die *Migration*. Gerade in der Krise hat die Migration als Massenphänomen eine neue Dynamik erreicht. Lettlands Bevölkerung zum Beispiel sinkt nicht nur durch eine eingebrochene Geburtenrate, sondern auch durch die zeitweilige oder dauerhafte Abwanderung der gut ausgebildeten jüngeren Generation ständig und dramatisch. Sie stellt das Land vor demographische Probleme, strapaziert öffentliche Haushalte durch Steuerausfälle ebenso wie die Sozialsysteme, und insbesondere der ländliche Raum sieht sich vom Phänomen der Entvölkerung betroffen.

Dass es diese Form der Wirtschaftsmigration gibt, seien es die „urban professionals“ aus Polen, Lettland oder Estland, die in England oder Deutschland arbeiten, seien es die Roma aus Südosteuropa, die dem feindlichen Klima und dem ökonomischen Druck in ihren Herkunftsländern nachgeben, oder seien es die vielen, die auf den Baustellen oder Schlachthöfen Europas und überhaupt im Niedriglohnsektor für Dumpinglöhne arbeiten und damit kein Niederlassungsrecht in irgendeiner Form erwerben, ist natürlich durch das Ende jeden „Eisernen Vorhangs“ möglich. Solche Phänomene, in denen sich ja immer individuelle Lebenswege bündeln, zeigen aber auch, dass marktgetriebene, überhitzte Strukturen und die Notwendigkeit der Absicherung der Existenz in einem freiheitlich selbstbestimmten Leben entgegenstehen können. Eine offene Frage bleibt es, ob die liberale Demokratie und eine in diesem Sinne freie Marktwirtschaft sich einander mit derartigen Konsequenzen bedingen müssen, oder ob nicht gerade für den

europäischen und schließlich globalen Markt dringend neue Regeln konzeptioniert und verbindlich gemacht werden müssen, die die Würde des Menschen sichern.

Im gesamten hier in den Blick genommenen Raum ist das interethnische Zusammenleben historisch bedingt, aber auch durch das jüngere Phänomen der Migration eine Tatsache, die einen achtsamen und solidarischen Umgang erfordert. In unserem Fallbeispiel Lettland besitzt es eine besondere Komponente dadurch, dass dort jeder dritte Einwohner russischer Herkunft ist. Der Großteil von ihnen besitzt keinen lettischen Pass und darf nicht wählen. Viele Russen in Lettland votierten wie erwähnt für die Unabhängigkeit der baltischen Republik. Umso größer war ihre Enttäuschung, als sie nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 keinen lettischen Pass erhielten. Stattdessen wurde ein sogenannter Nichtbürgerpass ausgegeben, in einer anderen Farbe als der der lettischen Staatsbürger. Bis heute erhält nur einen lettischen Pass, wer eine Sprach- und Geschichtsprüfung auf Lettisch besteht. Ähnliches gilt auch für Estland. Dies stellt jedoch noch immer eine große Hürde für etwa 280.000 Russen der älteren Generation dar. Sie fühlen sich deshalb diskriminiert und fordern zumindest auch ohne lettische Staatsbürgerschaft eine Teilnahme an Kommunalwahlen, die ihnen bislang versagt bleibt. De facto spielt die Integration der russischen Minderheit keine große Rolle mehr in der politischen Agenda Lettlands. Das entsprechende Ministerium für Integration wurde im Zuge der Wirtschaftskrise aufgelöst.

Sarmite Elerte, die ehemalige Kultusministerin, formulierte den lettischen Standpunkt folgendermaßen: „Unsere russischen Nichtbürger haben ihre Staatsbürgerschaft verloren, weil die Sowjetunion zusammenbrach. Sie wuchsen auf in einem autarken russischen Umfeld und erwachten plötzlich in einem unabhängigen Lettland, das zuvor 50 Jahre lang von Moskau besetzt war. Das ist ein Trauma für die Russen. Wir aber erwarten, dass sie unsere Sprache lernen und die Rechtmäßigkeit Lettlands anerkennen. Nur dann gibt es die Basis für ein Gespräch.“ Die lettische Regierung verweist darauf, dass bis auf das fehlende Wahlrecht der Nichtbürger-Status dasselbe wie die lettische Staatsbürger-

schaft biete. Zudem könnten die Nichtbürger sogar ohne Visum nach Russland einreisen.

Lettland und seine Gesellschaft sind also nach wie vor tief geprägt durch die Last der Geschichte, die auch praktische Konsequenzen im Zusammenleben zeitigt. Die Wirtschaftskrise, so scheint es, lässt sich überwinden – unter Inkaufnahme weitreichender sozialer Folgen. Die lettische Wirtschaft wächst wieder. Regierungschef Valdis Dombrovskis treibt die Euro-Einführung für 2014<sup>4</sup> mit dem Argument voran, dass Lettland nur als Mitglied der Eurozone an künftigen Entscheidungsprozessen teilhaben wird: „Wir beobachten doch gerade, dass sich Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten fortentwickelt. Und da müssen wir Letten uns fragen, ob wir fortan zum Kern Europas gehören oder lieber in der Peripherie verharren wollen.“ Einen gesellschaftlichen Idealzustand – auch was politische Partizipation angeht – hat Lettland ebenso wenig erreicht wie der große und schwierige Nachbar Russland, wenn auch auf einem ganz anderen Niveau.

### **Falldiskussion III: Polen**

Polen konnte 1989 für sich in Anspruch nehmen, mit den Entwicklungen, die zur Gründung der Gewerkschaft Solidarność führten, aber auch durch das engagierte Auftreten Johannes Pauls II. erheblich zum in der Rückschau doch erstaunlich friedlichen Untergang des Kommunismus beigetragen zu haben. Der Weg in die politische und auch ökonomische Freiheit war auch hier mit großen Hoffnungen versehen worden. Anders als in Ungarn, wo der so genannte Gulaschkommunismus der siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in einem begrenzten Umfang bereits marktwirtschaftliche Elemente in das ökonomische System eingebracht hatte, war dies in der Volksrepublik Polen nur in geringerem Maße der Fall gewesen. Ein im Vergleich zu anderen Ländern Mittel- und Osteuropas annehmbarer Lebensstandard war

---

4 Seit dem 15. Januar 2014 ist der Euro alleiniges Zahlungsmittel in Lettland (Anmerkung d. Redaktion).

durch eine hohe Auslandsverschuldung erkaufte worden. Insofern war die schnelle und umfassende Reform des Dienstleistungs- und Industriersektors in Polen, unter anderem durch die völlige Freigabe der Preise, für Teile der polnischen Gesellschaft ein Schock, „Schocktherapie“ die entsprechende Bezeichnung, zumal sie mit einer Lohnbremse einherging. Die so, etwa im Gegensatz zu Ungarn, schnell eingeführte radikale Marktwirtschaft wurde in den Neunzigern nicht nur in der Landwirtschaft unpopulär; die Arbeitslosigkeit stieg auch in den Städten, das soziale Netz wurde abgebaut. Im Umfeld und nach dem Beitritt zur Europäischen Union wurde Polen jedoch zu einer boomenden Wirtschaft, und die kleinteilige Landwirtschaft, insbesondere Ostpolens, konnte sich vergleichsweise gut behaupten. Dies gilt etwa auch im Vergleich zu Ungarn. Viele Menschen, die in Irland oder England ihr Glück versucht hatten – von dem Phänomen der Migration hatte ich bereits gesprochen –, kehrten zurück. Und auch in der Krise konnte sich die „polnische Wirtschaft“ cum grano salis derart gut behaupten, dass große Teile der polnischen Gesellschaft eine Einführung des Euro anstatt des Złoty für nicht mehr sinnvoll halten oder sogar für schädlich für die eigene Ökonomie.

Die außenpolitischen Beziehungen Polens zu seinen beiden großen Nachbarn Deutschland und Russland sind natürlich noch immer bestimmt von der Last der Geschichte, wandeln sich aber in Bezug auf *Deutschland* zu einer erwachsenen Nachbarschaft und Freundschaft, wie Dieter Bingen es einmal formulierte. Die Beziehungen zu *Russland* sind ungleich komplizierter: Polen und Russland – die politischen Eliten, aber auch zum Teil die kirchlichen Eliten – sehen jeweils die Ukraine als ihr unmittelbares politisches Vorfeld. Teile der polnischen Gesellschaft sehen sich und die Nation als Abstraktum vor der Aufgabe, die „Werte Europas“ vor einem historisch feindlichen Nachbarn zu schützen und dies auch in praktische Politik umzusetzen. Das galt in der „Orangen Revolution“ in der Ukraine, dies galt aber auch für das polnische Engagement im russisch-georgischen Krieg. Auch der tragische Tod des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und die Anteilnahme in Russland nach der Katastrophe von Smolensk führten nur zu einer vorübergehenden Veränderung solcher Wahrnehmungen.

Am Beispiel Polens sei schließlich auch ein weiteres Merkmal jener Transformationsjahre für ganz Mittel- und Osteuropa benannt, über das wir gestern bereits gesprochen haben. Während in Russland eine mehr oder weniger tiefgehende Reorthodoxisierung zu beobachten ist, kann man in Polen, aber nicht nur dort, doch eine fortschreitende Säkularisierung beobachten, die dort, etwas weniger stark in Ungarn, von einer Funktion der katholischen Kirche als Symbol nationaler und antikommunistischer Selbstbehauptung ausgeht. Ein knappes Vierteljahrhundert nach dem Epochenjahr 1989 steht das nationale Selbstverständnis der katholischen Kirche Polens in deutlicher Spannung zur säkularen Herausforderung einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft. Während eine national-katholische Formation in politischer Nähe zur national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Verteidigung der traditionellen Einheit von Kirche und Nation auf die Säkularisierungsprozesse und Veränderung der Lebensstile vornehmlich negativ reagiert, ist ein „offener Katholizismus“ in Polen um einen innerkirchlichen wie gesellschaftlichen Dialog zur Bewältigung säkularer Herausforderungen bemüht. Eine Versöhnung dieser unterschiedlichen Konzeptionen, die gestern in der Diskussion auch schon anklangen, ist nicht recht erkennbar, sodass Polens katholische Kirche gegenwärtig unter Spannungen leidet.

2011 betonte der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, dass sich die nach dem Ende des Kommunismus „nicht nur unter weltlichen Publizisten, sondern auch unter ‚römischen Bischöfen‘ verbreitete Vorhersage eines ‚Triumphs der Idee des Laizismus und Säkularismus‘ nicht bewahrheitet“ habe.<sup>5</sup> Polens Kirche habe die Zeit des Kommunismus aufgrund dreier Faktoren relativ unbeschadet überlebt: mit Hilfe der religiös-nationalen Tradition, der engen Verbundenheit zwischen Klerus und Volk sowie durch die Stärke der Familien. Während die religiös-nationale volkskirchliche Tradition auch in die Zeit der gewonnenen Freiheit fortwirke und die Verbindung zwi-

---

5 Zitiert nach: Theo Mechtenberg, Die Lage der katholischen Kirche in Polen. In: Polen-Analysen, Nr. 120, 05.02.2013, S. 2-6, hier S. 2.

schen Klerus und Volk nach wie vor eng sei, habe leider die Familie ihre Bedeutung als Ort der Glaubensvermittlung eingebüßt. Ihre Krise bilde daher für die Kirche das eigentliche Problem.

Im Unterschied zu Erzbischof Michalik schätzte der Warschauer Metropolit, Kazimierz Kardinal Nycz, die Situation seiner Kirche deutlich kritischer ein. Es gäbe eine „schleichende Säkularisierung“, die im sozialen Umfeld „galoppierende Formen“ angenommen habe. „In Polen haben wir uns leider zu spät bewusst gemacht, dass wir eine missionarische Kirche sein müssen, weil neben uns Menschen leben, die aus unterschiedlichen Gründen Christus nicht kennen, die Kirche nicht kennen oder nur von außen wahrnehmen – sie gehen somit nicht zur Kirche, sie brauchen Missionare.“<sup>6</sup>

Nach dem Fall des Kommunismus als antireligiöse Ideologie ist die Religion, nicht nur die katholische Kirche, in ihren Institutionen, in ihrer Akzeptanz und ihrer Positionierung in den jeweiligen Gesellschaften unter Druck. Plurale Lebensformen, Verstärkung und auch ein Aufkommen alternativer Sinnstiftungsangebote bieten starke Konkurrenz. Auch dies ist ein Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen nach dem Untergang der Sowjetunion.

## **Zusammenfassung**

Geschichte kennt kein Ende. Wenn man sich die Dynamik der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa anschaut, ist Francis Fukuyamas Buchtitel ebenso plakativ wie falsch. Wir finden in keinem der hier diskutierten Fallbeispiele jene von mir genannten Kriterien Fukuyamas vollständig realisiert, die er für einen Sieg der liberalen Demokratie in Anschlag brachte. Dies ist bei politikwissenschaftlichen Modellen kein erstaunlicher Befund, doch er ermöglicht, auf die Unterschiedlichkeit der Entwicklung in und zwischen den jeweiligen Staaten und Gesellschaften hinzuweisen, und damit das für Historiker immer gegenwärtige

---

6 Ebd.

„Gleichzeitige des Ungleichzeitigen“ herauszuarbeiten. Die drei Beispiele, die ehemalige noch immer Kontinent-übergreifende Weltmacht Russland, das kleine baltische Lettland und Polen im Herzen Europas haben Rand- und Möglichkeitsbedingungen in ihrer Entwicklung, die verschiedener nicht sein könnten. Zugleich aber sind ihre Dynamiken in hohem Maße miteinander verflochten. Diese Verflechtungen aufzuzeigen, ist im Moment in der Geschichtswissenschaft mit gutem Grund hochaktuell. Historisches Erbe und, daraus abgeleitet, konkurrierende historische Deutungen spielen bei der Einordnung der Entwicklungen immer eine Rolle und haben in den hier besprochenen Staaten und ihren Gesellschaften, aber auch im Verhältnis von EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten unmittelbare tagespolitische Relevanz.

Insgesamt gilt es für die Dekaden nach dem Fall des Kommunismus doch eine gemischte Bilanz in vier Diskussionspunkten zu ziehen:

Die Vorstellung, dass die *politische* Landkarte Europas sich durch das Ende des Kommunismus nicht verändern würde, war illusorisch mit Blick auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Auflösung der Tschechoslowakei und andere Entwicklungen, aber keineswegs überraschend. Überraschend waren Wucht und Ergebnis der Kriege im zerfallenden Jugoslawien. Staatliche Entitäten – dies hat das Ende des Kommunismus gezeigt – sind nicht endgültig und befinden sich ständig in der Transformation; auch hier ist die Entwicklung sicher noch nicht abgeschlossen.

Europäische Integration und Globalisierung machen das Konzept der Nation, vor allem auch den ausgrenzenden Nationalismus, der manchmal mit diesem Konzept verbunden ist, nicht obsolet. Er muss in den Staaten Mittel- und Osteuropas nicht die leitende Identifikationsfigur der Mehrheit bilden und kann sich doch auf das innenpolitische Klima der Länder nachhaltig negativ auswirken. Dies zeigen alle drei von mir diskutierten Beispiele. Sicher könnte und müsste man hier mit Blick auf Nation und Nationalismus auch die Entwicklung der letzten Jahre in Ungarn nennen. Die Besinnung auf die Nation und ihre Verabsolutierung war nach dem Ende des Kommunismus einerseits verständlich,

ist aber mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung meines Erachtens auch gefährlich.

In allen Staaten mussten nach der kommunistischen Erfahrung Wege zum demokratischen Parlamentarismus eingeübt werden. In diesem Prozess sind die Gesellschaften in den Ländern auch aufgrund unterschiedlicher Startvoraussetzungen unterschiedlich weit gekommen. Fluide Parteibildung, die schwierige Herstellung von Konsens für ein Regierungshandeln, außerparlamentarische Organisationsformen und Unruhen, die Unzufriedenheit mit der politischen Klasse – auch in Westeuropa kein unbekanntes Phänomen – haben zu unterschiedlichen Ausformungen von parlamentarischen Modellen geführt, in denen Verfassungs- und Rechtstexte nicht immer mit der Verfassungs- und Rechtswirklichkeit übereinstimmen. Wenn Sie die Verfassung Russlands lesen, hat das nicht viel zu tun mit der Rechtspraxis und dem Recht gegenüber dem Individuum, so wie wir das heute erleben. Das prominenteste Beispiel ist also Russland; das muss in Teilen aber auch für die Staaten diskutiert werden, die sich innerhalb der EU befinden.

Dies sind die Kontexte, in denen auch gesellschaftliche Akteure wie die Kirchen ihre Rolle finden müssen. Es kommt ihnen keine besondere politische Rolle als Schirme und Träger der Opposition gegen den Kommunismus mehr zu. Dies erfährt die Kirche allerorten, etwa auch in Polen. Die Kirchen konkurrieren zudem in ihrem gesellschaftlichen Handeln im sozialen, karitativen, vor allem aber auch im gesellschafts- und umweltpolitischen Bereich mit anderen Organisationen, die diese Felder mit Macht besetzen.

Mittel- und Osteuropa präsentiert sich in einer Vielfalt der Möglichkeiten und Probleme, sodass es Aufgabe der Kirchen und ihrer Organisationen bleibt, im interethnischen, interkonfessionellen und interreligiösen Umgang für Toleranz und gegenseitige Akzeptanz zu arbeiten. Dies ist der mühsame, aber nachhaltige Weg, um gegen Autoritarismus und Ausgrenzung anzugehen.

*Literaturhinweise:*

- Andrzej Chwalba: Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005. Wiesbaden 2009.
- Mischa Gabowitsch, Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur. Berlin 2013.
- Thomas Großbölting, Eckard Dittrich (Hrsg.): Ereignis – Selbstdeutung – Deutung. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Europa und ihre Folgen, Essen 2010.
- Robert von Lucius: Drei baltische Wege: Litauen, Lettland, Estland – zerrieben und auferstanden. Halle 2011.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hrsg.): Durchschaut. Der Kommunismus in seiner Epoche. Berlin 2013 [= OSTEUROPA, 5–6/2013].
- Dieter Segert: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2013.
- Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin 2014.

Prof. Dr. Jan Sokol, Prag

## Erfahrungen aus Tschechien<sup>1</sup>

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung, die mich ehrt und freut. Auch möchte ich Herrn Kollegen Kusber für seine ausgewogene Schilderung und den Überblick aus der Sicht eines erfahrenen Historikers danken.

Ich kenne die Prozesse der letzten 20 Jahre, die ich als Beteiligter und auch Mitgestalter erlebt habe. Dennoch möchte nicht alleine darauf eingehen, sondern noch einmal an die gestrige Rede von Kardinal Marx anknüpfen, und zwar nicht nur an seinen Enthusiasmus für Europa, den ich vollständig mit ihm teile, sondern auch an die eventuell noch nicht ausgenutzten Möglichkeiten des Evangeliums, die er am Ende seines Referats erwähnt hatte. So wie in vielen anderen Ländern auch erwartete man die „Wende“ in der Tschechoslowakei nicht. Man war sehr skeptisch gegenüber der Möglichkeit, dass der ganze sowjetische Block sich ausnahmsweise ohne großes Blutvergießen auflösen könnte, und bereits



---

1 Prälater Klasvotg stellte Prof. Dr. Jan Sokol zunächst vor: Er wurde 1936 in Prag geboren, studierte im Fernstudium Mathematik und leitete von 1964 bis 1990 die Softwareentwicklung eines tschechischen Computerunternehmens. Von 1990 bis 1992 war er Vizevorsitzender des Bürgerforums im Parlament der Tschechoslowakei. 1993 folgte dann die Promotion in Anthropologie an der Karlsuniversität und 1997 die Habilitation in Philosophie. 1998 wurde er zum Bildungsminister der Tschechischen Republik ernannt und blieb auch danach noch weiterhin Berater des folgenden Bildungsministers. 2003 war er Koalitions kandidat bei der Wahl des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik. Von 2000 bis 2007 war Professor Sokol Gründungsdekan der humanwissenschaftlichen Fakultät an der Karlsuniversität, wo er seit 2000 als Professor für Philosophie und Anthropologie und in zahlreichen Wissenschaftsräten tätig ist.

das war ein gewisses Wunder. In der Tschechoslowakei kam die „Wende“ spät und verlief ebenso glatt und unerwartet schnell. Die sonst sehr skeptischen Tschechen sahen dies als eine Art öffentliches Wunder an. Die Heiligsprechung der Prinzessin Agnes von Böhmen am 12. November 1989 durch Papst Johannes Paul II. und die zügige Wahl eines Präsidenten sind Beispiele für Geschehnisse, die keiner erwartet hatte. Dadurch erlangte die katholische Kirche, die sich in der Zeit der Unterdrückung eigentlich ganz gut bewährt hatte, ein großes, wenn auch recht kurzlebiges, Ansehen in der Öffentlichkeit. Im Anschluss verstand sie es leider zum Teil nicht richtig, die neu gewonnene Achtung zu bewahren.

## **Blick auf die politische Entwicklung**

Wie Sie wissen, ist die Tschechische Republik ein äußerst säkularisiertes Land, deshalb füge ich hinzu, dass soziologische Angaben nicht immer alles vollständig abbilden. Beispielsweise sehe ich das Verhältnis der französischen Gesellschaft, insbesondere in den Städten, zur Religion sehr ähnlich wie in Tschechien. Dies ist also kein Grund zur Verzweiflung – umgekehrt wäre es gefährlicher angesichts hoher Zahlen von Gläubigen zu glauben, dass dies etwas Positives besagt, was nicht immer der Fall ist.

In der Tschechoslowakei wurde das kommunistische System sehr gründlich durchgeführt, vielleicht mehr als in den Nachbarländern. Alles wurde verstaatlicht, es gab beispielsweise keine einzige Tabaktrafik, keinen Schuster, also kein Unternehmen, das privatwirtschaftlich bleiben konnte, was den großen Unterschied zur DDR, zu Polen oder auch Ungarn ausmachte. Am Wichtigsten für die religiöse Situation war die vollständige Zerschlagung des Bauernstandes, der in Tschechien ein wichtiger Träger besonders der traditionellen barocken katholischen, aber auch der protestantischen Religiosität war. Diese Schicht wurde durch die Kollektivierung und sehr harte Verfolgung der Bauern vollständig vernichtet. Als diese die Kollektivierung blockieren wollten, wurden ungefähr 100.000 von ihnen eingesperrt – die Sozialisierung

wurde also innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung besonders hart durchgesetzt. Somit war vielleicht auch das Problem der Erneuerung nach 1989 noch komplizierter als in den Ländern, in denen es immerhin noch den Rest einer Privatwirtschaft gegeben hatte. Das Zitat von Adam Michnik „Es ist viel leichter, aus Eiern ein Omelett zu machen als umgekehrt“ trifft also für uns ganz besonders zu.

Nach der „Samtenen Revolution“ übte ich rege meine Tätigkeit im Parlament aus, und wir wussten, dass wir nun schnell handeln mussten, da die Toleranz der Öffentlichkeit in Bezug auf unangenehme Reformen bekanntlich immer kurzlebig ist. Es gab ein gewisses Zeitfenster, innerhalb dessen man die wichtigsten Veränderungen durchführen konnte, wobei wir sehr wohl wussten, dass dies nicht lange andauern würde. Insofern war, wie Professor Kusber es bereits erwähnte, die Zeit bis 1991/1992 sehr turbulent, das Bruttosozialprodukt sank um etwa 15 Prozent und viele Menschen verloren ihre Arbeit, jedoch hatte man nicht das Gefühl, dass das Land sich in einer Krise befand. Zum Vergleich: In der Landwirtschaft arbeiteten vor der „Wende“ 12 Prozent der Bevölkerung, heute sind dies nur knapp 3 Prozent. Diese Zahlen und enormen Unterschiede sind ein Beweis dafür, dass viele Menschen nicht profitiert, sondern eher verloren haben. Hierbei bewundere ich stets die Fähigkeit der Menschen, auf irgendeine Weise wieder Arbeit gefunden zu haben, beispielsweise in der Neugründung kleiner Betriebe. Erstaunlicherweise rief die Landwirtschaftsreform nach der „Wende“ auch keine großen Unruhen oder Spannungen hervor. Nach der kurzen Zeit, die dieses Wunder anhielt, und nach der fast festlichen Stimmung in der gesamten Öffentlichkeit kamen dann selbstverständlich doch die Ernüchterung, erste Probleme, Skandale und Misserfolge; zu letzteren zählt meines Erachtens auch die letztlich notwendige Teilung des Staates in die Tschechische und die Slowakische Republik. Im Anschluss folgte eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums, die einherging mit einer gewaltigen Privatisierung, obwohl sich kurz danach zeigte, dass diese Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Höhe mehrerer Milliarden Euro selbstverständlich auch ein hohes Maß an Korruption mit sich brachte, die die Politiker damals noch geschickt zu verdecken verstanden. Dennoch gab es Ende der 1990er Jahre eine

hausgemachte Finanzkrise, ähnlich der späteren globalen, die viele Banken in die Pleite führte und den Staat zu entsprechenden finanziellen Hilfsmaßnahmen zwang.

Dann folgte eine Zeit relativ stabiler Regierungen: Bis Ende der 1990er Jahre regierten die Rechten unter Václav Klaus, denen die Sozialdemokraten folgten, die deren Politik im Grunde fortführten. Der Beitritt zur EU 2004 wurde zwar von einigen kritisiert, doch das entsprechende Referendum fiel mit 77 Prozent ganz eindeutig positiv aus. Im Jahr 2003 nahm ich das Angebot zur Präsidentschaftskandidatur nur deshalb an, weil ich Václav Klaus seit vielen Jahren persönlich kannte und um seinen überzogenen Ehrgeiz wusste. Außenpolitisch gesehen wurde das unverdient positive Renommee der Tschechoslowakei, das Václav Havel dem Land im Ausland beschert hat, durch Klaus in einer Art historischer Gerechtigkeit wieder zerstört, sodass sich Tschechien danach, sozusagen als Ironie der Geschichte, mit einem unverdient schlechten Renommee konfrontiert sah. Seit dieser Zeit sickerte das Phänomen der Korruption immer mehr in der Öffentlichkeit durch. Der Fall der letzten Regierung vor einigen Wochen war schließlich Folge eines Skandals.<sup>2</sup> Ich sehe aber im Unterschied zu den meisten Journalisten einen gewissen Fortschritt, da diese Regierung, im Gegensatz zu den geschickten Blockaden früherer Regierungen, durchgesetzt hatte, dass die Staatsanwaltschaft freie Hände bekommt. Dass sie selbst dann dieser weisen Maßnahme zum Opfer fiel, ist wiederum eine Art historischer Ironie. In jedem Fall empfinde ich es als positiv, dass die Staatsanwaltschaft den Mut hatte, gegen den Ministerpräsidenten und seine Sekretärin zu ermitteln, und dass dieser unmittelbar als Reaktion auf erste Zeichen zurücktrat. Dies sollte man ihm meines Erachtens eher positiv zurechnen, da dies ein eindeutiger Fortschritt im Aufbau der Demokratie war.

Das Parlament traf vor einigen Jahren die unkluge Entscheidung, die Direktwahl des Präsidenten zu beschließen, und muss dies nun berechtig-

---

2 Die Amtszeit der Regierung unter Ministerpräsident Petr Nečas (Beginn: 13. Juli 2010) endete am 17. Juni 2013 mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten infolge einer Korruptionsaffäre (Anmerkung d. Redaktion).

terweise mit dem Verlust seiner Autorität bezahlen. Der direkt gewählte Präsident Miloš Zeman lässt keine Möglichkeit ungenutzt, seine Stellung rücksichtslos zu nutzen, und hat das Parlament mit seinen letzten Schritten nun wirklich handlungsunfähig gemacht. Jetzt haben wir Neuwahlen, und das neue Parlament wird sich den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie es sich wieder durchsetzen und seine angemessene Stellung zurück-erlangen kann, die seine Vorgänger so kurzfristig verspielt haben.

## **Kirche und Gesellschaft**

Die Kirche befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Lage: Einerseits ist sie in den eher bäuerlichen Schichten immer noch traditionell verankert. Meine Generation erlebte noch die schöne und liebenswürdige mitteleuropäische Barock-Frömmigkeit, die es teilweise immer noch gibt, insbesondere in Mähren oder Ost- und Südböhmen, die jedoch, so befürchte ich, keine große Zukunft haben wird. In der säkularisierten Gesellschaft gibt es auf der anderen Seite einen wachsenden Hunger und Durst nach etwas mehr als bloßem Wohlstand, was sich aber keineswegs in diese Bahnen leiten lässt. Somit steht die Amtskirche, und insbesondere die Bischöfe, in dieser schwierigen Lage einerseits unter dem Druck, das so geliebte Alte wiederherzustellen – hierzu zählt beispielsweise auch das kirchliche Eigentum – und andererseits den Bedürfnissen der heutigen Jugend und der mobilen städtischen Bevölkerung mit ihren gänzlich abweichenden „geistlichen Koordinaten“ gerecht zu werden.

Ich habe das Glück, seit 1992 an der Karlsuniversität lehren zu dürfen, und habe als Professor somit große Freiheiten. Mit nun mehr als 20 Jahren Erfahrung weiß ich, wie man mit säkularisierten Jugendlichen über geistige Dinge spricht, sodass sie es einigermaßen verstehen und, was noch wichtiger ist, annehmen. Anknüpfend an das gestrige Referat von Kardinal Marx begrüße ich die Art und Weise, wie sich die katholische Kirche bereits vor, aber vor allem nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil modernisiert hat; dennoch tat sie es sehr defensiv. Meines Erachtens sollte nicht nur eine Anpassung an die moderne Gesellschaft, also ein *Aggiornamento*, sondern auch eine Vertiefung der christlichen Botschaft, die ja gerade in der freiheitlichen Gesellschaft heute möglich ist,

stattfinden. Somit sehe ich meine heutige Lage paradoxerweise auch als eine Art Befreiung von den Formen der barocken Frömmigkeit des guten alten Österreichs und als eine Einladung, wahrhaftig mit der Botschaft des Evangeliums in diese unbekannte freie Welt zu treten.

Häufig werden in der Öffentlichkeit das Christentum und auch die katholische Kirche als Bürgen für Moralität gehalten. Das ist gut, denn die Kirche hat in mancher Hinsicht der Gesellschaft faktisch Dienste erwiesen und wirklich etwas für die Durchsetzung von Moral getan. Dennoch weiß ein sorgfältiger Leser des Evangeliums, dass dies nicht das Ziel Christi war. Ich war über fünfzehn Jahre hinweg an der Bibelübersetzung ins Tschechische beteiligt und habe mich somit in der kommunistischen Zeit lange mit der Heiligen Schrift beschäftigt. Christus spricht nicht von Solidarität und vom *Aggiornamento*, sondern von der Umkehr, von *Metanoia*. Christ zu werden, bedeutet also, durch *Metanoia* die Einstellung zu den Dingen zu ändern, ein Verständnis für sich selbst und ein Verhältnis zur Welt, zu anderen Menschen und selbstverständlich auch zu Gott zu entwickeln. Diese Umkehr wird heute zum Vokabular der Sekten, wohingegen die katholische Kirche davon in eher bescheidener Weise Gebrauch gemacht hat. Wie diese Umkehr konkret aussieht, kann man im Matthäusevangelium, Kapitel 5, in komprimierter Form lesen. Die so genannten Seligsprechungen zeigen, was Umkehr bedeutet – nämlich das Auf-den-Kopf-Stellen von gewöhnlich geltenden Wertschätzungen, beispielsweise in Bezug auf die Armen, die Stillen, die Weinenden usw. Wir bringen diese *Metanoia* so selten an die Öffentlichkeit, dass wir es oft selbst vergessen.

Ein weiterer Kerngedanke ist der unersetzbare Bestandteil der Botschaft „Christus ist die *Hoffnung*“, einerseits die Hoffnung auf *Vergebung* in Folge der Umkehr, aber auch auf die Überwindung des Todes. Die Auferstehung der Toten ist etwas, das wir uns nicht vorstellen können, das biologisch unvorstellbar, physisch und auch philosophisch undenkbar ist – trotzdem ist sie ein Teil der christlichen Botschaft. Man muss jedoch berücksichtigen, dass die Auferstehung und der Auferstehungsglaube häufig mit Gräbern und auch Mumien in Zusammenhang gebracht wurden, sodass wir uns heute etwas dafür schämen. Es geht

darum, den Glauben an die Auferstehung der Toten nicht aufzugeben, sondern vielmehr zu verstehen, dass sie nur wenig mit den Überresten eines Sterblichen zu tun hat.

Selbstverständlich ist am Ende die *Nächstenliebe* zu nennen, die wir auch nicht so zaghaft oder schüchtern mit Solidarität ersetzen sollten, obwohl natürlich Solidarität ein wichtiges Thema in einer Gesellschaft ist, und sie gerade auch im Falle von Bedrohungen oder eines Drucks von Bedeutung ist. In solchen Situationen ist man meistens gegen etwas solidarisch, doch dies deckt keineswegs vollständig die Breite der christlichen Botschaft oder dessen ab, was das Gebot der christlichen Nächstenliebe aussagt.

Umkehr, Hoffnung, Vergebung und auch Nächstenliebe fehlen, wie wir heute sehen, in modernen liberalen Gesellschaften mehr und mehr oder existieren dort lediglich als Überbleibsel des traditionellen christlichen oder jüdischen Glaubens. Sie verschwinden heute nicht nur in den postkommunistischen Ländern, sondern auch andernorts auf der gesamten Welt. Meines Erachtens sind es gerade diese Eigenschaften, die wir unbedingt lernen und anderen verständlich machen müssen. Die Hoffnung auf diese unvorstellbaren Dinge und auf eine gute Zukunft ist etwas, was wir den heutigen Gesellschaften schuldig sind. Als Christen haben wir diese Hoffnung, haben es aber bisher nicht verstanden, sie unseren agnostischen Mitbürgern zu übermitteln. Darin sehe ich heute nicht nur meinen Auftrag, sondern auch eine Herausforderung in allen säkularisierten Gesellschaften – unglücklicherweise schreitet die Tschechische Republik gerade diesbezüglich sehr schnell voran. Ich sehe es nicht nur als unsere Aufgabe, sondern als unsere Pflicht an, die uns anvertrauten Talente weiterzugeben.

## Erfahrungen aus Rumänien<sup>1</sup>

Ich werde im Folgenden die Entwicklung der letzten 25 Jahre in Rumänien an den drei Stichworten „Rechtsstaat“, „Sozialstaat“ und „Kirche im Staat“ festmachen. Wenn der Fall des Kommunismus eine unmittelbare Folge hatte, dann ist es die, dass damit und dadurch ein totalitärer Staat durch einen Rechtsstaat ersetzt werden sollte. Natürlich war und ist der Prozess nicht nur langwierig, sondern auch sehr schwierig, weil Institutionen allein keine Realitäten schaffen. Rumänien hatte bekanntlich bereits im 19. Jahrhundert ein Modernisierungsproblem, und man sprach schon damals über Strukturen ohne Inhalte (Rumänisch: „forme fără fond“). Das heißt also, wir haben das gleiche Problem ein Jahrhundert später, indem wir rechtsstaatliche Institutionen etablieren, diese aber gar nicht garantieren, dass der Rechtsstaat tatsächlich auch funktioniert. Denn solche Institutionen sind den Unzulänglichkeiten der Menschen ausgeliefert, und zwar so weit und tiefgreifend, dass sich eigentlich manchmal die Frage stellen muss, ob sie wirklich immer noch glaubhaft sind.



---

<sup>1</sup> Prälat Klasvagt stellte Prof. Dr. Radu Preda eingangs kurz vor: Er wurde 1972 im rumänischen Galați geboren und studierte von 1992 bis 1995 orthodoxe Theologie in Bukarest. Nach mehreren Auslandsaufenthalten begann er 1996 ein Promotionsstudium der Ekklesiologie in Heidelberg, das er 1999 abschloss. Von 2000 bis 2001 lehrte er bereits Orthodoxe Theologie an der Universität in Cluj, wo er 2002 auch promovierte. Seit 2003 ist Professor Preda außerordentlicher Professor an der dortigen Fakultät für Orthodoxe Theologie.

## **Problemfeld „Rechtsstaat“**

Warum ist es selbst nach 25 Jahren so schwierig? Zur Beantwortung dieser Frage habe ich beispielhaft zwei Gründe ausgewählt. Erstens: Dieses Problem betrifft nicht nur Rumänien, sondern auch die Tschechische Republik und alle Länder des gesamten ehemaligen Ostblocks – immer noch! Es ist unfassbar und nicht nur für Osteuropa, sondern insbesondere auch für Westeuropa eine Schande, dass nach einem sozialen Experiment wie dem Kommunismus, der 100 Millionen Opfer forderte und durch seine Dauer, Brutalität, Methoden und geografische Ausdehnung in der Geschichte einmalig ist, überhaupt kein Prozess durchgeführt wird. Anhand der Dokumente des Europäischen Rats habe ich verfolgt, wie das Thema seit der „Wende“ in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gehandhabt wurde. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass immer wieder gerade die Menschenrechte zitiert worden sind, um nicht Unrecht gegenüber denen zu tun, die fast ein Jahrhundert lang unsere Rechte mit Füßen getreten haben. Es ist ebenso eine ontologische Tautologie der Rechtskultur Europas, dass im Namen des Rechts Rechte für diejenigen bewahrt werden, die überhaupt keinen Respekt gegenüber unseren Rechten hatten. Die Schwankungen, die wir heute auf institutioneller Ebene u. a. in Rumänien, aber am deutlichsten in Russland noch immer erleben, sind das direkte Ergebnis dieses Fehlens eines Prozesses gegen den Kommunismus.

Ein zweiter Grund, warum sich der Weg zum Rechtsstaat so schwierig gestaltet, ist die praktische Folge aus dem Fehlen dieser konkreten und juristischen Aufarbeitung des Kommunismus, nämlich die persönliche Kontinuität der Macht. Man kann von den alten totalitär bestimmten Menschen nicht von heute auf morgen erwarten, eine Säule der Demokratie zu werden. Die kommunistischen Kader zeigten die fabelhafte Fähigkeit, zu Demokraten zu mutieren, doch was sie dadurch veranstaltet haben und immer noch veranstalten, ist keine demokratische Übung, sondern eher ein Theater – leider aber kein barockes, sonst hätte dies zumindest einen ästhetischen Wert.

Wir haben es 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus noch immer mit einer prekären Lage zu tun. Natürlich ist diese nicht für alle Leute so sichtbar und entsprechend in deren Bewusstsein, weil Europa wachsam gewesen ist. Es ist mir sehr wichtig, daran zu erinnern, dass sich dadurch jedoch die Frage des Rechtsstaates im posttotalitären Zeitalter innerhalb der Europäischen Union verortet hat und aus einem rein östlichen nun ein gesamteuropäisches Problem geworden ist.

## **Problemfeld „Sozialstaat“**

Rumänien definiert sich bereits in seiner Verfassung als *Sozialstaat*, doch was hierzulande unter Sozialstaat verstanden wird, und wie es gestern auch Kardinal Marx zitierte, ist in Ländern wie Rumänien zuerst einmal ein Wunsch. Warum ist das so? Der Grund ist die Angst vor allzu tiefgreifenden Reformen. Die Menschen, aber vor allem die Regierungen und ihre Politiker, haben in Anbetracht der Reformen nicht die nötige Geduld und wollen diese vermeiden. Dies hat die Situation in Ländern wie Rumänien nur noch prekärer gemacht, indem wir heute ein Konglomerat an Sozialleistungen haben, die im Grunde zahlreichen Menschen bessere Einkünfte ermöglichen, als dies durch Arbeit möglich wäre. Wir haben also ein Gleichgewicht auf ganz wackliger Basis zwischen Sozialleistungen und Arbeit, was selbstverständlich zur unmittelbaren Folge hat, dass das Budget des Staates immer wieder durch Sozialleistungen ruiniert wird, was wiederum die Fähigkeit der Politik, kreative und neue Initiativen zu ergreifen, begrenzt. Die Probleme, die wir aus der Sicht des Sozialstaates zu bewältigen haben, sind nicht auf Rumänien begrenzt, sondern für den gesamten ehemaligen Ostblock typisch, inzwischen wahrscheinlich auch für manche Staaten in Westeuropa.

Ein großes geografisches und demografisches Problem bildet die *Entvölkerung der ländlichen Regionen*. In manchen Dörfern ist nur der Friedhof als Zeuge des früheren Lebens übrig geblieben. Häufig werden nicht einmal mehr Kirchen unterhalten, und die dort verbliebenen Menschen wirken wie Geister in den Dorfstraßen, die uns mahnen, die

Lage ernst zu nehmen. Der demografische Wandel ist so dramatisch, dass wir erstmals seit der Wende in diesem Jahr zu wenig Bewerber an unseren Universitäten haben. Beispielsweise haben wir an den insgesamt sechzehn Orthodoxen Theologischen Fakultäten in Rumänien wenige Kandidaten für die Pastoraltheologie. Dies zeigt auf frappierende Weise den „demografischen Wandel“. Bemerkenswert ist, dass dies inzwischen nicht nur für den Bereich der Theologie, sondern auch der Politikwissenschaft und für andere Bereiche gilt. Wir bekommen ganz deutlich zu spüren, dass nicht nur die Zahl der Geburten zurückgegangen ist, sondern dass in den letzten 20 Jahren überhaupt keine Pro-Life-Politik betrieben worden ist.

*Die Frage der Armut* liegt nahe, denn wir haben eine unzumutbare Schere zwischen Arm und Reich innerhalb der rumänischen Gesellschaft. Es gibt Menschen, die von einer monatlichen Rente in Höhe von 30 Euro leben, und andere, die 30.000 Euro pro Monat verdienen, d. h. die soziale Ungerechtigkeit schreit zum Himmel. Das folgende Beispiel nenne ich nicht nur aus politischen Gründen, und es ist nicht nur ein sozialrelevantes, sondern auch ein kirchliches Problem: Alle orthodoxen, griechisch- und römisch-katholischen Bischöfe werden gänzlich vom Staat bezahlt und sind eingestuft, als wären sie Minister. Der lateinische Erzbischof von Bukarest entspricht beispielsweise vom Einkommen her dem Ministerpräsidenten, und der orthodoxe Patriarch erhält ein Gehalt vergleichbar mit dem des Staatspräsidenten. Für die Menschen wirkt dies wie eine Ironie, da auch diese Kirchenführer das Gelübde der Armut abgelegt haben. Im Gegenzug erhalten griechisch-katholische und orthodoxe Priester, von denen viele auch Familien haben, vom Staat lediglich ca. 60 Prozent ihres gesamten Einkommens, den Rest muss die Gemeinde aufbringen, wobei sehr viele Gemeinden diese Summen überhaupt nicht zur Verfügung stellen können. Die Armutsschere öffnet sich also nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Kirchen, was das Problem noch schmerzlicher und gravierender macht.

Ein drittes Problem, das nicht nur für Rumänien gilt, bildet die zunehmende *Korruption*, die im Grunde zu einem „Naturgesetz“ geworden

ist. Zunächst muss man zwischen großer und kleiner Korruption unterscheiden, was meiner Meinung nach keine artifizielle Einteilung ist. Meiner praktischen Feststellung nach ist die große Korruption nicht unter den Armen verbreitet, sondern kommt erst ab einem bestimmten Maß an Geld, Macht und Möglichkeiten vor, spielt sich also in den „oberen Etagen“ ab, während sich die kleinere und so genannte „Überlebenskorruption“, die sich in alltäglichen unmoralischen und korrupten Taten bemerkbar macht, eher im Kleinkriminellenmilieu abspielt. Wer also mit solch einer Einstellung durch das Leben geht, hat ein Loyalitätsproblem gegenüber seiner Regierung und seinem Staat. Korruption entsteht nicht aus Mangel an Ressourcen, sondern häufig aus Mangel an Loyalität und Vertrauen. Wenn der Staat einerseits verschwenderisch und andererseits kleinkariert ist, dann versucht der Mensch, aus all seinen Möglichkeiten irgendwie das Beste für sein Wohl zu ziehen. Natürlich ist die Korruption inzwischen ein theologisches Problem geworden, und auch innerhalb unserer Projektstätigkeit in Zusammenarbeit mit Renovabis müssen wir dies verstärkt berücksichtigen. Wir müssen dieses Thema unbedingt theologisch fundierter in Angriff nehmen und behandeln, denn es ist nicht so, als wäre es lediglich eine Frage der Armut oder der Ressourcen, sondern es geht um die soziale Gerechtigkeit. Es geht also auch um Fragen der Justiz, und deshalb ist meines Erachtens das Problem der Korruption 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus eines der zentralsten und konfessionsübergreifenden theologischen Themen in Osteuropa. Ich sage immer, Heiligkeit und Dummheit sind ökumenische Gaben: So gesehen sind nicht manche korrupter als die anderen, doch als theologisches Problem müssen wir die Korruption wirklich ernst nehmen. Auf einer Tagung in Tübingen im letzten Herbst sprach mich eine angriffslustige Kollegin an und fragte, warum es vor allem in Osteuropa und in den mehrheitlich orthodoxen Ländern so viel Korruption gebe. Natürlich war dies nicht böse gemeint, und man kann, soll und muss in solchen Situationen akademisch fair bleiben und entsprechend reagieren. Meine auf Anhieb gefundene und passende Erklärung lautete: In der Tat ist die Korruption in den mehrheitlich orthodoxen Ländern ausgeprägter, weil sie ein eschatologisches Problem darstellt. Man könnte sagen, dass die Korrupten oder die Diebe dieje-

nigen Menschen unter uns sind, die über die Gabe verfügen, Sachen zu finden, bevor sie verlorengegangen sind. Sie haben also einen gewissen endzeitlichen Weitblick ...

Ein viertes Thema, das 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus nicht nur Rumänien, sondern auch andere Länder des Ostblocks betrifft, ist die *Migration*. Es ist natürlich sehr traumatisierend, wenn man zur Zeit vor allem in den britischen Medien liest, dass von den Bulgaren und Rumänen eine große Gefahr für die Stabilität des Inselreichs ausgehe. Auf der anderen Seite sagt der Starkoch Jamie Oliver, dass er sein Restaurant schließen müsste, wenn keine Bulgaren und Rumänen mehr arbeitsbedingt nach England immigrieren würden. Vielleicht sollten wir das Problem unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit etwas stärker in den Mittelpunkt unserer Veranstaltungen und überhaupt unseres theologischen Engagements rücken. Sonst droht Europa die Festigung einer Zwei-Klassen-Praxis, was an sich genauso beschämend ist wie der Umgang mit dem Kommunismus selbst ist.

### **Problemfeld „Kirche im Staat“**

Natürlich beziehe ich mich hier vor allem auf die mehrheitlich orthodoxe Kirche. Was ich nun in aller Ehrlichkeit zu Ihnen sagen könnte und sollte, ist die Tatsache, dass mir die Art und Weise Angst macht, wie meine Kirche in Gestalt ihrer Bischöfe mit dem Gedächtnis der jüngsten Geschichte umgeht. Ich bin Inhaber eines Lehrstuhls für Sozialethik, also einer Materie, die sich aus dem Dialog zwischen Kirche und Gesellschaft nährt, und natürlich muss ich immer wieder die Belange der Kirche der Gesellschaft und vor allem der Politik gegenüber verteidigen. Wie aber kann ich eine Kirche verteidigen, die selbst nicht bereit ist, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen? Denn wer sich der eigenen Vergangenheit nicht stellt, kann überhaupt keine prophetische Stimme erheben. Mit welcher moralischen Basis kann beispielsweise die orthodoxe Kirche gegen die Korruption sprechen, wenn sie nicht einmal innerhalb ihrer Reihen und Strukturen gegen sie vorgeht? Wie kann sich eine Kirche für die Armen stark machen, wenn sie innerhalb

ihrer Priesterschaft nicht gegen die Armut kämpft und zulässt, dass Bischöfe und Mönche mehr verdienen als die meisten Priester, die eine Familie haben?

So gesehen ist also die Frage des Kommunismus immer noch eine Art „Toter im Schrank“. Alle wissen, dass es ihn gibt, aber keiner besitzt den Mut, die Türe zu öffnen und zu untersuchen, woran der Tote gestorben ist, wessen Schuld es sein könnte, und ihn zu begraben. Wir haben also ein unvollendetes Begräbnis vor uns, und solange wir noch mit diesem Skelett im Schrank leben und feiern, haben wir ein Problem der Glaubwürdigkeit. Wahrscheinlich spreche ich hier nicht nur über die Lage der orthodoxen Kirche, sondern auch über die der anderen Kirchen, die wahrscheinlich ebenso mit diesem heiklen Thema umgegangen sind und dies weiterhin tun.

Ein weiteres Problem bezieht sich nicht so sehr auf die Vergangenheit, sondern eher auf die Gegenwart und auf die Zukunft. Hierbei geht es darum, wie sich die Kirche diakonisch einbringt, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass der Sozialstaat im Grunde genommen seiner Aufgabe nicht immer gerecht wird, selbst wenn er das überhaupt versucht. Das soziale Engagement der Kirchen innerhalb der Gesellschaft läuft unter diesen Bedingungen große Gefahr, als Substitution verstanden zu werden. Das heißt, es ist zwar richtig und dem Evangelium entsprechend, dass wir uns stark machen für die Hungrigen, Obdachlosen und für alle Menschen, deren Grundbedürfnisse befriedigt werden müssen, aber uns nicht die Frage stellen, warum es so weit gekommen ist, dass so viele Menschen hungern müssen oder kein Dach über den Kopf haben. Sich dieser Frage nicht zu stellen heißt, die *Subsidiarität* mit der Substitution zu ersetzen. Dass die Kirche anstelle des Staates agiert, ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Bischof Dom Hélder Câmara sagte einmal: „Wenn ich den Armen Brot gebe, bin ich ein Heiliger, wenn ich sie aber frage, warum sie kein Brot haben, dann werde ich als Kommunist beschimpft.“ Das gilt ebenso für unsere Tätigkeit in Osteuropa nach dem Fall des Kommunismus. Der Staat unterhält einen übermäßig großen Staatsapparat, bevor er überhaupt ein Rechtsstaat ist, und besteuert, übertrieben gesagt, alles, was sich be-

wegt, auch die Luft und die Erde, aber die Menschen bekommen so gut wie nichts dafür von ihm zurück. Das Bildungs- und das Gesundheitssystem sind kaputt, das Justizsystem ist desolat – in Anbetracht dieses desolaten Befundes müssen wir uns als Kirche tatsächlich die Frage stellen, ob wir Mittäter des Staates sind oder eher sein kritisches Gegenüber. Ich stelle es gerne so dar, dass die Kirche der Gefahr ausgeliefert ist, zu einer metaphysischen Putzfrau des Sozialstaates zu werden. Das heißt, wir kehren die Scherben zusammen, fragen uns aber nicht, woher sie kommen – dieser Frage müssen wir uns aber verstärkt stellen.

Wenn Sie mich schließlich fragen würden, welche Wunschprojektion ich für die nächsten 25 Jahre habe, dann würde ich mir für den Rechtsstaat eine stärkere politische Bildung wünschen, denn wer seine Bürger nicht ständig politisch bildet, wie es z. B. nach 1945 in Deutschland durch die Politischen Akademien und Stiftungen der Fall gewesen ist, der entmündigt sie. Die Gefahr bestünde dann darin, dass man mit entmündigten Bürgern alles machen kann, bis hin zur „demokratischen Theaterveranstaltung“, d. h. den Eindruck zu erwecken, sie würden in einer Demokratie leben. Für den Sozialstaat wünsche ich mir eine Kultur der Solidarität mit entsprechenden Verantwortungen, d. h. die Akzente liegen auf der Verantwortung und auf der Solidarität gleichermaßen. Was die Rolle der Kirche im Staat und in der Gesellschaft angeht, so würde ich gerne eine prophetische Stimme hören, die aber nicht nur alleine aus der Hierarchie kommt. Wer erwartet, dass die Bischöfe alles für die Kirche erledigen, hat generell ein ekklesiologisches Problem. Wir müssen die Laien zum Einsatz ermutigen, damit auch sie sich engagieren. Es mag sowohl für die Bischöfe als auch für die Laien sehr bequem sein, wenn nur die Obrigkeit entscheidet, aber auf lange Sicht sind wir nicht glaubwürdig, wenn wir erwarten, dass nur ein Priester oder ein Bischof das Evangelium verkündet, statt dass wir es selbst jeden Tag auf dem Markt, an unserem Arbeitsplatz oder wo auch immer tun.



## **Diskussion zu den Referaten von Professor Kusber, Professor Sokol und Professor Preda:**

Anwältin des Publikums: Claudia Gawrich, Freising

*Prälat Dr. Peter Klasvagt:*

Herzlichen Dank an alle drei Referenten, deren Ansatz ich noch einmal kurz zusammenfassen möchte. Der Vortrag von Professor Kusber beinhaltete die Perspektive aus der Distanz auf unterschiedliche Integrationsprozesse in verschiedenen Ländern Ost- und Mitteleuropas. Daran schlossen Professor Sokol und Professor Preda mit zwei detaillierten Fallstudien an. Wichtig scheint mir bei aller Notwendigkeit der wirtschaftlichen Komponente im Transformationsprozess zu sein, dass wir das Europa der gemeinsamen Werte nicht aus dem Blick verlieren. Hierzu möchte ich Ihnen ein Zitat aus „Ecclesia in Europa“, dem post-synodalen Schreiben Papst Johannes Pauls II., vorlesen: „Im Integrationsprozess des Kontinents ist es von grundlegender Bedeutung zu berücksichtigen, dass die Union keinen festen Bestand haben wird, wenn sie nur auf geographische und ökonomische Dimensionen beschränkt

bliebe. Vielmehr muss sie vor allem in einer Übereinstimmung der Werte bestehen, die in Recht und im Leben ihren Ausdruck finden.“<sup>1</sup>

Sicher gibt es nun einige Fragen und Ergänzungen aus dem Plenum, die Frau Gawrich als Anwältin des Publikums vorbringen wird.

*Claudia Gawrich:*

Ich beginne zunächst mit einer Frage an Professor Kusber. Warum reden wir vom Nationalismus eigentlich immer nur als Gefahr und beschreiben nicht auch einmal die positiven, integrierenden und vielleicht auch in einer schwierigen Transformationssituation stärkenden Effekte? Schließlich kann es auch ein gesundes Maß an Identität und Patriotismus geben, das eine Sicherheit vor extremem Nationalismus bieten könnte.

*Prof. Dr. Jan Kusber:*

Die Idee der modernen Nationen kommt im 19. Jahrhundert auf und wird in dieser Zeit von verschiedenen Ethnien und Gruppierungen zu einem Projekt entwickelt, das für die damalige Zeit durchaus moderne und fortschrittliche Züge hatte. Die Idee der Nation lebt von bestimmten Kriterien, zu denen sicherlich die Sprache, aber auch Religion, Konfession, kulturelle Bezugspunkte und dergleichen mehr zählen. In diesem Sinne kann sie der Selbstvergewisserung durchaus positiv dienen. Die Idee der Nation bedeutet aber immer auch, dass es zu einer Exklusion derjenigen kommen kann und kommt, die nicht zu dieser Nation gehören. Wenn man als historisches Beispiel die Situation des Deutschen Kaiserreichs 1914 betrachtet, so lautete die Frage, wie man nach den Teilungen Polens mit den polnischen Minderheiten umgegangen ist. Ähnliches kann man derzeit mit Blick auf Mittel- und Osteuropa immer dort finden, wo die Staatsnationen mit den jeweiligen Minderheiten umzugehen haben, also beispielsweise in Lettland oder Russland, das nach wie vor ein

---

1 Nachsynodales Apostolisches Schreiben „Ecclesia in Europa“ von Papst Johannes Paul II., 28. Juni 2003, Nr. 110; Text in deutscher Sprache einsehbar unter [http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost\\_exhortations/documents/hf\\_jp-ii\\_exh\\_20030628\\_ecclesia-in-europa.html](http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_20030628_ecclesia-in-europa.html).

Vielvölkerreich ist. Dort kann man multiethnisch, multikonfessionell, multireligiös beschreiben, wo das Zusammenspiel von Nation und Orthodoxie zur Ausgrenzung anderer führt, ob es nun die Tataren an der Wolga sind, die in Moskau arbeiten und dergleichen mehr.

Ich habe bewusst in meinem Vortrag nicht den Begriff „Patriotismus“ verwendet, denn dies würde ich streng trennen – ein Patriotismus und eine Identifikationsbildung in Bezug auf den Staat, in dem man lebt, und auf seine Bewohner hin ist etwas anderes als Nationalismus. Hier sehe ich in einem Patriotismus positive Effekte. Die Selbstvergewisserung einer Nation unter den Bedingungen des Kommunismus, ob dies in Polen, Ungarn oder in anderen Ländern war, führte zur Identifikationsstiftung, die entsprechende Opposition hatte auch positive Elemente. Eine Nation, wie ich sie hier betrachte, setzt in ihrem Nationalismus sehr stark auch auf Inklusion und Exklusion anderer, worin natürlich eine Gefahr bestehen kann. Diejenigen, die diesen nationalen Projekten anhängen, müssen eben immer genau wissen, was sie damit bezwecken.

*Prälat Dr. Peter Klasvagt:*

Herr Professor Sokol, Sie haben eben angedeutet, dass es eine Reform und eine Erneuerung gerade auch in der Kirche gibt. Wenn man an Tschechien denkt, dann bringt man damit Agnostizismus und völlige Säkularisierung in Verbindung. Bräuchte es vielleicht für die Christen in dieser Situation etwas mehr Mut, offensiv, positiv und auch selbstbewusst zu denken?

*Prof. Dr. Jan Sokol:*

Ja, es stimmt, und es ist eine Situation, die wir zum Teil selbst verschuldet haben. In Frankreich kam es zu dieser Entwicklung, als sich die französische Kirche zu sehr an den Herrscher angelehnt hat, ähnlich lief es im habsburgischen Österreich. Wir müssen die Säkularisierung als etwas verstehen, das auf uns zukommt und mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist unsere Aufgabe, denn wir werden diese Bewegung und weiter den Weg zur Laizität in absehbarer Zeit kaum umkehren können.

*Prälat Dr. Peter Klasvagt:*

Herr Professor Preda, Sie haben in Ihrem Vortrag als drei Optionen die Kultur der Verantwortung, die Solidarität und die prophetische Stimme genannt. Wo sehen Sie das in Ihrem Land, in Ihrer Kirche und in unseren Kirchen verwirklicht?

*Prof. Dr. Radu Preda:*

Das war betont „Zukunftsmusik“, die ersten Akkorde jedoch sind bereits zu hören. Wahrscheinlich wird uns die Realität wie immer dazu zwingen, entsprechend zu handeln. Eine prophetische Stimme wird nicht von alleine kommen, sondern nur, wenn die Lage zu ernst wird. Professor Sokol sagte dies bereits über die Lage in Tschechien, wo eine galoppierende Säkularisierung innerhalb der Gesellschaft zu beobachten ist, die man durchaus auch bei uns beobachten kann. Ich glaube, dass mit solchen uns regelmäßig und systematisch widerfahrenden Attacken, die uns zu überrollen drohen (z.B. die Attacke an die Adresse der Familie, wie wir es jetzt in Rumänien erleben, oder eine beispiellose Kampagne, dass sich die Politik mit einer entsprechenden Gesetzgebung für die Rechte gleichgeschlechtlicher Partner einsetzt), immer öfter zu rechnen ist. Alle Parteien streiten zurzeit darüber, wie man „Familie“ überhaupt definieren soll, als Bündnis zwischen Frau und Mann oder einfach nur als Familie, worunter man dann alle möglichen Formen von Familie verstehen könnte. Die Kirche ist in dieser Sache natürlich viel radikaler und hat sich für eine klare Definition der Familie eingesetzt. Eine prophetische Stimme wird aber eben nicht nur aus der Hierarchie heraus entstehen, sondern das Kirchenvolk muss mitmachen, mitdenken und dazu auch ermutigt werden – es muss also auf eine andere Weise als früher an den Widerständen wachsen.

*Claudia Gawrich:*

Mir liegt folgende Frage vor: Sehen Sie ein Defizit in der Entwicklung der Zivilgesellschaft der postkommunistischen Staaten und wenn ja, wie kann die Zivilgesellschaft überhaupt gestärkt werden? Zudem kam noch eine Frage zum Stichwort „Solidarität“: Müssten wir als Christen nicht den Be-

griff „Solidarität“ durch „Nächstenliebe“ ersetzen, da der Begriff „Solidarität“ die Gefahr in sich birgt, auf beiderseitigen Vorteil hin verstanden zu werden? Herr Professor Sokol, würden Sie bitte hierzu etwas sagen?

*Prof. Dr. Jan Sokol:*

Solidarität ist ein wichtiger Begriff, man kann heute nicht mehr auf sie verzichten. Als Christ muss ich dennoch allen Bekennern der Solidarität sagen, dass sie alleine noch nicht alles ist – etwas fehlt. Ich erwähnte bereits, dass Solidarität meistens eine defensive Aktion ist, beispielsweise dass man solidarisch *gegen* etwas ist. Wenn eine Katastrophe oder ein Feind zur Bedrohung wird, sind die Menschen und das Volk plötzlich solidarisch. In Friedenszeiten ist man nicht so sehr solidarisch, weil man es nicht braucht. Dies ist anders bei der Nächstenliebe, die sich ohne gegenseitigen Vorteil aus einer gemeinsamen Handlung heraus selbst an den Anderen gebunden sieht. John F. Kennedy sagte einmal: „Frag nicht, was der Staat für dich tut, sondern was du für den Staat tun kannst.“ Das aktive Engagement wäre also im Grunde auch das, worum es hier geht.

*Claudia Gawrich:*

Noch einige Fragen zur Kirche: Professor Kusber sagte, die Kirche sollte Toleranz fördern. Was aber geschieht, wenn ihr selbst nicht mit Toleranz begegnet wird? Als Beispiel wurde Slowenien genannt, und wir könnten sicherlich viele Beispiele aus weiteren Ländern nennen, wo es Beschränkungen z. B. in der Steuerpolitik gibt. Hierzu wurde auch gesagt, dass die Kirche ihre Glockentöne leiser stellen sollte. Sollen die Katholiken das alles hinnehmen? Soll die Kirche das hinnehmen, und wie kann sie selber Toleranz fördern, wenn sie auf der anderen Seite attackiert wird?

*Prof. Dr. Radu Preda:*

Es besteht schon die Gefahr, dass wir uns mental konfessionsübergreifend in eine Lage versetzen, als würden wir ständig belagert. Anstatt das Salz der Erde zu sein und das Licht der Welt, sind wir irgendwie eine kleine Sekte, die von der Säkularisierung, der Modernisierung, vom Kommunismus, Egoismus und allen möglichen weiteren „Ismen“ umzingelt wird.

Hier ist die Äquivalenz der Freiheit mit im Spiel, nämlich zu erkennen, dass das Evangelium natürlich ein Stein des Anstoßes ist. Wehe, wenn das nicht der Fall wäre, d. h. wenn wir der Welt gleichgültig wären! So gesehen ist es also schon einmal gut, attackiert zu werden, denn damit haben wir ein Kampfpotenzial, und jemand, der uns attackiert, weiß, dass wir noch kämpfen können. Dies ist die gute Nachricht und eigentlich auch die Auslegung des Zitates von Kardinal Lustiger, das für Kardinal Marx so wertvoll ist, demzufolge das Christentum in Europa im Grunde genommen noch in den Kinderschuhen steckt und die Zukunft der Christenheit noch vor uns liegt. Auf der anderen Seite ist es auch wahr, dass wir bis jetzt durch diesen anti-modernen Affekt nicht nur innerhalb der katholischen Kirche bis zum Zweiten Vatikanum, sondern versteckt auch in der orthodoxen Kirche nicht immer die Kunst des Argumentierens gelernt haben.

Zunächst einmal ist klar, dass man mit traditionellen Argumenten nicht mehr so einfach und bequem antworten kann, stattdessen müssen wir offen für das Gespräch sein. Dies gilt vor allem für die orthodoxe Theologie. Es herrscht ein Mangel an philosophischer Ausbildung, was uns z. B. daran hindert, ins Gespräch mit den neueren Tendenzen zu kommen. Ich wiederhole und zitiere immer wieder die inspirierenden Worte von Hans Böckenförde, die seit den 1960er Jahren immer noch gelten und von Tag zu Tag neue Relevanz bekommen, wonach ein säkularer und liberaler Staat auf Voraussetzungen basiert, die er selber nicht garantieren kann. Dieser wunderbare Satz ist für uns ein Anzeichen dafür, dass wir im Grunde die Kunst des Argumentierens wieder lernen müssen, d. h. ein Anknüpfen an die Tradition der altkirchlichen Apologetik. Apologetik meint ja nicht, sich entschuldigen zu müssen. Apologetisch vorzugehen heißt vielmehr zu sagen, dass wir an Gott glauben, verfassungs- und staats-treu sind, aber diese Treue dafür nicht mit einer Untreue gegenüber Gott bezahlen wollen.

Deshalb denke ich, und das war ja auch der Hintergrund der Frage, dass es eines gesunden Selbstbewusstseins bedarf. Im Westen haben wir häufig einen „Jammerkatholizismus“, der so weder hier noch dort eine Zukunft hat. Von daher gefällt mir der Begriff „metanoia“: Man muss den Verstand einfach noch einmal in eine neue Richtung lenken, und ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein Gebet von Alexander Solschenizyn, das

sinngemäß mit dem Satz endet: „...und gib, dass auch morgen die Türen zum Guten nicht versperrt sind“. Es ist wichtiger, den Blick dafür zu bekommen, wo wir positiv durch die Türen in die Gesellschaft hineingehen, als zu beklagen, dass uns die Fenster verschlossen sind.

Im Evangelium steht geschrieben, dass, wenn mir jemand meinen Mantel nimmt, ich ihm auch mein Hemd geben soll. Diese Botschaft des Evangeliums kann jedoch ein Vorgesetzter, Abgeordneter oder Politiker so nicht befolgen. Solche Menschen müssen sich beispielsweise durchsetzen und wehren oder auch kämpfen. Auf diese Spannung reagieren viele Christen dann mit einer Verweigerung öffentlicher Rollen. Dass man damit jedoch nicht durchkommt und der Mensch im Grunde genommen in diesen zwei Rollen bestehen und die „Rüstung anziehen“ muss, sollten wir vielleicht auch klar in unseren Gemeinden reflektieren und verkünden.

Nun zur eingangs an mich gestellten Frage: Staatskirchenrechtlich sind die Staaten jeweils sehr unterschiedlich verankert und haben ganz unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten. Es ist verständlich, dass sie versuchen, Handlungsspielräume für sich möglichst groß zu halten. Ein Problem ist dabei meines Erachtens jeweils die Kunst des Arguments, um sich in den jeweiligen Gesellschaften zu positionieren und Gehör zu finden. Wenn dies nur über die Verkündung autoritärer Lehrmeinungen gelingt, würde es über kurz oder lang Schwierigkeiten geben. Am Beispiel Russland sehe ich ein Wiedererstarken der orthodoxen Kirche; bezüglich der Kunst des Arguments sehe ich jedoch von Seiten des orthodoxen Klerus, insbesondere auch des hohen Klerus, wenig. Insofern wird dieses Wiedererstarken nur noch eine Weile mit Unterstützung des Staates weitergehen, bevor es sich wieder verändern wird – also auch hier jeweils die Kunst des Arguments.

*Claudia Gawrich:*

Mir liegt nun eine Frage zum Verhältnis zwischen der orthodoxen Kirche und dem Staat in Rumänien vor, in der es auch um das kirchen- und staatspolitische Miteinander geht: Wie ist in Anbetracht der Geschichte der orthodoxen Kirchen und der kommunistischen Herrschaft die Verbindung und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu beurteilen?

*Prof. Dr. Radu Preda:*

Da die Kirche nicht den Mut hatte, von sich aus dieses Thema anzupacken, kursieren sehr viele Hypothesen, die geschichtlich nicht wahr sind. Immer wieder wird erzählt, dass die orthodoxe Kirche mit dem Staat gut zusammengearbeitet hat und der Kommunismus bei uns nicht in seiner ganzen Härte wirkte, doch das stimmt überhaupt nicht. Bereits in den 1960er Jahren saßen über 3.000 Priester, Nonnen und Mönche in den kommunistischen Gefängnissen, von denen viele gestorben sind, und es gab unzählige Märtyrer und Bekenner des Glaubens, denen es ebenso erging. Ich sehe das Problem darin, dass wir uns der Geschichte nicht stellen und die jüngste Vergangenheit nicht verarbeiten, um aus ihr zu lernen. Somit kaschieren wir nicht unbedingt unsere Schwächen, sondern verpassen die Chance, die Stärken unserer Glaubensbrüder als Zeugnis in der Gegenwart deutlicher zu machen. Natürlich ist dies der bequemste Weg für Menschen, die bisher zweigleisig gefahren sind, weil sie beim Betrachten der Märtyrer und Bekenner für sich den Schluss ziehen können, sie hätten es ihnen gleichtun können. Der Geschichte wohnt eine Spiegelfunktion inne, und in diesem Fall verstehe ich durchaus, wie schwierig für manche Leute ein solcher Gedanke ist. Dies sollte uns, vor allem die jüngere Generation, aber nicht daran hindern, dieses Kapitel der Geschichte mit allem Ernst zu öffnen und zu recherchieren.

*Claudia Gawrich:*

Mir liegen noch zwei weitere Fragen vor: Welche Sicht hat der tschechische Staat auf die Säkularisierungsprozesse in der Gesellschaft? Ist für Jugendliche unsere kirchliche Sprache nicht eher eine Verständnisbremse, und wie könnten wir dies konkret ändern, um besser auf sie zuzugehen?

*Prof. Dr. Jan Sokol:*

Jeder normale Staat ist froh, wenn die Gesellschaft sich säkularisiert – das gehört zum Wesen der Demokratie. Einige Theoretiker vertreten die Meinung, dass starke Bindungen für die Demokratie immer gefährlich seien. Ein demokratischer Politiker braucht Parteien, bei denen die Menschen bei jeder Wahl überlegen müssen und nicht fest gebunden sind; dies gehört zur Theorie der mehrheitlichen Demokratie. Somit ist

auch die tschechische Regierung mehr oder weniger froh, dass das für sie kein Problem ist. Andererseits hängt es auch damit zusammen, dass Christen oft das öffentliche Leben meiden und somit sehr wenige Gläubige auf lokaler Ebene, z. B. in Stadtverwaltungen, vertreten sind. Zum Teil ist dies unsere Schwäche, weil wir glauben, dass wir nur als Privatmenschen leben sollten, um dadurch dem Evangelium näher zu sein. In biblischen Zeiten gab es dieses Problem überhaupt nicht. Wenn also irgendwelche Fundamentalisten damit argumentieren, dass in der Bibel nichts darüber steht, bedeutet das nicht, dass es für uns kein Problem ist, umso mehr, da wir in einer anderen Gesellschaft leben, die uns die Möglichkeit bietet, uns am öffentlichen Leben zu beteiligen. Da es dies damals nicht gab, ist es folglich kein Argument.

*Prälat Dr. Peter Klasvagt:*

Bevor wir dieses Podium abschließen, möchte ich noch einmal auf das postsynodale Schreiben „Ecclesia in Europa“ hinweisen, in dem Johannes Paul II. daran erinnert, dass die Erwartung des neuen Himmels und der neuen Erde die Sorge um die gegenwärtige Wirklichkeit, wo schon jetzt das Neue heranwächst, das Keim und Gestalt der Welt ist, nicht schmälert. Er schreibt: „Von diesen Glaubensgewissheiten beseelt, wollen wir uns um den Aufbau einer menschenwürdigen Stadt bemühen. Auch wenn es nicht möglich ist, in der Geschichte eine vollkommene Gesellschafts- und Sozialordnung aufzubauen, wissen wir doch, daß jede ehrliche Anstrengung für die Richtung einer besseren Welt vom Segen Gottes begleitet ist und daß jeder Same von Gerechtigkeit und Liebe, der in der Zeit ausgesät wurde, in alle Ewigkeit erblüht.“<sup>2</sup> Ich denke, dieses Zitat wäre ein schönes prophetisches Wort, mit dem wir für die nächsten 25 Jahre genug zu tun hätten.

---

2 Ecclesia in Europa (wie Anm. 1, oben S. 175), Nr. 97.

## Einführung in den dritten Kongresstag

Ganz herzlich darf ich Sie zu unserem dritten und abschließenden Kongresstag begrüßen. Die Impulse, die der Auftakt vorgestern gegeben hatte, wurden am zweiten Tag aufgenommen und kräftig weitergeführt. Wir erlebten gestern einen lebendigen Vormittag und einen vielfältigen Nachklang am Nachmittag in den einzelnen Arbeitskreisen.

Jan Kusber übernahm zunächst als Historiker die Aufgabe einer ersten zeitgeschichtlichen Einordnung der Entwicklungen seit 1989 unter der Voraussetzung, dass weder jenes Jahr das Ende der Geschichte nach Francis Fukuyama bezeichnen konnte, noch die Veränderungen zum jetzigen Zeitpunkt aufhören werden. Doch sei jetzt schon die Frage erlaubt, welche Erinnerungsorte in der Zukunft im Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis für die nachfolgenden Generationen für das, was wir Wende nennen, stehen werden. Der Ländervergleich zwischen Russland, Lettland und Polen zeigte uns Unterschiede und Gemeinsamkeiten wie eine gemischte Bilanz auf. Das gilt auch für die heutige Situation der Volkskirche in Russland und in Polen, so unterschiedlich sie sind, zwischen einer bewahrenden Rolle und neuen Herausforderungen, sich dem Wandel der Gesellschaft zu stellen. Jan Sokol nahm dann in seinem Korreferat eine Anregung von Kardinal Marx auf, die er am Tag zuvor gegeben hatte: Kirche und Christen sollten sich fragen, wo die Botschaft des Evangeliums in der heutigen Situation noch nicht ausgeschöpft sei und frisch und neu wirken könnte. Haltungen wie Umkehr, biblisch Metanoia, Hoffnung, Vergebung, Nächstenliebe in ihrer ursprünglichen Evangeliums-gemäßen Radikalität können die modernen Gesellschaften aus sich selbst nicht hervorbringen. Deshalb schulden die Christen ihnen diesen Beitrag. Ähnlich argumentierte Radu Preda im zweiten Korreferat in Anlehnung an Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der moderne Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Kritisch waren dann seine

Anfragen an Gesellschaft und Kirche in seinem Heimatland Rumänien, weil dort dieser Anspruch zu unvollkommen eingelöst wird. Vor allem die Kirchen, so sagte Preda, könnten sicher noch mehr tun, um die Aufarbeitung der Vergangenheit, prophetische Wahrnehmung und Bekämpfung von Armut sowie Auseinandersetzung mit der Korruption als moraltheologisches Problem mit der Kraft der Argumente und nicht allein mit der Anklage in die pluralistische Gesellschaft einzubringen.

Der dritte Kongresstag soll heute den Blick von den einzelnen Kontexten wieder auf den europäischen Horizont wenden. Wie können Freiheit und Solidarität, normative Grundlagen und dynamisches Korrektiv zugleich für das zusammenwachsende Europa bleiben und immer wieder neu werden? Es ist mir eine Freude, Ihnen die Moderatorin vorstellen zu dürfen. Frau Professor Dr. Andrea Gawrich ist Politikwissenschaftlerin, sie lehrt seit 2012 dieses Fach mit dem Schwerpunkt „Internationale Integration“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Mit Renovabis ist Andrea Gawrich schon lange verbunden. Das reicht schon in die Zeit zurück, als sie als Studentin in der Aktion West-Ost im Bund der Katholischen Deutschen Jugend aktiv war. Mehrere Jahre waren Sie, liebe Frau Gawrich, im Aktionsausschuss Renovabis Mitglied und haben dort immer wieder die Expertise Ihres Fachs und manche unbequeme Frage eingebracht.

## Gerechtigkeit und Freiheit als Grundlagen für einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag<sup>1</sup>

Vielen herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich sehr über die Einladung, auf diesem Kongress meinen Kollegen Elmar Brok vertreten zu dürfen, der zu diesem Zeitpunkt in Litauen sein muss. Eigentlich bin ich dreifach zu Hause: Zum einen bin ich der örtliche Europaabgeordnete für den Großraum München und darf Sie in dieser Eigenschaft hier bei uns begrüßen, zum



zweiten bin ich einer jener Abgeordneten, die sich bemühen, katholische Positionen im Europäischen Parlament zu vertreten, und zum dritten bin ich seit Jahrzehnten spezialisiert auf Mittel- und Osteuropa. Aus diesem Grund habe ich die Arbeit von Renovabis seit der Gründung intensiv verfolgt und kann sagen, dass ich Ihre Arbeit für außerordentlich wichtig halte und mich deshalb auch in diesem Kreis besonders wohl und zu Hause fühle.

Ich hatte in den 1980er und 1990er Jahren das Glück, mich sehr intensiv im mittel- und osteuropäischen Raum zu bewegen, und bei fast allen Umstürzen, friedlichen und demokratischen Revolutionen persönlich

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Andrea Gawrich, die durch den Vormittag führte und die anschließende Diskussion moderierte, stellte den Referenten zunächst kurz vor: Bernd Posselt, geboren 1956, ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Schon als Schüler hat er sich für die europäische Einigung engagiert und wurde 1978 Mitarbeiter von Otto von Habsburg. Posselt ist Präsident der Paneuropa-Union Deutschland und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe.

anwesend zu sein. Dies begann in den 1980er Jahren mit intensiven Kontakten zur christlichen Opposition in der Tschechischen Republik, zur Solidarność-Bewegung in Polen, zur ungarischen Opposition, und im Jahr 1989, also vor knapp 25 Jahren, durfte ich das sogenannte „Pan-europa-Picknick“ an der österreichisch-ungarischen Grenze vorbereiten, bei dem am 19. August 1989 zum ersten Mal der Eiserne Vorhang geöffnet wurde. In der Folge durfte ich wirklich bei allen Revolutionen in Prag, Preßburg, Warschau und in den Baltischen Staaten anwesend sein, und meine Mitarbeiter und Freunde haben mich damals ein wenig spöttisch aufgezogen und gesagt, wenn das so weiterginge, und überall dort, wo ich bin, eine Revolution stattfindet, dann werde ich bald nicht mehr nach Hause nach Bayern dürfen.

Ganz konkret – und für mich unvergesslich – hat sich dies im Sommer 1991 ausgewirkt: Der Heilige Vater war zu Besuch in Pécs, Fünfkirchen, im Süden von Ungarn, an einem der heißesten Tage auf einem gänzlich baumlosen Rollfeld, wo er in der unbeschreiblichen Hitze in drei Sprachen, nämlich Ungarisch, Deutsch und Kroatisch, eine wunderbare dreistündige Messe gehalten hat, bei der selbst ein frommer Mann wie Erzbischof Josef Stimpfle von Augsburg sagte, er habe drei Stunden lang nur um Schatten gebetet. Ich bin dann damals von Budapest in die Sowjetunion geflogen, und meine Freunde sagten: „Du wirst sehen, in den letzten zwei Jahren warst du bei allen Revolutionen dabei. Wenn du jetzt in die Sowjetunion kommst, dann wird dort eine Revolution ausbrechen!“ Ich bin im Sommer 1991 tatsächlich an dem Tag von Ungarn nach Estland geflogen, an dem der berühmte Putsch stattgefunden hat und die Sowjetunion anschließend zerbrach.

Als ich damals in Estland, Lettland und Russland sein durfte, hatte ich ein signifikantes Erlebnis, das nun zu unserem Kongressthema hinführt: Während des Putsches war ich in Tallinn und auch in Vilnius, wo es Kämpfe um den Fernsehturm gab und eine große Angst davor herrschte, dass der Konflikt blutig ausgehen könne. Jeden Tag ging ich am Gebäude der Komsomolzen, also der sowjetischen Jugendorganisation, in Tallinn vorbei, und in russischer und estnischer Sprache stand dort ein Schild, dass sich dort das Büro der sowjetischen Jugendorgani-

sation befände. Dies war der Tag, an dem der Putsch zusammenbrach und die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit erklärten, die Russland unter Jelzin dann anerkannte. Auch die Unabhängigkeit der Ukraine wurde anerkannt, was uns damals aus einer sehr gefährlichen Situation befreite. Wenn Jelzin nicht die Anerkennung ausgesprochen hätte, sondern gehandelt hätte wie Milošević, hätte ein riesiges Jugoslawien entstehen können. Als damals also die baltischen Staaten unabhängig wurden, bin ich erneut an besagtem Gebäude vorbeigegangen, und es stand daran nichts mehr von einer sowjetischen Jugendorganisation. Stattdessen hing dort ein längst vorbereitetes wunderschönes Messingschild, auf dem in Englisch geschrieben war „Young Businessmen’s Association“. Seither ist für mich der Begriff „Young Businessmen“ so etwas wie ein Prototyp der Ersetzung des östlichen Materialismus durch den westlichen Materialismus, und ich freue mich, dass Papst Franziskus das dieser Tage ebenfalls aufgegriffen hat.

Damals schrieb ich einen Artikel unter der Überschrift „ex occidente luxus“; also genau bezogen auf das, was bei uns viele unter der Illusion geglaubt haben: Wenn der Kommunismus zusammenbricht, dann kommt automatisch die Christianisierung Europas aus dem Osten, also „ex oriente lux“ – ich schrieb damals, dass es nicht genügt, wenn man von unserer Seite aus mit dieser Devise antwortet. Dieses Ereignis war eines der zentralen Themen Johannes Pauls II.: Auf keinen Fall darf der Weg so sein, dass der östliche Materialismus einfach durch den westlichen Materialismus ersetzt wird – dies aber ist weitgehend geschehen. Es war die Ära der neoliberalen Illusionen, in der man den Kapitalismus, oder wie Václav Klaus sagte, die „Marktwirtschaft ohne Attribute“, propagierte, und nicht verstand, dass die erfolgreichen Modelle in Westeuropa, die man imitieren oder an die man anknüpfen wollte, nicht Kapitalismus waren, wie die Sowjet-Propaganda behauptete, und auch nicht „Marktwirtschaft ohne Attribute“, sondern „Soziale Marktwirtschaft“, wobei „sozial“ groß geschrieben werden muss. Warum? Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg heftig gestritten, ob man Soziale Marktwirtschaft mit einem großen „S“ oder einem kleinen „s“ schreibt. Dies mag wie eine Professorenpedanterie klingen, dennoch ist es ganz wesentlich. Es

ging nämlich um die Frage, ob der Markt aus sich heraus sozial ist, ob er aus sich heraus die sozialen Probleme löst oder ob doch einer massiven Korrektur von Seiten des Staates bedarf, durchaus im Sinne der katholischen Soziallehre und der Sozialzyklen der Päpste und nicht zuletzt dessen, was Papst Johannes Paul II. nach dem Sturz des Kommunismus Wegweisendes zu diesem Thema veröffentlichte.

Ich werde nie das Bild vergessen, wie Papst Johannes Paul II. am 23. Juni 1996 mit Helmut Kohl durchs Brandenburger Tor ging und sagte: „Jetzt ist erst die erste Hälfte der Arbeit getan. In der zweiten Hälfte wird es darum gehen, den westlichen und den östlichen Materialismus durch ein gerechtes System, aufbauend auf der katholischen Soziallehre, zu ersetzen.“ Dieses Ringen um eine menschliche postkommunistische Gesellschaft wurde lange als Nebensache abgetan. Man war der Meinung, dass Wahlen und äußere Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen ausreichen, und erkannte sowohl im Osten als auch im Westen erst in unserer Zeit, dass Europa insgesamt auf neuen Grundlagen aufgebaut werden musste, wobei diese sehr alte Wurzeln haben. Dies führt mich nun zum Namen der Organisation, die uns heute zusammengeführt hat, nämlich zu Renovabis. Der Begriff bedeutet nicht, alles abzuschneiden, was bisher war, und neu zu beginnen, sondern „Renovabis“ heißt vielmehr, Europa aus seinen alten Fundamenten heraus zu erneuern. Genau darum geht der aktuelle Streit in der Europapolitik. Viele Beobachter glauben, dass wir uns im Europäischen Parlament und in den europäischen Institutionen nur um Zahlen, um die Wirtschaft und um Währungen streiten. In der Tat tun wir auch das, aber die großen Debatten auf europäischer Ebene sind weltanschauliche Debatten – nur wird dies der breiten Öffentlichkeit nicht vermittelt. In den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments herrscht großes Interesse an Vorträgen von Professoren, Journalisten, Wirtschafts- oder kirchlichen Vertretern. Gerade in den Führungsschichten Europas gibt es einen regelrechten Hunger und Durst nach Antworten auf Fragen bezüglich geistiger Fundamente, wobei dieses Interesse natürlich nicht bedeutet, dass sich eindeutige Wege in Richtung Christentum auftun.

Zum Thema Europa liegen meines Erachtens und nach meiner Wahrnehmung als überzeugter Katholik zwei grundlegende katholische Irrtümer vor:

- Der eine Irrtum herrschte vor allem in den 1950er Jahren und existiert bei ausgesprochenen Optimisten auch heute noch. *Europa sei diesem Irrtum zufolge quasi per se das christliche Abendland*, das es in dieser Form eigentlich so idyllisch nie gegeben hat. Dieses christliche Abendland wird zum Maßstab der europäischen Integration, jedoch kann Europa als Ganzes nicht christlicher sein als seine Teile, wie es viele erwarten. Europa wird nur so christlich sein, wie es seine Bewohner sind und wie sich die Christen in Europa in die europäische Einigung, in die Politik und Gesellschaft insgesamt einbringen. Die erste Illusion lautet also: Europa müsse christlicher sein als seine Teile.
- Die genau gegenteilige, jedoch genauso gefährliche und irreführende Illusion, nämlich dass *Europa eine gigantische Entchristlichungsmaschine sei*, ist heute in unserer Region verbreiteter. Dies stimmt natürlich nicht, denn die europäische Ebene ist genau wie die kommunale, regionale oder nationale Ebene auch eine politische Ebene, auf der ein Ringen zwischen den verschiedenen Kräften stattfindet. Selbstverständlich muss und soll eine demokratische Gesellschaft plural verfasst sein, aber eine plurale Gesellschaft findet nur dann ihr inneres Gleichgewicht, wenn sie ihre Fundamente nicht verleugnet, die nun einmal im Falle Europas zu einem sehr großen Teil christlich sind, und wenn Christen in ihr eine nicht allein seligmachende und nicht unbedingt dominante, aber angemessene Stellung innehaben. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende plurale Gesellschaft in Europa.

In diesem Jahr jährt sich zum 1700. Mal das Edikt von Mailand. Dieser Jahrestag hat viele Dimensionen, unter denen die Religionsfreiheit nur eine ist. Wichtiger als all dies ist jedoch die kulturelle Auswirkung. Diese besagt, dass nicht durch das Edikt, sondern in dessen Gefolge und der damit symbolisierten Entwicklung, nämlich durch Verschmelzung

der drei Grundelemente Christentum, griechische Philosophie und römisches Recht die europäische Kultur und Zivilisation entstanden sind. Man kann sich natürlich fragen, wozu dies heute dient, und ob es nicht nur etwas für „Sonntagsredner“ an Akademien ist. Dazu sage ich ganz klar „Nein!“. Die europäische Einigung hat nur einen Sinn, wenn es Europäer gibt, die sich dieses Ursprungs bewusst sind. Immer wieder flammt in europäischen Institutionen eine große Diskussion auf, ob Europa eine Wiederentdeckung oder eine Neuerfindung ist – dies ist ein entscheidender Punkt.

Vor einigen Jahren sollte Papst Benedikt XVI., genau wie sein Vorgänger Johannes Paul II., das Europäische Parlament besuchen. Zwar kam es letztlich nicht zu diesem Besuch, doch es gab im Parlament bereits im Vorfeld eine heftige Auseinandersetzung und auch eine private Arbeitsgruppe mit dem Namen „Trennung von Politik und Religion“, die von einer niederländischen linksliberalen Abgeordneten der „Demokraten 66“ geleitet wurde. Sie war der Meinung, ein Papst hätte im Europäischen Parlament nichts verloren, denn Europa wäre eine Neuentdeckung und die Europäer hätten die Chance, alle bisherigen Werte, Ideologien, Traditionen und Religionen zu „beerdigen“ und mit völlig neuen europäischen Werten, die alles Bisherige ersetzen sollten, an einem Nullpunkt zu beginnen. Ich führte damals die Gegenströmung an und wir hatten einen sehr interessanten Briefwechsel, der zum Teil auch veröffentlicht wurde. Ich widersprach, indem ich argumentierte, dass bereits die Gründerväter der europäischen Einigung, die katholischen Staatsmänner Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi aus Böhmen vor sowie Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi nach dem Zweiten Weltkrieg, Wert darauf legten, dass Europa keine Neuerfindung ist, sondern die Wiederentdeckung einer Kultur und Zivilisation, verschmolzen aus Christentum, griechischer Philosophie und römischem Recht, viel älter als die Nationalstaaten. Diese Elemente hat man nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Trümmern des Nationalismus und der Nationalstaaten ausgegraben, um diese viel ältere, gemeinsame europäische Kultur und Zivilisation, die viel stärker ist als das Trennende der Nationen, zur gemeinsamen Grundlage zu machen. Dies schlägt sich auch in der Europäischen Grundrechte-

Charta nieder, die ganz bewusst mit der Würde des Menschen beginnt, also der Personalität und dem, was sich aus der Idee der Gotteskindschaft des Menschen entwickelt hat. Hier handelt es sich um urchristliches Gedankengut.

Diejenigen unter uns, die ständig auf die europäischen Dokumente schimpfen, sollten sich einmal anschauen, was in ihnen an christlicher Substanz enthalten ist. Die europäische Rechts- und Werteordnung ist auf den vier großen Prinzipien der katholischen Soziallehre aufgebaut:

- *Personalität* statt Individualismus, denn letzterer atomisiert eine Gesellschaft und würde Menschen zu Sandkörnern machen. Eine individualistische Gesellschaft würde zur Wanderdüne werden, die der Wind hin- und her bläst. Eine von Personalität geprägte Gesellschaft hingegen ist geprägt von Wurzeln, Strukturen und kleinen Gemeinschaften, und sieht den Einzelnen mit seiner einzigartigen Würde als Kind Gottes, der aber nur als Gemeinschaftswesen seine Entfaltung findet. Also weder Individualismus noch Kollektivismus, sondern einzig der Personalismus bedingt die Würde des Einzelnen, seine Unantastbarkeit, die Unteilbarkeit der Menschenrechte und der Menschenwürde, gepaart mit der Erkenntnis, dass der Mensch nur als Gemeinschaftswesen in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft seine Vollendung und Entfaltung findet.
- Das zweite große und entscheidende Prinzip, von dem viel zu wenig gesprochen wird, ist das des *Gemeinwohls*, das jenseits der Ellbogen-gesellschaft angesiedelt ist und die Verbindung zwischen persönlicher Freiheit, wie es in der Personalität angelegt ist, und dem Gedanken der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft bildet. In der heutigen europäischen Krise erleben wir leider sehr viele brutale und egoistische Töne. Der Nationalismus ist eine der schlimmsten Formen des Egoismus und wir vergessen, dass damit das Gemeinwohl zerstört und gegen die Interessen aller gehandelt wird, auch gegen die Interessen der vermeintlich Starken.
- Was die *Subsidiarität* angeht, so hat man in den letzten Jahrzehnten in der Politik die katholische Soziallehre wie einen Steinbruch benutzt und lange Zeit, weil man sich gegen den bürokratischen Wohlfahrts-

staat wenden wollte und den Sozialismus gerade überwunden hatte, nur von der Subsidiarität gesprochen. Immer wieder wird es aber notwendig sein, dass der, der bestimmte Dinge nicht allein leisten kann, zumindest vorübergehend Unterstützung braucht.

- Selbstverständlich gehört auch, eng verbunden mit der Subsidiarität, die *Solidarität* zu den europäischen Grundprinzipien. In der Geschichte wurden abwechselnd die Solidarität und die Subsidiarität überbetont, doch die katholische Soziallehre und die soziale Marktwirtschaft entfalten ihren Segen nur, wenn alle ihre Elemente in einer vernünftigen Balance zueinander stehen – deshalb also Subsidiarität *und* Solidarität. Das eine oder das andere führt zu krebsartigen Fehlwucherungen, und genauso ist es mit Gemeinwohl und Personalität. Leider ist gerade in der Zeit nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt, in der Europa diese Erkenntnisse dringender denn je gebraucht hätte, um sich eine neue Rechts- und Gesellschaftsordnung zu geben, dieses Gedankengut östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs unter den Bedingungen der Diktatur fast völlig und auch im Westen weitgehend in Vergessenheit geraten und verloren gegangen.

Vor etwa fünfzehn Jahren fragte ich in der Münchner Dombuchhandlung nach dem aktuellsten Buch über die katholische Soziallehre, mit der ich mich bereits vorher Jahrzehnte lang beschäftigt hatte. Als Antwort bekam ich zu hören, dass das Thema nicht gefragt sei, dazu also nichts Aktuelles vorläge. Inzwischen gibt es hierzu beispielsweise ein sehr gutes Buch von Kardinal Reinhard Marx<sup>2</sup> und viele andere mehr. Man kann also durchaus von einer Renaissance sprechen. Doch vorher, also in einer Zeit, in der man es dringender denn je gebraucht hätte, war auch bei uns dieses Gedankengut fast völlig verdrängt und vergessen.

Was genau geschah nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs in Europa? Ich glaube, dass diese Geschehnisse in ihrer Dimension unterschätzt werden. Nicht nur ein Markt und die dringend notwendige außen- und sicherheitspolitische Macht wurden geschaffen, von deren

---

2 Reinhard Marx: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen. Unter Mitarbeit von Arnd Küppers. München 2008.

Verankerung wir leider jedoch noch weit entfernt sind, die wir aber dringend brauchen; was aber vor allem erreicht worden ist, ist eine vollkommen neue Rechtsordnung für den gesamten Kontinent. Im Grunde genommen leben wir in einer Situation wie nach der Völkerwanderung, wo in Europa eine völlig neue, völkerüberwölbende Rechtsordnung entstand. Genau an einer solchen wird momentan gebaut, aber es wird in der Öffentlichkeit nur über viele teils zwar wichtige, teils auch sehr lästige Details dieser Rechtsordnung gestritten und kaum über deren Grundlagen. Dies verstehe ich unter Gesellschaftsvertrag. Wir errichten Institutionen, und ich muss dazu sagen, dass ich ein starker Verfechter einer supranationalen europademokratischen Institution bin. Wenn uns dies jedoch nicht gelingt, gibt es irgendwann – auch kulturell gesehen – überhaupt kein Europa mehr. Wir brauchen kein zentralistisches, aber ein funktionsfähiges und föderalistisches Europa, um uns in einer immer gefährlicheren Welt zu behaupten.

Hier können und müssen wir uns als Christen einbringen. Was mich allerdings schon ein wenig stört, ist das permanente Gejammer. Ich weiß, dass wir mit vielen Phänomenen der Entchristlichung zu kämpfen haben. Wenn sich etwa 80 Prozent der EU-Bürger selbst als Christen bezeichnen, kann man darüber diskutieren, was das genau bedeutet und was diese Menschen darunter verstehen. Häufig wird dies dann auch von Analytikern zerredet, wobei ich persönlich glaube, dass man dies einfach für sich nehmen sollte. 80 Prozent aller EU-Bürger sagen, dass sie Christen sind, was auch immer sie darunter verstehen. Das ist schon einmal etwas wert. Wenn man nur einen Teil dieser Christen so mobilisiert, dass sie sich wirklich gestaltend in den Aufbau der europäischen Rechts- und Gesellschaftsordnung einbringen, dann wird kein Politiker, auch kein nicht- oder antichristlicher, in einer demokratischen Gesellschaft an uns vorbei gehen können. Deshalb müssen wir heraus aus der Jammerecke, weg vom permanenten Analysieren, und erkennen, dass wir etwas ungemein kostbares hüten, nämlich unseren Glauben, der unseren Kontinent erst zu dem gemacht hat, was er über Jahrhunderte hinweg war und auch heute noch ist, bei allen Fehlentwicklungen, die es auch bei uns Christen gegeben hat. Vor allem aber müssen wir uns einfach aktiv einbringen.

Ich sage es noch einmal: Man redet viel zu viel von christlicher Tradition. Ich habe nichts gegen die christliche Tradition, im Gegenteil, auch ich liebe sie und empfinde sie als wunderschön. Aber ich möchte kein Europa als christliches Museum, in dem wir chinesische oder japanische Touristen herumführen und ihnen gegen Trinkgeld zeigen, was unser christliches Abendland einmal gewesen ist. In der Heiligen Schrift steht eben nicht „Ihr sollt ein christliches Museum errichten“ oder eine Stätte des ausgestorbenen christlichen Kulturgutes, sondern es steht darin etwas von „Salz der Erde“ und vom Sauerteig. Dort ist nicht von Mehrheit die Rede, sondern von Wirkungskraft. Sie zu stärken, das ist unsere eigentliche Aufgabe, und darin sehe ich die Aufgabe von Renovabis und von uns Christen in den europäischen Institutionen.

Hinzufügen möchte ich außerdem: Die Politik ist viel zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen, und Europa ist viel zu wichtig, um es den Europapolitikern zu überlassen. Jeder von uns ist berufen, sich entsprechend seinem Charisma und seinem Platz in der Gesellschaft in die Gestaltung dieses Europas einzubringen, durch Gebet, Aktivität, die Erziehung von Kindern, durch gesellschaftliches Engagement und vieles mehr. Es wird uns jedoch nur gelingen, dieses Europa ein Stück weit mit zu gestalten, in dem wir uns von den beiden großen Illusionen lösen: Einerseits automatisch das christliche Abendland zu sehen und andererseits die böse „Entchristlichungsmechanik“, die viele dazu bewegt, in ihr Schneckenhaus zu flüchten und zu glauben, dass so alles von alleine wieder gut wird. Nicht so wird es gut, sondern wir müssen unseren christlichen Auftrag ernst nehmen „Gehet hinaus und lehret alle Völker.“ Das ist unser Auftrag, und in diesem Sinne freue ich mich, bei Ihnen und bei Renovabis zu sein und vor Ihnen sprechen zu dürfen.

Podiumsdiskussion

## Gerechtigkeit und Freiheit als Grundlagen für einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag

Mitwirkende: Schwester Daiva Kuzmickaitė MVS, Kaunas  
Stefan Lunte, Brüssel  
Bernd Posselt MdEP, Straßburg/München  
Andrij Waskowycz, Kiew

Moderation: Prof. Dr. Andrea Gawrich, Gießen

Anwalt des Publikums: Thomas Müller-Boehr, Freising

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herzlichen Dank, Herr Posselt, für diesen eindrucksvollen Beitrag. Bereits jetzt möchte ich Sie alle hier im Saal dazu einladen, Ihre Meinung auf die kleinen Notizzettel in Ihrer Teilnehmermappe zu schreiben, die anschließend eingesammelt werden, um dann in die Diskussion einzufließen. Dazu begrüße ich Thomas Müller-Boehr, den langjährigen Renovabis-Referenten für Dialog und Partnerschaftsarbeit, der als Anwalt des Publikums die Auswertung übernehmen wird.



Im Folgenden werde ich Ihnen die neu hinzugekommenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Podiums in der entsprechenden Reihenfolge vorstellen. Sie werden kurz ihre Positionen zu dem großen Thema „Wie geht es weiter mit Europa?“ unter dem Stichwort „Gerechtigkeit und Freiheit“ darlegen und aufeinander Bezug nehmen. Danach wollen wir relativ zügig versuchen, Sie alle miteinzubinden und entsprechend aus der Frucht des gesamten Kongresses heraus zu einer profunden Debatte zu kommen.

*Stefan Lunte* arbeitet als Referent im Generalsekretariat der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) mit dem derzeitigen Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik, mithin zentrale Themen in der Frage der Zukunft, wie die europäische Integration gerade in Bezug auf die Frage von Gerechtigkeit aussehen wird. Er war von 2001 bis 2009 stellvertretender Generalsekretär der COMECE und zuvor beim Kolpingwerk Diözesanverband Münster als Referent tätig. Herr Lunte studierte katholische Theologie und Politikwissenschaft, also eine Verbindung verschiedener Disziplinen zu diesem Themenbereich.

*Schwester Daiva Kuzmickaitė* aus Kaunas in Litauen ist Soziologin, arbeitet an der Vytautas Magnus-Universität in Kaunas und forscht sehr viel zu den Themen Migration, Armut, Sozialpolitik und Flüchtlingspolitik, also zu Fragen des Auseinanderdriftens oder des Zusammenhalts der Gesellschaft in einem jungen EU-Staat. Zu diesen Themen und zur litauischen Gesellschaft hat sie als Wissenschaftlerin sehr viel publiziert. Sie ist aber auch umfangreich ehrenamtlich aktiv, zum Beispiel im katholischen Jugendverband Litauens oder in der katholischen litauischen Frauenkonferenz. Außerdem ist sie Generalsekretärin von *Justitia et Pax* Litauen und in verschiedenen anderen Institutionen der katholischen Zivilgesellschaft Litauens ehrenamtlich aktiv. Auf unserem Kongress vertritt Schwester Daiva mit ihrer Perspektive die Gruppe der kleineren und neuen EU-Staaten.

Weiterhin begrüße ich *Andrij Waskowycz*, den Präsidenten der griechisch-katholischen Caritas der Ukraine und Vizepräsidenten und

Vorstandsmitglied von Caritas Europa. Bevor er zur Caritas ging, war er Journalist, hat in München eine ukrainische Zeitschrift gegründet und hat sich sehr in den Bereichen Journalismus und Demokratieentwicklung in verschiedensten Zusammenhängen engagiert. Eine Zeit lang war er auch als freier Journalist tätig und ist in der Ukraine als Caritasdirektor Mitglied des Koordinationsrates zur Förderung der Zivilgesellschaft, was man durchaus als ein wesentliches Fundament für eine europäische Integration der Ukraine betrachten kann. In unserer Runde wird er also die Perspektive unseres engsten – ich würde sogar sagen: wichtigsten – und europäischen Nachbarschaftsstaates außerhalb der EU einbringen. Wir werden also sehr viel über die Art der Integration der Ukraine in die Europäische Union zu diskutieren haben.

*Stefan Lunte:*

Vielen Dank, Frau Gawrich und allen Verantwortlichen bei Renovabis, zunächst für die langjährige gute Zusammenarbeit mit dem COMECE-Sekretariat, aber auch für die Einladung zu diesem Kongress. Ich danke auch Herrn Posselt für sein ausgezeichnetes Eingangsreferat und schließe mich ihm in vielen Dingen an. Auch bin ich sehr froh, dass er sich für ein supranationales und föderales Europa ausgesprochen hat. Ich glaube, dies ist sehr wichtig, um in der derzeitigen Euro-Krise eine gute Lösung zu finden, und vor allen Dingen, um Europa im weltweiten Wettbewerb eine Zukunft zu geben. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, dass wir hier heute über einen *Gesellschaftsvertrag* und nicht alleine über einen Vertrag sprechen. Vorweg aber muss es eine Diskussion darüber geben, wohin das Ganze führen und wozu es dienen soll. Ich glaube, dies ist nicht nur deshalb wichtig, weil es in der guten Logik steht, sondern auch, weil gerade jetzt in den Monaten, die vor den europäischen Wahlen vor uns liegen, diese Fragen besonders in den Vordergrund gestellt werden müssen.

Ich selbst komme nicht direkt aus Brüssel, sondern lebe seit über zwanzig Jahren in einem wunderschönen Teil Frankreichs mit einer großen Geschichte, dem Bourbonnais, dem es wie vielen anderen Regionen

Europas nicht besonders gut geht: Die Arbeitslosenquote ist hoch und es gibt wenige Unternehmen, sodass junge Menschen aus Mangel an Perspektiven in die urbanen Zentren Frankreichs oder weiter weg ziehen. Infolgedessen sind jene, die zurückbleiben, entmutigt, ja vielmehr manchmal sogar wütend und frustriert. Dies steigert zudem die Neigung, linksextreme Parteien zu wählen, so wie in anderen Teilen Frankreichs der rechtsextreme „Front National“ großen Zulauf hat. Um dieser Gefahr entgegen zu wirken, müssen wir die Debatte um Freiheit und Gerechtigkeit führen. Wahrscheinlich bin ich nicht der erste, der dazu reden müsste, würde aber auch damit beginnen, wie es bereits Herr Posselt getan hat, dass Europa zunächst einmal westlich geprägt ist, also eine der wesentlichen Prägungen das Christentum ist. Wir gehören also zum Westen, weil die Freiheit im Vordergrund steht – aber nicht die Freiheit im Sinne der vier Freiheiten des Binnenmarktes, von der in Brüssel die Rede ist, sondern jene in Anknüpfung an die *vier Freiheiten von Franklin Roosevelt* aus dem Jahre 1941, nämlich Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsausübung, Freiheit von materieller Not und Freiheit von Furcht. All das ist der Kern von dem, was uns im Westen verbindet.

Europa ist aber auch noch mehr; deshalb möchte ich ergänzend dazu die *vier Gerechtigkeiten* näher ausführen, die meines Erachtens gerade mit Blick auf unentschlossene Wählerinnen und Wähler heute im Vordergrund stehen:

- Erstens: die Gerechtigkeit der Steuern. Hierzu zählen das absolute ebenso wie das relative Maß und Niveau von Steuern in Europa und innerhalb der Europäischen Union. Es herrscht diesbezüglich ein hohes Maß an Unzufriedenheit und Frustration bei großen Unternehmen, die allerdings oftmals die Fähigkeit haben, durch geschicktes Manipulieren möglichst wenig Steuern zu zahlen.
- Zweitens: die Gerechtigkeit der Chancen. Es ist frustrierend, wenn Sie in einer Region leben, die nicht mit einer renommierten Universität oder Eliteschulen ausgestattet ist, und Sie hören immer wieder, dass es mehr denn je darauf ankommt, den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen, um im Leben bestehen zu können. Was dies anbetrifft, gibt es in Europa Gerechtigkeitslücken.

- Drittens: die Gerechtigkeit zwischen den Regionen. Dies brauche ich eigentlich nicht weiter auszuführen, denn es ist offensichtlich, dass der moderne Kapitalismus sich ein Netz von Knotenpunkten geschaffen hat, und wer sich nicht in diesem Knotenpunkt befindet, wird systematisch wirtschaftlich benachteiligt. Hier muss Europa ein Versprechen bzw. eine Verheißung dagegen setzen, sodass wir in diesem Bereich für mehr Gerechtigkeit sorgen können.
- Viertens: die Gerechtigkeit hinsichtlich der Schuldenlast, ein hochaktuelles Thema, denn wir geben das Problem an die nächste Generation weiter. Es geht aber auch um das Hinterlassen bestimmter natürlicher Lebensbedingungen.

Ich wurde 1963 geboren und meine Eltern haben mir meinen Glauben gegeben, aber eben auch eine eigene Familiengeschichte. Viele Familiengeschichten, vermutlich auch die Ihren hier im Saal, beinhalten aber auch Traumata: Mein Urgroßvater mütterlicherseits hieß Theodor Meier und wurde Mitte des 19. Jahrhunderts geboren. Sein ältester Sohn, der 1918 in den letzten Kriegstagen fiel, hatte exakt den gleichen Namen. Der Sohn seines jüngeren Bruders August Meier, also meines Großvaters, hieß wiederum Theodor Meier; er starb 1945 beim Spielen mit Munition. Traumata bekommt man nicht in den Griff, in dem man sie verdrängt, sondern indem man sie ausspricht, deshalb haben meine Frau und ich unseren Sohn auch wieder Theodor genannt. Wir sollten dafür beten und zusammen kämpfen, dass dieser Theodor und seine Generation in einem friedlichen, gerechten und freiheitlichen Europa leben können.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Vielen Dank, Herr Lunte. Sie haben viele Perspektiven und vier konzeptionelle Zugänge zu Freiheit und Gerechtigkeit aufgezeigt, über die wir diskutieren können. Die Frage lautet, in welcher Balance sie jeweils stehen sollen, was also den Schwerpunkt in einem zukünftigen Europa bilden soll. Wir machen weiter mit der litauischen Perspektive von Schwester Daiva Kuzmickaitė.

*Schwester Daiva Kuzmickaitė MSV:*

Ich möchte im Folgenden die Grundlagen der katholischen Soziallehre hervorheben, weil der Gesellschaftsvertrag der Europäischen Union bzw. das Sozialmodell Europas in Litauen derzeit wenig Wertschätzung erfahren. Warum ist dies so? In einem kürzlich erschienenen Artikel hält der Autor das Subsidiaritätsprinzip als Teil des europäischen Sozialmodells für unzutreffend. Ansatzweise stimme ich dem zu, gerade in Bezug darauf, wie wir diese Grundsätze anwenden sollten. Das europäische Sozialmodell ist meines Erachtens ein sinnvolles Projekt, doch wir müssen innerhalb dieses Konzeptes einige Themen klarstellen bzw. die in diesen Grundsätzen enthaltenen wesentlichen Gedanken der katholischen Soziallehre herausheben.

Papst Benedikt XVI. sagte hierzu, dass insbesondere für die neuen Mitgliedsländer die Freiheit mit Demokratie einhergeht; gemeint ist also die Macht, das Schicksal der Menschen zu kontrollieren. Dies muss man jedoch von zwei Seiten betrachten: Einerseits ist die individuelle Freiheit des Einzelnen zu wahren, andererseits muss für jene gesorgt werden, die in Not oder hilflos sind. Durch die Freiheit wird die Würde des Menschen gewährleistet, und, wie es bereits Aristoteles ausdrückte, eng mit der Gesellschaft verbunden. Was geschieht nun aber in den neuen EU-Ländern? Die persönliche Freiheit wird mit Individualismus verwechselt und atomisiert die Gesellschaft.

Wir Menschen sind mit Inseln zu vergleichen, die außer dem Übergang von der kollektiven kommunistischen Identität zum kapitalistischen Individualismus nichts miteinander gemein haben. Die Würde einer Person und eines menschlichen und sozialen Wesens hängt mit Verständnis zusammen. Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, ist diese eng verbunden mit den zwei Prinzipien Subsidiarität und Solidarität. Subsidiarität bedeutet, dass der Staat oder die Machthabenden hinter den Bedürftigen stehen und ihnen mithilfe ihrer Macht helfen sollten. Ernsthafte Probleme entstehen dann, wenn diese Macht missbraucht wird. Die Denkweise unserer litauischen Regierung ist jedoch noch die gleiche wie zu sowjetischen Zeiten. Unsere Gesetzgebung entspricht zwar der europäischen Kultur und der litau-

ische Markt ist harmonisiert, aber das soziale Leben hat sich noch nicht angemessen entwickelt.

In unserem Land verursacht das Subsidiaritätsprinzip Probleme, da es, wie ich eben angedeutet habe, nicht klar verstanden wird. Ich glaube aber, dass dies andernorts genauso ist und dass es auch keine rein katholische Betrachtungsweise ist. Es bedeutet, dem Staat oder höherrangigen EU-Institutionen die Autorität und die Freiheit zu überlassen, um autonom zu handeln. Vielleicht sprechen wir von denselben Problemen. Problematisch ist hier aber, wie wir basierend auf einer Verbindung bzw. Verknüpfung der beiden Prinzipien – Subsidiarität und Solidarität – Gemeinwohl schaffen wollen. Der italienische Soziologe Pierpaolo Donati sieht eine Lösung in der Reziprozität, also Gegenseitigkeit bzw. Aufeinanderbezogenheit, von Subsidiarität und Solidarität. Eine Gesellschaft, die aus voneinander losgelösten Individuen besteht, ist nicht das, was wir anstreben sollten. Vor einigen Jahren schrieb der amerikanische Soziologe Jeremy Rifkin, Empathie müsse die Basis für eine christliche Zivilisation sein. Dies kommt laut seiner Erläuterung ursprünglich von dem deutschen Sprichwort, dass jemand, der das Werk eines Künstlers ansieht, es auch entsprechend verändert. Ich denke, es bezieht sich ebenso auf die Beziehung des Menschen zu seinem Schöpfer als einem der größten Künstler. Das heißt also, wenn wir in die Reziprozität mit unserem Schöpfer eintreten, haben wir eine andere Perspektive und nehmen uns und auch die anderen Menschen und Kreaturen in anderer Weise etwa als schöne Geschöpfe oder als ein gelungenes Kunstwerk wahr. Dieser Standpunkt führt dann auch dazu, die Menschen als wertvoll einzuschätzen.

Die Renovabis-Kongresse sind meines Erachtens der richtige Ort, wo wir diese Reziprozität leben, voneinander lernen und wirklich neue Erkenntnisse erlangen und wir dazu beitragen können, dass die Zivilgesellschaften in den neuen Mitgliedsländern in die Lage versetzt werden können, etwas in unseren Gesellschaften zu tun und zu bewirken.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Ganz herzlichen Dank, Schwester Daiva. Sie haben als zentralen Ausgangs- und Standpunkt insbesondere die Verletzung der sozialen Gerechtigkeit durch ein Vakuum in den Vordergrund gestellt, das der litauische Staat nicht füllen kann. Zudem haben Sie auf die große Rolle insbesondere katholischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen hingewiesen, die mit verschiedenen Modellen versuchen, dieses Vakuum zu füllen. Ich darf nun Herrn Waskowycz um die ukrainische Perspektive bitten.

*Andrij Waskowycz:*

Viele Themen, die meine Vorrednerin aus Litauen bezüglich des Spannungsfeldes der Transformation eines postsowjetischen Staates genannt hat, betreffen auch die Ukraine. Natürlich besteht der große Unterschied darin, dass die heutige Ukraine ein Staat ist, der noch außerhalb der Europäischen Union steht. Diese vielleicht wichtigste Frage der europäischen Perspektive der Ukraine muss in nächster Zukunft gelöst werden. Aber auch die Fragen im sozialen Bereich, die Sie genannt haben, betreffen die Ukraine.

Problematisch ist in der Ukraine, dass die Wertediskussion und die Diskussion, auf welcher Grundlage wir unseren Staat aufbauen wollen, sollen und müssen, noch gar nicht eingesetzt haben. Sie findet womöglich vereinzelt in der Zivilgesellschaft statt, die ebenfalls noch sehr schwach ausgeprägt ist, aber eben nicht auf der Ebene der so genannten politischen Eliten. Wir müssen zu dem Verständnis zurückkehren, wie diese Eliten formiert wurden und wie sie in der postsowjetischen Ukraine nach dem großen Umbruch in den 1990er Jahren entstanden sind. Innerhalb von zwanzig Jahren bildete sich eine kleine Gruppe von Menschen, die den gesamten Reichtum dieses Landes privatisiert hat. Laut der Forbes-Liste der reichsten Menschen haben wir heute in der Ukraine zwei Milliardäre, die zu den ersten 100 reichsten Menschen der Welt gehören, und eine Reihe von Milliardären und Millionären, die in dieser Liga mitspielen. Dies bedeutet, dass Menschen innerhalb von kürzester Zeit sehr reich geworden sind und ihre Politik, ja ihr ganzes

Denken darauf ausrichten, diesen Reichtum zu mehren und ihre wirtschaftliche Macht auszuweiten. Diese Menschen sind heute nicht bereit, in eine Diskussion über Werte einzutreten, auf deren Grundlage wir unsere Gesellschaft bilden müssten und ausgestalten sollten. In unserem 450 Abgeordnete umfassenden Parlament sitzen etwa 400 Dollar-Millionäre; wir haben einen Ständestaat, der sich um die Belange der Reichen kümmert und nicht bereit ist, in eine Diskussion einzutreten, die dem Land eine Perspektive aufzeigt.

Wir haben eine zu den reichsten und einflussreichsten Menschen in der Ukraine zählende politische und wirtschaftliche Elite, die ihr Lebenszentrum nicht mehr in der Ukraine hat und deren Familien teilweise bereits im Ausland, in den großen Ferienorten Europas leben. Mir wurde gesagt, dass jedes Wochenende ca. 60 Flüge gechartert werden, die die Familienväter zu ihren Familien ins Ausland bringen. Somit regieren also Pendler das Land, kümmern sich aber nicht mehr ernsthaft um die Zukunft der Ukraine. Sie versorgen ihre Familien im Ausland, ihre Kinder studieren an westlichen Universitäten – ich betone, an *westlichen* Universitäten. Dies hat damit zu tun, dass man stets die Fragen stellt „Geht die Ukraine einen westlichen oder östlichen Kurs?“ oder „Orientiert sie sich an Russland oder an der EU und somit dem Westen?“ Was bedeutet dies für die politische Diskussion in der Ukraine? Wir können heute nur eine Perspektive schaffen, indem wir die Zivilgesellschaft stärken und indem wir versuchen, von unten her die Gesellschaft zu erneuern, indem wir uns also selbst verändern, meines Erachtens ein sehr christlicher Ansatz.

Eines der größten Probleme in der Ukraine ist die Korruption, die sich durch alle Ebenen der Gesellschaft zieht und über die anscheinend niemand glücklich ist. Im Grunde genommen empfindet sie jeder als schlecht, obwohl jeder korrupt ist. Beispielsweise geben Eltern einem Universitätsprofessor Geld, damit ihr Kind bessere Noten bekommt, obwohl sie sagen, dass Korruption schlecht ist. Das heißt, die Veränderung der Gesellschaft muss beim einzelnen Menschen anfangen – und diesbezüglich gibt es bereits gute Ansätze. Die Frage ist nun, auf welcher Grundlage man sich verändern kann. Wir haben festgestellt, dass

die katholische Soziallehre eine enorm gute Grundlage dafür ist, nicht nur im Sinne eines Steinbruchs, aus dem man einzelne Teile herausnehmen kann, denn die Fragen, die in ihr angesprochen werden, sind für die heutige Ukraine enorm relevant. Nach dem Vakuum, das der Zusammenbruch der sowjetischen bzw. kommunistischen Ideologie hinterlassen hat, finden diese Ansätze in der Ukraine einen fruchtbaren Nährboden. Dennoch lautet die Frage: Haben wir als ukrainische Kirche ausreichend Kraft, diese Grundsätze in die Gesellschaft hineinzutragen? Sicherlich ist es notwendig, dass wir uns in der Ukraine selbst stützen und auch Unterstützung aus dem Ausland bekommen.

Eine weitere und sehr wichtige Frage, die die Ukraine von Litauen unterscheidet, ist die europäische Perspektive, die sie dringend braucht. Es bedarf klarer Signale des Willkommenseins aus Brüssel und aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Deshalb ist es heute enorm wichtig, dass das Assoziierungsabkommen unterzeichnet und seitens der Europäischen Union grünes Licht gegeben wird, damit sich die Ukraine endlich entscheidet, in diese Richtung weiterzugehen. Wir brauchen ein Zeichen, dass die Ukraine in der Europäischen Union willkommen ist.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herzlichen Dank für Ihr Statement, das eine sehr klare Perspektive dessen vermittelt, was die Ukraine ist und was sie für eine zukünftige Verbesserung der Situation braucht. Wir haben deutlich gehört, dass es eine soziale, aber auch ethische Spaltung gibt und die Transformation zu einer Anhäufung von Reichtum und Machtmissbrauch durch Korruption in verschiedenen Bereichen geführt hat und die Lösung darin bestehen könnte, die noch schwache Zivilgesellschaft zu stärken, wobei die Aufgabe, sich dafür einzusetzen, natürlich uns alle, also auch die Außenstehenden, betrifft. Die klare Position der europäischen Perspektive ist hierbei ein zentraler Ankerpunkt, um eine Aufhebung dieser sozialen Spaltung, eine stärkere Demokratisierung und vieles mehr zu erreichen.

Als Anwalt des Publikums wird Thomas Müller-Boehr nun die Fragen des Publikums vorlegen.

*Thomas Müller-Boehr:*

Die ersten Fragen gehen an Herrn Posselt als Hauptreferenten, wobei ich drei Fragen zu einer zusammenfassen werde. Es geht hierbei um eine Kernfrage Ihres Referates, nämlich „Welche potenziellen Konturen könnte ein neuer Gesellschaftsvertrag haben?“ Eine weitere Frage ist eng mit einem Thema verknüpft, das bei allen Referenten angeklungen ist: „Wie ist mit Blick auf nur alle fünf Jahre stattfindende Wahlen eine stärkere Partizipation von Bürgern in der Europäischen Union möglich?“ Mit dieser Frage verbindet sich auch das folgende Zitat auf einem meiner Fragezettel: „Sie sprechen von Solidarität und Subsidiarität; eine wirkliche Umverteilung aber findet doch nicht statt, denn die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Wie kann in diesem Sinne Solidarität konkret, praktisch und nachhaltig werden?“

*Bernd Posselt MdEP:*

Diese Fragen sind für mich schwierig zu beantworten, da ich als Politiker derzeit viel unterwegs bin und Wahlkampf mache. Wie Sie wissen, haben wir in Deutschland in einigen Wochen Bundestagswahlen und in zehn Tagen die Landtagswahl in Bayern. Ich würde Ihnen gerne von zwei Erlebnissen berichten: Vorgestern war ich auf einer Veranstaltung des bayerischen Ministerpräsidenten in München, wo ihn jede Bürgerin und jeder Bürger alles fragen konnte und an der einige hundert Menschen teilnahmen. Gleich zu Beginn fragte jemand: „Warum reden Sie nie mit den Bürgern?“ Ich aber möchte Ihnen ehrlich sagen, dass wir Politiker ununterbrochen unterwegs sind und versuchen, mit den Menschen zu reden, doch diese müssen es auch wahrnehmen und zu uns kommen. Der Ministerpräsident fragte ihn also: „Haben Sie vorher bereits einmal an einer solchen Veranstaltung teilgenommen?“ Dieser verneinte – er habe für so etwas keine Zeit. Gestern Abend traf ich in München den deutschen Innenminister Hans-Peter Friedrich auf einer ähnlichen Veranstaltung. Dort ging es um derzeit durchaus relevante, spannende und kontroverse innenpolitische Themen wie die Asyldebatte und die amerikanische Datenspionage. Obwohl die Veranstaltung in ganz München plakatiert war, gab es gerade einmal 40 Teilnehmer.

Zum einen gehört also zur Partizipation, dass Politiker sich darum bemühen, und das tun wir auch außerhalb von Wahlen ständig, aber zum anderen muss sich auch der Bürger dafür interessieren. Deshalb halte ich nichts von der Forderung, die Lösung sei mehr direkte Demokratie. Denn dies heißt nur, dass man sich weder informieren noch engagieren muss, sondern lediglich ab und an seine Stimme abgibt und glaubt, damit sei es getan. Mehr Partizipation gibt es nur durch mehr kontinuierliches und politisches Engagement seitens der Politiker und der Bürger. Zudem brauchen wir in allen Staaten Europas mehr politische Bildung. Früher hatten wir folgende Situation: Die politische Bildung war, zum Teil auch als Folge von Nationalsozialismus und Diktatur, in Westeuropa sehr stark ausgeprägt. Man war der Meinung, die jungen Menschen müssten im Rahmen der Erwachsenenbildung in Demokratie ausgebildet werden. Dies war zum Teil auch ein Instrument des Kalten Krieges. Kaum war der Eiserne Vorhang gefallen, wurde hierzulande die politische Bildung reduziert, und obwohl man in den nun befreiten Staaten die Demokratie einführte, sah man von politischer Bildung nirgendwo etwas, was ich für ein großes Problem halte.

Demokratie ist nicht nur die Entscheidung für oder gegen eine Person, sondern für sie braucht man auch Kompetenz und Engagement. Diese Eigenschaften bei einer jungen Generation heranzubilden, ist eine gewaltige Aufgabe im ehemaligen Osten und im ehemaligen Westen. Hier geht es also wieder um die Arbeit der Kirchen, von Renovabis im Besonderen, und der gesellschaftlichen Organisationen. Wir müssen uns bewusst machen, dass mehr Partizipation nur mit mehr politischem Engagement und mehr politischer Bildung einhergeht.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herzlichen Dank, Herr Posselt. Zuweilen haben wir immerhin auch das europäische Bürgerbegehren und niedrige Wahlbeteiligungen beim Europaparlament als entsprechendes Phänomen. Ich sehe, dass Herr Lunte hierauf reagieren möchte.

*Stefan Lunte:*

Die erste Frage ging etwas abstrakt um den Inhalt eines Gesellschaftsvertrags und dessen Wahrnehmung, wobei ich hier nun wieder aus der Sicht der Menschen in meiner, also einer strukturschwachen Region, spreche. Dort werden wir mit politischen Themen konfrontiert, die mit der Wirklichkeit der dort ansässigen Menschen und deren Interessen wirklich wenig oder gar nichts zu tun haben. In Frankreich gab es beispielsweise die sehr hartnäckig und emotional geführte Debatte über die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, für die ich mich selbst auch stark engagiert habe. Auch in meiner Region wurde und wird dieses Thema von vielen Menschen als etwas wahrgenommen, das wirklich nicht von Interesse bzw. nicht das Wichtigste ist. Beispielsweise ist für uns die Frage nach Arbeitsplätzen, nach der Zukunft unserer Kinder und deren Ausbildungsmöglichkeiten viel wichtiger. Vorhin habe ich versucht, diese Fragen unter dem Thema „Gerechtigkeit“ voran und somit in den Mittelpunkt zu stellen; diese Themen wären für mich Gegenstand eines solchen Gesellschaftsvertrages. Freiheiten sind zwar wichtig und der Grundbestand dessen, was uns eint, jedoch werden wir nicht freier dadurch, dass wir immer weitere Rechte in alle Richtungen ausdehnen, die dann wieder die Rechte anderer beschneiden. Also sollten auch kirchliche Instanzen und Institutionen im Moment mehr darauf drängen, das Thema Gerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Ich verstehe Sie so, dass soziale Gerechtigkeit immer auch ein Schritt zu mehr Partizipation auf verschiedenen Ebenen ist. Herzlichen Dank für diesen Blick auf die französischen Regionen, der als Kontrast dient. Wer möchte hierzu noch etwas ergänzen?

*Andrij Waskowycz :*

Meiner Meinung nach ist die politische Bildung auch eine der wichtigsten Fragen im Osten Europas, beispielsweise in der Ukraine. Dort herrscht ein System, in dem in den letzten zwei Jahren sehr viele Men-

schen nur wegen ihres Geldes an die Macht gekommen sind. Das heißt, sie haben keine Konzepte, wie sie einen Staat gestalten sollen, was wiederum zu Frustrationen in der Gesellschaft führt, da diese nicht weiß, wie sie reagieren soll. Ich glaube, politische Bildung ist heute eine der wichtigsten Fragen in der Ukraine, sodass ein System der politischen Bildung aufgebaut werden müsste, wie es vor Jahrzehnten hier in Deutschland geschehen ist.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Wie wir gerade gehört haben, dienen wir in dieser zentralen Frage in Deutschland auch nicht unbedingt als Vorbild. In den neuen Mitglieds- oder Partnerstaaten und in den alten EU-Staaten gibt es also gleichermaßen Herausforderungen in der Frage der politischen Bildung. Ich gebe zurück an den Anwalt des Publikums.

*Thomas Müller-Boehr:*

Eine Frage richtet sich stärker an die explizit kirchlichen Vertreter, also Schwester Daiva und Andrij Waskowycz. Es wurde über die Bedeutung der traditionellen kirchlichen Werte gesprochen, die in der katholischen Soziallehre und in der orthodoxen Sozialdoktrin formuliert sind. Wie können Kirche und Caritas an diese Werte und Forderungen anknüpfen und wie kann es hier Inspirationen für den Umgang mit heutigen sozialen Herausforderungen geben? Die Frage geht also noch einmal auf den Aspekt der Gerechtigkeit und des Eintretens von Kirche und Caritas ein.

*Andrij Waskowycz:*

Dies ist eine äußerst wichtige Frage, an deren Antwort wir arbeiten. In der Caritas haben wir begonnen, eine so genannte Lobbying-Gruppe zu bilden, die an der Novellierung der Sozialgesetzgebung in der Ukraine teilnehmen soll. Folgendes war dabei interessant: Bei den Runden Tischen mit Vertretern staatlicher Strukturen, Ministerien und des Ministerkabinetts begann die Diskussion zunächst einmal damit, wie man

Gelder umverteilen kann; das heißt, wie können beispielsweise NGOs, die soziale Dienstleistungen anbieten, auch Gelder aus dem Staatshaushalt bekommen? Dies war in der Ukraine zunächst einmal nicht möglich. In der Zwischenzeit ist es zwar gesetzlich geregelt, aber noch nicht impliziert worden. Nichtstaatliche Organisationen können immer noch keine Gelder aus dem Staatshaushalt bekommen, da das Subsidiaritätssystem noch nicht funktioniert.

Die Diskussion allerdings ist interessant, da es zunächst einmal um die Verteilung der Gelder ging und wir als Caritas und somit als Teil einer kirchlichen Struktur eine andere Fragestellung in die Diskussion gebracht haben. Wir stellten zur Diskussion, auf welche grundlegenden Werte, Prinzipien und welches Menschenbild wir uns einigen könnten, um die Gesellschaft umzugestalten. Die Fragen lauteten dabei u.a.: „Warum ist es notwendig, dem notleidenden Menschen zu helfen, und was ist Menschenwürde?“ Diese Diskussion begann dann ein neues Licht auf die praktischen und pragmatischen Fragen zu werfen, die wichtig sind. Wir können zwar nicht die methodischen Ansätze in der Gesetzgebung formulieren, aber wir können uns an der Diskussion über die Werte beteiligen, auf deren Grundlage Gesetze geändert werden sollten. Dies ist die große Aufgabe der Kirchen und der Caritas, was aber schwierig ist, denn wir haben nicht genügend Spezialisten, die auf der Grundlage der katholischen Soziallehre etwas einbringen könnten.

In der Ukraine beziehe ich mich oftmals in Diskussionen auf die Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und auf Menschen wie Oswald von Nell-Breuning, die Konzepte zu Ende gedacht haben, wie die Gesellschaft auf der Grundlage und den Prinzipien der katholischen Soziallehre verändert werden kann. Leider fehlen uns solche Leute, sodass wir parallel zwei Wege beschreiten müssen. Einerseits müssen wir in der gesellschaftlichen Diskussion über die Konzepte der Umgestaltung des sozialen Staates den Dialog mit staatlichen Stellen aufrechterhalten, andererseits müssen wir die Menschen ausbilden und fördern, damit sie diese Konzepte entwickeln können. Wir müssen Leute ins Ausland schicken, damit sie dort Konzepte wie die Soziallehre der Kirche studieren und somit der Kirche in der Ukraine helfen kön-

nen, diese Konzepte in die ukrainische Gesellschaft einzubringen, die heute offen dafür ist.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Besten Dank für dieses klare Plädoyer einer Kirche, die sozusagen das Vakuum ausfüllt, das der Staat hinterlässt, um so zur Abmilderung sozialer Gegensätze beizutragen. Ich bitte nun Schwester Daiva, die litauische Perspektive darzulegen.

*Schwester Daiva Kuzmickaitė MSV:*

In Litauen gibt es Ähnlichkeiten zu dem, was wir über die Ukraine gehört haben. So hat beispielsweise unsere Caritas nach der Unabhängigkeit große Teile der Infrastruktur sozialer Dienste ins Leben gerufen, was insgesamt recht gut funktioniert. Die Caritas tritt als katholische Organisation für die Rechte und Würde der Person ein und kann, wenn die Regierung und andere gesellschaftlich wichtige Gruppen mit ihr in den Dialog treten, Lösungen für viele Probleme anbieten. In der Praxis sah es dann so aus, dass der litauische Caritasverband in Zusammenarbeit mit dem deutschen Caritasverband Kurse für im Sozialdienst Tätige anbot und Treffen mit litauischen Politikern abhielt. Dennoch sehe ich, wie vorher bereits erwähnt, ein Problem, wenn die Caritas sich zum Beispiel speziell um eine kirchliche Gruppierung oder Glaubensgemeinschaften überhaupt kümmert. Unsere Gemeinschaft bot beispielsweise einen Dienst für Kinder an, deren Eltern alkoholabhängig waren. Gleichzeitig unterhielten wir ein Heim für diese Kinder, obwohl es damals dafür noch keine Gesetzgebung gab. Als dann entsprechende Gesetze verabschiedet wurden, sah man, dass sich nun auch gute Geschäftsmöglichkeiten für weltliche Sozialdienste boten, und schuf entsprechende alternative Einrichtungen. Nun schicken die Gemeindebehörden die Kinder (und gewähren dafür auch eine entsprechende Finanzierung) in „ihre“ Gemeindevereinrichtung. Das hat zur Folge, dass die aus religiösen Motiven begründeten Betreuungsheime leer bleiben und natürlich auch kein Geld erhalten, was inkorrekt und außerdem schädlich für die Entwicklung einer subsidiären Gesellschaft bzw. eine bessere Qualität der Dienste ist.

Ein weiteres Beispiel: Vor ungefähr vier Monaten wurde ein behindertes Kind, das in einem Heim untergebracht war und fast verhungert wäre, in eine Klinik eingeliefert. Es meldete sich dann eine Familie zu Wort und sagte, dass sie aufgrund ihrer Erziehungserfahrung das Kind bei sich aufnehmen könne. Dies lehnte jedoch der Ombudsmann für Kinderrechte mit der Begründung ab, Vater und Mutter zu haben, würde für dieses Kind nicht gut sein. Nun ist das Kind in der Hand vieler Spezialisten, da Vater und Mutter offensichtlich nicht ausreichen. In Litauen gibt es derzeit vier- bis fünftausend Kinder, die noch in staatlichen Waisenhäusern untergebracht sind. Durch Zahlungen aus den Strukturfonds der EU erhalten diese Institutionen zwar viel Geld, um beispielsweise neue Gebäude zu bauen, versuchen jedoch nicht, Adoptiveltern zu finden. Gerade in Schweden gibt es viele Eltern, die gerne litauische Kinder adoptieren würden. Deshalb spreche ich hier auch über den Staat, der den Leuten einfach ihre Rechte genommen und stattdessen bürokratische Vehikel und sehr komplexe Strukturen geschaffen hat. Diese tragen dazu bei, dass man gerade diesen Waisenkindern und Behinderten überhaupt nicht helfen kann, obwohl man möchte. Dies kommt meiner Meinung nach – und ich stehe dazu, diesen Begriff zu verwenden – einem Genozid sehr nahe, weil schon Tausende von Kindern in diesen Heimen und Institutionen mangels entsprechender Versorgung zu Tode gekommen sind, was man als wirklich schizophren bezeichnen kann. Aufgrund der katholischen Soziallehre wüsste man, wie es funktionieren sollte, hat aber nicht die Möglichkeiten, es umzusetzen.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herzlichen Dank für diese litauische Perspektive, insbesondere im Hinblick auf die staatlichen Grenzen für kirchliche Sozialdienste. Gibt es hierzu noch eine kirchliche Perspektive?

*Stefan Lunte:*

Ich möchte noch eine Ergänzung zur Frage der staatlichen Grenzen machen, die im Rahmen der COMECE bei einer der letzten Sitzungen

der Bischöfe diskutiert wurde. Die Frage war dort, was wir als Kirche mit Blick auf die Euro-Krise, die wir durchlaufen haben, tun müssen. Zurückfallend auf das Schema herrschte Einigkeit darüber, dass man im Sinne von „Liturgia, Diakonia, Martyria“ Zeugnis abgeben, beten, handeln und agieren müsse. In dieser Struktur haben wir darüber gesprochen, und ich habe bereits gestern in einem Arbeitskreis angedeutet, wie wichtig es wäre, auch über Grenzen hinweg unter Katholiken gemeinsam beten zu lernen und ein gemeinsames Gebet zu haben, das wir leicht sprechen können, wenn wir an die Menschen denken, die sich mit all ihren Kräften für Europa einsetzen.

Wir müssen also Zeugnis ablegen und klarer darüber sprechen, was das europäische Projekt eigentlich ist. Letzteres hat übrigens am meisten Diskussion hervorgerufen. Wie kann es weitergehen in der Euro-Zone, in der es eine gemeinsame Geldpolitik gibt und in der sich mehr und mehr Politikbereiche peu à peu vernetzen und entsprechend die Souveränität geteilt wird? Dies ist der Weg und das Kraftzentrum, wie es auch Kardinal Marx gesagt hat. Wie kann es sein, dass wir in unseren karitativen Einrichtungen weiter vornehmlich in nationalen Kategorien denken? Wie können wir heute angesichts der schweren Wirtschaftskrise vor allem in Südeuropa über neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den karitativen Einrichtungen nachdenken und dies entsprechend in die Wege leiten? Deshalb sind wir nun mit Caritas Europa in Gespräche eingetreten, um diese Begrenzung aufzuheben, denn es ist nicht sinnvoll, unter Katholiken und Christen überhaupt einfach beharrlich weiter in nationalen Kategorien zu denken, während zumindest die Euro-Zone kurz vor einem Sprung in eine ganz neue Dimension steht.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Vielen Dank für dieses Plädoyer, schwerpunktmäßig mithilfe einer grenzüberschreitenden systematischeren karitativen Arbeit eine stärkere Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und -finanzkrise zu zeigen. Herr Posselt, wollen Sie sich zur Frage von Kirche und Gerechtigkeit und der europäischen Perspektive noch beteiligen?

*Bernd Posselt MdEP:*

Ja, das möchte ich sehr gerne. Meines Erachtens gehört zu den Hauptaufgaben der Kirche einerseits die Caritas, zum anderen aber natürlich auch ihre Rolle als Lehrmeisterin. Es heißt in der Heiligen Schrift: „Gehet hinaus und lehret alle Völker“. Damit ist die Kirche auch so etwas wie eine Lehrmeisterin der Europäer, wobei ich dazu sagen muss: Wir alle sind Kirche! Mich ärgert es immer, wenn viele Leute sagen, die Kirche sollte dies und jenes tun. Darauf muss ich antworten: Entweder sind wir alle Kirche oder niemand. Ein weiteres Ärgernis ist der unglückliche Ausdruck „die Politik“. In einer Demokratie sind wir alle Politik oder niemand. Zwar gibt es Politiker, aber die Politik sind eben wir alle. Insofern glaube ich schon, dass wir als Kirche und als Christen durch unsere Taten darauf achten müssen, dass die Gesellschaft gerechter wird, ganz im Sinne der Caritas. Wir müssen aber auch die verschiedenen Elemente der katholischen oder christlichen Soziallehre miteinander ins Gleichgewicht bringen, wenn wir sehen, dass sich irgendetwas zu Lasten des anderen entwickelt.

In diesem Sinne möchte ich noch einmal auf das eingehen, was Schwester Daiva vorhin zum Thema Gemeinwohl gesagt hat. Gemeinwohl entwickelt sich natürlich nicht nur aus der Solidarität heraus. Gerade Menschen, die früher in einem sozialistischen Staatswesen gelebt haben, sind zurecht skeptisch gegenüber dem Staat, aber auch hier darf man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Der Staat ist als demokratisch verfasstes Gemeinwesen dazu da, auf die Einhaltung des Gemeinwohls zu achten. Dies muss er selbstverständlich unter Berücksichtigung des Eigentumsrechts als elementares Grund- und Menschenrecht tun, wie es bereits in den ersten Sozialenzykliken betont wurde. Dort wurde das Eigentum und das Recht darauf zurecht als eine wichtige Basis der Menschenwürde bezeichnet. Es wird leider immer wieder vergessen, dass dies ein Recht des Einzelnen ist, das gegen die Feudalgesellschaft erkämpft wurde. Eigentum bedeutet Freiheit und heißt Menschenwürde, aber im deutschen Grundgesetz steht zum Beispiel ganz klar auch etwas über die dazugehörige Sozialpflichtigkeit. Es gibt kein uneingeschränktes Eigentumsrecht, und es stößt nicht nur an die Grenzen der Solidarität, sondern auch des Gemeinwohls. Wo es

missbraucht wird, um der Gemeinschaft schweren Schaden zuzufügen, müsste letztlich der Staat eingreifen. Die Ukraine ist ein Beispiel dafür, wo dies nicht funktioniert. Bei uns und in der Europäischen Union muss der Staat wegen der Garantien der Grundrechtecharta eingreifen, wenn das Eigentumsrecht gefährdet ist. Fast niemand weiß, dass es in dieser Charta so etwas wie ein Sozialismus-Verbot gibt – das Eigentum ist mithin garantiert, aber der Staat muss auch eingreifen, wenn es missbraucht und die Gemeinschaft nachhaltig geschädigt wird.

*Thomas Müller-Boehr:*

Mir liegt eine Frage vor, die noch einmal an das Verhältnis von kirchlicher Caritasarbeit und staatlicher Sozialarbeit anknüpft und die gestrige Perspektive aufnimmt. Schwester Daiva hat darüber gesprochen, wie die Kirche durch die Caritas soziale Aufgaben wahrnimmt, wo es nötig ist, aber wo eben auch staatliche Defizite bestehen und die Kirche dieses Defizit zu beheben versucht. Gestern hat Radu Preda genau dieses Selbstverständnis von Caritas in Rumänien kritisiert, wo seiner Meinung nach die Gefahr besteht, dass die Caritas dem Staat ein Alibi für seine eigene nicht wahrgenommene Verantwortung gibt. Welches Selbstverständnis von kirchlicher Caritas ist richtig? Was ist der richtige Weg, soziale Defizite in einer Gesellschaft wahrzunehmen, sich den Fragen der Armut und Ausgrenzung zu stellen und auch praktisch zu handeln? Darf also die Caritas einfach nur in diese Rolle schlüpfen und Aufgaben übernehmen, die eigentlich originär Aufgaben des staatlichen Gemeinwesens wären? Diese Fragen möchte ich noch einmal Schwester Daiva, vielleicht aber auch Andrij Waskowycz stellen.

*Schwester Daiva Kuzmickaitė MSV:*

Dieses Thema ist äußerst kompliziert, aber ich würde sagen, dass in der Tat die katholische Soziallehre und die Subsidiarität hier noch einmal zu nennen sind. In Litauen ist die erste Institution, die einer Person und dem Einzelnen am nächsten ist, die Familie. Zur Analyse der Entwicklung in Litauen muss man aber auch spezifische Indikatoren betrachten. Meines Erachtens tragen Familien trotz niedriger Einkommen von

vielleicht 300 Euro im Monat viel zur Entwicklung der Wirtschaft bei, obwohl man sich fragt, wie die Menschen damit überhaupt zurechtkommen können. Deshalb würde ich noch einmal sagen, dass die Familie in unserem Land in der Regel funktioniert. Zudem gibt es natürlich die Caritas und andere Organisationen.

Unsere Gesellschaft strebt heute danach, wirklich etwas zu geben und auch dafür zu sorgen, dass soziale Dienste und Leistungen bereit gestellt werden können für die, die uns nah oder gar am nächsten sind. Wir blicken hierbei allerdings auf ein sehr bürokratisches System des Staates, das es uns nicht erlaubt, das zu tun, was wir tun müssen und sollten. Zusätzlich zu ihren Steuerbeiträgen spenden viele Katholiken aber auch ihren Pfarrern und Gemeinden. Das heißt, dass wir als Katholiken hier zwar doppelt partizipieren, aber auch doppelt zahlen und natürlich auch persönlich mithelfen und -arbeiten und persönlich engagiert sind. Man muss sich fragen, was gerade mit unserer Gesellschaft passiert: Muss der oder die Einzelne sich nicht mehr um Senioren, Kinder, Waisen und andere bedürftige Menschen kümmern, nur weil er oder sie Steuern zahlt und der Staat sich ja sowieso schon darum kümmert? Meines Erachtens ist dies genau nicht der richtige Standpunkt.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Die Frage ist also, ob die Caritas immer das Vakuum füllen soll, das der Staat hinterlässt, oder ob dieser in gewissem Maße auch explizit in die Pflicht genommen werden sollte. Sollte Caritas also vielleicht auch als Mahnerin gegenüber dem Staat agieren, wie es in der deutschen Caritas auch immer wieder der Fall war?

*Schwester Daiva Kuzmickaitė MSV:*

Wohl nur in geringem Maße, denn unser Staat, das heißt unsere Regierung, ist sehr aktiv, was natürlich auch an der EU liegt und daran, dass wir sozusagen gut dastehen wollen. Es liegt nicht nur an der Gesetzgebung, aber wir tun, was getan werden sollte. Häufig ist es natürlich auch so, dass sowohl persönliches Engagement als auch das der Caritas kei-

nen Platz mehr haben, was oftmals zu Problemen bei der Motivation der Leute führt, denn natürlich verschwinden diese Probleme nicht einfach von selbst. Wir sehen sie tagtäglich und direkt vor unserer Tür. Der Staat kann hier also entweder einfach nur Geld geben oder tatkräftig Unterstützung und Hilfe bereitstellen, die Arbeit an sich muss jedoch getan werden.

*Andrij Waskowycz:*

Die Ukraine ist im Gegensatz zu Litauen nicht Mitglied der Europäischen Union und muss deswegen offensichtlich auch nicht gut dastehen. Obwohl die soziale Sphäre in der Ukraine finanziell sehr gut ausgestattet ist, fühlt sich der ukrainische Staat nicht in die Pflicht genommen. Leider werden Gelder sehr ineffizient eingesetzt und kommen nicht bei den Menschen an. Dies hängt natürlich nicht nur mit Ineffizienz zusammen, sondern auch mit einem hohen Maß an Korruption gerade in diesem Bereich. Die Frage ist aber, ob die Caritas oder ähnliche Organisationen hier einspringen können. Meine Antwort lautet: Sie können es heute in der Ukraine noch nicht. Dies lässt sich anhand eines einfachen Zahlenspiels erklären: Die Ukraine hat eine Bevölkerung von 47 Millionen Menschen, die Caritas Ukraine hat einen Mitarbeiterstab von 400 Menschen und kann natürlich nur einen ganz geringen Teil von Menschen versorgen und staatliche Aufgaben im sozialen Bereich wahrnehmen. Die Caritas entwickelt Modelle zur kirchlichen sozialen Arbeit so, dass sie auch von staatlichen Strukturen übernommen werden können, beispielsweise im Bereich der Hauskrankenpflege. Dieses Modell ist heute avantgardistisch und ein Pilotprojekt, das übernommen werden kann, wenn der Staat bereit ist, solche Modelle zu finanzieren, doch dies ist leider noch nicht der Fall. Zudem fördert der Staat ebensowenig Strukturen, die solche Arbeit leisten könnten. Deshalb ist der Mensch auf sich selbst gestellt. Die Folge davon, nämlich Arbeitsmigration, kennen wir bereits aus Deutschland. Menschen, die keine Möglichkeit haben, durch den Staat Hilfe zu erhalten, verlassen das Land. In der Ukraine gibt es etwa 5 bis 7 Millionen Arbeitsmigranten, das heißt ca. 10 bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, die in die ganze Welt gegangen sind, zwar weniger nach Deutschland, sondern vor allem in den südli-

chen Teil der Europäischen Union, und die zum größten Teil irreguläre Arbeitsmigranten sind. Dies stellt das nächste Problem dar: Als irreguläre Arbeitsmigranten haben sie keinen großen Nutzen für die ukrainische Gesellschaft, denn zum Teil bleiben sie viele Jahre im Ausland, leben in der Schattenwelt, lernen nur die illegalen Formen der Wirtschaft kennen und wenn sie zurückkommen, können sie kaum positive Erfahrungen in die Gesellschaft einbringen. Denn sie lernen im Ausland nur das kennen, was sie zuvor auch in ihrer Heimat gesehen haben: Die ukrainische Wirtschaft ist nämlich gekennzeichnet durch Korruption, Schattenwirtschaft, Illegalität und einen Schwarzmarkt. Irreguläre Migranten, die im Ausland „schwarz“ gearbeitet haben, ändern das durch ihre Rückkehr nicht.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Vielen Dank. Herr Posselt, wenn ich die Auffassung von Herrn Wasowycz richtig interpretiere, dann wäre ein Teil der sozialen Verelendung oder der sozialen Schwierigkeiten vielleicht auch durch die Visa-Frage zu beheben, insofern als die Arbeitsmigration aus der Ukraine heraus von einer illegalen zu einer legalen werden könnte, oder generell über eine engere Anbindung durch das Assoziierungsabkommen. Kann dies ein Weg sein, die soziale Lage in der Ukraine zu verbessern?

*Bernd Posselt MdEP:*

Ich muss dies mit einem ganz klaren Nein beantworten, da dies nur vorübergehend die Probleme lösen kann. Um es ganz klar zu sagen: Ich bin für eine Liberalisierung des Visa-Regimes und letztlich für dessen Abschaffung. In Südosteuropa müsste es meines Erachtens in diesem Bereich entsprechende Veränderungen geben; beispielsweise gehört es im Kosovo längst und in der Ukraine möglichst bald abgeschafft und in Schritten liberalisiert, denn es gibt schließlich einen entsprechenden Bedarf an Arbeitskräften. Dennoch sage ich ganz klar, dass dies nicht das Problem löst. Während vieler Reisen in die Tschechische Republik musste ich feststellen, dass dort inzwischen fast nur noch Ukrainer arbeiten, wobei in der Ukraine dann wiederum andere Nati-

onalitäten arbeiten. Somit ist dies auf die Dauer nicht die Lösung, sondern es müssten sich vielmehr die Länder selbst entwickeln bzw. entwickelt werden.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Vielen Dank! Herr Lunte, wir diskutieren also über die mögliche Staatsbezogenheit kirchlicher sozialer Dienste als kirchliche Zivilgesellschaft und Staat. Was ist aus Sicht der COMECE zur Perspektive Europas zu sagen?

*Stefan Lunte:*

Um eine Perspektive für Europa aufzuzeigen, möchte ich an einen zentralen Begriff der von Papst Benedikt XVI. veröffentlichten Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“ anknüpfen. Er greift dort den Begriff der „gratuitas“, also der Freiwilligkeit, der freien Initiative und des spontanen freien Handelns, auf. Darüber würde ich gerne mit Herrn Posselt sprechen und versuchen abzuklären, was genau damit gemeint ist. Wenn die Hilfe durch die Nachbarschaft, unter Freunden und innerhalb der Familie nicht mehr funktioniert und sich daraus entsprechende Schwierigkeiten ergeben, müssen andere freie Initiativen im katholischen Bereich, wie etwa Selbsthilfegruppen, Vereine oder die Caritas, zunächst einmal die Möglichkeit bekommen einzugreifen. Aber auch staatliche Einrichtungen im sozialen Bereich, die sozusagen die letzte Rettung sind, haben aus guten Gründen ihre Berechtigung. Doch immer dort, wo zunächst einmal eine Lösung von unten her möglich ist, sollte dieser der absolute Vorrang eingeräumt werden, denn gerade diese Form der „gratuitas“, des geschenkt-Bekommens und des sich-beschenken-Lassens, muss eine Grundkonstante unseres Menschenverständnisses sein. Passiert dies nicht, so verschärft sich das Durchökonomisieren und -rationalisieren noch weiter in die menschlichen Beziehungen hinein. Wir müssen unsererseits dafür sorgen, Freiräume für die spontane Initiative zu behalten, wobei der Caritas eine ganz zentrale Aufgabe zukommt.

*Thomas Müller-Boehr:*

Eine mir vorliegende und zugespitzte Frage ist explizit an die Kirchenvertreter gerichtet: Warum protestieren die Kirchen nicht lauter und taten dies auch nicht in der Vergangenheit, wenn im Rahmen der Troika-Vorgaben im Zusammenhang mit der EU-Debatte und der Verschuldungskrise vor allem soziale Leistungen beschnitten werden mussten?

*Stefan Lunte:*

Die COMECE zumindest hat laut protestiert, doch es ist dann immer auch eine Frage der Rezeption durch die Medien. Andererseits muss man aber auch im Blick behalten, dass es sich hierbei um eine delikate Frage handelt. Beispielsweise lag das Niveau des Mindestlohns in Griechenland weit über dem anderer Länder und vor allen Dingen weit über dem, was die Wettbewerbsfähigkeit und -situation dieses Landes erlaubte. Man kann einfach nicht immer weiter so tun, als wäre solch ein Mindestlohn gerechtfertigt, und diesen dann durch andauernde Schulden- und Kreditaufnahme finanzieren, bis man sich wundert, warum man auf diese Weise irgendwann gegen die Wand fährt. Aufgrund der Komplexität der Frage muss man hier sehr genau hinsehen. Meines Erachtens haben aber die Bischöfe der COMECE gerade auch im November 2012 mit Blick auf Irland, Griechenland, Portugal und Spanien doch eine gute Erklärung abgegeben.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herr Posselt, Sie sind kein kirchlicher Vertreter, aber ein kirchlich engagierter Europapolitiker. Darf ich deshalb auch diese Frage an Sie weitergeben?

*Bernd Posselt MdEP:*

Zunächst einmal muss man sagen, dass die Troika auf diesem Gebiet überhaupt keine Vorgaben macht. Bisher wurden Staaten mit ihren jeweiligen Sozialsystemen durch Kreditaufnahme auf dem Finanzmarkt

finanziert. Wenn ein Land aber nicht mehr kreditwürdig ist, bekommt es diese nicht mehr und andere Staaten müssen einspringen, um es wieder kreditwürdig zu machen. Dazu gehört natürlich auch, dass das Land einen Beitrag leistet, um seine Staatsverschuldung zu reduzieren. Wie dies geschieht, entscheiden die Staaten im Grunde genommen selbst. Nun sind aber vor allem nationale Politiker so strukturiert, dass sie gerne ihren eigenen Willen äußern, wenn es um Vorschriften oder Pflichten bezüglich der EU geht. Hierzu ein kleines Beispiel: Griechenland hat sein Staatsfernsehen geschlossen und behauptet, dies aufgrund einer EU-Vorschrift zu tun. Dies war schlichtweg nicht wahr, und inzwischen wurde das Staatsfernsehen wieder eröffnet. Die EU und der Weltwährungsfonds schrieben lediglich vor, Griechenland müsse seine Staatsverschuldung verringern; wie dies zu tun sei, müsse das Land selbst entscheiden.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass es wesentlich bequemer ist, unbequeme Entscheidungen auf irgendwelche internationale Mächte zu schieben, die niemand greifen kann, als selbst etwas zu tun. In Deutschland praktizieren Politiker dies übrigens genauso: Ist ein Thema populär, so schreiben sie es sich selbst zu, wird jedoch etwas als unpopulär wahrgenommen, schieben sie es der EU zu. Dieses Spiel wird in allen Ländern praktiziert. Die Vorgaben der EU im Rahmen des Sparappells beziehen sich also nicht auf einen Teilbereich wie den sozialen Sektor, sondern sind lediglich allgemein formuliert. Dass dabei der soziale Bereich nicht ausgespart bleibt, versteht sich von selbst. Gerade die Kirchen müssen also immer wieder gegen einseitiges Sparen im sozialen Bereich protestieren; darüber besteht auch Einigkeit. Ich sage es noch einmal ganz klar: Man wird die Staatsschulden-Krise nicht ohne Einsparungen im Sozialbereich lösen können, diese dürfen jedoch nicht unmenschlich sein. Vor allem aber muss auch in Wachstum investiert werden, was jedoch – im Gegensatz zu Griechenland – von einer seriösen Staatsfinanzierung abhängt. Ich sage aber auch klar, dass niemand in der EU dagegen protestieren würde, wenn Griechenland die Reichen stärker besteuern würden, was die EU im Übrigen auch nicht vorschreibt.

*Stefan Lunte:*

Man muss genau unterscheiden zwischen dem, was die Troika durch Hilfsmaßnahmen und -pakete tut und was parallel dazu innerhalb der europäischen Institutionen mit viel Energie erarbeitet wird, um solche Situationen künftig zu verhindern. Einerseits geht es darum, die aktuelle Liquiditäts- bzw. Solvenzkrise einiger Mitgliedsstaaten der Eurozone zu beheben, aber gleichzeitig auch die Frage zu stellen, wie diese Länder wieder aus ihrer Misere herauskommen. Wir müssen uns also fragen, wie sie aus dieser Situation, in die sie sich mit unserer Zustimmung und unserem Nicht-Hinsehen hineinbegeben haben, wieder herauskommen und wie man hierbei vorbeugend arbeiten kann. Ich empfinde es als skandalös, wenn man einerseits im Ministerrat und im Europäischen Rat zunächst solchen Regelungen zustimmt und sich dann darauf einlässt, dass künftig die Europäische Kommission vorab unseren Haushalt und seine Solidität überprüft, gerade um den Zusammenhalt der Währungsunion nicht erneut zu gefährden. Wenn allerdings die Europäische Kommission dies tut, darf sich ein Staatspräsident, wie beispielsweise der französische, nicht beschweren, man würde ihn und sein Land bevormunden und der „grande Nation“ etwas vorschreiben. Dies ist keine gute, sondern eine heuchlerische Politik.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Natürlich werden sich auch die Sozialsysteme der „alten“ westlichen EU-Staaten maßgeblich verändern, sodass man dann entsprechend sehen wird, welche Art von europäischem Gesellschaftsvertrag es geben wird. Wir können also nicht nur über Transformationen in den jüngeren Demokratien diskutieren, sondern müssten immer auch die „alten“ Staaten mit im Blick haben.

*Thomas Müller-Boehr:*

Eine weitere Frage passt genau in die soeben diskutierten ökonomischen Zusammenhänge und geht auf die Dimension der Gerechtigkeit ein: Welche Rolle könnten oder sollten Wirtschaftsunternehmen in Europa hier spielen?

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Ich würde diese Frage gerne in eine Schlussrunde umwandeln, in der jede und jeder von Ihnen entsprechende Wünsche für ein zukünftiges Europa mit Blick vor allem auf die soziale Gerechtigkeit äußern bzw. ihre/seine Vorstellung von dieser sozialen Dimension von Gerechtigkeit im Abgleich zur ökonomischen Dimension darlegen kann. Hierbei kann dann auch die Rolle der Unternehmen mit hineinspielen.

*Stefan Lunte:*

Ich greife den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft auf, der bereits von Herrn Posselt eingeführt wurde. Dieser ist eben nicht nur in der deutschen Tradition weit verbreitet und in der katholischen Soziallehre verwurzelt, sondern er findet sich auch in unserem europäischen Vertrag, der uns alle bindet. In Artikel 3, Absatz 3, ist es als Ziel definiert, eine wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft zu erlangen und entsprechend darauf hinzuarbeiten, wobei ein Markt und seine Organisation nur das Mittel hierzu sind. Erzielt werden soll eine sozial ausgewogene Marktwirtschaft, in der Unternehmen einen wichtigen Platz einnehmen. Eine bedeutende Regierungschefin eines mitteleuropäischen Landes betont immer wieder, dass Europa mit 5 Prozent der Weltbevölkerung zu 25 Prozent der Wirtschaftsleistung und 50 Prozent der Sozialleistung weltweit beiträgt. Wenn es keine Unternehmen gibt, die Profite erwirtschaften, von denen sie Löhne und Gehälter, Sozialleistungen und Steuern bezahlen können, dann kann eine Soziale Marktwirtschaft nicht funktionieren. Man könnte lange darüber diskutieren, wie wir den sozialen Teil unserer Marktwirtschaft ausgestalten wollen, um möglichst subsidiär zu bleiben, um unterschiedliche staatliche Traditionen zu respektieren und um gleichzeitig gewisse europaweite Garantien auszusprechen. Hierbei müssen wir aber immer im Blick behalten, dass wir für diese soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union leistungsfähige und profitable Unternehmen brauchen.

*Bernd Posselt MdEP:*

Wir brauchen weder Sozialismus noch Kapitalismus, sondern wir müssen als Christen für eine nicht-materialistische Ordnung eintreten. Ganz konkret: Staat und Wirtschaft sollten für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Es ist also ganz entscheidend, dass Staat und Wirtschaft dem Menschen nachgeordnet sind. Wenn man dies konkret anwendet, kommt man wieder zu dem vorhin in der Diskussion aufgegriffenen Stichwort „Gleichgewicht“. Selbst in einem so wohlhabenden Land wie Bayern gibt es Probleme, sodass ich einmal eine heftige Diskussion zwischen Ministerpräsident Horst Seehofer und einem bayerischen Großunternehmer erlebt habe, in der der Großunternehmer versuchte, dem Ministerpräsidenten einzureden, die ländlichen Räume doch verfallen zu lassen und diese nicht weiter zu subventionieren, sondern sich stattdessen auf die großen Städte und Wachstumszonen zu konzentrieren, woraufhin der Ministerpräsident massiv widersprach. Passend hierzu ist es, dass es in zehn Tagen bei der bayerischen Landtagswahl eine Abstimmung bezüglich einer Verfassungsänderung geben wird mit dem Ziel, allen Regionen möglichst gleichwertige Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Es wird also weder Mega-Cities noch eine Vernachlässigung des ländlichen Raumes geben, da wir eine Balance zwischen beiden brauchen, genau wie eine Balance zwischen akademischer und praktischer Bildung. Wir müssen uns von der Wahnidee verabschieden, dass nur der, der studiert hat, ein vollwertiger Mensch ist. In anderen europäischen Ländern, in denen die schulische Bildung und eine praktische handwerkliche Ausbildung miteinander kombiniert werden, wird derzeit das in Deutschland etablierte duale System diskutiert, und in Bayern gibt es etwa 10.000 gut bezahlte und attraktive Lehrstellen für junge Menschen aus der Europäischen Union, die dies jedoch nicht wahrnehmen. Wir müssen also auch in Europa viel flexibler werden.

In Bezug auf die Unternehmen kommt dem Mittelstand im Gegensatz zu den Konzernen eine größere Bedeutung zu. Die Stärke unserer Wirtschaft sind kleine und mittelständische Betriebe, die allerdings in post-sozialistischen Gesellschaften zum Teil schwerer aufzubauen sind. Es

handelt sich meines Erachtens um eine absolute Fehlentwicklung, wenn selbst in Orten hier im Großraum München die meisten kleinen Existenzen kaputt gehen, sodass es nur noch einen riesigen Supermarkt gibt und die Ortskerne veröden, weil es dort kaum noch etwas zu kaufen gibt. Dies sind gesellschaftliche Entwicklungen, mit denen Deutschland, aber beispielsweise auch die Tschechische Republik, zu kämpfen hat. Früher sagte man stets, dass die Landwirtschaft wichtig sei, doch heute werden Flächen stillgelegt. Wir brauchen also eine klare gesellschaftliche Balance, lebensfähige kleine und mittlere Betriebe und eine zukunftsfähige Landwirtschaft.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Vielen Dank. Darf ich auch Sie, Schwester Daiva, und Herrn Waszkowycz um Ihre abschließende Stellungnahme zur Frage der sozialen Dimension in der Zukunft Europas aus litauischer und ukrainischer Perspektive bitten?

*Schwester Daiva Kuzmickaitė MSV:*

Nun, ich stimme dem, was zuvor gesagt wurde, gänzlich zu, gerade wenn es um die kleinen mittelständischen Unternehmen geht. Ich glaube, diese brauchen wir in unserer Gesellschaft, damit wir uns und die Gesellschaft erneuern und wiederbeleben können und damit die Menschen Vertrauen haben. Dies ist meines Erachtens wirklich das Wichtigste. Vor allem aber sind glückliche Menschen wichtig, die Solidarität und Freundschaft leben, Vertrauen haben und gerne für andere geben.

*Andrij Waskowycz:*

Lassen Sie es mich so formulieren: Was ich mir wünsche, ist zweigeteilt. Erstens: Was wünsche ich mir von der Europäischen Union in Bezug auf die Ukraine? Diesbezüglich sind zwei Fragen ganz wichtig. Einmal die Abschaffung des Visa-Regimes, da es katastrophale Auswirkungen hat auf die Familien in der Ukraine und auf die Menschen. Das Visa-Regime als ordnungspolitischer Ansatz hindert die Menschen nicht da-

ran, in die EU zu kommen, sondern es führt dazu, dass sie nicht mehr in ihre Länder zurückkehren. Deswegen muss dieses System abgeschafft werden. Es müssen andere und mehr Wege der legalen Arbeit für Ukrainer innerhalb der Europäischen Union gefunden werden, denn diese Arbeitskräfte werden benötigt. Zweitens wünsche ich mir grünes Licht für das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union, weil es für die Ukraine die europäische Perspektive bedeutet, die dort die Wertediskussion befeuert. Die Ukraine kann ohne diese Wertediskussion nicht Mitglied der Europäischen Union werden. Schließlich wünsche ich mir hinsichtlich dieser Wertediskussion für mein Land selbst, dass die ukrainischen politischen und wirtschaftlichen Eliten einsehen, dass, wie es heute formuliert wurde, Gerechtigkeit und Freiheit Synonyme für Frieden sind.

*Prof. Dr. Andrea Gawrich:*

Herzlichen Dank. Hiermit sind wir am Ende unserer Podiumsdiskussion angekommen. Wir haben viel über die Perspektive des normativen Fundaments der Europäischen Union gesprochen und eine Diskussion über die Perspektive der kirchlichen Zivilgesellschaft für die Demokratien zur Abmilderung der sozialen Spaltung geführt; zudem wurde kontrovers darüber gesprochen, welche Rolle gegenüber dem Staat eingenommen werden soll. Von großer Bedeutung war die Aufforderung an uns alle, infolge der Weltfinanzkrise stärker grenzüberschreitend auf europäischer Ebene in der Caritas aktiv zu sein. Die ukrainische Perspektive hat uns zum Schluss noch einmal gezeigt, dass die Nähe zur EU ein Potenzial für mehr Gerechtigkeit und Freiheit und für den Abbau von sozialer Ungerechtigkeit zu haben scheint.

Ich danke unserem Referenten Herrn Posselt und allen Diskutanten dieses Podiums sehr herzlich. Vor allem danke ich auch Ihnen allen für Ihre engagierten Fragen.

## Entstehung und Bedeutung der Ikonostase<sup>1</sup>

Wenn wir eine Ikonostase – eine Bilderwand – in der Kirche aufstellen, heißt dies, eine Grenze zwischen dem göttlichen und dem menschlichen Raum zu schaffen? Heißt es vielleicht, die Priester von den Gläubigen abzutrennen oder die Geweihten auf diese Weise als besondere Menschen zu definieren?



Auch wenn es sich im eigentlichen Sinne um eine Wand, um eine Bilderwand, handelt, so ist ihre Funktion keineswegs trennend, sondern im Gegenteil verbindend. Eine *Ikonenwand* ist in erster Linie eine *Verbindung zwischen Gott und Mensch*, indem sie uns Irdischen – unter Wahrung der Unzugänglichkeit Gottes – Gott selber näher bringt.

Eine Ikonenwand dient aber auch der Verbindung und Versöhnung unter den Menschen. Besonders schön und aussagekräftig sieht man dies in der tragbaren Ikonostase von Renovabis, die in der heutigen Vesper eingeweiht wird. Doch bevor auf diese versöhnende und verbindende Bedeutung der Ikonostase eingegangen wird, lohnt es sich, kurz auf die Geschichte der Entstehung der Ikonostase zu schauen.

### Zur Geschichte der Ikonostase

Auf einer ersten Entwicklungsstufe muss Folgendes festgehalten werden: Bereits die frühesten bekannten gottesdienstlichen Versamm-

---

<sup>1</sup> Dr. Oleksandr Petrynko, damals Vizerektor des Collegium Orientale, hielt den Vortrag anlässlich der Einweihung und Segnung der Renovabis-Ikonostase am 29. August 2013. Für die Drucklegung wurde der Text leicht überarbeitet.

lungsräume der Christen vor dem 4. Jahrhundert weisen eine Abtrennung zwischen dem Altar- und dem übrigen Kirchenraum auf; eine solche Abtrennung gehört seit frühester Zeit als integraler Bestandteil zur frühesten kirchlichen Architektur, auch wenn sie ursprünglich nur aus ein paar Stufen bestand. Oft wurde in dieser frühen Zeit der Altartisch selber noch mit einem Ciborium und Baldachin überdacht und mit Vorhängen zwischen den Säulen versehen, um die Heiligkeit dieses Ortes hervorzuheben.

Für die weitere Stufe der Entwicklung der Ikonostase kann man mit aller Berechtigung die Altarschranken, sogenannten „kangella“ bzw. „cancelli“, nennen, die sich in der Kommunionbank der westlichen Christen erhalten haben. Solche Schranken wurden höchstwahrscheinlich inspiriert durch die Hofzeremonien und Auftritte der römischen Kaiser bzw. durch ähnliche Schranken in deren Palästen, wofür es mehrere Zeugnisse in Architektur und Kunst gibt. Auch manche Kapellen in den Katakomben weisen Spuren solcher Schranken auf. Im 4. und 5. Jahrhundert dürfen wir uns diese Schranken als eine Reihe niedriger Platten vorstellen, die untereinander mit gleich großen Pfosten verbunden waren. Im 5. und 6. Jahrhundert wachsen die Pfosten zu richtigen Säulen, welche oben mit einem Querbalken verbunden werden, höchstwahrscheinlich, um oben einen Vorhang anbringen zu können. Auf diesem Entwicklungsstadium ist die Abtrennung zwischen dem Allerheiligsten und dem Raum der Gläubigen in der armenischen und äthiopischen Kirche erhalten geblieben, die eine Ikonostase wie im byzantinischen Ritus nicht kennen. Auch in vielen georgischen Kirchen, die wir mit dem Collegium Orientale letztes Jahr besuchen durften, sind solche aus Stein gemeißelten Säulenschranken in dieser ursprünglichen Form bis heute erhalten.

Der Querbalken weist sehr bald ornamentalen Schmuck auf und die Räume zwischen den einzelnen Säulen werden mit Vorhängen geschmückt. Seit der Mitte des 6. Jahrhunderts gibt es auf dem Querbalken auch erste Darstellungen von Christus, der Gottesgebärerin, den Propheten und den Heiligen in Medaillonform. Mit solch einer ausgeschmückten Abtrennung, damals „Templon“ genannt, wurde die Hagia

Sophia in Konstantinopel ausgestaltet, die in dieser Zeit entstanden ist und für die allermeisten Kirchen der byzantinischen Tradition zum Vorbild wurde. Über die Innenausstattung der Hagia Sophia sind wir durch schriftliche Zeugnisse gut unterrichtet.

Eine der ersten Darstellungen auf dem Querbalken des Templons dürfte wohl die *Deesis* (altgriechisch „Bitte“, „Flehen“) gewesen sein: Christus in der Mitte, von der Gottesmutter und Johannes dem Täufer in Gebetshaltung flankiert, mitunter erweitert durch eine Apostel- bzw. Prophetenreihe.

In der dritten Entwicklungsstufe, die durch die Zeit der ikonoklastischen Wirren des 8. Jahrhunderts eingeleitet wurde, wird das Templon immer mehr mit Ikonen ausgefüllt; denn nach dem 7. Ökumenischen Konzil von Nizäa (787) durften die theologisch geklärten Darstellungen der Heiligen öffentlich verehrt werden. Diese Entwicklungsstufe war sicher sehr intensiv und ideenreich, was die Ausgestaltung, den Schmuck, die Ornamentformen und die ikonenhaften Darstellungen angeht. Der Freude über den Sieg der Bilderverehrung verdankt die Ikonostase in dieser Form ihre rasche Verbreitung. Zu jener Zeit waren die Ikonen noch beweglich, austauschbar und nicht fest in die Ikonenwand verankert.

Zur ganzen Fülle der Ikonen kommen auch noch Elemente aus dem kaiserli-

Zur ganzen Fülle der Ikonen kommen auch noch Elemente aus dem kaiserli-



*Ikonostase in der  
Entschlafungskirche  
(Kiew, Höhlenkloster)*



*Ikonomastase der Heilig-Geist-Kapelle (Collegium Orientale Eichstätt)*

chen Hofzeremoniell, mit Einzügen und Auszügen, die sich ja für einen öffentlichen christlichen Gottesdienst mit Prozessionen sehr gut eignen. Dabei wurden die Elemente der Verehrung des irdischen Kaisers auf Christus, den „Kaiser aller Kaiser“, übertragen.

Erst in der hochbyzantinischen Zeit des 13./14. Jahrhundert erscheint die voll ausgebildete Ikonomastase, wie wir sie heute kennen, mit einem klaren Kanon für die Platzierung der Bilder; natürlich unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und der Heiligenverehrung. Dies kann als vierte und letzte Entwicklungsstufe der Ikonomastase bezeichnet werden.

Von da an gibt es auch feste Türen, normalerweise drei an der Zahl, damit gottesdienstliche Prozessionen durchgeführt werden können. Die mittlere heißt „die Königliche Tür“ und die beiden Seitentüren die dienstlichen oder auch Diakonen-Türen. Im Laufe dieser Jahrhunderte bilden sich Regeln für Ikonenreihen aus, die fast überall auch heute noch befolgt werden:

1. Reihe: Darstellungen des AT
2. Reihe: Die vier Hauptikonen, in der Mitte Christus und die Gottesmutter, links und rechts davon der heilige Nikolaus und die Ikone des Kirchenpatrons;
3. Reihe: Die Hochfeste und die Feste der Gottesmutter mit dem Letzten Abendmahl oder dem Mandylion (Abbild Christi) in der Mitte;
4. Reihe: Deesis mit der Apostelreihe;
5. Reihe: Prophetenreihe, die mit einer Kreuzigung gekrönt ist.

Auf diese Weise bildete sich die Ikonenwand im byzantinischen Ritus heraus. Sie gehört bis heute auch für einen nicht-orthodoxen Christen, einen Nicht-Byzantiner, untrennbar und unverzichtbar zum Wesen der byzantinischen Kirchenräume. Bekannt sind heute 5-, 7- und sogar 9-reihige Ikonostasen, die mitunter wie eine sich bis zur Kirchendecke erhebende Wand mit Ikonen aussehen. Eine solche Ikonenwand war im ersten christlichen Jahrtausend natürlich unbekannt, ja sie wäre undenkbar gewesen. Ich bin mir sicher, dass die heutigen voll ausgebildeten großen Ikonostasen selbst für die größten Verfechter und Verteidiger der Ikonen wie Germanus von Konstantinopel (gest. 730/733) und Johannes von Damaskus (gest. um 745) furchteinflößend gewirkt hätten. Der Begriff „Ikonostase“, abgeleitet von den griechischen Begriffen *ikóna* = Bild und *stáse* = Stand bzw. Ständer, ist übrigens eine Bezeichnung jüngerer Datums und stammt aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Auf Folgendes darf noch kurz hingewiesen werden: Wenn man mit westlichen Christen und Theologen über die Ikonostase spricht, werden oft die mittelalterlichen abendländischen Lettner, wie z. B. in St. Pantaleon in Köln, mit der byzantinischen Ikonostase verglichen. Es stimmt, dass es ein paar Gemeinsamkeiten zwischen den beiden kirchlichen Inneneinrichtungen gibt. Doch die Unterschiede sind vielfältiger und bedeutsamer. Der Lettner hat sich beispielsweise aus dem Ambo und nicht aus den Schranken, den „cancelli“, und nicht vor dem 12. Jahrhundert herausgebildet. Er hat auch eine andere liturgische Funktion und dient den Schriftlesungen (daher die Bezeichnung „Lettner“, aus dem

Lateinischen „Lectorium“: Vorleseort) und dem feierlichen Chorgesang sowie den Proklamationen.

## **Zur Bedeutung der Ikonostase heute**

Eine Ikonostase hat mehrere Funktionen und ist deshalb bedeutungsvoll für eine byzantinische Kirche, besonderes für ihren Gottesdienst.

### *Theologische Funktion:*

Erstens: Sicherlich stammt der theologische Gedanke der Abtrennung zwischen dem geheimnisvoll Göttlichen und dem Menschlichen, dem Heiligen und dem Profanen, aus dem Alten Testament und wird auch in der mit Ikonen ausgestalteten Ikonostase weitertradiert und verwirklicht. Die Einteilung des alttestamentlichen Tempels konnte im Christentum nicht spurlos verloren gehen: Was im Alten Bunde vorhergebildet war, findet seine Erfüllung im Neuen Bund.

Zweitens: Die Ikonostase verleiht der byzantinischen Liturgie ihren besonderen mystisch-feierlichen Charakter. Auf diese Weise wird die Unzugänglichkeit Gottes gewahrt, aber zugleich auch seine Zugänglichkeit und seine Einlassung auf uns Menschen m. E. gelungen dargestellt. Der ewige Gott bleibt zwar für uns Menschen immer unerkannt und unzugänglich und wird deshalb durch die Ikonostase verhüllt, und doch lässt er sich zu uns herab, wird für uns Mensch und uns in der heiligen Kommunion gereicht, wofür der Priester die Königliche Türe der Ikonostase öffnet, damit der Unzugängliche unter uns erscheinen kann.

### *Liturgische Funktion:*

Die Ikonostase erfüllt eine sehr wichtige liturgische Aufgabe. Sie ermöglicht gottesdienstliche Prozessionen, beispielsweise die beiden so genannten Einzüge während der Göttlichen Liturgie.

Der Kleine Einzug und der Große Einzug sind wesentlich für eine eucharistische Liturgie der byzantinischen Kirche und weisen in ihrer Symbolgestalt auf Folgendes hin: Bekanntlich will die gesamte Göttliche Liturgie in ihren Einzelteilen das ganze Mysterium Christi, sein irdisches Leben und sein heilbringendes Wirken darstellen. Während der Kleine Einzug mit dem Evangelium den eigentlichen Wortgottesdienst mit den Lesungen einleitet und seit jeher die Menschwerdung und die Predigtstätigkeit Jesu Christi versinnbildlicht, stellt der Große Einzug mit den Gaben den Einzug Jesu in Jerusalem dar, verbunden mit den Heilstaten der Erlösung: die freiwillige Auslieferung, den Tod und die Auferstehung. Durch den Großen Einzug wird der eigentliche eucharistische Teil der Liturgie mit dem Hochgebet eröffnet.

*Katechetische Funktion:*

Mit der Ikonostase lässt sich sehr schön Katechismusunterricht und Evangelisierung durchführen. Dies kann ich aus eigener Erfahrung sowohl in der Ukraine als auch in Eichstätt bestätigen.

Sehr zugänglich und lebendig kann man mithilfe einer Ikonostase beispielsweise eine Einführung in die Technik und den Geist der Ikonenmalerei machen. Die Kommuniongruppen und Firmlinge, die uns im Collegium Orientale besuchen, sind immer wieder begeistert, wenn ihnen vom Leben und Wirken der dargestellten Heiligen berichtet wird. Auf diese Weise wirken die Ikonen in der Ikonostase als Fenster zum Himmel, zum ewigen Leben, das für die Heiligen bereits vollkommene Wirklichkeit ist und auf das sie uns hinweisen wollen.

Durch die Ikonostase können die Inhalte des christlichen Glaubens wunderbar erklärt werden, wovon bereits ein unbekannter Verfasser einer Verteidigungsrede aus der 2. Hälfte des 8. Jahrhunderts wusste und der von der katechetischen und evangelisierenden Kraft der Ikonen überzeugt war, als er sagte: *„Wenn ein Ungläubiger zu dir käme und bäte: ‚Zeige mir deinen Glauben, damit auch ich glaube‘, was wirst du ihm zeigen? Wirst du ihn nicht von den sichtbaren zu den unsichtbaren Dingen emporführen, damit er diese willig annehme? ... Höre: Du führst*

*ihn in die Kirche und zeigt ihm ihren Bildschmuck. Du machst ihn aufgeschlossen für die Gestalten der Ikonen; der Ungläubige schaut selbst und sagt: ‚Wer ist dieser, der gekreuzigt ist? Wer ist dieser, der aufersteht? ...‘ Unterweist du ihn dann nicht aus der Ikone, indem du ihm sagst: ‚Dieser Gekreuzigte ist Gottes Sohn, der wegen der Sünden der Welt ans Kreuz geschlagen wurde. Dieser, der da aufersteht, ist selbst der erste, und mit ihm erweckt er den Urahn Adam ...‘ Und so bringst du ihn zur Erkenntnis Gottes ... Und wenn er würdig geworden ist, wird er auch daran teilhaben und nach und nach steigt er zu deinem Glauben und deiner Erkenntnis empor. Siehst du, dass du ihn so von den sichtbaren zu den unsichtbaren Dingen emporführst? – So verstehe mir auch die Ikonen!“<sup>2</sup>*

#### *Praktisch-ästhetische Funktion:*

Nicht zuletzt hat die Ikonostase eine praktische Bedeutung: Eine Ikonenwand kann man unterschiedlich schmücken. Je nach der liturgischen Zeit im Jahreskreis (Fastenzeit, Osterzeit, Weihnachtszeit) werden die einzelnen Ikonen z. B. in der Ukraine mit bestickten oder einfachen Tüchern geschmückt oder es werden mehr oder weniger Kerzen oder Lampen vor ihr angezündet. In der „Lichten Woche“ wird vom Ostersonntag bis zum Thomas-Sonntag die Königliche Türe der Ikonostase offen gehalten als Symbol für den Sieg Christi über den Tod und für den direkten Zugang zu Ihm: Die Türen ins Paradies/in den Himmel sind geöffnet!

Auch für die Priester ist es nicht unangenehm, wenn er z. B. nicht für alle sichtbar seine Kleider zurechtmachen oder seine Brille putzen muss und damit das Gebet der Gläubigen nicht ablenkt. Ministranten und Mesner können auch leichter spontane Änderungen und Notsituationen besprechen und lösen, ohne dass der öffentliche Gottesdienst vor der Ikonostase gestört wird.

---

2 Hans-Joachim Schulz: Die byzantinische Liturgie. Glaubenszeugnis und Symbolgestalt (Sophia 5). Trier 1980, S. 95-113, hier S. 95 f.

Mit der skizzierten Entwicklungsgeschichte und mit all den kurz ange-  
rissenen Bedeutungen gehört eine feste Ikonenwand, eine Ikonostase,  
die den Altarraum vom Schiff der Gläubigen trennt, seit mehr als tau-  
send Jahren als unabdingbares Teil zur Innenausstattung der byzantini-  
schen Kirchen, der orthodoxen und der katholischen.

## **Zur Renovabis-Ikonostase: Verbindende Bedeutung der Ikonostase**

Als Pater Stefan Dartmann vor ca. eineinhalb Jahren die Idee äußerte,  
eine kleine tragbare Ikonostase für die Solidaritätsaktion Renovabis zu  
entwerfen und anzufertigen, habe ich mich persönlich und für Renova-  
bis sehr gefreut. Für mich war dies ein weiteres Zeichen der echten  
Solidarität und der aufrichtigen Partnerschaftsidee von Renovabis in  
Bezug auf die Menschen in Mittel- und Osteuropa. Immer wieder wird  
von dem Austausch von Gaben zwischen den Christen im Westen und



*Renovabis-Ikone mit den sechs Patroninnen und Patronen Europas*

im Osten gesprochen, und zwar unterschiedlicher Art: materiell, finanziell, kulturell und selbstverständlich auch geistlich.

Mit der verwirklichten Idee der Renovabis-Ikonostase wird von dem abendländischen christlichen Partner Renovabis eine Plattform geschaffen, auf der die liturgisch-spirituellen Gaben der byzantinischen Renovabis-Partner bei den ostkirchlichen Gottesdiensten im Rahmen der Spendenaktionen und Kongresse ausgetauscht werden können. Auf diese Weise wirkt die Ikonostase nicht nur versöhnend zwischen Gott und den Menschen, sondern sie verbindet und bringt auch Menschen einander näher, was in unserer Zeit der zusammenwachsenden Welt von größter Bedeutung ist.

*Literaturhinweise:*

- I. L. Busjeva-Davydova, Stefan Vanejan: Ikonostas. In: Pravoslavnjaja Enzyklopedija 22 (2009), S. 65-71.
- Klaus Gamber: Liturgie und Kirchenbau. Studien zur Geschichte der Meßfeier und des Gotteshauses in der Frühzeit. Regensburg 1976, S. 148-150.
- Karl Holl: Die Entstehung der Bilderwand in der griechischen Kirche. In: ders., Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte II. Der Osten. Tübingen 1928, S. 225-237.
- Hans-Joachim Schulz: Die byzantinische Liturgie. Glaubenszeugnis und Symbolgestalt (Sophia 5). Trier 1980, S. 95-113.
- Nikolaus Thon: Zur Entwicklungsgeschichte der Ikonostase und ihrer theologischen Fundierung, I. Die Anfänge. In: Hermeneia – Zeitschrift für Ostkirchliche Kunst 2 / 4 (Dezember 1986), S. 193-207; II. Vom Bilderstreit bis zum Ende der hochbyzantinischen Zeit. In: Hermeneia – Zeitschrift für Ostkirchliche Kunst 3 / 2 (Juni 1987), S. 87-100.



*Segnung der Renovabis-Ikone durch Erzbischof Cyril Vasyl SJ*



*Hildegard Rall (links) hat die Ikone geschrieben*



### **III. Berichte aus den Arbeitskreisen**



## **socioMovens – Giving Europe a Soul / Europa eine Seele geben. Entwicklung und Bedeutung eines Alumni-Netzwerks**

Referenten: Prälat Dr. Peter Klasvogt, Dortmund  
Robert Kläsener, Dortmund  
Steffen Eikenbusch, Dortmund  
Luiz Fernando Braz, Dortmund  
Klemen Zalar, Triest/Dortmund

Moderation: Susanne Roosen-Runge, Freising

Ca. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten den Weg zum Workshop „socioMovens- Europa eine Seele geben. Entwicklung und Bedeutung eines Alumni-Netzwerks“ gefunden. Die Interessen an dem Workshop waren vielfältig: allgemeines Interesse an katholischer Soziallehre und Sozialpolitik (auch ökumenisch), Suche nach Erfahrungen und Inspiration für Netzwerk- und Begegnungsarbeit, eigene Tätigkeit in der Freiwilligenarbeit bzw. mit Jugendlichen oder Menschen in Ausbildung. Nicht zuletzt das Stichwort „eine Seele geben“ wurde als europäische Herausforderung empfunden und wollte von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern näher beleuchtet werden.

Im ersten Teil des Workshops erläuterte *Prälat Dr. Peter Klasvogt* die Entstehung und Entwicklung der Sozialakademie „Europa eine Seele geben“. Im zweiten Teil wurden das daraus entstandene Alumni-Netzwerk sowie die jugendsozialen Projektwochen vorgestellt, die von den Alumni in ihren Heimatländern geplant und durchgeführt werden. Eine intensive Diskussion rundete beide Workshopteile ab. Aufgrund des großen Konsenses und der Übereinstimmung über den Sinn und die

Notwendigkeit der Ansätze wirkte die Diskussion auf die Vortragenden und Initiatoren besonders inspirierend.

## **Vorstellung der Sozialakademie sowie ihrer Entstehung und Entwicklung**

Die katholische Soziallehre und das sozialpolitische Engagement der Kirche haben in Deutschland eine langjährige Tradition. Insbesondere während der deutschen Teilung, die auch das damals geteilte Erzbistum Paderborn, den heutigen Veranstaltungsort der Sozialakademie, betraf, beschränkten sich kirchliche Aktivitäten jedoch hauptsächlich auf den Binnenkreis der Kirche, Berührungspunkte dominierten über das kirchliche Sendungsbewusstsein. Auch im Westen ließ sich ein gewisser Rückzug der Kirche ins Private sowie eine Konzentration auf liturgische Frömmigkeit beobachten.

Während der Wende hingegen war jedoch sowohl innerhalb Deutschlands als auch innerhalb Europas eine große Begeisterung und Freiheit spürbar – sowohl innerkirchlich als auch von ihr ausgehend. Nach einigen Jahren verblassten diese Gefühle jedoch wieder, Nationalismus und Protektionismus erstarkten, die Mauer in den Köpfen war wieder bzw. immer noch präsent. Papst Johannes Paul II. und seine Vision, das geeinte Europa müsse mit zwei Lungenflügeln atmen, konnte diese Blockade ein wenig auflösen und die Option eines dritten Weges aufzeigen, der die Opportunitäten von Kommunismus und Kapitalismus überwinden wollte.

An genau dieses Ziel knüpft die Sozialakademie an, welche Prälat Dr. Klasvogt im Jahr 2007 zum ersten Mal leitete. Aufgebaut werden konnte dabei auf schon bestehende Verbindungen mit Rumänien. Jährlich kam bis heute – geschickt von Erzbischof Jakobini – eine Gruppe von Seminaristen aus Alba Iulia zu einem sechswöchigen Aufenthalt nach Dortmund, um nicht nur die deutsche Sprache und pastorale Traditionen, sondern auch Grundzüge der katholischen Soziallehre kennenzulernen. Die durchweg guten Erfahrungen und positiven Rückmeldungen der

rumänischen Bischöfe hinsichtlich dieses Einblicks in westliche Verhältnisse ermunterten Prälat Klasvot, das bestehende Modell nicht nur weiterzuführen, sondern auch auszubauen und zu erweitern.

Im Jahr 2007 fand dann die erste Sozialakademie mit Seminaristen u. a. aus Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien statt. Inzwischen haben ca. 150 Teilnehmer aus 15 Ländern vier Kompaktwochen der Sozialakademie in Deutschland verbracht, um in Theorie und Praxis, durch Gespräche mit Vertretern aus Kirche, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, durch Exkursionen und praktische Mitarbeit in einem Sozialprojekt einen breiten Einblick in Hintergründe, Ziele, Prinzipien und Ordnungsentwürfe der katholischen Soziallehre zu bekommen. Neben der *sozialen und sozialpolitischen Dimension* stehen auch die *europäische* sowie die *spirituelle* Dimension im Zentrum der Akademie. Im gegenseitigen Austausch und im täglichen miteinander lernen sich die Seminaristen auch untereinander sowie die jeweiligen Herkunftsländer besser kennen. Besuche in Brüssel, Den Haag und/oder anderen Zentren und Institutionen der EU komplettieren dabei das Bild von Europa. Eine spirituelle Dimension erhält die Sozialakademie durch die täglich gemeinsam gefeierten Gottesdienste sowie durch ein gelebtes Tagesmotto aus dem Evangelium, das allabendlich reflektiert wird. Auch das gemeinsam gefeierte Liborifest in Paderborn zu Beginn der Sozialakademie bietet den mittel- und osteuropäischen Seminaristen einen oft unerwarteten Einblick in ein nicht ganz so säkularisiertes Deutschland, wie viele anfangs aufgrund ihres Vorurteils befürchten.

Eine Evaluation und gemeinsam mit dem Päpstlichen Rat Justitia et Pax durchgeführte Reflexion der ersten erfolgreich durchgeführten Sozialakademie bestärkten Organisatoren und Geldgeber, auch weiterhin mittel- und osteuropäischen Seminaristen auf diese Art und Weise die soziale Dimension des Evangeliums nahezubringen, die eine Kirche zu leben und kennenzulernen und nicht nationale Kirchen gegeneinander auszuspielen: „Die Ausbildung der Seminaristen im Licht der Soziallehre der Kirche ist sehr wichtig. Denn es sind die Priester, die den Laien die sozialen Werte der Lehre der Kirche nahebringen. Diese Werte und

Prinzipien des sozialen Lebens müssen der Kompass des Engagements der Laien in der Gesellschaft sein ...“

## **Alumni-Netzwerk und jugendsoziale Projektwochen in Mittel- und Osteuropa**

Anlässlich eines großen Alumni-Kongresses im Jahr 2012 in Ariccia (Italien) mit dem Titel „Für eine Kultur der Verantwortung“ mit annähernd 80 Teilnehmern wurde überlegt, wie Inhalte, Anliegen und Ansatzpunkte der Sozialakademie zurück in die Herkunftsländer der Alumni getragen werden können. Ausgearbeitet wurde das Format von so genannten jugendsozialen Projektwochen: Alumni erarbeiten in Kooperation mit lokalen Institutionen (z.B. Schulen, Ordinariaten, Caritasverbänden) ein einwöchiges Programm für Schülerinnen und Schüler, das sich intensiv mit den brennenden sozialen Fragen vor Ort beschäftigt (z.B. Armut, ethnische Minderheiten, Umweltprobleme) und nach dem Vorbild der Sozialakademie Theorie und Praxis, Begegnung und Reflexion miteinander vereint. Ziel der Jugendprojektwochen ist es, die Distanz zwischen den Schülern und den Problemen in ihrer Umwelt abzubauen, ihr Bewusstsein zu schärfen und die Realität nach den intensiven Begegnungen mit anderen Augen zu sehen.

Im Jahr 2013 konnten bisher bereits zwei sehr erfolgreiche jugendsoziale Projektwochen in Lettland („Straßenkinder“) und der Slowakei („Stärkung des sozialen Bewusstseins“) durchgeführt werden. Für Oktober 2013 sind zwei weitere geplant, erneut in der Slowakei sowie in Rumänien. Für 2014 und 2015 gibt es erste Überlegungen.

Der Austausch und die Diskussion am Ende des Workshops unter den Teilnehmenden und Vortragenden machten deutlich, wie positiv die Initiativen der Sozialakademie gesehen werden. Dass Seminaristen anfangen, Fragen zu stellen, über soziale Probleme und gesellschaftliche Realitäten nachzudenken und hautnah damit konfrontiert werden, sei ein guter Anfang und eine Notwendigkeit für Kirche und Gesellschaft. Nur so kann der Klerus als Motor für einen konstruktiven Dia-

log in der Gesellschaft fungieren und das notwendige Wissen dafür erwerben, das die Geistlichen als Multiplikatoren brauchen. Eine Diskussion darüber, ob bzw. wie auch Laien in die Sozialakademie und das Netzwerk mit einbezogen werden können, endete jedoch bei der Erkenntnis, dass es diesen geschützten Raum ausschließlich für Seminaristen brauche. Für andere Zielgruppen gibt es eigene Angebote, die ggf. künftig in einem weiteren Schritt mit dem bestehenden Netzwerk in Verbindung gebracht werden können. Ein zweiter Diskussionspunkt berührte die gesamteuropäische Dimension des Projekts, womit ein Einbezug auch von Frankreich, Italien, Spanien usw. gemeint ist. Dieser sei zwar theoretisch durchaus begrüßenswert, doch nicht zuletzt aufgrund sprachlicher Schwierigkeiten möchte man sich doch auf die Region Mittel- und Osteuropa beschränken.

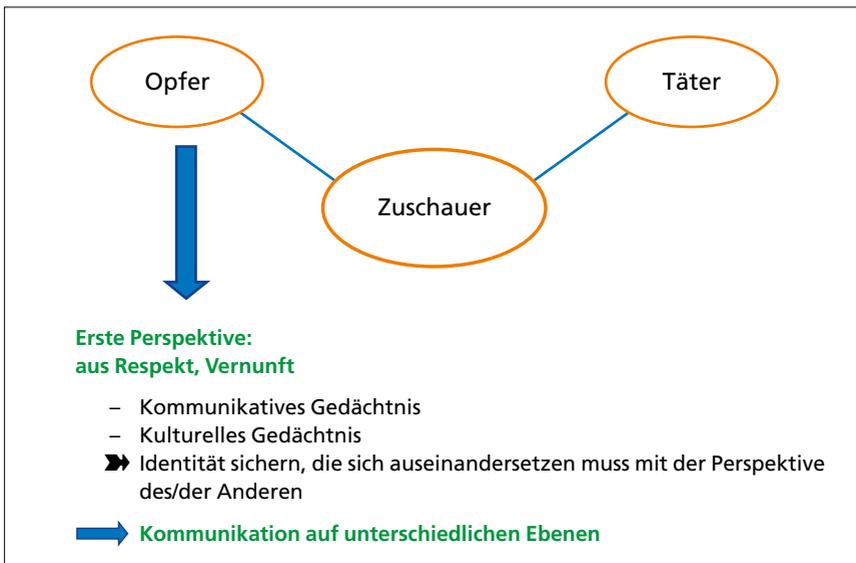
*Susanne Roosen-Runge, Freising*

# „Heilung der Erinnerungen“. Zur Notwendigkeit eines ehrlichen Umgangs mit der Vergangenheit

Referenten: Dr. Jörg Luer, Berlin  
Luigij Mila, Shkodra  
Dr. Mojca Perat, Ljubljana  
Prof. Dr. Oleh Turiy, Lviv

Moderation: Dr. Monika Kleck, Freising

Nach der Vorstellung des Themas und der Personen auf dem Podium präsentierten die vier Referenten ihre Sicht der Erinnerungskultur im Allgemeinen und in den jeweiligen Herkunftsländern. Die Beiträge und Ergebnisse wurden auf Flipcharts wie folgt systematisiert:





1. Aufnahme des Dialogs hat von Erfahrungen des Opfers auszugehen.
2. Umfassendes Gewaltgeschehen („humanes Drama“) auch der Täter erfassen.
3. Geschehen an individuelle Ebene von Schuld und Versagen zurückbinden.
4. Systemische Zusammenhänge herausarbeiten.

### **Erinnerungskultur in Albanien (*Luigji Mila*)**

In Bezug auf das Erinnern an die Leiden in den Strafgefangenenlagern lässt sich fragen, warum nicht vergeben wurde. Dies lässt sich dadurch begründen, dass niemand um Vergebung gebeten hat. So ist zu fragen, wie man die Vergangenheit für ein Zusammenleben in der Zukunft fruchtbar machen kann. Hierbei gibt es diverse Hindernisse, etwa dass ein Blick nach vorne häufig jenen in die Vergangenheit verhindert. Der staatliche Diskurs wird in der Regel von Tätern dominiert. Zudem herrscht Uneinigkeit zwischen den Opfern.

Bereits zu verzeichnende Erfolge bzw. Aktivitäten sind u. a. die Arbeit mit jungen Menschen, hier vor allem das Informieren von Studierenden über die Vergangenheit. Ebenso brauchen die Opfer Namen und verdienen Respekt. Künftige Aufgaben sind die Intensivierung der Arbeit mit Jugendlichen und die Umwandlung eines Gefängnisses als Gedenkstätte.



## **Erinnerungskultur in Slowenien (*Mojca Perat*)**

Es kam zu der Fragestellung, wie man den Opfern des Zweiten Weltkriegs ihre Würde zurückgeben könne. Behindert wird dies durch die

Tatsache, dass es keine systematische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (z. B. dem Kommunismus) gibt und eine geringe Bereitschaft herrscht, mit „Gegnern“ zu reden. Negativ wirkt sich außerdem das Spannungsfeld zwischen Partisanen und Antikommunisten und das Kämpfen um die Deutungshoheit über die Vergangenheit aus. Letztlich mangelt es auch an politischem Willen zur Aufarbeitung. Als Erfolge (bzw. positive Aktivitäten) können u. a. die 1996 vollzogene Anerkennung von Unrecht zwischen 1945-1990 und der 2004 eröffnete „Park der Erinnerung“ gewertet werden.

Eine der großen Aufgaben für die Zukunft ist die Schaffung von Erinnerungsstrukturen, die sich wie folgt verwirklichen ließe:

- Den Opfern in Gräbern und Massengräbern müssten Namen gegeben werden.
- Traumatische Erlebnisse sollten untersucht und öffentlich diskutiert werden.
- Den Opfern müsste häufiger die Gelegenheit gegeben werden, um über ihre Erlebnisse zu sprechen.
- Alle politischen Parteien müssten sich über Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit einigen.

## **Erinnerungskultur in der Ukraine (*Oleh Turiy*)**

Einigkeit herrschte darüber, dass das Verhältnis einer Gesellschaft zur eigenen Vergangenheit große Bedeutung für die Zukunft hat. Daher

wurde folgende Frage aufgeworfen: Wie beeinflusst die Tatsache, dass ein Drittel der Bevölkerung von traumatischen Erfahrungen aus der Vergangenheit betroffen ist, das aktuelle Zusammenleben in der ukrainischen Gesellschaft? Hindernisse, ein solches Verhältnis entsprechend zu gestalten, bestehen im Grunde genommen seit der sowjetischen Zeit; damals durfte man jedoch nicht darüber sprechen. Es fand auch in der Bevölkerung keinen Widerhall, dass die Toten nicht betrauert und die Gewalt nicht vergeben wurde. Gespräche über nationale Tragödien (z.B. über die Hungersnot 1933) haben jedoch zur Identitätsbildung beigetragen. Zudem ergriffen kirchliche Kräfte die Initiative und begleiteten diese entsprechend (etwa die gemeinsame kirchliche Erklärung zwischen der Ukraine und Polen).

Zu den kommenden Aufgaben wird es gehören, aus traurigen Ereignissen zu lernen, Hoffnung für die Zukunft zu finden und einen differenzierten Blick auf die Vergangenheit zu üben. Außerdem muss ein entsprechendes Bewusstsein darüber herrschen, wer Opfer, Verlierer bzw. Sieger sind.

### **Gruppenarbeit zum Beitrag der Kirche im Rahmen der Erinnerungskultur**

In der zweiten Hälfte des Arbeitskreises wurden drei Kleingruppen gebildet, die jeweils überlegen sollten, was die Kirche bzw. die Teilnehmer selbst zu einer heilsamen Erinnerungskultur beitragen könnten. Als Ergebnis schälte sich heraus

- Gruppe 1: Positiv entwickelt sich eine Erinnerungskultur dort, wo es gelingt zu erzählen und zuzuhören. Das Thema ist vor allem für die Bildungsarbeit wichtig. Mit Jugendlichen sollte man an Ort und Stelle gehen und Zeitzeugenberichten zuhören. Ein Diskurs könnte durch Psychologen und Sozialarbeiter begleitet werden.



- Gruppe 2: Die Gruppe beschäftigte sich mit der Frage, wann ein richtiger Zeitpunkt für eine Erinnerungskultur gekommen ist. Die Frage wurde dann umgewandelt in „Wie sollte Erinnerungskultur aussehen und wer betreibt sie?“ Erinnerungskultur kann an verschiedenen Orten sehr unterschiedlich aussehen, etwa in der Familie, im sozialen Umfeld oder in der Gesellschaft. Da das 20. Jahrhundert durch Ost und West eine blutige Spur zog, sollte europaweit ein „Raum für Erinnerungen“ geschaffen werden. Es ist auch eine Aufgabe der Christen, diese Erinnerungskultur mitzugestalten. Ein Anfang kann das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren im Jahr 2014 sein.
- Gruppe 3: Auch dieser Gruppe war das Thema „Bildung“ ein wichtiges Anliegen: Das Schulsystem sollte mit einer Erinnerungskultur befasst sein. Die Kirche sollte sich um die Opfer und ihre Angehörigen kümmern und Hoffnung spenden. Oft gibt es jedoch in einer Familie gleichzeitig Opfer und Täter; auch in diesem Fall sind Interventionen notwendig, um wieder ein Zusammenleben zu ermöglichen. Es ist wichtig, auf individueller Ebene zu begreifen, dass alle Europäer Nachbarn und füreinander verantwortlich sind. Durch „oral history“ kann man Sensibilitäten für die Vergangenheit wecken.

Als Gesamtergebnis wurde festgehalten:

An einer europäischen Erinnerungskultur wird gearbeitet, jedoch wird es „die“ europäische Erinnerungskultur nicht geben, sondern nur einen Dialog darüber und multiple Perspektiven. Dabei muss man bereit sein, auch Konflikte auszuhalten und daraus zu lernen. In Bezug auf die Vergangenheit gibt es sowohl für das Schweigen als auch für das Reden Gründe. Das Schweigen wird jedoch häufiger als das Reden politisch instrumentalisiert. Die Erfahrung mit Zeitzeugen zeigt, dass diejenigen Menschen, die am schlimmsten verfolgt wurden, jedoch darüber berichten konnten, keinen Hass gegenüber ihren Verfolgern zeigen, weil sie Glaube Hoffnung und Liebe haben. Was sie wollen ist, dass es *nie wieder* geschieht.

*Dr. Monika Kleck, Freising*

Arbeitskreis 3

## **Interreligiöser und interethnischer Dialog für Solidarität und Frieden in Bosnien und Herzegowina – Zur Spiritualität einer transformativen Demokratie in Südosteuropa**

Referenten: Jeremias Carvalho, Lissabon  
Katarina Kruhonja, Osijek  
Nemanja Močević, Istočna Ilidža

Moderation: Enda John Byrne, Herts / José Henríquez, Brüssel

Der Arbeitskreis kombinierte zwei Aspekte der Friedensaufbauarbeit: einerseits den interreligiösen und interethnischen Dialog für Solidarität und Frieden in Bosnien und Herzegowina und andererseits die Spiritualität transformativer Demokratien. Er wurde von Enda John Byrne (Programmkoordinator für „DELTA for the Balkans“) und José Henríquez (Generalsekretär von PAX CHRISTI International) moderiert.

*Katarina Kruhonja* (Osijek/Kroatien), ein ehemaliges Vorstandsmitglied von PAX CHRISTI International, führte kurz in die Thematik der Spiritualität transformativer Demokratien in Südosteuropa ein und



thematisierte die Überwindung von Gewalt, indem sie sowohl auf aktuelle als auch auf vergangene Gewalt einging. Innerhalb der letzten 20 Jahre wurden auf allen Ebenen (staatlich, zwischenstaatlich und gesellschaftlich) viele Bemühungen unternommen, der Gewalt ein Ende zu setzen, Maßnahmen für eine Übergangsjustiz zu fördern und neue Impulse in Bezug auf den Aufbau des Nachkriegsfriedens und der Demokratisierung in den Ländern Ex-Jugoslawiens zu geben. Heute scheint es häufig so, als wäre der Krieg noch nicht beendet, sondern hätte sich stattdessen in der kroatischen Gesellschaft eher verstärkt, denn ökonomische Fehlentwicklungen führen zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen Reichen und Armen. Gleichzeitig existiert weder in Kroatien noch in Serbien oder Bosnien und Herzegowina die gemeinsame Vision einer wünschenswerten Zukunft. Bereits die Nachkriegsgenerationen wuchsen in einer solchen Atmosphäre auf, sodass es höchste Zeit sei zu handeln.

*Enda Byrne, Jeremias Carvalho und Nemanja Močević*, die alle für „DELTA for the Balkans“ tätig sind, präsentierten einen partizipativen und transformativen Ansatz, den sie mit ihrer Arbeit in Bosnien und Herzegowina verfolgen, um Menschen verschiedener Glaubensrichtungen für die gemeinsame Friedensarbeit zu engagieren. Dieser Ansatz bemerkt auf Leitsätzen des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire und auf positiven Erfahrungen anderer Friedensarbeiter in Nachkriegssituationen. Ihre Methode bewertet die Beteiligung von Menschen in konkreten Handlungen, die sich aus Prozessen des „dialogischen Dialogs“ ergeben, und zielt auf den Aufbau von Respekt und Vertrauen innerhalb von multireligiösen Gruppen, um Kräfte umzuwandeln, die ihre Gemeinschaften zu spalten drohen. „DELTA for the Balkans“ passte diesen Ansatz entsprechenden Programmen für den interreligiösen Dialog an. Gruppenzentrierte Herangehensweisen verbessern die Teilhabe der Gläubigen im Rahmen ihrer persönlichen Transformation und in ihren jeweiligen Gesellschaften. Hauptziel dieser Programme ist die Einrichtung und Unterstützung multireligiöser Teams, bestehend aus Religionsführern, Frauen und Jugendlichen, die als Vertreter der Transformation und der Friedensarbeit in ihren Heimatorten zusammenarbeiten. Die Programme werden schrittweise und in enger Zusam-

menarbeit mit örtlichen Religionsführern realisiert. Im Laufe der letzten drei Jahre nutzte „DELTA for the Balkans“ diesen Ansatz, um Programme für interreligiösen Dialog und Friedensarbeit in Bosnien und Herzegowina vorzubereiten und einzuführen. Eine ausführliche Präsentation im Arbeitskreis verdeutlichte die sieben Schritte bei der Entwicklung von interreligiösen und Frieden schaffenden Projekten.

Der Präsentation folgte eine Diskussionsrunde mit folgenden Überlegungen und Fragen:

- Wie steht es um die Wirksamkeit solcher Projekte und Programme mit dem Ziel, erfolgreiche und nachhaltige Transformation vor dem Hintergrund brisanter Situationen im heutigen westlichen Balkan zu schaffen?
- Wo stehen die Menschen heute innerhalb dieses Prozesses? Welche Prioritäten gibt es? Wo ist mehr Effektivität möglich?
- Welche Errungenschaften gibt es auf politischer, sozialer und kultureller Ebene, die als stabile Grundlagen für nachhaltigen Frieden fungieren könnten?

*Enda Byrne, Herts*

## Hauskrankenpflege in Osteuropa

Referenten: Žaklina Garić, Banja Luka  
Gernot Krauß, Freiburg  
Gaioz Kubaneishvili, Tiflis

Moderation: Ingeburg Barden, Müden

Erfahrungsberichte aus Bosnien und Herzegowina (*Zaklina Garić*) und Georgien (*Gaioz Kubaneishvili*) zeigten exemplarisch auf, wie das Leben der Menschen in den Reformländern Osteuropas weitgehend durch Armut bestimmt ist. Krankheit und Pflegebedürftigkeit entwickeln sich dann schnell zu einem scheinbar unüberwindlichen sozialen Schicksal. Das Zusammentreffen von materieller Not, sozialen Verlust-erfahrungen und schlechtem Gesundheitszustand mit medizinisch-pflegerischen Problemen sind Ursache dafür, dass insbesondere pflegebedürftige Menschen in hohem Maße auf Solidarität angewiesen sind. Eine für alle zugängliche Gesundheitsversorgung mit häuslicher Krankenpflege und mit Betreuungsdiensten sucht man in der sozialen Versorgungsstruktur vergebens. Darum gilt es, neue Wege zu finden, die den Menschen ermöglichen, in Freiheit und Sicherheit alt werden zu können. Ein Beispiel: Katholische Pfarrgemeinden in der Ukraine vermitteln Studenten an ältere Menschen – eine „Win-win-Situation“ für alle, denn für ihren Betreuungsdienst erhalten die jungen Menschen eine Wohnmöglichkeit und durchbrechen die Einsamkeit allein lebender älterer Menschen.

In vielen Ländern Osteuropas sind modellhafte Hauskrankenpflegedienste unter dem Dach von Kirche und Caritas entstanden. Die Kirche beteiligt sich durch diese Dienste an der Lösung gesellschaftlicher Probleme, vor allem in Situationen, wo menschliches Leben bedroht und



die Würde des Menschen in Frage gestellt sind. Nicht nur die pflegebedürftigen Menschen, sondern auch die sie betreuenden Familienangehörigen vermissen eine gesellschaftliche Beachtung und Unterstützung. In Georgien und Russland sehen die Caritas-Hauskrankenpflegedienste einen Schwerpunkt in der Befähigung zur Pflege. Durch Information, Beratung und Anleitung in der Pflege befähigen sie Menschen, mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit leben zu können. Familien werden in der Pflege ihrer Angehörigen unterstützt und ermutigt. Hauskrankenpflege mobilisiert die Eigenkräfte in der Bevölkerung und leistet insofern einen Beitrag zur Stärkung einer solidarischen Zivilgesellschaft. Gleichzeitig ist sie aber auch Wegbegleitung, die Hoffnung vermittelt gegen alle Hoffnungslosigkeit und die das Vertrauen in eine unverletzliche Würde stützt oder wieder herstellt. In dem professionellen Handeln der Pflegemitarbeiterinnen scheint Mitmenschlichkeit durch. Es geht ihnen um Werte wie „Dienst am Nächsten“, „Ehrfurcht vor dem Leben“, „Lindern von Leiden“ und „Achtung der Würde des Menschen“ – Werte, die sich nicht über Worte verbreiten lassen, sondern durch glaubwürdige Personen, die sie realisieren. Solidarität lebt durch Menschen, die sie üben. Denn nach dem Evangelium ist das entscheidende Kriterium die Hilfebedürftigkeit dessen, der in Not geraten ist und sich daraus nicht selbst befreien kann. Hauskrankenpflege als christliche Sorge des Menschen um den Menschen bezieht körperliche, seelische, spirituelle und materielle Nöte in die Unterstützung ein.

*Ingeburg Barden, Münden*

Arbeitskreis 5

## **Erinnerung – Freiheit – Verantwortung. Der Umgang der orthodoxen Kirchen mit den gesellschaftlichen Umbrüchen seit der „Wende“**

Referenten: Prof. Dr. Bojidar Andonov, Sofia  
Prof. Dr. Andrej Danilov, Minsk  
Carol Lupu, München  
Prof. Dr. Radu Preda, Cluj-Napoca

Moderation: Dr. Johannes Oeldemann, Paderborn

Wie haben die orthodoxen Kirchen in verschiedenen osteuropäischen Ländern auf die durch die „Wende“ verursachten Veränderungen in Staat und Gesellschaft reagiert? Wurden die Chancen zu einer Neupositionierung der Kirche in der Gesellschaft genutzt oder wurde die



„neue Freiheit“ eher als Gefahr wahrgenommen? Dazu nahmen Experten von vier verschiedenen orthodoxen Kirchen Stellung: *Prof. Dr. Bojidar Andonov* für die Bulgarische Orthodoxe Kirche, *Prof. Dr. Andrej Danilov* für die Russische Orthodoxe Kirche, *Carol Lupu* für die Serbische Orthodoxe Kirche und *Prof. Dr. Radu Preda* für die Rumänische Orthodoxe Kirche.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Frage der Vernetzung der verschiedenen kirchlichen Traditionen mit dem Ziel, trotz bestehender Unterschiede ein gemeinsames Christentum leben zu können. Die Hoffnung dazu beruht vor allem auf dem Engagement der Laien, da bereits während der Einführung durch die vier Experten stärkere Differenzen bezüglich einzelner Lehrpositionen deutlich wurden. Die Diskussion verschob sich dann zu einem speziell russischen Thema, der Frage nach Nähe und Distanz der Kirche zum Staat. Professor Danilov wehrte diesen Punkt jedoch ab und betonte, die Nähe zum Staat gehe nur so weit, als es für die Entwicklung der orthodoxen Kirche gedeihlich sei. Man sei im Gegenteil glücklich darüber, die frühere Situation der Unterdrückung überwunden zu haben. Die Kirche befinde sich in einem Aufschwung, dessen Ende noch nicht abzusehen sei.

Weitere Themen waren die Rolle der Kirche bei der Aufarbeitung der Diktatur und die Bekämpfung der Korruption, beides Bereiche von hoher Brisanz. Als Institution tut sich die Kirche hier leichter als einzelne Personen; allerdings muss sie sich selbst auch zu Verwicklungen in das frühere System bekennen und zur Selbstreinigung bereit sein, was besonders Professor Preda für Rumänien betonte.

In der Diskussion mit den Teilnehmern des Arbeitskreises kam es zu einer Kontroverse darüber, ob die Kirche dazu legitimiert ist, über die genannten Problemfelder hinaus auf der politischen Bühne als Akteur aufzutreten – besonders markant in Russland. Die Meinungen dazu blieben geteilt.

*Benjamin Wolf, Dresden*

## Neumärtyrer der Russischen Orthodoxen Kirche: Ihre Bedeutung für ein ökumenisches Miteinander



Referentin:  
Katharina Schröter, Berlin

Moderation  
Dr. Jörg Basten, Freising

Der Arbeitskreis warf einen Blick auf die Kirchenverfolgung in der Sowjetzeit. Katharina Schröter stellte dazu ihr Buch „Wir gerieten in Feuer und Wasser, du hast uns belebend herausgeführt: Aus dem Martyrologium der Neumärtyrer und -bekenner der Russischen Orthodoxen Kirche“<sup>1</sup> vor. Das Buch beinhaltet 35 ausgewählte Lebensbeschreibungen von Neumärtyrern und Bekennern, die dem Werk des Hegumen Damaskin (Orlovskij) entnommen sind. Dieser Geistliche arbeitet seit den 1970er Jahren an der Aufarbeitung der Geschichte der in der Sowjetzeit verfolgten orthodoxen Christen; seine Sammlung von Heiligenviten des 20. Jahrhunderts umfasst sieben Bände.

Wie Katharina Schröter ausführte, sind derzeit 1.743 Neumärtyrer und -bekenner als Heilige anerkannt. Unter ihnen sind 1.580 Männer, was dadurch begründet ist, dass zahlreiche Priester Opfer der Kirchenverfolgung wurden. Den Bekennern blieb der Märtyrertod erspart, viele von ihnen starben aber dennoch indirekt an den Folgen der Haft und der erlittenen Entbehrungen. Die meisten Neumärtyrer verloren ihr Leben zwischen 1918 und 1945.

---

<sup>1</sup> Erschienen 2010 im Bernardus-Verlag.

Erste Heiligsprechungen gab es außerhalb Russlands bereits in den 1980er Jahren, in Russland dann seit den 1990er Jahren. Kriterien für die Heiligsprechung sind eine tadellose Lebensführung gemäß der religiösen und moralischen Grundsätze der Russischen Orthodoxen Kirche. Die Heiligen durften weder einer schismatischen Gruppe noch einem Geheim- oder Sicherheitsdienst angehört haben, natürlich auch keinen Verrat ausgeübt oder mit der Sowjetmacht konspiriert haben. Die Überprüfung ist angesichts fehlender Unterlagen und Zeitzeugenberichte schwierig, sodass es auch schon zu Dekanonisierungen gekommen ist.

Im Gespräch interessierten sich die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises für die Verehrung der neuen Märtyrer. Sie sind in den Kirchenkalender aufgenommen; ihrer wird besonders am 2. Sonntag im Februar (nach dem Gregorianischen Kalender) gedacht.

Im zweiten Teil des Vortrags stellte Katharina Schröter die Viten einiger Heiliger vor, darunter Metropolit Vladimir (Bogojavlenskij), der 1918 ermordet wurde, und den Bischof von Reval (heute Tallinn). Zudem ging sie auf die besondere Stellung der Solovecki-Inseln im Weißen Meer ein. Auf dieser Inselgruppe, die eines der bekanntesten orthodoxen Klöster beheimatet, wurde ein Lager eingerichtet, in dem tausende Gefangene unter grausamen Umständen ums Leben kamen.

Abschließend ging die Referentin auf die ökumenische Dimension des Themas ein. Die Frage nach der Ökumene ist schwierig zu beantworten, da sie Anfang des 20. Jahrhunderts noch keine Rolle spielte. Im Vordergrund der Thematik der Kirchenverfolgung stand (und steht) die Selbstrechtfertigung. Viele der Märtyrer-Bischöfe waren als Kinder ihrer Zeit negativ gegen andere Konfessionen eingestellt und propagierten beispielsweise die Missionierung der Freikirchen. Der orthodoxe Bischof von Reval wollte in der Region des heutigen Estland die Orthodoxie stärken, obwohl die Gegend traditionell protestantisch geprägt war. Andererseits gibt es heutzutage orthodoxe Geistliche, die durchaus auch an die Opfer der Repression unter den Angehörigen der anderen christlichen Konfessionen erinnern.

*Dr. Angelika Schmähling, Freising*

## Jugend in Mittel- und Osteuropa: Ihre Situation ein Vierteljahrhundert nach der „Wende“

Referenten: Nadya Ruzhina, Bernried  
Wojciech Soczewica, Warschau  
Oleksandr Svyetlov, Kiev

Moderation: Markus Leimbach M.A., Hamminkeln

Die drei Expertinnen und Experten *Nadya Ruzhina* (Bulgarien), *Wojciech Soczewica* (Polen), *Oleksandr Svyetlov* (Ukraine) äußerten sich zu folgenden Fragen:

- Hat sich 25 Jahre nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa die Situation für die Jugend verbessert oder ist sie im vereinten Europa schwieriger geworden?
- Hat die junge Generation heute mehr Chancen als damals?
- Ist die Situation aus der Zeit vor den Umbrüchen überhaupt noch im Bewusstsein?
- Was wünschen sich die Jugendlichen von der Gesellschaft?

Unter dem Blickwinkel der katholischen bzw. allgemein kirchlichen Jugendarbeit gestern und heute wurde zusätzlich danach gefragt, wie aktiv Jugendverbände und -bewegungen heute noch sind, z. B. „Licht und Leben“ oder „Oaza“ in Polen. Wie werden diese Verbände heute von den Jugendlichen wahrgenommen und was erwarten sie von ihnen?

*Oleksandr Svyetlov*, Politikwissenschaftler aus der Ukraine, gab einen Überblick über die Szene der Nichtregierungsorganisationen (NGO) in der Ukraine und die Möglichkeit junger Menschen, sich dort zu enga-

gieren. Diese wird von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch intensiv genutzt; bester Beweis sind die Demonstrationen auf dem Majdan. Die NGOs sind allerdings vielfach abhängig von den Oligarchen, die sie für ihre Zwecke nutzen und instrumentalisieren (daher auch die Bezeichnung „Taschen-NGOs“). Einige NGOs werden auch staatlicherseits organisiert, damit dieser Einfluss nehmen kann.

*Nadya Ruzhina*, Postulantin bei den Benediktinerinnen in Bernried, gebürtig aus Bulgarien, wies auf das Phänomen hin, dass 40 Prozent der Jugendlichen in Bulgarien zu einem Engagement in der Gesellschaft bereit sind. Es gibt allerdings, wie sie betonte, zwei große Probleme für Jugendliche. Das größte Problem ist die Korruption im Bildungsbereich: Es geht nicht darum, Leistung zu zeigen oder zu lernen, sondern darum, sich ein Diplom zu erkaufen – allerdings sind die Arbeitschancen in Bulgarien begrenzt, die Zukunftsperspektiven liegen für die jungen Menschen vielfach im Ausland. Das zweite Problem ist die mangelnde Gesundheitsversorgung; auch hier klafft die Schere zwischen Menschen, die für Leistungen bezahlen können, und denjenigen, die auf das staatliche System angewiesen sind, weit auseinander. Die Expertin zog den frustrierten Schluss, dass die Jugendlichen von der Gesellschaft in Bulgarien nichts erwarten.

*Wojciech Soczewica*, Nachwuchsdiplomat aus Polen, wies auf den hohen Anteil der 15-26jährigen an der Gesamtbevölkerung seiner Heimat hin. Mit einem Anteil von 23 Prozent in der polnischen Bevölkerung



sind diese auch die Basis für eine zukünftige Altersversorgung. Diesem steht eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und damit auch Perspektivlosigkeit gegenüber. Die Ausbildung der Jugendlichen ist nicht zielgerichtet. Es fehlt ein Berufsbildungssystem, welches bedarfsgerecht ausbildet. Die mit der Arbeitslosigkeit einhergehende finanzielle Situation ist nicht ausreichend für eine Familienplanung, was sich negativ auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkt. Er forderte, dass für die Jugendlichen mehr Orientierung geschaffen werden müsse und der Wert der Arbeit wieder bewusster werde.

Aus der Diskussion mit den Teilnehmern des Arbeitskreises ergab sich, dass bei den Jugendlichen ein hohes Potenzial an Bereitschaft, sich zu engagieren, vorhanden ist, ebenso der Wille zur Gestaltung der Zukunft. Insgesamt wird ein positiver Schluss aus den Jahren nach der Wende gezogen, da die Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und die persönliche Freiheit größer geworden sind. Das Thema „Kirche“ bzw. ihre Bedeutung für die Entwicklung der jungen Menschen klang nur am Rande an, als es um die Vermittlung von Werten ging.

*Markus Leimbach M. A., Hamminkeln*

## **Freiheit und Solidarität. Anfragen an die Europäische Union aus christlicher Perspektive**

Referenten: Stefan Lunte, Brüssel  
Prälat Marian Subocz, Warschau  
Erzabt Dr. Imre Asztrik Várszegi OSB, Pannonhalma

Moderation: Matthias Belafi, Bonn

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde äußerten sich die drei Referenten zur Leitfrage. *Prälat Marian Subocz* (Caritas Polen) beschrieb zunächst die Verhältnisse in seiner von Papst Johannes Paul II. und der *Solidarność* geprägten polnischen Heimat. Die Bevölkerung stöhnt unter dem Exodus von 2 Millionen Jugendlichen, die sich insbesondere im EU-Ausland verdingen, zu Hause herrscht hingegen ein Mangel an Fachkräften. Viele Kinder sind Eurowaisen, die ihre Eltern nur selten sehen. Die zunehmende Säkularisierung, Gender-Manipulationen, ein



ausgehebelter Lebensschutz und manches andere sind Themen, über die im Land heftig gestritten wird. Die große Europa-Skepsis hat sich im Land nur teilweise gelegt; so genannte „liberale“ Werte verdrängen die christliche Identität.

*Erzabt Dr. Imre Asztrik Várszegi OSB* schilderte die Identitätssuche des kleinen ungarischen Volkes, das sozusagen auf einer „Sprachinsel“ lebt und als multikonfessionelle Gesellschaft nach 70 Jahren autoritärer Führung, Weltkrieg und kommunistischer Diktatur den Auf- bzw. Umbruch nur mit großen Problemen und bedingt verkraftet hat. „Missverständnisse“, innere Spannungen und Ängste prägen das zunehmend säkularisierte Land, auch im Blick auf „Brüssel“ – Geduld ist vonnöten!

*Stefan Lunte* begleitet seit 1996 als COMECE-Mitarbeiter in Brüssel Bischöfe bzw. die EU-Gesetzgebung mit ambivalenter Perspektive. Als deutscher Bürger mit Wohnsitz in Frankreich wurde er Zeuge einer großen Landflucht und einer jungen Generation, die entmutigt verschiedenen Radikalisierungen anheim zu fallen droht. Ihn faszinieren aber auch Perspektiven und gesetzliche Gestaltungsmöglichkeiten, die erst durch den europäischen Einigungsprozess ermöglicht wurden.

Eine den Vorträgen folgende Vertiefung in der Diskussion zeigte eine allmähliche Reformbereitschaft in Polen sowie kritische Selbstreflexion in Ungarn und Frankreich. Hervorgehoben wurde die Bedeutung christlicher Werte in einem Europa im Umbruch. Der Perspektivlosigkeit und jugendlichen Radikalisierung sollte durch Solidarität und Friedfertigkeit begegnet werden; „Reform-Laien“ und Familien-Verbände sollten in Brüssel aktiver auftreten. Angesichts der aktuellen Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer geht es einmal mehr um die Glaubwürdigkeit Europas – es gilt, Menschen in Not solidarisch anzunehmen.

*Karl Noswitz, Haar*

## **IV. Schlusswort**



*Aufmerksames  
Auditorium*



*Ikonenmalerin Hildegard  
Rall mit Erzbischof  
Cyril Vasyl SJ*

## Schlusswort

Liebe Kongressteilnehmerinnen und -Teilnehmer, wir sind am Ende des Kongresses angekommen. Gräfin Thun sagte am ersten Tag: „Orte der Begegnung von Christen in Europa sind Mangelware.“ Ich glaube, dass dieser Kongress ein solches Forum ist, ein echter Ort der Begegnung. Er begann mit vielen Erwartungen, von denen sehr viele, wie ich gehört habe, auch eingetroffen sind. Wir haben uns ausgetauscht, analysiert, diskutiert, wir haben auch meditiert, wir haben zelebriert; es waren Katholiken dabei, östlicher und westlicher Tradition, Orthodoxe, Protestanten, Teilnehmer aus Ost und West. Von einer oft zitierten Europamüdigkeit habe ich persönlich hier nichts zu spüren bekommen.

Im Zentrum stand die uns alle verbindende Frage, die Kardinal Marx so formulierte: „Welches Bild von Europa ist denn unser Leitbild?“ Sein Bild, über das wir dann unter verschiedenen Aspekten diskutiert haben, war das der *verantworteten Freiheit*. Deutlich wurde für mich: Ohne Freiheit und ohne Solidarität geht es nicht, auch wenn Nächstenliebe in manchen Bereichen einen Schritt weitergeht als das, was damit gemeint sein kann. Das heißt aber auch konkret: Die Hilfe – auch die Hilfe, für die Renovabis steht, ideell wie materiell – ist weiterhin notwendig, weiterhin ein Zeichen der Solidarität. Aber wir haben auch in mehreren Zusammenhängen die Frage gestellt, die auch heute noch einmal anklang: Wann ist die Hilfe richtig, wann kommt sie an, wann ist sie gerechtfertigt und wo besteht die Gefahr, dass wir die Fragen nicht mehr stellen, die hinter der Not liegen? Es geht also auch um die Fragen nach den Ursachen. Warum sind denn viele Probleme selbst 25 Jahre nach den politischen Veränderungen noch nicht gelöst? Diese Fragen gehen sowohl an die einzelnen Länder und Gesellschaften als auch in Richtung der internationalen Beziehungen, wie gerade die heutige Diskussion gezeigt hat. Hier gibt es Zusammenhänge, die vielen gar nicht bewusst sind, und einfache Schuldzuweisungen, vor denen wir uns hüten müssen.

Deutlich wurde, dass die Kirche nicht die „metaphysische Putzfrau des Staates“ sein kann, aber darüber, wie das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Einzelnen aussehen soll, haben wir uns durchaus auch kontrovers ausgetauscht. Ich glaube aber, dass man so etwas wie eine Konvergenz der Auffassungen entdecken konnte. In mehreren Zusammenhängen wurde betont, dass die *Solidarität*, von der wir hier in Europa sprechen, *nicht an den Grenzen Europas ihr Ende finden darf*, unabhängig davon, wo wir diese Grenzen nun ziehen. Die Gewissensfrage für uns lautet: Wie leben wir unsere Solidarität in Europa, wenn Menschen von außen an unsere Türe klopfen? Lampedusa und der dortige Besuch von Papst Franziskus sind ein deutliches Mahnzeichen.<sup>1</sup>

Wir haben vor allem die politisch-gesellschaftliche Verantwortung der Christen in den Blick genommen. So wurde gesagt, Christen sollten auch weiter, ja noch mehr ein Teil der *Freiheitsgeschichte unseres Kontinentes* sein. Dazu haben die Kirchen die Pflicht, aber auch das Recht, und so ist denn die Religionsfreiheit eines der fundamentalen Rechte, die es immer wieder einzuklagen gilt, weil sie auch heute nicht selbstverständlich ist.

Der Kongress ist zu Ende, er war vielleicht auch eine praktische Übung in *Metanoia*, in der Überprüfung des Denkens, in der Bereitschaft, sein eigenes Denken auch umzustellen. Er hat uns Christen Mut gemacht, vor allem auch den Laien, sich einzumischen. Von der prophetischen Stimme der Laien war vielfach die Rede und ich glaube, die unter uns anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Laienforums haben das sehr gerne gehört und als Botschaft verstanden. Wir Christen sind nicht und dürfen auch nicht die immer kritisierenden Moralitätswächter Europas sein. Das Stichwort vom Jammer-Katholizismus ist hier mehrfach gefallen und wurde verständlicherweise als nicht zeitgemäß bezeichnet. Nein, wir sind *Mitgestalter und Mitgestalterinnen*

---

1 Papst Franziskus setzte mit dieser ersten Reise seines Pontifikats am 8. Juli 2013 ein deutliches Zeichen. Auch in seiner Predigt „Wo ist dein Bruder?“ prangerte er das Wegschauen der Europäer angesichts des Leidens der Bootsflüchtlinge an (Zusammenfassung seiner Predigt in deutscher Übersetzung unter [http://de.radiovaticana.va/storico/2013/07/08/papstpredigt\\_auf\\_lampedusa\\_%E2%80%9Ewo\\_ist\\_dein\\_bruder%E2%80%9C/ted-708497](http://de.radiovaticana.va/storico/2013/07/08/papstpredigt_auf_lampedusa_%E2%80%9Ewo_ist_dein_bruder%E2%80%9C/ted-708497)).

*der Freiheit* und sollen *Salz der Erde* sein und *Sauerteig*, nicht rückwärts gewandt, sondern vorwärts gewandt. „Angst-los“ sollen wir unsere Botschaft in einer mehr oder weniger säkularen und säkularisierten Umwelt verkünden. Europa, so haben wir gelernt, wird nur so christlich sein, wie sich die Christen einbringen. Dazu braucht es eine Kunst des Argumentierens, die wir noch nicht angemessen gelernt haben. Selbstkritisch müssen wir uns immer wieder fragen, wie die dunklen Seiten der eigenen Geschichte aufgearbeitet werden. Wer sich der eigenen Vergangenheit nicht stellt, kann nicht prophetisch reden. Das gilt auch für die Kirche in den einzelnen Ländern.

Wir stehen, das war mein Eindruck während dieser Tage, vor einer Art von Renaissance katholischer Soziallehre – wobei diese katholische Soziallehre, wie es Oswald von Nell-Breuning, der es wissen muss, gesagt hat, weder katholisch noch evangelisch, weder christlich noch sonst etwas ist, sondern entweder richtig oder falsch – und sie ist richtig. Es sind die allgemeinen Sozialprinzipien, die überall gelten, auch in der Kirche, was die Kirche nicht immer selbstverständlich akzeptiert hat. Es geht aber auch um den spezifischen Beitrag, den wir Christen einbringen können. Dazu wurden hier Bereiche genannt wie Umkehr, Hoffnung, Vergebung und Auferstehung, also Themen, die noch einmal jenseits der Sozialphilosophie und jenseits des politischen Diskurses liegen, die aber für unsere Gesellschaft und für die Zukunft Europas äußerst wichtig sind.

Nach dem Kongress ist vor dem Kongress. Ich möchte einen Blick auf das nächste Jahr werfen. Der nächste Kongress wird vom 3. zum 5. September 2014 hier in Freising stattfinden. Was wird das Thema im nächsten Jahr sein? Ich glaube, es knüpft sehr gut an das an, was wir in diesem Jahr behandelt haben. Wir haben ja darüber gesprochen, dass die Kirche zu einem Zeugnis in der Öffentlichkeit aufgefordert ist, dass sie argumentieren und kommunizieren muss, und wir haben festgestellt, dass das nicht immer gelingt. Wie haben die Kirchen die besten Chancen, gehört zu werden? Und wie kommt Kirche überhaupt in einem pluralistischen Kontext zurecht? Anknüpfend an diese Fragen werden wir im nächsten Jahr einen Kongress zum Thema „Kirche, Medien und

öffentliche Meinung“ durchführen. Es geht also einerseits um die Rollen der Kirche als Medienakteur, wie sich die Kirche in den Medien selbst präsentiert. Andererseits wird es aber auch darum gehen, wie die Kirche von den Medien wahrgenommen und dargestellt wird; die Frage von öffentlicher und veröffentlichter Meinung steckt dahinter.

Am Ende dieser Tage ist es Anlass, allen zu danken, die zum Gelingen dieses 17. Internationalen Kongresses beigetragen haben:

- Den Referentinnen und Referenten an den Podiumsdiskussionen bzw. in den Gesprächen;
- den Moderatorinnen und Moderatoren im Plenum und in den Arbeitskreisen;
- Kardinal Marx für seine Eröffnung;
- den Zelebranten und Predigern in den Gottesdiensten;
- dem Chor;
- dem Collegium Orientale für die Vorbereitung dieser wunderschönen Gestaltung der byzantinischen Vesper gestern Abend;
- den Dolmetscherinnen für die Übersetzung;
- den Journalistinnen und Journalisten und allen anderen Vertreterinnen und Vertretern der Medien;
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Freising, die uns bezüglich des Asamsaales geholfen haben;
- dem Team des Kardinal-Döpfner-Hauses und des Pallotti Hauses Freising;
- den Vordenkern dieses Kongresses;
- allen, die an der Vorbereitung teilgenommen haben;
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Renovabis. Und da möchte ich einfach „pars pro toto“, aber weil er doch in der Tat auch der Hauptverantwortliche ist, Herrn Dr. Dahm nennen: Ganz herzlichen Dank!
- Und des Weiteren möchte ich Ihnen, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, danken für Ihr reges Interesse, Ihr engagiertes Mitdenken und Mitdiskutieren.

Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind. Wir wünschen Ihnen allen eine gute Heimreise und Gottes Segen. Zum Abschluss singen wir nun gemeinsam das Renovabis-Lied „Dass erneuert werde das Antlitz der Erde“!

